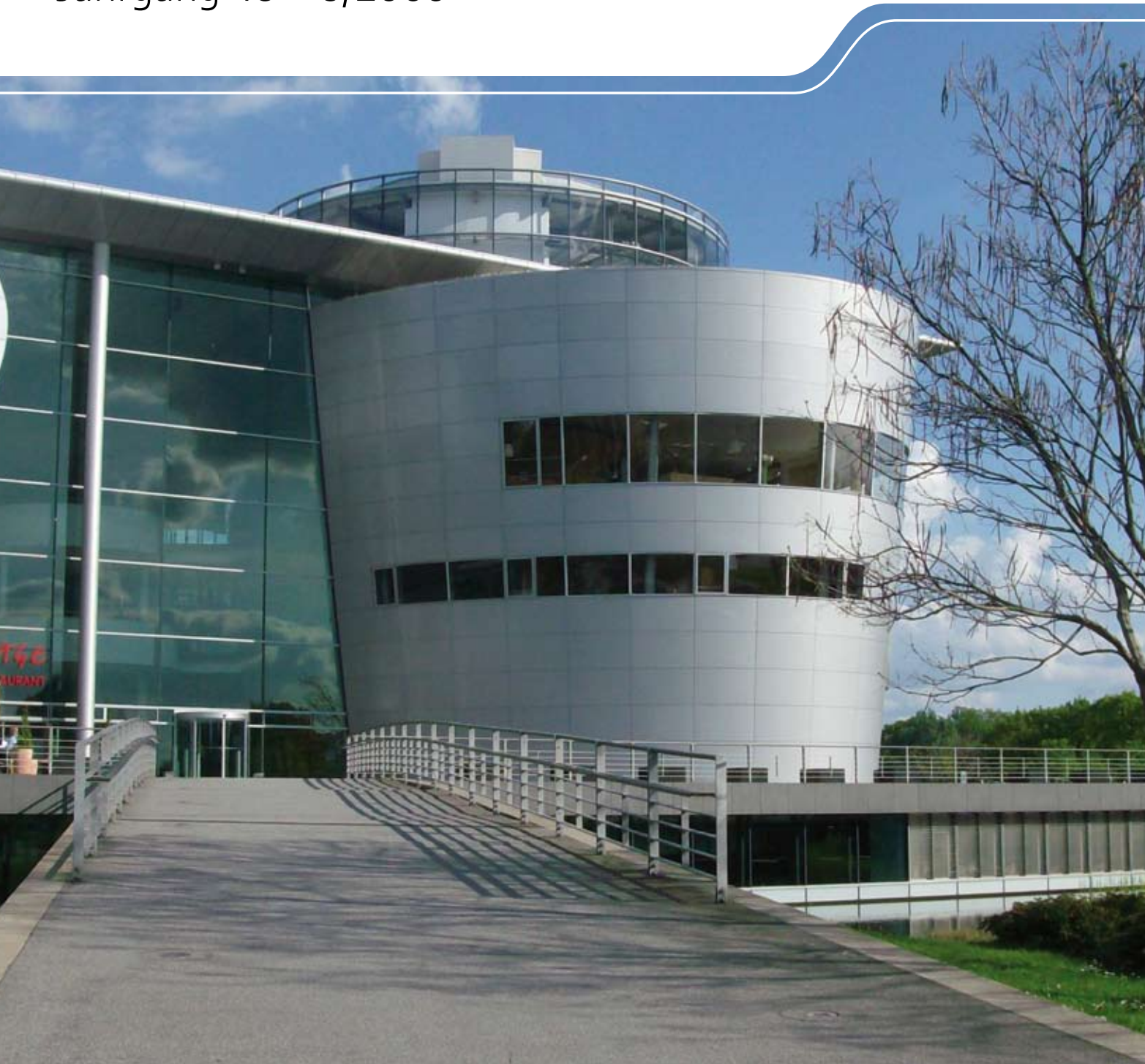




Statistik in Sachsen

Jahrgang 15 - 3/2009



Inhaltsverzeichnis

Wirtschaftsentwicklung 2008 in Sachsen	2
Leonore Hesse, Carola Hoffmann, Heike Matticzki, Dr. Andreas Oettel, Dr. Wolf-Dietmar Speich	
Die sächsische Industrie im Jahr 2008	17
Brigitta Töpfer, Jürgen Stelzner	
Unternehmensinsolvenzen 2008	23
Heidrun Neumann	
Gewerbeanzeigen 2008	30
Heidrun Neumann, Christiane Wohlrab	
Neu strukturierte Vierteljährliche Verdiensterhebung ab 2007	37
Sabine Gosch, Margit Freytag	
Die Berufakademie Sachsen 1998 bis 2008 – Erhebung in den Staatlichen Studienakademien	40
Sylvia Prittmann	
Verfügbarkeit und Aussagegehalt von statistischen Infor- mationen zur Gesundheitswirtschaft in Sachsen	46
Dr. Bernd Richter	
Fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik (DRG-Statistik) 2007	50
Gabriele Philipp, Ina Thomas	
Pflegebedürftigkeit in Sachsen 1999 bis 2007	56
Dr. Beatrice Mensch, Angela Kürschner	
Sächsische Kultureinrichtungen im Spiegel der Statistik	61
Felicitas Klemm, Marion Patera	
Gemüseanbauerhebung 2008	68
Barbara Fritsche, Ulrich Ertel	
Ostsachsen – eine Region hoher Wasserinanspruchnahme 1998 bis 2007	76
Sylvia Hoffmann	
Analysen zur Binnenwanderung in Sachsen	81
Annett Kirschke, Ulrike Himmelsbach, Ines Espe	
Kooperationsvertrag des Statistischen Landesamtes Sachsen mit der Universität Leipzig	87
Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher	
Neues aus Sachsen	90
Sächsischer Zahlenspiegel	92

Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser,

das dritte Heft der Zeitschrift bietet wieder zahlreiche Beiträge aus vielen Gebieten der amtlichen Statistik.

Der Schwerpunkt in dieser Ausgabe sind statistische Daten der Wirtschaftsentwicklung in Sachsen 2008.

Im ersten Beitrag geben die Autoren aus dem Referat Wirtschaftsanalysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Landesamtes einen Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen 2008. Dabei wird einerseits auf die differenzierte Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen in Sachsen eingegangen und andererseits ein Vergleich von Sachsen mit den neuen Ländern und der Bundesrepublik insgesamt dargestellt.

Eine detaillierte Darstellung der einzelnen Wirtschaftszweige innerhalb der sächsischen Industrie 2008 enthält der zweite Beitrag. Im Mittelpunkt der beiden nächsten Artikel stehen die Unternehmensinsolvenzen und die Gewerbeanzeigen in Sachsen 2008.

Ein Beitrag stellt die Neuerungen bei der Vierteljährlichen Verdiensterhebung vor, die 2007 bzw. 2009 in Kraft traten. Mit diesen Veränderungen wird dem wachsenden Informationsbedarf von Politik, Wirtschaft und Bürgern über die Arbeitsverdienste bei sinkendem Aufwand für die Auskunftspflichtigen Rechnung getragen. Ein Beitrag über die Gemüseanbauerhebung 2008 rundet das Angebot auf dem Gebiet der Wirtschaftsstatistiken ab.

Ein zweiter Schwerpunkt ist das Gebiet der Gesundheitsstatistiken, dem drei Aufsätze gewidmet sind.

Über die Verfügbarkeit und den Aussagegehalt von statistischen Informationen zur Gesundheitswirtschaft in Sachsen informiert der erste Beitrag. Dabei wird der Begriff der Gesundheitswirtschaft definiert und auf die Methodik, die Datenquellen und erste Ergebnisse eingegangen.

Spezifische Themen der Gesundheitsstatistik werden in den Beiträgen über die fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik und über die Pflegeeinrichtungen und Pflegebedürftige in Sachsen angesprochen.

Die Zeitschrift wird ergänzt durch Beiträge aus den Themenbereichen Bevölkerung, Bildung und Kultur.

So wird über die Statistik der Berufsakademie Sachsen in den vergangenen zehn Jahren berichtet. Dargestellt wird die Entwicklung der Studenten, Studienanfänger und Absolventen nach Studienbereichen von 1998 bis 2008. Ein Beitrag über die Kultureinrichtungen im Spiegel der Statistik informiert über die Bibliotheken, Theater, Museen und Kinos und ihre Besucher. Dabei ist zu beachten, dass die Daten nicht von den statistischen Ämtern erhoben werden, sondern von verschiedenen Institutionen, wie z. B. dem Bundesverband der Theater und Orchester oder dem Institut für Museumsforschung der Staatlichen Museen Preu-



ßischer Kulturbesitz zur Verfügung gestellt werden.

Aus dem Aufgabenfeld „Bevölkerungsstatistiken“ werden ausgewählte Aspekte zur Binnenwanderung innerhalb Sachsens dargestellt.

Die Amtszeitung bietet auch die Möglichkeit, über Aktivitäten des Statistischen Landesamtes selbst zu berichten. Der Kooperationsvertrag, des Statistischen Landesamtes Sachsen mit der Universität Leipzig ist ein Beispiel für die zunehmende Vernetzung der amtlichen Statistik mit konkreten Zielgruppen von Datennutzern.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Heft wiederum interessante Informationen aus unserer Arbeit zu liefern. Über die Themen dieser Zeitschrift hinaus stehen Ihnen zahlreiche andere Publikationen mit detaillierten statistischen Informationen zur Verfügung. Außerdem finden Sie uns im Internet unter www.statistik.sachsen.de. Datenanfragen beantwortet Ihnen auch unser Auskunftsdienst (Tel. 03578 33 1913).

Ihre
Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher
Präsidentin des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen

Wirtschaftsentwicklung 2008 in Sachsen*)

Vorbemerkungen

Mit dem vorliegenden Beitrag wird die jährliche Betrachtung der Entwicklung der sächsischen Wirtschaft in dieser Zeitschrift fortgesetzt. [1] Neben Ergebnissen der regionalen Gesamtrechnungen¹⁾ fußt die Darstellung auf Daten aus verschiedenen Fachstatistiken und wird durch Angaben der Bundesagentur für Arbeit ergänzt. Weiterführende und zum Teil ausführlichere Informationen zur Wirtschaftsstruktur Sachsens bietet der entsprechende Statistische Bericht (vgl. [2]). Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die sächsische Wirtschaft im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 0,9 Prozent wuchs. Die Wirtschaftsleistung in Höhe von 95,1 Milliarden € wurde von reichlich 1,96 Millionen Erwerbstätigen (Jahresdurchschnitt) erbracht, wobei deren Zahl ebenfalls um 0,9 Prozent zunahm. Die Jahresteuerrate lag mit 2,8 Prozent noch etwas über der von 2007. Das hohe Exportniveau von 2007 konnte im letzten Jahr allerdings nicht ganz erreicht werden, denn es wurden 2008 Erzeugnisse im Wert von 227 Millionen € bzw. 1,0 Prozent weniger ausgeführt (vgl. Abb. 1).

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung

Nach einem Wachstum von 2,4 Prozent im Jahr 2007 nahm das sächsische Bruttoinlandsprodukt (Summe der in Sachsen produzierten Waren und Dienstleistungen) im Jahr 2008 – nach dem gegenwärtigen Berechnungsstand – preisbereinigt um lediglich 0,9 Prozent zu. Die Wirtschaftsleistung betrug im Jahr 2008 in jeweiligen Preisen 95,1 Milliarden € und lag damit nominal 2,6 Prozent über der von 2007 (vgl. Abb. 2). Der Anteil Sachsens am gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) blieb unverändert bei 3,8 Prozent.

Die preisbereinigte Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in Sachsen lag unter dem Bundesdurchschnitt von 1,3 Prozent. Während die Wirtschaft in den alten Ländern (ohne Berlin) analog zur Bundesentwicklung wuchs, betrug der reale Zuwachs im Mittel der neuen Länder (ohne Berlin) 1,1 Prozent. Bundesweit betrachtet, reichte die Spanne der preisbereinigten Zuwachsraten von 2,1 Prozent in Hamburg bis zu 0,6 Prozent in Baden-Württemberg.

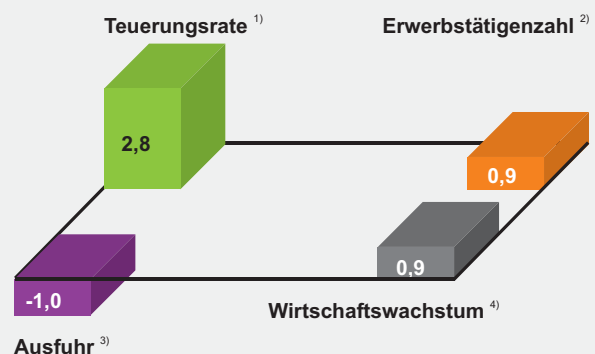
Ende April 2009 gingen die Konjunkturforscher als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise von einem Rückgang des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr von preisbereinigt sechs Prozent aus. [4] Auch die Bundesregierung sah zu diesem Zeitpunkt ein Schrumpfen der deutschen Wirtschaftsleistung in dieser Größenordnung.

[5] Zu Jahresbeginn 2009 war noch eine Verminderung um 2 ¼ Prozent prognostiziert worden. [6] Tatsächlich sank die gesamtdeutsche Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2009 preis- und kalenderbereinigt gegenüber dem Vorjahresquartal um 6,9 Prozent. Zum vierten Mal in Folge war eine Verminderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorquartal zu verzeichnen. [7] Für Sachsen wurde von den Konjunkturforschern des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, zum Jahreswechsel 2008/2009 ein um 2,1 Prozent niedrigeres Bruttoinlandsprodukt für 2009 vorausgesagt. [8] Aufgrund der aktuellen Anzeichen ist jedoch davon auszugehen, dass die sächsische Wirtschaft in diesem Jahr stärker schrumpft, als damals prognostiziert worden war.

*) Anmerkung der Redaktion: Die Darstellung der Wirtschaftsentwicklung fußt auf den Daten, die bis Ende Mai 2009 verfügbar waren. Später eingegangene Korrekturen konnten aus redaktionellen Gründen nicht berücksichtigt werden.

1) Die Ergebnisse der regionalen Gesamtrechnungen für die Jahre bis 2007 fußen auf dem Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2008, die Daten für 2008 entsprechen dem Berechnungsstand Februar 2009. Die unterschiedlichen Berechnungsstände sind Folge der verschiedenen Berechnungsphasen (vgl. [3]).

Abb. 1 Eckdaten der sächsischen Wirtschaft 2008
(in Prozent)



1) Jahresdurchschnitt

2) Veränderungsrate gegenüber 2007, Basis: Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort - Berechnungsstand: 2. Schnellrechnung

3) Veränderungsrate gegenüber 2007

4) preisbereinigte Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber 2007; Berechnungsstand: Februar 2009 (VGR d. Bundes)

Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe

Das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe trug mit einem Wachstumsbeitrag²⁾ von 0,42 Prozentpunkten zur 0,9-prozentigen Zunahme des sächsischen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2008 bei. Die preisbereinigte Veränderungsrate der Bruttowertschöpfung gegenüber dem Vorjahr lag hier mit 1,9 Prozent allerdings deutlich unter der für 2007 ausgewiesenen Rate von 7,7 Prozent (vgl. Tab. 1). Impulse kamen jedoch nur aus dem Verarbeitenden Gewerbe mit seiner real um 2,7 Prozent höheren Bruttowertschöpfung (Wachstumsbeitrag: 0,5 Prozentpunkte). Im Jahr 2007 betrug die Leistungssteigerung hier jedoch noch knapp ein Zehntel. Bundesweit nahm die Bruttowertschöpfung in diesem Bereich 2008 dagegen im Mittel nur noch um 0,6 Prozent zu. Die Entwicklung in Sachsen positiv prägen die Bereiche Maschinenbau und Herstellung von Metallerzeugnissen.

Verarbeitendes Gewerbe³⁾

Der Gesamtumsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) mit 20 und mehr tätigen Personen erreichte 2008 ein Rekordniveau von 58,6 Milliarden €. Dem lag eine Umsatzsteigerung um 1,5 Milliarden € bzw. 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugrunde. 2007 lag der Gesamtumsatz im Vergleich zu 2006 noch um 6,1 Milliarden € bzw. 11,9 Prozent höher. Damit hat sich die Umsatzentwicklung in diesen Wirtschaftsbereichen 2008 deutlich abgeflacht. Auf das Verarbeitende Gewerbe allein entfiel

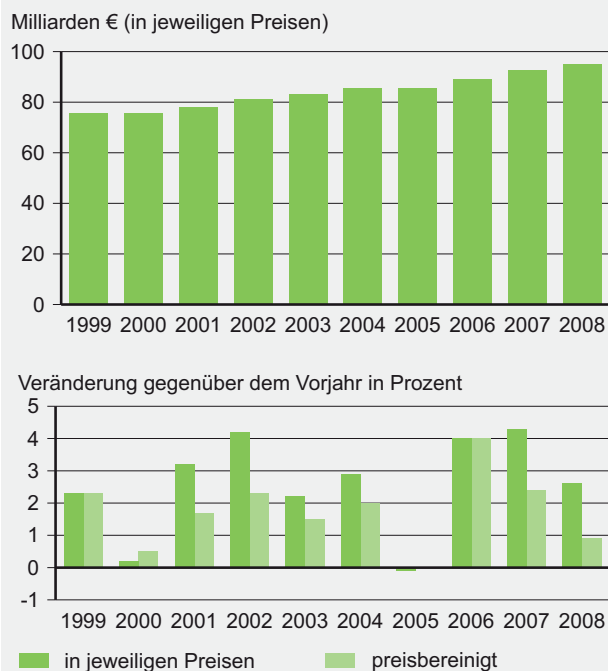
ein Gesamtumsatz von 57,9 Milliarden €. Das entspricht wie im Vorjahr etwa einem Anteil von 99 Prozent. Der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden haben lediglich einen Umsatzanteil von reichlich einem Prozent. 2008 waren das 704 Millionen €.

Das im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren geringe Umsatzwachstum des Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) ist in erster Linie auf den gesunkenen Auslandsumsatz zurückzuführen. 2008 erreichte er 19,9 Milliarden €, 1,7 Prozent weniger als 2007. Der Inlandsumsatz ist zwar um 5,1 Prozent gestiegen, aber auch deutlich schwächer als in den vorangegangenen Jahren.

Die fünf umsatzstärksten Bereiche erbrachten 2008 zusammen rund 77 Prozent des Gesamtumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe (vgl. Abb. 3). Im Vorjahr hat dieser Anteil in vergleichbarer Höhe gelegen. Diese Industriebereiche wiesen jedoch unterschiedliche Umsatzentwicklungen auf. Der Fahrzeugbau erwirtschaftete 13,2 Milliarden €, 6,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Der Auslandsumsatz sank sogar um 10,4 Prozent. Der Bereich Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik erbrachte 2008 einen Gesamtumsatz von 7,8 Milliarden €, 1,0 Prozent weniger als im Vorjahr. Hier lag der Rückgang des Auslandsumsatzes mit 10,9 Prozent in der Größenordnung des Rückganges im Fahrzeugbau. Der gestiegene Inlandsumsatz konnte den Rückgang im Auslandsgeschäft nicht völlig kompensieren. Der Maschinenbau war der Bereich, der 2008 im Vorjahresvergleich relativ hohe absolute und relative Umsatzzuwächse hatte. Der Gesamtumsatz lag 2008 mit 7,6 Milliarden € um 15,7 Prozent bzw. reichlich einer Milliarde Euro über dem Vorjahresergebnis. Der Auslandsumsatz stieg um knapp ein Viertel (23,9 Prozent), so dass er mit rund zwei Dritteln zum Umsatzanstieg beitrug. Der Bereich Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen erbrachte 7,9 Milliarden € Gesamtumsatz, 6,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Beim Auslandsgeschäft betrug das Wachstum 4,4 Prozent. Das Ernährungsgewerbe (einschließlich Tabakverarbeitung) erzeugte einen Gesamtumsatz von 8,1 Milliarden €. Damit war das mit 7,7 Prozent die höchste Umsatzsteigerung im Vergleich zu 2007 nach dem Maschinenbau (unter den umsatzstärksten Industriebereichen). Zurückzuführen ist diese Entwicklung im Ernährungsgewerbe auf das Inlandsgeschäft.

Die Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe, das Verhältnis von Auslandsumsatz zu Gesamtumsatz, erreichte

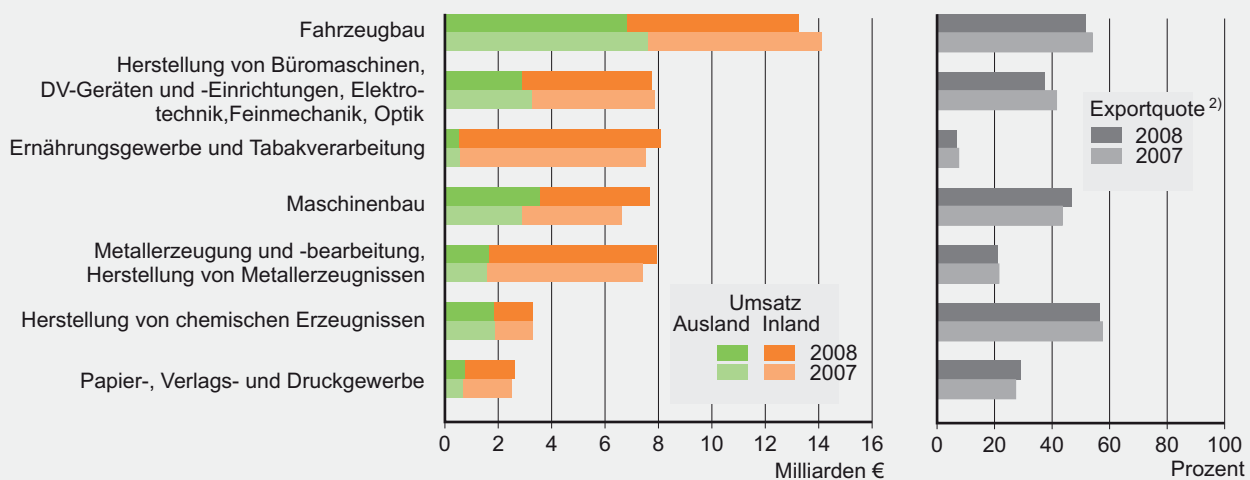
Abb. 2 Bruttoinlandsprodukt 1999 bis 2008¹⁾



1) Berechnungsstand: 1999 bis 2007 - August 2008; Jahr 2008 - Februar 2009 (VGR des Bundes)

- 2) Den Wachstumsbeitrag erhält man, indem die preisbereinigte Veränderung der Bruttowertschöpfung eines Wirtschaftsbereichs bzw. der Nettogütersteuern mit dem entsprechenden Anteil am Bruttoinlandsprodukt im Vorjahr (in jeweiligen Preisen) multipliziert wird.
- 3) einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Abb. 3 Umsatz und Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe 2007 und 2008 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾



1) Datenbasis: Monatsbericht (Betriebe mit in der Regel 50 und mehr tätigen Personen) und Jahreserhebung für Betriebe mit 20 bis 49 tätigen Personen

2) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

2008 einen Wert von 34,3 Prozent nach 35,9 Prozent im Vorjahr. Sie ist damit knapp unter den Stand von 2006 zurückgegangen.

Baugewerbe

Der preisbereinigte Wertschöpfungszuwachs im sächsischen Baugewerbe betrug 2008 lediglich 0,7 Prozent (vgl. Tab. 1) und lag somit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 3,5 Prozent. Damit trug dieser Bereich in Sachsen mit einem Wachstumsbeitrag von 0,04 Prozentpunkten nur minimal zur Zunahme des Bruttoinlandsprodukts bei. Die wirtschaftliche Situation in diesem Bereich ist weiterhin nicht unkritisch zu sehen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich die mit dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung geplanten Maßnahmen positiv in den Ergebnissen für 2009 niederschlagen werden. Im sächsischen Bauhauptgewerbe wurde zwar im März 2009 saisonüblich ein deutlich höherer Gesamtumsatz als im Vormonat erreicht, doch lag dieser noch unter dem Wert des Vorjahresmonats. Für das erste Quartal 2009 wird ein um 13,0 Prozent geringerer baugewerblicher Umsatz und ein um 10,2 Prozent niedrigerer Wert der insgesamt eingegangenen neuen Aufträge als zu Beginn des Jahres 2008 ausgewiesen (im Tiefbau 9,4 Prozent und im Hochbau 11,7 Prozent weniger).

Dienstleistungsbereiche

Auch in den Dienstleistungsbereichen lag die Zunahme der Bruttowertschöpfung in Sachsen mit 0,7 Prozent unter der Bundesentwicklung von 1,6 Prozent. Während im sächsischen *Handel, Gastgewerbe und Verkehr* die Bruttowertschöpfung im Jahr 2008 gegenüber 2007 real um 1,6 Prozent gesteigert werden konnte, fiel der preisbereinigte Zuwachs im Bereich *Finanzierung, Vermietung und*

Unternehmensdienstleister mit 1,3 Prozent etwas geringer aus (vgl. Tab. 1). In beiden Bereichen lag die Leistungssteigerung unter der Bundesentwicklung (2,1 Prozent bzw. 1,8 Prozent). Die Wachstumsbeiträge dieser beiden Dienstleistungsbereiche zum sächsischen Bruttoinlandsprodukt betragen 0,22 bzw. 0,31 Prozentpunkte. Während im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr nach dem Rückgang im Jahr 2007 nun wieder ein Wertschöpfungsplus vorlag, verlief die Entwicklung im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister weniger dynamisch als 2007.

Im Unterschied zu diesen beiden Dienstleistungsbereichen trugen die *Öffentlichen und privaten Dienstleister* 2008 erneut nicht zum Wachstum bei (negativer Beitrag zur Entwicklung des sächsischen Bruttoinlandsprodukts von 0,11 Prozentpunkten). Die Wirtschaftsleistung ging hier preisbereinigt um 0,5 Prozent zurück, nachdem sie 2007 stagnierte. Im Mittel der neuen Länder (ohne Berlin) betrug der Rückgang 2008 sogar 0,8 Prozent. Im gesamtdeutschen Maßstab lag jedoch ein Wertschöpfungszuwachs von 1,0 Prozent vor.

Die Wertschöpfungsentwicklung bei den Öffentlichen und privaten Dienstleistern wird u. a. von den Sparbemühungen der öffentlichen Haushalte bestimmt. Bekanntlich setzt sich die Bruttowertschöpfung bei Nichtmarktproduktion nahezu ausschließlich aus Personalausgaben und Abschreibungen zusammen, so dass Einsparungen hier zu einer Verringerung der Wertschöpfung führen. Das Arbeitnehmerentgelt hatte sich in diesem Wirtschaftsbereich zuletzt unterdurchschnittlich entwickelt. Im Jahr 2008 nahm es zwar um 1,7 Prozent zu, doch steht dies insbesondere mit der kompletten Angleichung der Gehälter eines Teils der Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes an das westdeutsche Tarifniveau im Zusammenhang. Zudem spiegeln sich

Tab. 1 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	In jeweiligen Preisen				Preisbereinigt, verkettet		
	2008		2007		2008	2007	
	absolut	Anteil der Wirtschafts- bereiche an der Bruttowert- schöpfung	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		Index	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
	Mill. €	%			2000 = 100	%	
Bruttoinlandsprodukt	95 119	x	2,6	4,3	115,67	0,9	2,4
Bruttowertschöpfung	85 314	100	2,6	3,6	117,60	1,0	2,8
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	856	1,0	-7,4	31,7	112,23	-0,3	23,1
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe darunter	21 014	24,6	2,6	8,1	166,38	1,9	7,7
Verarbeitendes Gewerbe	17 903	21,0	2,4	9,9	180,29	2,7	9,6
Baugewerbe	5 225	6,1	4,8	6,6	68,36	0,7	0,8
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	13 205	15,5	3,5	0,1	108,78	1,6	-1,2
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	23 042	27,0	2,7	2,8	127,39	1,3	3,6
Öffentliche und private Dienstleister	21 970	25,8	2,1	1,0	99,86	-0,5	-0,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

1) Berechnungsstand: Jahr 2007 - August 2008; Jahr 2008 - Februar 2009 (VGR des Bundes)

in den Wertschöpfungs- bzw. Arbeitnehmerentgeltzahlen der letzten Jahre beispielsweise sowohl die Umsetzung der Reformen am Arbeitsmarkt (Stichwort: Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten, so genannte Ein-Euro-Jobs) als auch die Regelungen zur Arbeitszeitverkürzung im sächsischen Schuldienst aus dem Jahr 2005, die grundsätzlich zu Gehaltseinbußen bei den dort Beschäftigten führten, wider.

Einzelhandel und Gastgewerbe

Der sächsische Einzelhandel⁴⁾ setzte im Jahr 2008 nach vorläufigen Angaben nominal 4,0 Prozent mehr um als im Jahr zuvor. Real – d. h. unter Ausschaltung von Preisveränderungen – war ein Umsatzanstieg von 1,6 Prozent zu verzeichnen (vgl. Abb. 4). In den einzelnen Handelsparten verlief die Entwicklung jedoch unterschiedlich. Eine besonders deutliche Umsatzbelebung (nominal: 25,3 Prozent; real: 18,0 Prozent) erfuhr der Einzelhandel auf Märkten, vom Lager, Versandhandel (nicht in Verkaufsräumen). Auch der Umsatz im Sonstigen Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen) entwickelte sich positiv (nominal: 4,3 Prozent; real: 5,0 Prozent). Etwas mehr als ein Viertel der sächsischen Einzelhandelsumsätze wurde in diesen Geschäften erwirtschaftet. Der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen) konnte zwar nominal einen Umsatzzuwachs von 2,8 Prozent verbuchen, preisbereinigt musste er jedoch erneut Einbußen von 1,3 Prozent hinnehmen. Diese Branche, zu der Supermärkte,

SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte gehören, realisiert knapp die Hälfte des Gesamtumsatzes im sächsischen Einzelhandel.

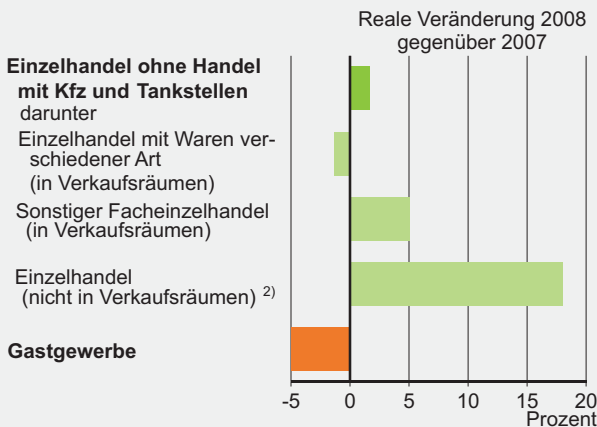
Im Gastgewerbe⁴⁾ zeigt sich folgendes Bild: In Sachsen mussten die Gastwirte 2008 im Vergleich zu 2007 einen Umsatzrückgang von nominal 2,4 Prozent bzw. preisbereinigt 5,0 Prozent verbuchen (vgl. Abb. 4).

Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei)

Der Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) wies in Sachsen im vergangenen Jahr einen realen Wertschöpfungsrückgang von 0,3 Prozent aus (vgl. Tab. 1). Im Jahr 2007 lag hier die Leistungssteigerung noch

4) Ab dem Berichtsmonat Januar 2008 werden in der monatlichen Einzelhandels- und Gastgewerbestatistik folgende Maßnahmen wirksam: Der Berichtskreis setzt sich aus der zuletzt für das Berichtsjahr 2003 gezogenen repräsentativen Stichprobe ergänzt um eine jährliche Stichprobe (ab 2006) aus den Neuzugängen zusammen. Im Zeitablauf ausscheidende Unternehmen werden sofort in der Auswertung nicht mehr berücksichtigt, Neuzugänge aber erst bei der nächsten Neuzugangsstichprobe einbezogen. Dadurch entstehen zum Jahreswechsel Sprünge in den langen Reihen. Um das zu verhindern, werden verkettete Messzahlen veröffentlicht. Ein konstanter Faktor passt das Niveau der Messzahlenreihen einschließlich Neuzugängen auf das Niveau der bisherigen Messzahlenreihen an. Das heißt, mit diesen Änderungen wurden rückwirkend auch die Daten 2006 und 2007 korrigiert.

Abb. 4 Umsatz im Einzelhandel und im Gastgewerbe 2008¹⁾



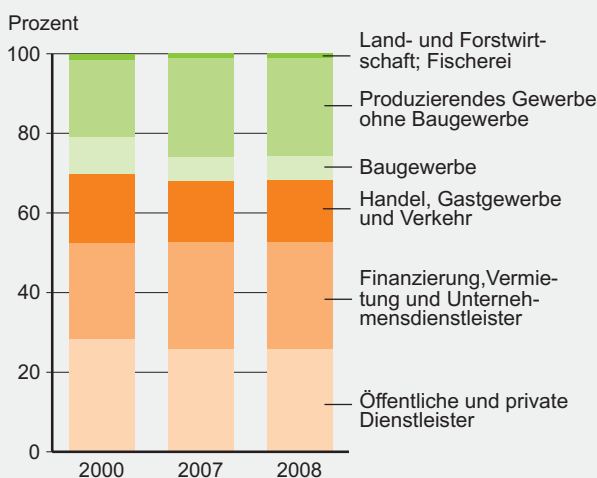
1) Basis: Messzahlen (2003 = 100) mit Niveaueinstellung (vgl. Fußnote 4 im Text)
 2) Sonstiger Facheinzelhandel auf Märkten, vom Lager, Versandhandel (nicht in Verkaufsräumen)

im zweistelligen Prozentbereich. Allerdings haben in diesem Wirtschaftsbereich die Witterungsverhältnisse einen großen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung. Da der Wertschöpfungsanteil (in jeweiligen Preisen) lediglich ein Prozent beträgt, bestimmt die Veränderung in diesem Bereich das sächsische Gesamtergebnis nur minimal.

Wirtschaftsstruktur

Die sächsische Wirtschaftsstruktur veränderte sich aufgrund der betragsmäßig geringen Entwicklungsraten der Leistungsbeiträge der einzelnen Wirtschaftsbereiche im Jahr 2008 nur unwesentlich gegenüber 2007 (vgl. Abb. 5). Der Dienstleistungsbereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister wies daher auch 2008 mit

Abb. 5 Bruttowertschöpfung¹⁾ 2000, 2007 und 2008 nach Wirtschaftsbereichen²⁾



1) in jeweiligen Preisen
 2) Berechnungsstand: 2000 und 2007 - August 2008; Jahr 2008 - Februar 2009 (VGR des Bundes)

27,0 Prozent den höchsten Bruttowertschöpfungsanteil (in jeweiligen Preisen) von allen Wirtschaftsbereichen aus. Sein Anteil war zwar knapp zwei Prozentpunkte größer als das Mittel der ostdeutschen Flächenländer von 25,3 Prozent, jedoch im Vergleich zum Bundesdurchschnitt von 29,3 Prozent weiterhin deutlich niedriger. Auf Ursachen dafür wurde bereits in früheren Aufsätzen eingegangen. [9] Der zweithöchste Wertschöpfungsanteil entfiel auf die Öffentlichen und privaten Dienstleister mit 25,8 Prozent, gefolgt vom Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe mit 24,6 Prozent. Seit dem Jahr 2000 verlief hier die Entwicklung gegenläufig. Während der Wertschöpfungsanteil im Bereich Öffentliche und private Dienstleister seitdem um 2,6 Prozentpunkte sank, nahm er im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe um 5,2 Prozentpunkte zu. Bei den Öffentlichen und privaten Dienstleistern wurde zwar auch 2008 das ostdeutsche Mittel (ohne Berlin) von 26,7 Prozent unterschritten, doch war das Gewicht dieses Bereichs noch immer deutlich höher als in den alten Ländern (ohne Berlin) mit einem Anteil von 20,7 Prozent. Im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe nähern sich die Verhältnisse in Sachsen dagegen immer mehr denen in Westdeutschland an (2008: Anteil von 26,8 Prozent). Im Verarbeitenden Gewerbe betrug der Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung im Jahr 2008 21,0 Prozent. Er lag damit über dem durchschnittlichen Wertschöpfungsanteil dieses Bereichs in den ostdeutschen Flächenländern von 19,6 Prozent, jedoch noch unter dem Vergleichswert der alten Länder (ohne Berlin) von 24,5 Prozent. Trotz des langjährigen Schrumpfungsprozesses des sächsischen Baugewerbes wurde der westdeutsche Vergleichswert im Jahr 2008 noch um 2,1 Prozentpunkte überschritten. Dagegen war der Wertschöpfungsanteil im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr in Sachsen mit 15,5 Prozent weiterhin deutlich niedriger als in den alten Ländern (ohne Berlin) mit 18,1 Prozent.

Erwerbstätigkeit und Verdienste; Arbeitsmarkt

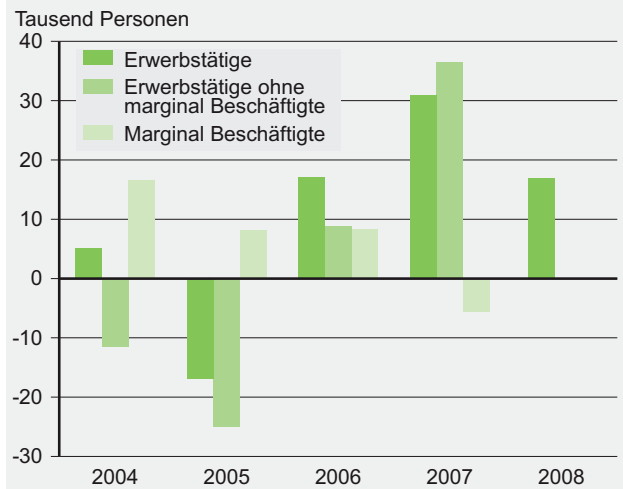
Erwerbstätigenzahl erhöhte sich um 16 900 Personen

Im Jahresdurchschnitt 2008 hatten 1,96 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz in Sachsen. Damit wurden auf dem Arbeitsmarkt noch keine Anzeichen der Wirtschaftskrise sichtbar, denn diesen Fortschreibungsergebnissen zufolge nahm die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber 2007 um 0,9 Prozent zu und erreichte den Höchststand seit dem Jahr 2000 (vgl. Abb. 6). Der Zugang an Erwerbstätigen wurde maßgeblich von einer Zunahme der Zahl der Arbeitnehmer (Anstieg um ein Prozent) getragen. Im Jahr 2008 gingen in Sachsen innerhalb der Personengruppe der Arbeitnehmer die Impulse von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus und es gab im zweiten Jahr in Folge einen Rückgang bei den marginal Beschäftigten. Als marginal Beschäftigte zählen neben den geringfügig Beschäftigten auch die Erwerbstätigen in Arbeitsgelegen-

heiten, also in so genannten Ein-Euro-Jobs. In den vorangegangenen Jahren nahm die Bedeutung dieser Form der Erwerbstätigkeit kontinuierlich zu, wobei sich ab 2005 die Reformen am Arbeitsmarkt mit dem verstärkten Einsatz von Personen in Ein-Euro-Jobs besonders auswirkten. Die Ergebnisse über marginale Beschäftigung stehen aus der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder ab dem Jahr 2003 zur Verfügung. Zwischen den Jahren 2003 und 2006 erhöhte sich danach die Zahl der marginal Beschäftigten in Sachsen um 14,6 Prozent bzw. rund 33 000 Personen. Ihr Anteil an allen Erwerbstätigen stieg im gleichen Zeitraum von 11,8 Prozent auf 13,5 Prozent. Deutschlandweit nahm 2008 die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 562 000 Personen bzw. 1,4 Prozent zu. Die Betrachtung der Großraumregionen zeigt in den alten Ländern (ohne Berlin) einen Zuwachs um 1,5 Prozent. In den neuen Ländern (ebenfalls ohne Berlin) fiel der Anstieg mit 0,8 Prozent deutlich geringer aus. Im gesamtdeutschen Rahmen gingen 2008 erstmals keine Impulse von der marginalen Beschäftigung aus.

Der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen 2008 im Vergleich zum Vorjahr erreichte nicht alle sächsischen Wirtschaftsbereiche. Prozentual wuchs das Produzierende Gewerbe mit 1,4 Prozent mehr als die Dienstleistungsbereiche mit 0,7 Prozent. Die größten Arbeitsplatzgewinne verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe, das 2008 noch Motor der Konjunktur in Sachsen war, mit einem Zuwachs von rund 9 500 Personen bzw. 2,8 Prozent. Im Gegensatz dazu nahm innerhalb des Produzierenden Gewerbes die Erwerbstätigenzahl im Baugewerbe um knapp 2 000 Personen bzw. 1,3 Prozent ab. Innerhalb der Dienstleistungsbereiche wurde im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister ein Zuwachs von 6 400 Erwerbstätigen bzw. 2,0 Prozent festgestellt. Zu diesem Wirtschaftszweig zählen auch die Beschäftigten, die im Rahmen der Überlassung von Arbeitskräften (Zeitarbeit) ihrer Erwerbstätigkeit in anderen Wirtschaftsbereichen nachgehen. Innerhalb der Öffentlichen und privaten Dienstleister, deren Erwerbstätigenzahl um 2 500 Personen bzw. 0,4 Prozent stieg, standen sich vor allem ein Anstieg im Bereich Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen in Höhe von 4 900 Erwerbstätigen bzw. 2,5 Prozent sowie ein Arbeitsplatzverlust von 2 500 Personen bzw. 1,6 Prozent im Bereich Erziehung und Unterricht gegenüber. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr blieb die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zu 2007 nahezu unverändert. Ein – allerdings geringfügiger – Rückgang trat auch in der Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) ein. Trotz der 2008 erneut rückläufigen Entwicklung im Baugewerbe liegt dessen Anteil an der Gesamterwerbstätigenzahl in Sachsen mit acht Prozent im Jahr 2008 noch immer deutlich über dem in der gesamten Bundesrepublik von rund fünf Prozent (vgl. Abb. 7). Auf das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe entfielen knapp 19 Prozent, darunter allein auf das Verarbeitende Gewerbe rund 18 Prozent. 2008 hatten im gesamten Dienstleistungsbereich 71 Prozent der

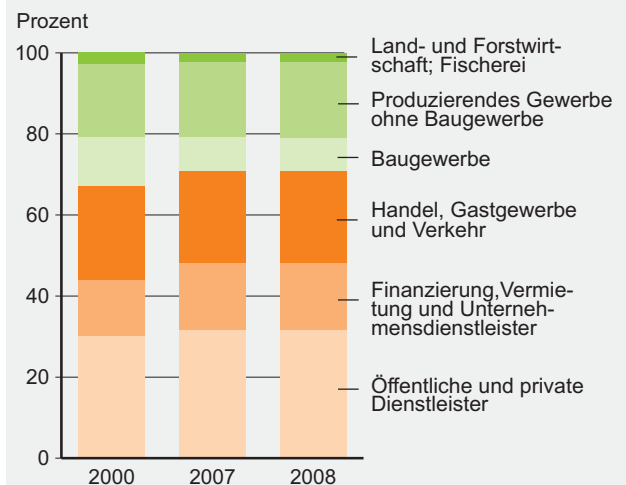
Abb. 6 Erwerbstätige¹⁾ 2004 bis 2008²⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr



1) Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort (ab 2005 vorläufig)
2) Jahr 2008 - Ergebnisse der 2. Schnellrechnung

Erwerbstätigen in Sachsen ihren Arbeitsplatz. Gemessen an allen Erwerbstätigen entfielen auf den Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr knapp 23 Prozent und auf den Bereich der Öffentlichen und privaten Dienstleister knapp ein Drittel. Im Dienstleistungsbereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister waren zuletzt fast 17 Prozent aller Erwerbstätigen in Sachsen beschäftigt. In einigen Wirtschaftsbereichen sind die Unterschiede zwischen dem Erwerbstätigenanteil und dem zuvor betrachteten Wertschöpfungsanteil nicht unerheblich. Diese Strukturunterschiede zwischen beiden Aggregaten spiegeln sich letztlich in den unterschiedlichen Produktivitätszahlen der einzelnen Wirtschaftsbereiche wider.

Abb. 7 Erwerbstätige¹⁾ 2000, 2007 und 2008²⁾
nach Wirtschaftsbereichen



1) Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort (2007 und 2008 vorläufig)
2) Jahr 2008 - Ergebnisse der 2. Schnellrechnung

Im Jahr 2007 standen den 1,94 Millionen Personen, die in Sachsen ihrer Erwerbstätigkeit nachgingen, rund 1,99 Millionen erwerbstätige Inländer gegenüber. Damit ergab sich auch aktuell ein Auspendlerüberschuss, denn die Zahl der erwerbstätigen Personen mit Wohnort in Sachsen überstieg die Zahl der Erwerbstätigen, die – unabhängig von ihrem jeweiligen Wohnort – ihren Arbeitsplatz in Sachsen hatten. Der Pendlersaldo betrug 2007 rund 49 300 Personen.

Pro-Kopf-Arbeitszeit betrug 1 485 Stunden

In Sachsen wurden im Jahr 2008 von den 1,96 Millionen Erwerbstätigen fast 2,91 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Damit nahm das Arbeitsvolumen um knapp 16 Millionen Stunden oder 0,5 Prozent gegenüber dem Jahr zuvor zu. Beim Vergleich der Entwicklung mit der Erwerbstätigenzahl ist zunächst zu berücksichtigen, dass im Jahr 2008 kalenderbedingt in Sachsen zwei Arbeitstage mehr zur Verfügung standen wie 2007. Darüber hinaus wurde die Entwicklung noch von weiteren Faktoren beeinflusst, beispielsweise dem Gewicht von Teilzeit und marginaler Beschäftigung oder dem Umfang von Kurzarbeit bzw. dem Krankenstand. Im gesamtdeutschen Maßstab betrug der Zuwachs des Arbeitsvolumens 1,3 Prozent, im Mittel der fünf neuen Länder so wie in Sachsen 0,5 Prozent.

Das Arbeitsvolumen umfasst die Gesamtzahl der während eines Berichtszeitraumes am jeweiligen Arbeitsort von allen Erwerbstätigen tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, wobei allerdings weder Intensität noch Qualität der Arbeit berücksichtigt werden können. Die Ergebnisse für Deutschland sind Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB). Diese wurden vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ entsprechend regionalisiert.

Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit pro Erwerbstätigen betrug im Jahr 2008 in Sachsen 1 485 Stunden. Sie lag um fünf Stunden unter dem Mittel des Vorjahres von 1 490 Stunden und war um 54 Stunden größer als der Bundesdurchschnitt. In den alten Ländern (ohne Berlin) arbeitete ein Erwerbstätiger durchschnittlich 1 420 Stunden, in den fünf neuen Ländern waren es im Mittel 1 487 Stunden, zwei mehr als in Sachsen. Die Spanne reichte 2008 von 1 401 Stunden je Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz bis zu 1 500 Stunden in Thüringen. Hauptursache für diese große Spannweite zwischen den Ländern sind die unterschiedlichen tariflichen Arbeitszeiten der Arbeitnehmer, die individuellen Arbeitszeiten (Voll- oder Teilzeitbeschäftigung) sowie die unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen. Im Vergleich zum Jahr 2000 sank die durchschnittliche Pro-Kopf-Arbeitszeit in Sachsen bei zwei Werktagen mehr um 66 Stunden bzw. 4,2 Prozent. Während in diesem Zeitraum die Zahl der Erwerbstätigen um 0,6 Prozent zurückging, verringerte sich das Arbeitsvolumen sogar um 4,8 Prozent. Neben der Veränderung hin zu mehr Teilzeitbeschäftigung trug zu dieser Entwicklung insbesondere die starke Zunahme der marginalen Beschäftigung bis 2006

bei. Nach Wirtschaftsbereichen betrachtet, liegen innerhalb Sachsens ebenfalls deutliche Unterschiede der pro Kopf geleisteten Arbeitszeiten vor. Das sächsische Baugewerbe war dabei auch 2008 der arbeitszeitintensivste Bereich mit 1 689 Stunden je Erwerbstätigen. Am niedrigsten war die Pro-Kopf-Arbeitszeit im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen mit 1 428 Stunden, also 261 Stunden je Erwerbstätigen weniger als im Baugewerbe.

Anstieg der Verdienste um rund 500 €

In Sachsen wurden im Jahr 2008 Bruttolöhne und -gehälter in Höhe von 39,2 Milliarden € gezahlt, 3,3 Prozent mehr als 2007 (vgl. Abb. 8). Die Bruttolöhne und -gehälter sind Teil des Arbeitnehmerentgelts. Pro Kopf verdienten die Arbeitnehmer in Sachsen damit brutto, d. h. vor Abzug der Lohnsteuern und Sozialbeiträge, im Mittel 22 565 €. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies einen Anstieg um 504 € oder 2,3 Prozent.

Im Bundesdurchschnitt betrug der Bruttojahresverdienst 27 754 € je Arbeitnehmer und erhöhte sich gegenüber 2007 um 629 € oder ebenfalls um 2,3 Prozent. Der Abstand des sächsischen zum gesamtdeutschen Bruttoverdienst verharrte damit seit dem Jahr 2005 bei rund 19 Prozent bzw. betrug aktuell knapp 5 200 € im Jahr. Im Vergleich dazu verdiente ein Arbeitnehmer mit Arbeitsplatz in den alten Ländern (ohne Berlin) durchschnittlich 28 727 €, 654 € bzw. desgleichen 2,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Der sächsische Durchschnittsverdienst je Arbeitnehmer lag um 195 € über dem Wert der fünf neuen Länder von 22 370 €. Hier war ein Zuwachs um 473 € bzw. 2,2 Prozent zu verzeichnen.

Ermittelt man die Verdienste auf der Grundlage der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit der Arbeitnehmer in Sachsen, so ergab sich im Jahr 2008 ein Wert von 16,02 € je Arbeitnehmerstunde, 2,6 Prozent bzw. 41 Cent mehr als im Vorjahr. Die sächsischen Verdienste auf Basis des Arbeitsvolumens lagen um 19 Cent über dem Mittel der neuen Länder (ohne Berlin). Der Anstieg gegenüber dem Jahr 2007 betrug in den fünf neuen Ländern 38 Cent bzw. 2,5 Prozent. Der Vergleich mit dem bundesdeutschen Durchschnittswert von 20,52 € zeigt für Sachsen einen Stand der Angleichung der Stundenverdienste von 78,1 Prozent. Dieser Abstand war mit 3,2 Prozentpunkten deutlich größer als bei den Pro-Kopf-Werten. Gegenüber den alten Ländern (ohne Berlin) mit 21,43 € je Arbeitnehmerstunde waren die sächsischen Verdienste um 5,41 € je Stunde bzw. über ein Viertel geringer. Hinsichtlich der Veränderung gegenüber 2007 war gesamtdeutsch eine Erhöhung der Verdienste je Arbeitnehmerstunde um 2,4 Prozent oder 48 Cent und in den alten Ländern (ohne Berlin) ein Plus von 2,3 Prozent bzw. 49 Cent zu verzeichnen.

Innerhalb der sächsischen Wirtschaft erreichte der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter pro Kopf bzw. pro Arbeitnehmerstunde zwar alle Wirtschaftsbereiche, jedoch gab es sowohl hinsichtlich des Niveaus, als auch der Höhe

der Zuwächse deutliche Differenzen. Am höchsten war der Verdienst mit 27 451 € je Arbeitnehmer (Anstieg gegenüber 2007 um 1,9 Prozent) im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe. In diesem Bereich ist das Verarbeitende Gewerbe mit einem Pro-Kopf-Verdienst von 26 775 €, 1,8 Prozent mehr als im Vorjahr, enthalten. Auch bezogen auf das Arbeitsvolumen wurde mit 17,92 € je Arbeitnehmerstunde der Spitzenverdienst im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe erzielt. Die Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe erreichten 17,48 € je Stunde. Im Vergleich zum Vorjahr zeigte sich in diesen Wirtschaftszweigen mit Zuwächsen um 3,0 bzw. 2,9 Prozent gegenüber den Pro-Kopf-Werten eine deutlich höhere Dynamik. Ursache dafür war der überdurchschnittliche Anstieg der Teilzeitbeschäftigung, der in der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden zum Ausdruck kommt.

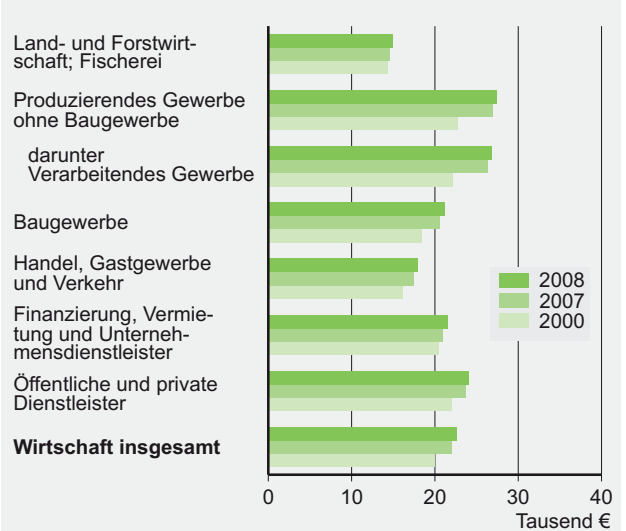
Die mit Abstand niedrigsten Bruttolöhne und -gehälter waren in Sachsen auch 2008 in der Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) mit 14 985 € je Arbeitnehmer bzw. 9,75 € je Arbeitnehmerstunde zu verzeichnen. Der Abstand zum Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe betrug knapp 12 466 € je Arbeitnehmer bzw. 8,17 € je Arbeitnehmerstunde. Der Vergleich zum Vorjahr zeigte im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) jedoch den prozentual höchsten Zuwachs gegenüber 2007, und zwar um 3,2 Prozent bei den Pro-Kopf-Angaben und um 3,9 Prozent beim Stundenverdienst. Den höchsten absoluten Zuwachs verzeichnete das Baugewerbe mit einem Plus von 617 € je Arbeitnehmer.

Das sächsische Verdienstniveau je Arbeitnehmerstunde lag 2008 fast 22 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Während sich die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde im Bereich Öffentliche und private Dienstleister mit 90,2 Prozent dem bundesdurchschnittlichen Verdienstniveau am stärksten annäherten, war der Abstand im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe mit 33,2 Prozent am größten. Im Verarbeitenden Gewerbe betrug der Abstand zum Bundeswert sogar fast 35 Prozent. Im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) verdiente der durchschnittliche Arbeitnehmer in Sachsen 86 Prozent des Bundeswertes und im Baugewerbe kam er auf 83,5 Prozent. Deutlich höher war der Abstand zum mittleren gesamtdeutschen Stundenverdienst mit 23,7 Prozent im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister bzw. mit 21,9 Prozent im Handel, Gastgewerbe und Verkehr.

Arbeitslosenzahl erneut deutlich zurückgegangen

Im Jahresdurchschnitt 2008 waren in Sachsen 279 573 Menschen arbeitslos gemeldet, 13,4 Prozent weniger als ein Jahr zuvor (vgl. Tab. 2). In der Bundesrepublik Deutschland insgesamt verringerte sich die Arbeitslosenzahl um 13,5 Prozent auf durchschnittlich 3,27 Millionen. Dabei sank deren Zahl in den alten Ländern (ohne Berlin) um 13,7 Prozent auf 2,14 Millionen Personen und in den neuen Ländern (mit Berlin) um 13,0 Prozent auf 1,12 Millio-

Abb. 8 Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer 2000, 2007 und 2008 nach Wirtschaftsbereichen¹⁾



1) Berechnungsstand: 2000 und 2007 - August 2008; Jahr 2008 - Februar 2009 (VGR des Bundes)

nen Personen. Bei monatlicher Betrachtung erreichte die Arbeitslosenzahl in Sachsen im Januar 2008 mit 320 354 Personen ihren höchsten Stand, im Oktober mit 248 467 Personen den niedrigsten. In jedem Monat des Jahres 2008 lag die Arbeitslosenzahl jeweils deutlich unter der des entsprechenden Vorjahresmonats. Der Arbeitsmarkt profitierte damit im Jahr 2008 noch von der positiven konjunkturellen Entwicklung der letzten Jahre. Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums im zweiten Halbjahr 2008 wirkte sich bei den Arbeitslosenzahlen als konjunkturellen Spätindikator noch nicht aus. Diese positive Entwicklung schwächte sich Anfang 2009 ab. Im April 2009 wurden dann erstmals seit fast vier Jahren wieder mehr Arbeitslose als im Vorjahresmonat registriert. Im Mai 2009 lag deren Zahl in Sachsen bei 285 633, 0,4 Prozent mehr als im Mai 2008.

Die Arbeitslosenquote⁵⁾ betrug in Sachsen im Jahresdurchschnitt 2008 14,3 Prozent (2007: 16,4 Prozent). Dabei lag die Quote der Frauen mit 14,7 Prozent höher als die der Männer mit 14,0 Prozent. Im ostdeutschen Mittel war die Arbeitslosenquote mit 14,7 Prozent etwas höher als in Sachsen. Deutlich niedriger lag sie im westdeutschen Durchschnitt mit 7,2 Prozent.

Bei Betrachtung ausgewählter Altersgruppen zeigt sich auf dem sächsischen Arbeitsmarkt folgendes Bild. Die Zahl

5) Die hier dargestellte Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose sowie ab Mai 2007 Personen in Arbeitsgelegenheiten der Mehraufwandsvariante) in Prozent. Die Bezugsgrößen für die Berechnung der Arbeitslosenquoten werden einmal jährlich aktualisiert. Dies geschieht in der Regel ab Berichtsmonat April oder Mai. Rückrechnungen werden nicht vorgenommen.

Tab. 2 Arbeitsmarkt ¹⁾

Merkmale	2008	2007	Veränderung 2008 gegenüber 2007 in %
Arbeitslose (Personen)	279 573	322 821	-13,4
Frauen	140 099	164 983	-15,1
im Alter von unter 20 Jahren	5 108	6 260	-18,4
im Alter von unter 25 Jahren	32 054	37 272	-14,0
im Alter von 55 Jahren und mehr	43 953	47 469	-7,4
Arbeitslosenquote (Prozent)²⁾	14,3	16,4	x
Männer	14,0	15,7	x
Frauen	14,7	17,2	x
im Alter von unter 20 Jahren	6,5	7,3	x
im Alter von unter 25 Jahren	12,5	14,0	x
Kurzarbeiter (Personen)	6 719	4 879	37,7
Gemeldete Stellen (Anzahl)	25 104	29 342	-14,4
darunter ungeforderte Stellen	15 783	18 222	-13,4
Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Instrumente			
Berufliche Weiterbildung	9 002	7 666	17,4
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	9 695	9 550	1,5
Eingliederungszuschuss ³⁾	15 055	12 428	21,1
Existenzgründungszuschuss (Ich-AG)	5 632	15 132	-62,8
Gründungszuschuss	8 322	6 028	38,1
Arbeitsgelegenheiten nach § 16 SGB II	23 216	22 969	1,1
darunter Variante Mehraufwand	21 793	21 623	0,8

1) Jahresdurchschnittsangaben; Stand Mai 2009

2) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose sowie ab Mai 2007 Personen in Arbeitsgelegenheiten der Mehraufwandsvariante)

3) ohne "Eingliederungszuschüsse für schwerbehinderte Menschen"

Quelle: Statistikangebot der Bundesagentur für Arbeit (BA)

der Arbeitslosen im Alter von 55 Jahren und älter verringerte sich 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 7,4 Prozent auf 43 953 Personen. Diese unterdurchschnittliche Verringerung ist u. a. auf das Auslaufen vorruhestandsähnlicher Regelungen nach § 428 SGB III zurückzuführen. Ältere, die solche Regelungen genutzt hatten, waren bis Ende 2007 nicht als arbeitslos gezählt worden. Ein deutlicherer Rückgang vollzog sich bei der Jugendarbeitslosigkeit. Mit 32 054 Jugendlichen unter 25 Jahren wurden 2008 aus dieser Gruppe 14,0 Prozent weniger Arbeitslose gemeldet als ein Jahr zuvor. Die entsprechende Arbeitslosenquote betrug 2008 12,5 Prozent (Vorjahr: 14,0 Prozent). Den Agenturen für Arbeit bzw. den Trägern der Grundversicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II waren in Sachsen im Jahresdurchschnitt 2008 insgesamt 25 104 offene Stellen gemeldet, 14,4 Prozent weniger als im Vorjahr. Darunter waren 15 783 ungeforderte Stellen. Auch im Jahr 2008 entlastete der Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente den sächsischen Arbeitsmarkt. Im Folgenden werden die Teilnehmerzahlen an ausgewählten Maßnahmen betrachtet. Zu beachten ist, dass die entspre-

chenden Daten hier ohne Förderinformationen der zugelassenen kommunalen Träger dargestellt werden. In Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung wurden 2008 im Mittel 9 002 Personen gefördert, 17,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Bei den Beschäftigten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen lag ein Zugang um 1,5 Prozent auf 9 695 Personen vor. Deutlich gestiegene Fallzahlen (21,1 Prozent) wurden bei den Eingliederungszuschüssen zur Förderung abhängiger Beschäftigung mit 15 055 Fällen verzeichnet. Dieses Instrument unterstützt die Eingliederung von Arbeitnehmern mit Vermittlungshemmnissen. Bei der Förderung der Selbstständigkeit ist der Gründungszuschuss das zahlenmäßig stärkste Instrument. So wurden 2008 durchschnittlich 8 322 Personen gefördert, 38,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Außerdem wurden noch durchschnittlich 5 632 Fälle der „alten Existenzgründungszuschüsse“ (Ich-AG) verzeichnet. Das ist ein auslaufendes Förderinstrument, so dass im Jahr 2008 keine Neufälle mehr auftraten. Mit 23 216 Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II erhöhte sich deren Zahl im Jahresvergleich 2008 zu 2007 um 1,1 Prozent. Der überwiegende Teil da-

von entfiel mit einer Anzahl von 21 793 auf die Mehraufwandsvariante (Ein-Euro-Jobs). Kurzarbeit wurde 2008 in stärkerem Maße in Anspruch genommen als 2007. Dies ist ein deutliches Zeichen für die sich abschwächende Konjunktur. Die Zahl der Kurzarbeiter erhöhte sich im Jahresmittel um 37,7 Prozent auf 6 719 Personen. Für 2009 ist mit weiter steigenden Kurzarbeiterzahlen zu rechnen. Zudem wurde die Länge der Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld ab Januar 2009 auf 18 Monate erhöht.

Produktivität

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen

Die Produktivität, gemessen am *Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen*, betrug im Jahr 2008 in Sachsen 48 518 € (vgl. Tab. 3). Im Vergleich dazu lag das Mittel der neuen Länder (ohne Berlin) bei 50 040 €. Die Produktivität der sächsischen Wirtschaft stagnierte 2008 im Prinzip bei 78 Prozent des gesamtdeutschen Produktivitätsniveaus. Abgesehen von kleineren Schwankungen gab es seit 2002 gesamtwirtschaftlich kaum Fortschritte im Prozess der Angleichung des in Sachsen je Erwerbstätigen erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts an den gesamtdeutschen Quotienten. Zum Vergleich betrug der Angleichungsstand im Jahr 1995 noch 71 Prozent und 2000 waren es 73 Prozent. Ähnlich verhält sich die Situation im Mittel der

fünf neuen Länder, wobei 1995 dort 70 Prozent, 2000 gut 75 Prozent und 2002 knapp 79 Prozent der gesamtdeutschen Produktivität erreicht werden konnten. Seit 2004 verharnte der Angleichungsstand dann auf einem Niveau von 80 Prozent, nahm jedoch zuletzt geringfügig auf 81 Prozent zu.

In Sachsen lag im Jahr 2008 kein *Produktivitätszuwachs*, gemessen auf der Basis der Entwicklung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Verhältnis zur Veränderung der Erwerbstätigenzahl, vor, da sich beide Aggregate um 0,9 Prozent erhöhten. Im Jahr zuvor betrug der Anstieg noch 0,8 Prozent. Im bundesdeutschen Mittel ging der Produktivitätsindex 2008 minimal um 0,1 Prozent zurück, im Durchschnitt der fünf neuen Länder gab es ein geringfügiges Plus von 0,3 Prozent.

Stundenproduktivität

Die *Stundenproduktivität* stellt ein weiteres Instrument zur Produktivitätsmessung dar. Sie wird ermittelt als Quotient aus dem Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) und den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen. Bei der gegenwärtig zunehmenden Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse (Teilzeit- und marginale Beschäftigung) gewinnt dieses Produktivitätsmaß zunehmend an Bedeutung, da hier – im Unterschied zur oben angeführten Produktivitätsmessung anhand der Zahl der Erwerbstätigen – der unterschiedliche Arbeitseinsatz der Erwerbstätigen berücksichtigt wird.

Tab. 3 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen und je Erwerbstätigenstunde nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	Je Erwerbstätigen				Je Erwerbstätigenstunde			
	in jeweiligen Preisen		preisbereinigt, verkettet		in jeweiligen Preisen		preisbereinigt, verkettet	
	2008		2007		2008		2007	
	absolut	Index	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		absolut	Index	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
	€	2000 = 100	%		€	2000 = 100	%	
Bruttoinlandsprodukt	48 518	116,33	-0,0	0,8	32,66	121,48	0,3	1,3
Bruttowertschöpfung	43 516	118,27	0,1	1,2	29,30	123,50	0,4	1,8
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	20 509	142,37	0,0	21,9	12,70	147,40	0,3	21,2
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe darunter	56 836	158,37	-0,6	4,7	36,22	163,47	0,4	5,1
Verarbeitendes Gewerbe	51 245	168,45	-0,1	6,3	32,63	174,21	1,0	6,8
Baugewerbe	33 370	104,78	2,0	0,7	19,76	102,15	2,2	0,9
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	29 720	111,76	1,4	-2,6	20,72	119,72	1,4	-2,6
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	70 207	106,61	-0,7	-0,0	49,15	112,85	-0,7	0,0
Öffentliche und private Dienstleister	35 441	95,95	-0,9	-0,5	24,57	99,19	-0,6	1,0

1) Berechnungsstand: Jahr 2007 - August 2008; Jahr 2008 - Februar 2009 (VGR des Bundes)

Je geleisteter Arbeitsstunde wurde 2008 in Sachsen eine gesamtwirtschaftliche Leistung in Höhe von 32,66 € erbracht (vgl. Tab. 3). Damit war die Stundenproduktivität der sächsischen Wirtschaft erneut etwas niedriger als das Mittel der fünf neuen Länder mit 33,66 €. Die gesamtdeutsche Stundenproduktivität betrug 43,15 €. Obwohl in Sachsen fast 76 Prozent des Bundesdurchschnittes erreicht wurden, war die Angleichung bei dieser Kennzahl noch nicht so weit fortgeschritten wie beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. Der entsprechende *Produktivitätsindex*⁶⁾ nahm in Sachsen 2008 im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um 0,3 Prozent zu, in den neuen Ländern (ohne Berlin) um 0,6 Prozent. Für Deutschland insgesamt lag die Veränderung bei minus 0,0 Prozent. Damit lag die Zunahme der Stundenproduktivität gegenüber dem Jahr 2000 in Sachsen bei insgesamt 21,5 Prozent. Im Mittel der neuen Länder (ohne Berlin) ist sie in diesem Zeitraum um 20,6 Prozent gestiegen, im gesamtdeutschen Maßstab dagegen nur um ein Zehntel.

Produktivität in den Wirtschaftsbereichen

Die gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsdaten werden maßgeblich von der *Wirtschaftsstruktur* des jeweiligen Landes beeinflusst. Die absolut höchste *Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen* innerhalb der sächsischen Wirtschaft konnte mit 70 207 € auch 2008 wieder im Dienstleistungsbereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister festgestellt werden (vgl. Tab. 3). Dieser Wert entspricht allerdings nur gut 75 Prozent des gesamtdeutschen Niveaus. Die geringste Produktivität wurde erneut in der Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) mit 20 509 € je Erwerbstätigen verzeichnet. Dies bedeutet hier jedoch fast 90 Prozent Angleichung an das bundesdeutsche Mittel. Die Produktivität des Verarbeitenden Gewerbes betrug 51 245 € je Erwerbstätigen. Mit knapp 75 Prozent liegt hier – wie auch im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr – der geringste Stand der Angleichung an das gesamtdeutsche Produktivitätsniveau vor. Im Verarbeitenden Gewerbe war zwar 2008 gegenüber 2007 preisbereinigt kein *Produktivitätszuwachs* zu verzeichnen, jedoch betrug die Zunahme seit dem Jahr 2000 fast 70 Prozent. Ein derartiges Ergebnis ist in keinem anderen Wirtschaftsbereich festzustellen. Reale Produktivitätssteigerungen gegenüber dem Vorjahr gab es 2008 in Sachsen lediglich im Baugewerbe mit 2,0 Prozent und im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr mit 1,4 Prozent.

Der Dienstleistungsbereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister wies mit 49,15 € auch die höchste *Stundenproduktivität* auf. Dies entspricht 76 Prozent des gesamtdeutschen Niveaus, womit der Angleichungsprozess hier geringfügig weiter fortgeschritten ist als bei der Pro-Kopf-Produktivität. Der Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) erreichte 2008 eine Stundenproduktivität, die zwar 98,1 Prozent des bundesdeutschen Mittels entspricht, je geleisteter Arbeitsstun-

de erwirtschaftete man hier allerdings nur 12,70 €. In allen anderen Wirtschaftsbereichen war der Angleichungsstand bei der Stundenproduktivität geringer als bei der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

Die entsprechenden *Produktivitätsindizes*⁶⁾ wiesen im Jahr 2008 lediglich in zwei Dienstleistungsbereichen keinen Zuwachs auf (vgl. Tab. 3). Bis auf das Baugewerbe und den Bereich der Öffentlichen und privaten Dienstleister stieg der Index der Stundenproduktivität gegenüber dem Jahr 2000 sonst dynamischer als dies beim Produktivitätsindex der Fall war.

Lohnstückkosten

Neben den Produktivitätsangaben und den Informationen zu den Lohnkosten bzw. Verdiensten sind die *Lohnstückkosten* ein wichtiger Indikator zur Betrachtung der Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität von Regionen bzw. Wirtschaftsbereichen. Mit dieser Kennzahl werden die Lohnkosten in Relation zur Produktivität des Produktionsfaktors Arbeit gesetzt.⁷⁾ Grundsätzlich gilt, je günstiger das Verhältnis der Kosten des Arbeitseinsatzes zur Produktivität ausfällt, d. h. je niedriger der Lohnkostendruck ist, desto mehr gewinnt die betreffende Region bzw. der einzelne Wirtschaftsbereich für künftige Investoren an Attraktivität. Bei der Beurteilung ist jedoch zu berücksichtigen, dass in hochentwickelten Volkswirtschaften generell ein hohes Lohnstückkostenniveau vorliegt.

Der *Lohnstückkostenindex*⁸⁾ wies im Jahr 2008 für Sachsen einen Anstieg von 2,0 Prozent auf (Deutschland: 2,1 Prozent). Bereits 2007 gab es in Sachsen eine geringfügige Zunahme, so dass die in der Tendenz rückläufige Entwicklung in den Jahren zuvor unterbrochen wurde. Gegenüber dem Jahr 2000 (=100) stand der sächsische Index zuletzt bei 95,7, der gesamtdeutsche Lohnstückkostenindex dagegen bei 102,3.

Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten Sachsens lagen im Jahr 2008 mit 57,2 Prozent weiterhin geringfügig über dem bundesdeutschen Mittel von 55,3 Prozent. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Prozess der Angleichung der Lohnkosten an das gesamtdeutsche Niveau mit 81,2 Prozent gegenwärtig weiter fortgeschritten ist als

6) Ermittlung dieses Produktivitätsindex: Quotient aus der preisbereinigten Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bzw. der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche und der Entwicklung der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen.

7) Die nachfolgend verwendeten Angaben zu den Lohnstückkosten fußen auf dem so genannten Personenkonzept: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Lohnkosten) zu Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen (Produktivität). Daneben gibt es das Stundenkonzept, bei dem mit Angaben zu den Lohnkosten bzw. zur Produktivität auf der Basis von Daten zu den geleisteten Arbeitsstunden gearbeitet wird.

8) Ermittlung des Lohnstückkostenindex: Quotient aus der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lohnkosten und der preisbereinigten Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts.

bei der Produktivität mit 78,5 Prozent. Nach Wirtschaftsbereichen betrachtet, sind allerdings im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe mit 60,0 Prozent sowie im darunter zählenden Verarbeitenden Gewerbe mit 64,4 Prozent die Lohnstückkosten in Sachsen geringer als im gesamtdeutschen Mittel (65,3 Prozent bzw. 68,0 Prozent). Für beide Bereiche wird für die Produktivität im Vergleich zu den Lohnkosten ein höherer Angleichungsstand an die gesamtdeutschen Werte ausgewiesen, was die Standortattraktivität Sachsens erhöht. Ferner liegen auch die Lohnstückkosten im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Eine Betrachtung der Lohnstückkosten nach dem *Stundenkonzept* führt grundsätzlich zu keinen anderen Aussagen.

Außenhandel⁹⁾

Ausfuhr

Die Ausfuhr (Spezialhandel) aus Sachsen erreichte im Jahr 2008 einen Gesamtwert von 23,2 Milliarden € (vgl. Tab. 4). Verglichen mit dem Jahr 2000 haben sich die Exporte damit mehr als verdoppelt, zuletzt schwächte sich die Dynamik jedoch ab (vgl. Abb. 9). So wurde 2008 im Vergleich zu 2007 ein Rückgang um 1,0 Prozent verzeichnet. Bundesweit stiegen die Exporte 2008 dagegen um 3,1 Prozent. Dabei ist zu beachten, dass sich 2008 die Außenhandelspreise um durchschnittlich 2,1 Prozent erhöht haben (2007: 1,8 Prozent). [10] Auch zu Jahresbeginn 2009 gingen die sächsischen Exporte weiter zurück. Mit 1,5 Milliarden € war deren Wert im Januar 2009 um knapp ein Viertel niedriger als im Vorjahresmonat.

Den größten Teil der Ausfuhr bildeten auch im Jahr 2008 die Güter der gewerblichen Wirtschaft. Hier lag ein Rück-

gang um 3,4 Prozent auf 21,4 Milliarden € vor. Darunter waren Enderzeugnisse im Wert von 17,4 Milliarden €. Den höchsten Stellenwert hatten darunter – wie bereits in den Vorjahren – die Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus mit 7,0 Milliarden €. Im Vergleich zu 2007 waren das allerdings 7,3 Prozent weniger.

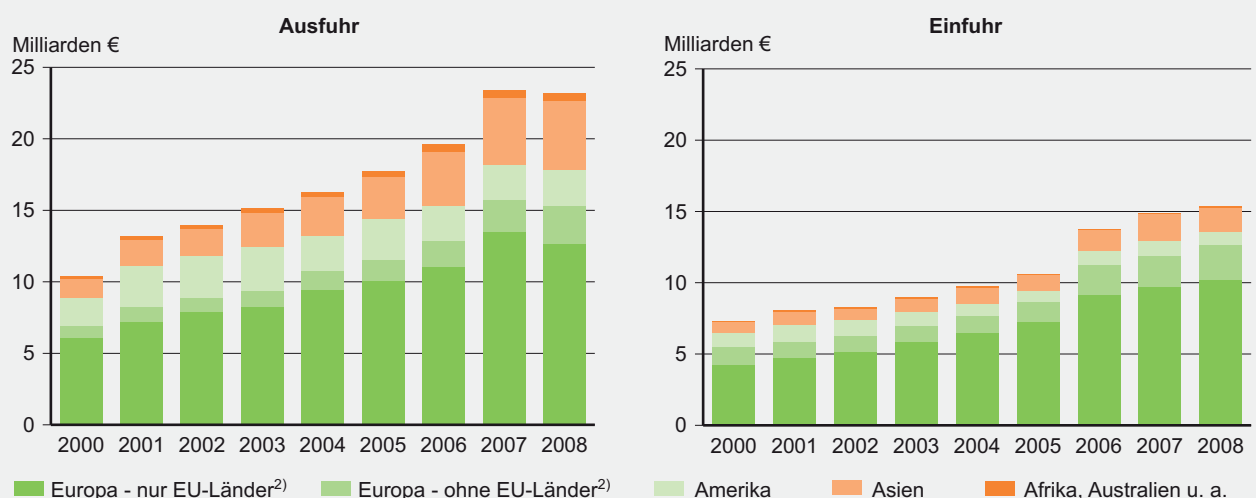
Mit Blick auf die wichtigsten Handelspartner zeigt sich exportseitig folgendes Bild. Das Gros der sächsischen Lieferungen ging auch 2008 mit 1,7 Milliarden € in die USA. Der Vorjahresvergleich ergab hier allerdings ein Minus um 5,4 Prozent. Damit war die Ausfuhr in die USA im Jahr 2008 etwa so hoch wie im Jahr 2000. Die Plätze 2 und 3 der wichtigsten Abnehmerländer belegten Polen mit 1,5 Milliarden € und Italien mit 1,4 Milliarden €. Während die Ausfuhr nach Polen gegenüber 2007 kräftig um 20,6 Prozent anstieg, ging die nach Italien um 6,2 Prozent zurück. In diese drei Länder wurden hauptsächlich Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus geliefert. Aber auch Erzeugnisse des Maschinenbaus sowie elektrotechnische Erzeugnisse spielten eine bedeutende Rolle. In der Rangliste der Exportpartner folgten Frankreich, Malaysia und China mit einem Warenwert von jeweils 1,3 Milliarden €. Während die Lieferungen nach Frankreich um 3,0 Prozent und Malaysia um 17,1 Prozent zurückgingen, stiegen sie nach China um 26,1 Prozent.

Einfuhr

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Sachsen erreichte 2008 mit insgesamt 15,3 Milliarden € ihren bisher höchsten Wert (vgl. Tab. 4 und Abb. 9). Gegenüber dem Jahr 2000 hat sich das Ergebnis auch hier mehr als verdoppelt. Im Vorjahresvergleich flachte die Zuwachsrate aber auf 3,3 Prozent ab.

9) Alle Angaben zum Außenhandel sind vorläufig.

Abb. 9 Außenhandel 2000 bis 2008 nach Kontinenten¹⁾



1) Jahr 2008 - vorläufige Ergebnisse

2) EU-Länder jeweils einschließlich Beitrittsländer

Tab. 4 Außenhandel

Merkmal	2008 ¹⁾		2007
	absolut	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
	Mill. €	%	
Ausfuhr (Spezialhandel)²⁾	23 205	-1,0	19,6
nach Warengruppen			
Ernährungswirtschaft	844	-0,9	17,8
Gewerbliche Wirtschaft	21 448	-3,4	19,8
darunter			
Vorerzeugnisse	2 740	0,4	13,3
Enderzeugnisse	17 426	-4,2	20,2
darunter			
Erz. des Kraftfahrzeugbaus	7 013	-7,3	19,4
Erz. des Maschinenbaus	3 608	6,7	18,1
elektrotechnische Erzeugn.	3 163	-16,0	22,6
nach Ländern			
EU-Länder	12 665	-6,1	21,8
darunter			
Polen	1 458	20,6	40,4
Italien	1 421	-6,2	51,3
Frankreich	1 346	-3,0	18,5
Tschechische Republik	1 226	0,8	16,2
Vereinigtes Königreich	1 099	-18,9	10,9
Spanien	1 039	-24,6	31,0
Vereinigte Staaten	1 703	-5,4	-3,5
Malaysia	1 296	-17,1	34,0
Volksrepublik China	1 289	26,1	41,5
Einfuhr (Generalhandel)²⁾	15 346	3,3	8,1
nach Warengruppen			
Ernährungswirtschaft	951	1,3	7,5
Gewerbliche Wirtschaft	13 193	-1,8	8,1
Rohstoffe	1 345	26,6	1,8
darunter			
Erdöl und Erdgas	1 219	33,9	-2,7
Halbwaren	1 345	4,3	2,2
Vorerzeugnisse	1 943	0,4	16,7
Enderzeugnisse	8 560	-6,4	8,0
darunter			
Erz. des Kraftfahrzeugbaus	2 964	-8,0	10,0
Erz. des Maschinenbaus	1 609	-18,4	17,9
elektrotechnische Erzeugn.	1 359	1,0	5,4
nach Ländern			
EU-Länder	10 241	5,2	6,3
darunter			
Tschechische Republik	2 707	12,0	1,3
Polen	1 302	13,5	30,0
Frankreich	1 158	9,1	4,7
Österreich	836	-13,5	24,5
Niederlande	820	2,9	1,9
Italien	808	-2,2	9,6
Russische Föderation	1 686	19,9	3,5
Vereinigte Staaten	651	-29,8	2,5
Japan	612	-16,5	9,7
China	589	33,0	25,3

1) vorläufige Angaben

2) einschließlich Rückwaren, Ersatzlieferungen und nicht aufgliederbarer Handelswaren

Auch hier sei darauf hingewiesen, dass die Einfuhrpreise 2008 gegenüber 2007 um durchschnittlich 5,2 Prozent gestiegen sind (2007: 1,2 Prozent). [10] Im Januar 2009 lagen die Importe mit einem Wert von 983 Millionen € um 22,5 Prozent niedriger als im Januar 2008.

Nach Warengruppen betrachtet, konzentrierten sich die Einfuhren Sachsens auf jene Schwerpunkte, die bereits bei der Ausfuhr deutlich wurden. Die Güter der gewerblichen Wirtschaft stellten im Jahr 2008 mit 13,2 Milliarden € den Hauptteil der sächsischen Importe dar. Darunter waren die Enderzeugnisse mit 8,6 Milliarden € die wertmäßig stärkste Gruppe. Hervorzuheben sind dabei die Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus mit einem Wert von insgesamt 3,0 Milliarden €. Deren Einfuhr verringerte sich im Vorjahresvergleich allerdings um 8,0 Prozent.

Wichtigstes Herkunftsland sächsischer Importe war erneut die Tschechische Republik mit 2,7 Milliarden €. Verglichen mit dem Vorjahr lag hier eine Steigerung um 12,0 Prozent vor. Sachsen bezog aus seinem Nachbarland in erster Linie Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus. In der Rangliste der wichtigsten Einfuhrpartner folgte die Russische Föderation mit Lieferungen im Wert von 1,7 Milliarden €, fast ein Fünftel mehr als 2007. An der Spitze der Einfuhrgüter standen dabei Erdöl und Erdgas. Platz drei unter den Ursprungsländern belegte Polen mit einem Warenwert von 1,3 Milliarden €. Auch hier war verglichen mit dem Vorjahr eine zweistellige Zuwachsrate von 13,5 Prozent zu verzeichnen. Den Großteil der polnischen Lieferungen bildeten Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus sowie elektrotechnische Erzeugnisse. Eine geringere Einfuhr als im Vorjahr wurde 2008 im Handel mit Österreich verzeichnet. Der Wert der Lieferungen verringerte sich hier um 13,5 Prozent auf 836,3 Millionen €.

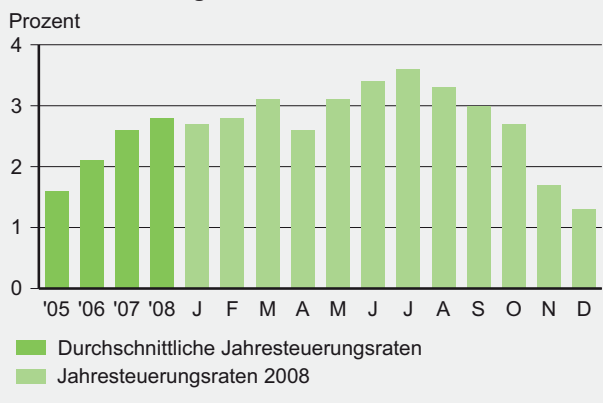
Preisentwicklung

Verbraucherpreise

Der Verbraucherpreisindex stieg in Sachsen im Jahresdurchschnitt 2008 gegenüber 2007 um 2,8 Prozent (Abb. 10). Für Deutschland betrug die Jahresteuersatzrate 2,6 Prozent. Damit wurde auf beiden regionalen Ebenen der kräftigste Anstieg seit 14 Jahren ausgewiesen. Bei monatlicher Betrachtung zeigt sich für Sachsen im Juli 2008 mit 3,6 Prozent die stärkste Teuerung seit August 1994 (ebenfalls 3,6 Prozent). In den darauffolgenden Monaten schwächte sich die Inflationsrate ab und erreichte im Mai 2009 mit 0,2 Prozent ihren niedrigsten Stand seit sechs Jahren.

Die Entwicklung des Preisniveaus verlief 2008 in den einzelnen Gütergruppen unterschiedlich (vgl. Abb. 11). Der deutlichste Preisauftrieb wurde mit 7,1 Prozent für die Hauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ verzeichnet. So verteuerten sich beispielsweise „Molkereiprodukte und Eier“ um 16,9 Prozent sowie „Brot und Getreideerzeugnisse“ um 11,0 Prozent. In der Hauptgruppe

Abb. 10 Teuerungsraten 2005 bis 2008



„Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ – dem Bereich mit dem höchsten Wägungsanteil am Gesamtindex – zogen die Preise im Durchschnitt um 2,8 Prozent an. Heizöl verteuerte sich um 31,5 Prozent, feste Brennstoffe um 10,8 Prozent, Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme um 8,1 Prozent, Gas um 7,8 Prozent sowie Strom um 3,1 Prozent. Verbraucherfreundlich verlief dagegen weiterhin die Entwicklung im Bereich „Nachrichtenübermittlung“. Hier lag das Preisniveau im Jahresdurchschnitt 2008 um 3,3 Prozent unter dem des Vorjahres, merklich günstiger waren hier z. B. Telefon- und Telefaxgeräte (14,6 Prozent) zu erwerben. Der Wägungsanteil dieses Bereiches und damit sein Einfluss auf den Gesamtindex ist jedoch relativ gering (vgl. Abb. 11).

Baupreise

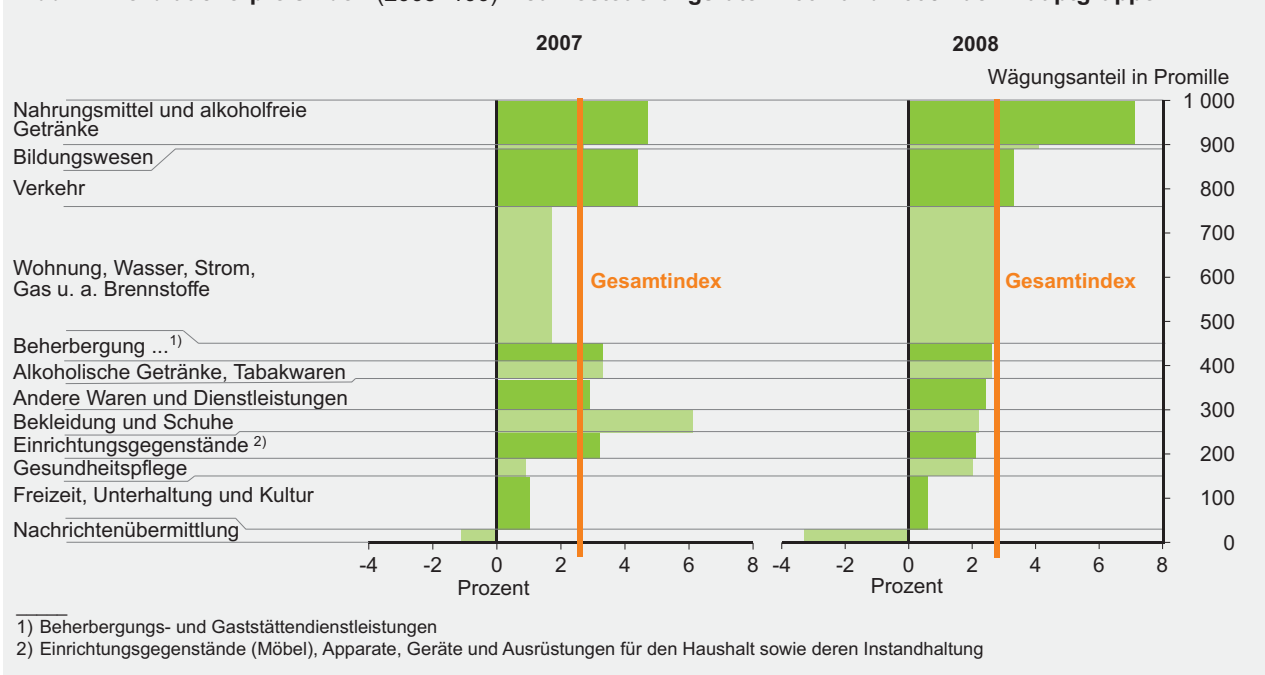
Die Baupreise in Sachsen sind im Jahresmittel 2008 weniger stark gestiegen als im Vorjahr (vgl. Tab. 5). So verringerte sich beispielsweise beim Neubau von Wohngebäuden die Jahresteuersrate um knapp zwei Drittel auf 2,5 Prozent. Der Neubau von Bürogebäuden verteuerte sich 2008 durchschnittlich um 2,8 Prozent, im Vorjahr waren es 7,1 Prozent. Bei gewerblichen Betriebsgebäuden flachte die Teuerung um die Hälfte auf 3,7 Prozent ab. Im Februar 2009 betrug die Jahresteuersraten bei Wohngebäuden 2,2 Prozent, bei Bürogebäuden 2,3 Prozent und bei gewerblichen Betriebsgebäuden 2,9 Prozent.

Gewerbeanzeigen und Insolvenzen

Gewerbeanzeigen

Bei den sächsischen Gewerbeämtern erfolgten im Jahr 2008 insgesamt 39 526 *Gewerbeanmeldungen* und 36 696 *Gewerbeabmeldungen*. Bei den Anmeldungen bedeutete dies – nach drei Jahren mit deutlichen Rückgängen – ein leichtes Plus von 1,3 Prozent im Vergleich zu 2007. Bei den Abmeldungen lag ein fünfprozentiger Anstieg vor, nachdem ihre Zahl zuletzt moderat rückläufig war. Das *Verhältnis der An- und Abmeldungen* insgesamt zueinander betrug 100 zu 93, wobei es hier große Unterschiede in den einzelnen *Wirtschaftsbereichen* gibt. Auf den Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen entfielen jeweils die höchsten Fallzahlen mit 24 Prozent der Gewerbeanmeldungen und 29 Prozent der Gewerbeabmeldungen). [11]

Abb. 11 Verbraucherpreisindex (2005=100) – Jahresteuersraten 2007 und 2008 nach Hauptgruppen



1) Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen
 2) Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung

Tab. 5 Preisindizes für Bauwerke (Neubau)

Merkmal	2008		2007
	Index ¹⁾	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
		2005 = 100	%
Wohngebäude	111,9	2,5	7,3
Rohbauarbeiten	112,1	3,2	7,1
Ausbauarbeiten	111,7	1,7	7,4
Bürogebäude	112,2	2,8	7,1
Gewerbliche Betriebsgebäude	113,4	3,7	7,4
Straßenbau	115,2	4,0	6,8
Brücken im Straßenbau	114,1	5,2	6,7
Ortskanäle	112,1	2,2	5,9

1) Jahresdurchschnitt

Insolvenzen

Im Jahr 2008 wurden in Sachsen insgesamt 8 384 *Insolvenzverfahren* gemeldet. Dies bedeutet einen Rückgang von einem Zehntel gegenüber dem Vorjahr. Während die *Verfahrenszahl für Private Personen und Nachlässe* um 13 Prozent auf 6 534 Fälle sank, war bei den *Unternehmensinsolvenzen* eine Zunahme um knapp zwei Prozent auf 1 850 Verfahren gegenüber 2007 zu verzeichnen. Damit wurde hier der Trend der letzten beiden Jahre gestoppt. [12]

Leonore Hesse, Dipl.-Ökon., Referentin Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit
 Carola Hoffmann, Dipl.-Math., Referentin Wirtschaftsbeobachtung, Konjunkturanalyse und Arbeitsmarkt
 Heike Matticzki, Dipl.-Ökon., Fachverantwortliche Wirtschaftsbeobachtung, Konjunkturanalyse und Arbeitsmarkt
 Dr. Andreas Oettel, Referent Gesamtwirtschaftliche Analysen
 Dr. Wolf-Dietmar Speich, Referatsleiter Wirtschaftsanalysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Zuletzt: Hesse, L., C. Hoffmann, H. Matticzki u. W.-D. Speich: Wirtschaftsentwicklung 2007 in Sachsen. In: Statistik in Sachsen, 3/2008, S. 3 - 28.
- [2] Wirtschaft in Sachsen. Ergebnisse der amtlichen Statistik 2008. Statistischer Bericht, Z 1 2 – j/08, Kamenz 2009.
- [3] Speich, W.-D.: Wie wird das Wirtschaftswachstum ermittelt? In: Statistik in Sachsen, 1/2009, S. 7 - 14.
- [4] Im Sog der Weltrezession - Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009. Unter: <http://www.cesifo-group.de/download/kprog/GD-20090423-lang.pdf>, S. 7f.
- [5] Pressemitteilung des Bundesministers zu Guttenberg vom 29. April 2009 zur Frühjahrsprojektion der Bundesregierung.
- [6] Konjunkturgerechte Wachstumspolitik. Jahreswirtschaftsbericht 2009 der Bundesregierung. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.), Berlin 2009, hier S. 11.
- [7] Pressemitteilungen des Statistischen Bundesamtes vom 15. und 26. Mai 2009 zur Wirtschaftsentwicklung im 1. Quartal 2009.
- [8] Nächstes Jahr 20 000 Stellen in Sachsen weg. In: Sächsische Zeitung, Ausgabe Kamenz vom 16. Dezember 2008, S. 19.
- [9] Groß, B., C. Hoffmann u. W.-D. Speich: Wirtschaftsentwicklung 2001 in Sachsen. In: Statistik in Sachsen, 1-2/2002, S. 1-19, hier S. 5f.
- [10] Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 27. Januar 2009 zu den Außenhandelspreisen 2008.
- [11] Vgl. dazu ausführlicher: Neumann, H., C. Wohlrab: Gewerbeanzeigen 2008, in diesem Heft, S. 30ff
- [12] Vgl. dazu ausführlicher: Neumann, H.: Unternehmensinsolvenzen 2008, in diesem Heft, S. 23ff

Die sächsische Industrie im Jahr 2008

Vorbemerkungen

Dieser Aufsatz beschäftigt sich mit den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden im Freistaat Sachsen, die traditionell als Industrie bezeichnet werden. Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

In der Gesamtübersicht für das Jahr 2008 sind alle Betriebe berücksichtigt, in denen 20 und mehr Beschäftigte tätig sind. Durch die Anhebung der Abschneidegrenze bei den monatlichen Erhebungen werden die Jahresergebnisse für diesen Berichtskreis seit 2007 durch die Zusammenführung der Angaben aus dem Monatsbericht für Betriebe (Einheiten mit 50 und mehr Beschäftigten) und dem Jahresbericht für Betriebe (Einheiten mit im Allgemeinen 20 bis 49 tätigen Personen) ermittelt. Die Angaben zur Zahl der Betriebe sowie zu den tätigen Personen werden deshalb nicht mehr im Jahresdurchschnitt sondern als Stichtagswerte zum 30. September ausgewiesen. Die Umstellung auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) erfolgte erst zu Beginn des Jahres 2009.

Durch die jährlich durchzuführende Berichtskreisaktualisierung (insbesondere durch Absteiger und Aufsteiger) kommt es regelmäßig zu Änderungen des Kreises der Berichtspflichtigen, die sich auch in den Merkmalsausprägungen widerspiegeln können. Die Ermittlung der Aufsteiger erfolgt durch eine

Vorbefragung. Hier werden die Betriebe befragt, die im Vorjahr knapp unter der Erhebungsgrenze von 20 Beschäftigten lagen. Ist in diesen Betrieben durch Personaleinstellung die Anzahl der tätigen Personen auf 20 oder mehr gestiegen, werden sie als „Aufsteiger“ ab dem nächsten Jahr auskunftspflichtig. Im Umkehrschluss fallen alle Betriebe aus der Berichtspflicht heraus, deren Personalstärke unter 20 sinkt (Absteiger).

2008 gab es in Sachsen knapp 3 000 Industriebetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten

Im Jahr 2008 gab es in Sachsen 2 989 berichtspflichtige Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden (Industriebetriebe) mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen. Das ist die höchste Zahl seit Beginn dieser Statistik in Sachsen im Jahr 1991. Die niedrigste Zahl lag bei 1 995 Betrieben im Jahr 1992.

Die meisten Betriebe gibt es in der Metallerzeugung und -verarbeitung mit 574 (19,2 Prozent) und im Maschinenbau mit 473 (15,8 Prozent), gefolgt vom Bereich Herstellung von Büromaschinen, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik mit 357 Betrieben (11,9 Prozent). Gemeinsam mit dem Bereich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung (348 Betriebe; 11,6 Prozent) sind in diesen vier Bereichen fast drei Fünftel aller sächsischen Betriebe zu finden.

Tab. 1 Betriebe, tätige Personen, bezahlte Entgelte und Umsatz 1991 bis 2008

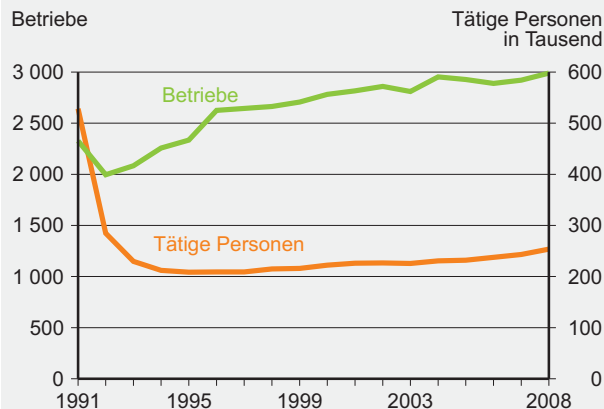
Jahr	Betriebe	Tätige Personen	Bezahlte Entgelte	Gesamtumsatz		Exportquote
				insgesamt	darunter Ausland	
	Ende September		1 000 €	1 000 €		%
Anzahl						
1991	2 327	528 321	4 977 882	14 413 520	1 846 483	12,8
1992	1 995	284 843	4 030 059	13 786 985	1 895 484	13,7
1993	2 084	229 683	3 763 964	14 657 068	2 081 343	14,2
1994	2 257	212 133	3 969 109	17 249 349	2 199 344	12,8
1995	2 334	208 665	4 356 680	20 531 464	2 645 361	12,9
1996	2 625	209 014	4 504 888	21 331 068	2 815 265	13,2
1997	2 644	208 985	4 594 839	23 478 312	4 161 091	17,7
1998	2 663	214 995	4 839 409	26 847 724	5 978 553	22,3
1999	2 707	216 004	4 964 307	28 287 260	6 903 315	24,4
2000	2 782	222 357	5 226 137	31 239 901	7 995 680	25,6
2001	2 816	226 048	5 551 644	34 303 902	9 641 307	28,1
2002	2 860	226 668	5 700 111	35 122 077	10 925 429	31,1
2003	2 810	225 555	5 786 032	37 336 663	10 737 447	28,8
2004	2 953	230 681	6 014 683	40 720 819	12 284 018	30,2
2005	2 927	232 096	6 147 263	44 630 333	13 679 280	30,7
2006	2 889	237 474	6 429 718	50 966 112	17 370 747	34,1
2007	2 920	243 156	6 763 252	57 027 191	20 218 338	35,5
2008	2 989	253 523	7 240 875	58 577 375	19 874 850	33,9

Betrachtet man die Entwicklung bei den tätigen Personen, so hat sich deren Zahl seit 1991 mehr als halbiert. Waren 1991 noch 528 321 Personen in der Industrie tätig, sind es 2008 mit 253 523 Personen weniger als die Hälfte. Dabei lag der absolute Tiefpunkt bei der Entwicklung der Beschäftigungssituation in der sächsischen Industrie im Jahr 1995 mit 208 665 tätigen Personen. Seitdem ist ein stetiger langsamer Aufwärtstrend zu beobachten.

Nach Wirtschaftszweigen betrachtet sind mit 46 158 Personen die meisten Beschäftigten in der Metallerzeugung und -verarbeitung tätig, gefolgt von 41 700 Mitarbeitern im Maschinenbau und 37 365 Beschäftigten im Bereich Herstellung von Büromaschinen, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik. Die vierte beschäftigungsstarke Branche ist der Fahrzeugbau mit 31 154 tätigen Personen.

In der sächsischen Industrie dominieren Betriebe mit einer Beschäftigtenanzahl zwischen 20 und 100. Mehr als drei Viertel (78,4 Prozent) aller berichtspflichtigen Betriebe fallen in diese Größenklasse. Über die Hälfte aller Betrie-

Abb. 1 Betriebe und tätige Personen 1991 bis 2008



be (56,1 Prozent) beschäftigen weniger als 50 Mitarbeiter. Demgegenüber gibt es nur 45 Betriebe (1,5 Prozent), die 500 und mehr Beschäftigte haben, darunter 15 mit 1 000

Tab. 2 Betriebe 2008 nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtenrößenklassen

WZ 2003	Wirtschaftszweig Hauptgruppe	Betriebe Ende September ¹⁾	Davon Betriebe mit ... Beschäftigten					
			unter 50	50 bis 99	100 bis 249	250 bis 499	500 bis 999	1 000 und mehr
10	Kohlenbergbau, Torfgewinnung	2	-	-	-	1	-	1
14	Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau	87	80	6	1	-	-	-
15	Ernährungsgewerbe	347	236	58	47	4	2	-
16	Tabakverarbeitung	1	-	-	-	1	-	-
17	Textilgewerbe	133	64	36	29	4	-	-
18	Bekleidungsgewerbe	28	19	6	3	-	-	-
19	Ledergewerbe	9	6	1	1	1	-	-
20	Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln)	81	61	11	7	2	-	-
21	Papiergewerbe	64	26	20	14	3	1	-
22	Verlagsgew., Druckgew., Vervielf. bespielt. Tonträger	95	53	19	17	4	2	-
23	Kokerei, Mineralölverarb., H. u. Verarb. v. Spalt-, Brustst.	1	1	-	-	-	-	-
24	H. v. chemischen Erzeugnissen	82	32	24	15	6	4	1
25	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	158	82	39	32	4	1	-
26	Glasgewerbe, H. v. Keramik, Verarb. v. Steinen, Erden	228	159	32	33	3	1	-
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	68	17	24	15	9	3	-
28	H. v. Metallerzeugnissen	506	288	128	72	14	4	-
29	Maschinenbau	473	238	121	88	19	5	2
30	H. v. Büromaschinen, DV-Geräten u. -Einrichtungen	8	4	1	3	-	-	-
31	H. v. Geräten d. Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	158	82	35	28	9	4	-
32	Rundfunk- u. Nachrichtentechnik	64	25	15	13	6	1	4
33	Medizin-, Mess-, Steuer-, Regelungstechnik, Optik	127	85	22	15	5	-	-
34	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	112	37	27	28	14	2	4
35	Sonstiger Fahrzeugbau	25	6	6	7	3	-	3
36	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportg., Spielw.	105	58	27	17	3	-	-
37	Recycling	27	17	8	2	-	-	-
A+EN	Vorleistungsgüterproduzenten und Energie	1 329	758	296	208	45	16	6
B	Investitionsgüterproduzenten	952	493	224	168	49	9	9
GG	Gebrauchsgüterproduzenten	109	57	26	21	5	-	-
VG	Verbrauchsgüterproduzenten	599	368	120	90	16	5	-
	Insgesamt	2 989	1 676	666	487	115	30	15

1) Abweichungen zu 'Betriebe insgesamt' entstehen durch Runden in unterschiedlichen Aggregationsstufen.

Tab. 3 Betriebe, tätige Personen und bezahlte Entgelte 2008 nach Wirtschaftszweigen

WZ 2003	Wirtschaftszweig	Betriebe	Tätige Personen	Bezahlte Entgelte	
				insgesamt	je tätiger Person
		Ende September		1 000 €	€
		Anzahl			
C	Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	89	3 525	118 591	33 643
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	348	19 132	409 732	21 416
DB	Textil- u. Bekleidungsgewerbe	161	11 546	213 495	18 491
DC	Ledergewerbe	9	.	.	.
DD	Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln)	81	4 420	87 231	19 736
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	159	14 418	464 439	32 212
DF	Kokerei, Mineralölverarb., H. u. Verarb. v. Spalt-, Brutstoffen	1	.	.	.
DG	H. v. chemischen Erzeugnissen	82	11 147	400 474	35 927
DH	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	158	11 735	265 904	22 659
DI	Glasgewerbe, H. v. Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	228	11 557	296 368	25 644
DJ	Metallerzeugung u. -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen	574	46 158	1 175 831	25 474
DK	Maschinenbau	473	41 700	1 300 927	31 197
DL	H. v. Büromaschinen; Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	357	37 365	1 226 306	32 820
DM	Fahrzeugbau	137	31 154	1 074 592	34 493
DN	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportg., Spielw.; Recycl.	132	8 723	190 819	21 875
D	Verarbeitendes Gewerbe	2 900	249 998	7 122 284	28 489
	Insgesamt	2 989	253 523	7 240 875	28 561

und mehr tätigen Personen. Letztere findet man vor allem in den Bereichen Fahrzeugbau, Rundfunk- und Nachrichtentechnik sowie Maschinenbau.

Die im Jahr 2008 an die tätigen Personen bezahlten Entgelte beliefen sich auf insgesamt 7 240,9 Millionen €, das entspricht 28 561 € je tätiger Person. Das durchschnittlich je tätiger Person bezahlte Entgelt stieg damit gegenüber 2007 um 2,7 Prozent. Im Jahr 1991 waren es nur 9 422 € je tätiger Person, 1992 aber bereits 14 148 €.

Im Branchenvergleich weisen die ermittelten Durchschnittswerte jedoch deutliche Unterschiede auf. Zu den Wirtschaftszweigen, in denen überdurchschnittlich gut bezahlt wird, zählen der Bereich Herstellung von chemischen Erzeugnissen mit 35 927 € je tätiger Person, der Fahrzeugbau mit 34 493 €, der Bereich Herstellung von Büromaschinen, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik mit 32 820 €, das Papier-, Verlags- und Druckgewerbe mit 32 212 € und der Maschinenbau mit 31 197 €. Zu den Bereichen mit den weniger guten Verdienstmöglichkeiten in der sächsischen Industrie zählen das Holzgewerbe mit durchschnittlich bezahlten 19 736 € bzw. das Textil- und Bekleidungsgewerbe mit 18 491 €.

Aufwärtstrend beim Umsatz auch 2008

Die sächsischen Industriebetriebe erwirtschafteten im Jahr 2008 einen Gesamtumsatz von fast 58,6 Milliarden €. Damit konnte ein Umsatzplus von 2,7 Prozent zum Vorjahr erzielt werden, was jedoch nicht mehr an die hohen Steigerungsraten der letzten drei Jahre heranreichte (2005: 9,6 Prozent, 2006: 14,2 Prozent, 2007: 11,9 Prozent). Hier sind die ersten Auswirkungen der Finanz- und Wirtschafts-

krise zu spüren. Seit 1992 war in der sächsischen Industrie eine stetige Umsatzentwicklung zu verzeichnen.

Mit einem Umsatzergebnis von reichlich 13,2 Milliarden € (2007: 14,1 Milliarden €) erwies sich der Fahrzeugbau auch im Jahr 2008 als umsatzstärkste Industriebranche in Sachsen. Mehr als ein Fünftel des Gesamtumsatzes wurde hier erwirtschaftet, im Jahr 2007 war es sogar noch fast ein Viertel. Gegenüber dem Vorjahr musste im Fahrzeugbau jedoch ein Umsatzrückgang von 6,3 Prozent hingenommen werden. Mit deutlichem Rückstand zum Spitzenreiter belegte der Bereich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung die zweitstärkste Umsatzposition mit fast 8,1 Milliarden € und einem Umsatzplus zum Vorjahr von 7,7 Prozent. Damit wurden fast 14 Prozent des Gesamtumsatzes in diesem Bereich erwirtschaftet. An dritter Stelle steht der

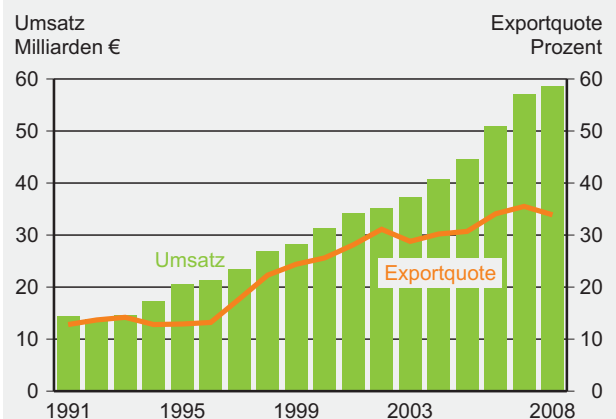
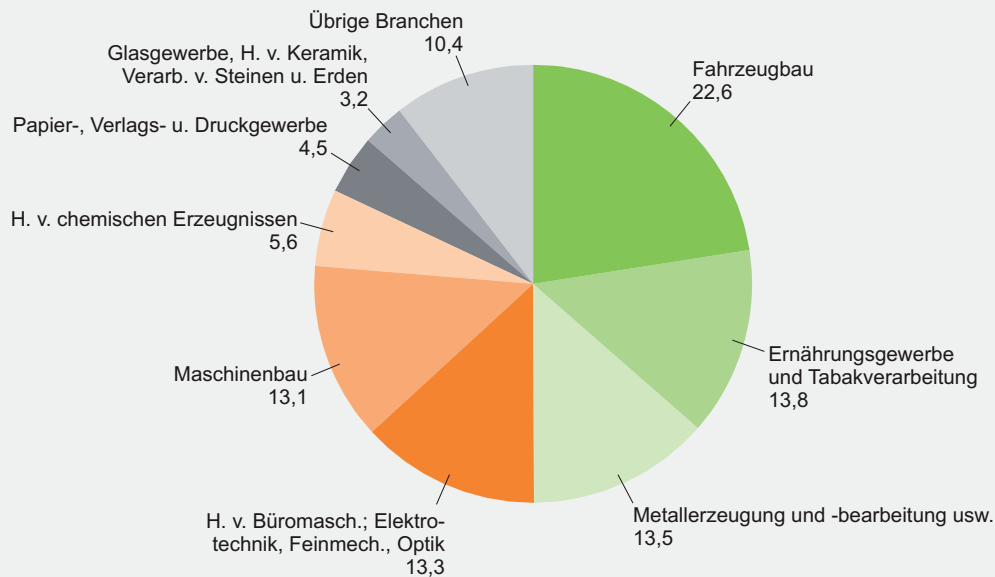
Abb. 2 Umsatz und Exportquote 1991 bis 2008


Abb. 3 Anteil der Branchen am Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden Sachsens 2008 in Prozent



Bereich Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen mit einem Umsatz von gut 7,9 Milliarden € und damit 6,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Anteil dieser Branche am Gesamtumsatz belief sich auf 13,5 Prozent. In diesen drei umsatzstärksten Wirtschaftsbereichen wurde nahezu die Hälfte des gesamten sächsischen Umsatzes erwirtschaftet. Schließt man in diese Betrachtung noch die beiden nächstplatzierten Bereiche (Maschinenbau sowie Herstellung von Büromaschinen; Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik) ein, ist festzustellen, dass in diesen fünf Wirtschaftszweigen mehr als drei

Viertel des Gesamtumsatzes der sächsischen Industrie im Jahr 2008 realisiert wurde.

Der durchschnittliche Gesamtumsatz je Beschäftigter in Sachsens Industrie lag im Jahr 2008 bei 231 053 €, das sind 1,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Während der Zuwachs beim Umsatz um 2,7 Prozent im Jahr 2008 nur moderat ausfiel, nahm die Zahl der in der Industrie Beschäftigten im gleichen Zeitraum mit 4,3 Prozent kräftiger zu und führte damit zu diesem Ergebnis.

Die Entwicklung in den einzelnen Branchen gestaltete sich jedoch unterschiedlich. Während der für den Fahrzeugbau,

Tab. 4 Umsatz und Exportquote 2008 nach Wirtschaftszweigen

WZ 2003	Wirtschaftszweig	Gesamtumsatz		Export- quote
		insgesamt	darunter Ausland	
		1 000 €		%
C	Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	703 991	34 363	4,9
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	8 086 032	533 872	6,6
DB	Textil- u. Bekleidungsgewerbe	1 161 787	330 685	28,5
DC	Ledergewerbe	.	.	.
DD	Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln)	970 701	317 764	32,7
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	2 614 935	759 495	29,0
DF	Kokerei, Mineralölverarb., H. u. Verarb. v. Spalt-, Brutstoffen	.	.	.
DG	H. v. chemischen Erzeugnissen	3 309 048	1 867 237	56,4
DH	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	1 650 370	395 589	24,0
DI	Glasgewerbe, H. v. Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	1 882 257	400 167	21,3
DJ	Metallerzeugung u. -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen	7 926 365	1 665 377	21,0
DK	Maschinenbau	7 654 143	3 563 698	46,6
DL	H. v. Büromaschinen; Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	7 764 831	2 902 357	37,4
DM	Fahrzeugbau	13 239 477	6 826 161	51,6
DN	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportg., Spielw.; Recycl.	1 536 315	272 104	17,7
D	Verarbeitendes Gewerbe	57 873 384	19 840 487	34,3
Insgesamt		58 577 375	19 874 850	33,9

das Holzgewerbe, den Bereich Herstellung von Büromaschinen, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, den Bereich Herstellung von chemischen Erzeugnissen sowie das Textil- und Bekleidungs-gewerbe ermittelte Wert niedriger als im Jahr zuvor ausfiel, konnte in den übrigen Bereichen ein Anstieg der Umsatzproduktivität festgestellt werden.

Die höchste Produktivität – gemessen am Umsatz je tätiger Person – wurde mit 425 000 € für den Fahrzeugbau ermittelt (2007: 469 000 €). Für die Betriebe des Ernährungsgewerbes und der Tabakverarbeitung konnte ein Wert von 422 600 € (2007: 393 000 €) und für den Bereich Herstellung von chemischen Erzeugnissen ein Wert von 296 900 € (2007: 303 700 €) ermittelt werden. Zu den Wirtschaftszweigen mit niedriger Umsatzproduktivität zählt der Bereich der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren, für den ein Wert von 140 600 € (2007: 134 200 €) zu Buche steht. Schlusslicht bleibt das Textil- und Bekleidungs-gewerbe mit einem Umsatz je Beschäftigten von 100 600 € (2007: 104 700 €).

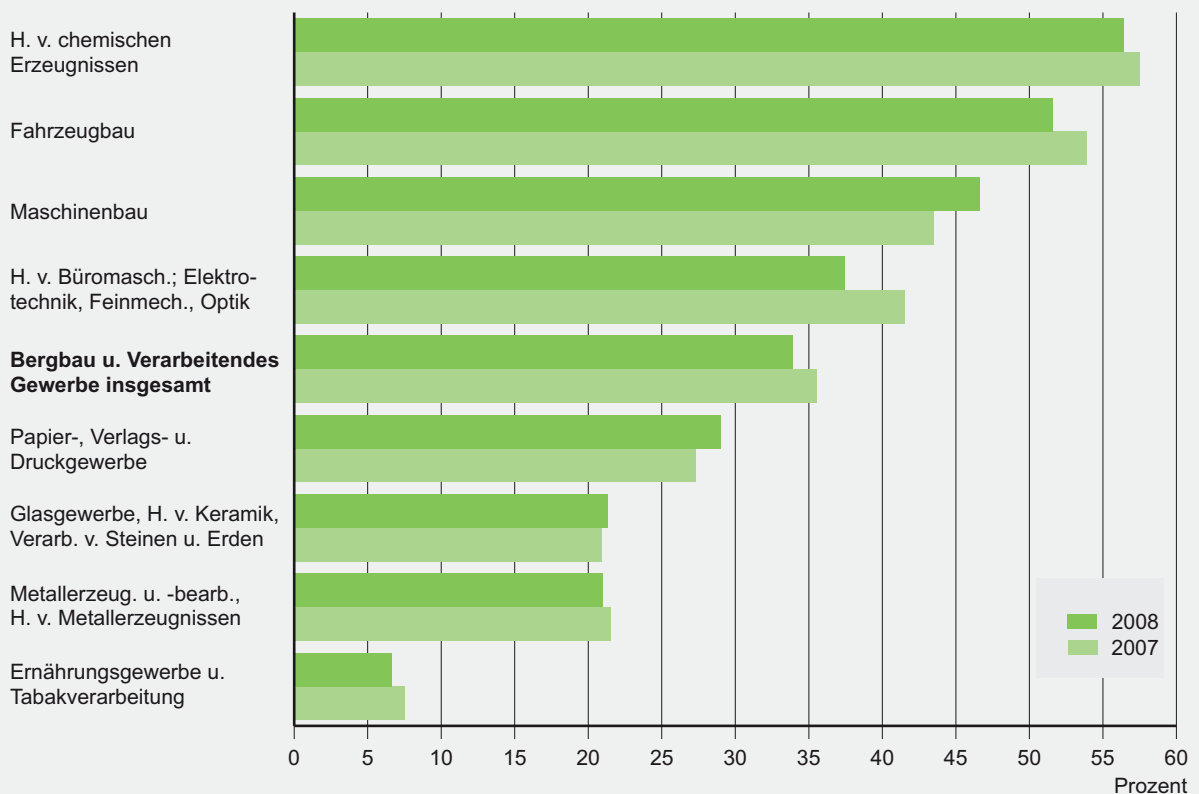
Auslandsgeschäft rückläufig

Der von den sächsischen Industriebetrieben erwirtschaftete Auslandsumsatz erreichte 2008 eine Größenordnung

von fast 19,9 Milliarden € (2007: 20,2 Milliarden €). Damit zeigten sich hier erste Auswirkungen der aufziehenden Wirtschafts- und Finanzkrise durch ein verhaltenes Auslandsgeschäft im Verlauf des Jahres 2008. Insgesamt wurden von der sächsischen Industrie Waren im Wert von mehr als 343 Millionen € bzw. 1,7 Prozent weniger exportiert als im Jahr zuvor. Die Entwicklung war dabei maßgeblich durch das Geschehen im Fahrzeugbau bestimmt. Das Exportgeschäft fiel hier um fast 800 Millionen € bzw. 10,4 Prozent geringer aus als im Jahr 2007. Auch im Bereich Herstellung von Büromaschinen, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik musste 2008 ein spürbarer Rückgang beim Auslandsgeschäft registriert werden. Hier blieb der Umfang der Exporte um rund 355 Millionen € bzw. 10,9 Prozent hinter dem im Vorjahr erzielten Ergebnis zurück. Entgegen diesem Trend konnte im Maschinenbau der Umfang der Exporte gegenüber 2007 um mehr als ein Fünftel, das entspricht 686 Millionen €, ausgeweitet werden.

Bedingt durch die insgesamt rückläufige Entwicklung beim Auslandsgeschäft, ging die sächsische Exportquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) gegenüber dem Vorjahreswert um 1,6 Prozentpunkte zurück. Sie betrug im Jahr 2008 noch 33,9 Prozent. Damit wurde nach 1994 und 2003 zum dritten Mal seit 1991 der Aufwärtstrend dieser Kennziffer gestoppt.

Abb. 4 Exportquote umsatzstarker Branchen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden Sachsens 2007 und 2008
(Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz)



Auch wenn das Auslandsgeschäft im Vergleich zum Vorjahr spürbar zurückgegangen ist, konnte der Fahrzeugbau mit Exporten von mehr als 6,8 Milliarden € seine Position als Wirtschaftszweig mit dem mit Abstand höchsten Auslandsumsatz in der Industrie halten. Auf Rang zwei steht bei dieser Betrachtung der Maschinenbau, der mit dem Ausland Geschäfte im Wert von 3,6 Milliarden € tätigte. An dritter Stelle ist mit 2,9 Milliarden € Auslandsumsatz der Bereich Herstellung von Büromaschinen; Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik zu finden. In diesen drei Branchen wurden mehr als zwei Drittel des gesamten Auslandsgeschäftes der sächsischen Industrie erwirtschaftet.

Fazit

Das Jahr 2008 war für die sächsische Industrie mit einer positiven Entwicklung verbunden, auch wenn diese im Verlauf des Jahres durch die aufkommende Finanz- und Wirtschaftskrise an Schwung spürbar verlor. Aber gerade durch die große Bedeutung der mittelständischen Betriebe in Sachsen besteht die Chance, dass die Auswirkungen der Krise in den kommenden Jahren weniger dramatisch spürbar werden.

Brigitta Töpfer, Referatsleiterin Datenerhebung Konjunktur- und Strukturstatistik

Jürgen Stelzner, Dipl.-Ing., Referent Produzierendes Gewerbe

Unternehmensinsolvenzen 2008

Vorbemerkungen

Im Jahr 2008 wurden 155 202 Insolvenzverfahren in Deutschland registriert. Das waren 9 395 Fälle bzw. 5,7 Prozent weniger als im Jahr 2007. Hauptgrund für diesen Rückgang war eine Abnahme der Insolvenzen für übrige Schuldner insgesamt um sieben Prozent. Dabei gingen die Verbraucherinsolvenzverfahren sogar um 7 522 Verfahren zurück. Die gleiche Entwicklung wie in Deutschland insgesamt trifft auch auf Sachsen zu, wo 10,1 Prozent weniger Verfahren gemeldet wurden.

Der folgende Beitrag befasst sich mit der Entwicklung der Insolvenzverfahren in Sachsen im Jahr 2008, wobei vor allem die Unternehmensinsolvenzen im Vordergrund stehen sollen. Alle Aussagen und Darstellungen nach Kreisfreien Städten und Landkreisen beziehen sich dabei auf den Gebietsstand vom 1. Januar 2009. Damit werden alle Angaben nach der neuen Kreisstruktur, die am 1. August 2008 in Sachsen in Kraft trat, dargestellt. Die Werte des Jahres 2007 wurden zur Vergleichbarkeit ebenfalls auf den neuen Gebietsstand umgerechnet. Seit dem 1. Januar 2008 gilt die neue Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008). Die WZ 2008 ist die nationale Fassung der in der Europäischen Gemeinschaft anzuwendenden grundlegenden revidierten Fassung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige (NACE Rev.2). Die Unternehmensinsolvenzen 2007 wurden zu Vergleichszwecken entsprechend der neuen WZ 2008 umgeschlüsselt.

Grundlage für die Darstellung der Entwicklung der Insolvenzverfahren bilden die Verfahren, die im Jahr 2008 von den Amtsgerichten Chemnitz, Dresden und Leipzig an das Statistische Landesamt Sachsen gemeldet wurden.

Nach dem gültigen Insolvenzrecht wird zwischen Regel- und Verbraucherinsolvenzverfahren unterschieden. Eine Übersicht über die Zuordnung der unterschiedlichen Insolvenzverfahren ab 2002 gibt die Abbildung 1 im Heft 3/2008. [4]

Die Zahl der Insolvenzverfahren umfasst alle im Jahr 2008 durch Gerichtsentscheid eröffneten bzw. mangels Masse abgewiesenen Verfahren sowie die Verbraucherinsolvenzen, bei denen der vorgelegte Schuldenbereinigungsplan angenommen wurde.

Zu den *eröffneten Insolvenzverfahren* zählen die Verfahren, die durch einen Beschluss des Gerichtes eröffnet wurden (Eröffnungsbeschluss; vgl. § 27 InsO; [1]). Ein Verfahren wird eröffnet, wenn das Vermögen des Schuldners ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen oder wenn ein entsprechender Geldbetrag vorgeschossen wird.

Mangels Masse abgewiesene Insolvenzverfahren sind Verfahren, bei denen das Vermögen des Schuldners voraussichtlich nicht ausreichen wird, um die Kosten des Verfahrens zu decken (vgl. § 26 InsO; [1]). Für natürliche Personen gilt ab Dezember 2001, dass sie sich die Verfahrenskosten stunden lassen können.

Der *Schuldenbereinigungsplan* enthält alle Regelungen für eine angemessene Schuldenbereinigung im Rahmen des Verbraucherinsolvenzverfahrens. Er hat die Wirkung eines Vergleichs. Hat kein Gläubiger Einwendungen bzw. wird eine Ablehnung durch Zustimmung des Gerichts ersetzt, gilt der Schuldenbereinigungsplan als angenommen (Beschluss des Insolvenzgerichts; vgl. §§ 305, 308, 309 InsO; [1]).

Mit Inkrafttreten der Insolvenzordnung zum 1. Januar 1999 wurde die Rechtsgrundlage in allen Bundesländern vereinheitlicht. Damit wurde die Gesamtvollstreckungsordnung (neue Länder und Berlin-Ost) sowie die Konkurs- und Vergleichsordnung (früheres Bundesgebiet) durch ein für ganz Deutschland einheitliches Insolvenzrecht abgelöst.

Nach dieser grundlegenden Reform kam es Ende 2001 zu einer weiteren entscheidenden Neuerung. Die Verfahrenskosten für natürliche Personen (einschließlich Einzelunternehmen und Kleingewerbe) können jetzt gestundet werden. Damit erhöhte sich die Zahl der Insolvenzanträge bei den Gerichten enorm. Während 2001 gut acht Prozent mehr Insolvenzen gemeldet wurden als im Vorjahr, wurden 2002 sogar über 50 Prozent mehr Verfahren gemeldet als 2001.

Vor der Änderung der Insolvenzordnung wurden die Verfahren mangels Masse abgewiesen, wenn der Schuldner nicht in der Lage war, die Kosten des Verfahrens zu tragen. Die Stundungsmöglichkeit der Verfahrenskosten führt dazu, dass mehr Insolvenzverfahren eröffnet werden können, was sich auch in höheren Eröffnungsquoten widerspiegelt. Während 2001 nur rund 42 Prozent der Verfahren eröffnet wurden, waren es 2002 bereits 66 Prozent und 2008 schon 88 Prozent. Ist der Schuldner eine natürliche Person, so können ihm ab Anfang 1999 nach sieben Jahren (ab 1. Dezember 2001 bereits nach sechs Jahren) die restlichen Schulden erlassen werden, wenn er seine Obliegenheiten erfüllt (z. B. keine neuen Schulden, pfändbares Einkommen an den vom Gericht bestimmten Treuhänder abtreten, Ausübung einer angemessenen Tätigkeit oder Bemühung darum). Damit wurde ein Instrument geschaffen, um dem Schuldner die Möglichkeit zu einer langfristig positiven Entwicklung zu geben.

Ergebnisdarstellung

Erstmals Rückgang der Insolvenzen

Erstmals seit Inkrafttreten der Insolvenzordnung zum 1. Januar 1999 wurden im Jahr 2008 in Sachsen insgesamt weniger Insolvenzverfahren gemeldet als im Vorjahr. So meldeten die Amtsgerichte 8 384 Insolvenzverfahren und damit 939 Verfahren bzw. zehn Prozent weniger als im Jahr 2007 (vgl. Tab. 1).

Dieser Rückgang betraf sowohl die eröffneten als auch die mangels Masse abgewiesenen Verfahren. Mit der Annahme eines Schuldenbereinigungsplanes wurden aber mehr Verfahren beendet als im Vorjahr.

Während im Jahr 2007 durchschnittlich monatlich 777 Insolvenzverfahren gemeldet wurden, waren es 2008 nur 699 Verfahren. Die höchsten monatlichen Zahlen 2008 wurden mit 849 Verfahren im Januar und 775 Verfahren im November verzeichnet. Die niedrigsten Monatsergebnisse 2008 wurden mit 592 Verfahren im Dezember und 595 Verfahren im Juni registriert. Von den 8 384 Verfahren

in Sachsen kamen 7 385, das sind 88 Prozent, zur Eröffnung. Im Jahr 2008 reichte das vorhandene Vermögen bei 956 Schuldnern aber nicht aus, um die Verfahrenskosten zu decken. Das waren gut drei Prozent weniger als 2007. Diese Verfahren wurden mangels Masse abgewiesen. 43 Verbraucherinsolvenzverfahren (0,9 Prozent der gesamten Verbraucherinsolvenzen) konnten mit der Annahme eines Schuldenbereinigungsplanes beendet werden.

Die Gerichte entschieden 2008 über 3 375 *Regel- bzw. Nachlassinsolvenzverfahren*. Fast drei Viertel davon wurden eröffnet. In der Gesamtsumme der Insolvenzen sind außerdem 5 009 *Verbraucherinsolvenzen* enthalten, von denen sogar 97 Prozent eröffnet wurden.

Regionale Entwicklung

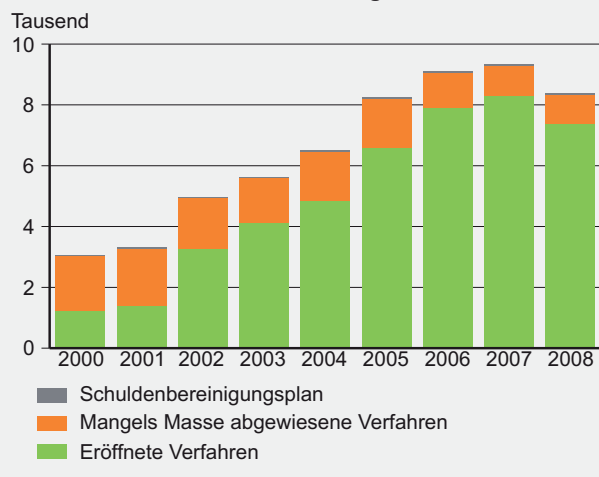
Der Rückgang der Zahl der Insolvenzverfahren im Jahr 2008 gegenüber dem Jahr 2007 betraf alle drei *Direktionsbezirke*. Die meisten Verfahren wurden für den Direktionsbezirk Chemnitz mit 3 223 Fällen gemeldet, 75 Verfahren bzw. 2,3 Prozent weniger als 2007. Für den Direktionsbezirk Leipzig wurden mit 2 972 Verfahren 614 Verfahren bzw. 17,1 Prozent weniger gemeldet und für den Direktionsbezirk Dresden mit 2 189 Verfahren 250 Verfahren bzw. 10,3 Prozent weniger (vgl. Tab. 2). Während im Amtsgericht Chemnitz gut 86 Prozent der Verfahren eröffnet wurden, waren es in den Amtsgerichten Dresden und Leipzig jeweils reichlich 89 Prozent.

Auf die *Kreisfreien Städte* Chemnitz, Dresden und Leipzig entfielen fast 42 Prozent aller Insolvenzverfahren.

Deutlicher Anstieg der Forderungen

Die wirtschaftliche Bedeutung des Insolvenzgeschehens in Sachsen ist nicht nur anhand der Insolvenzzahlen darzustellen, sondern insbesondere anhand der damit verbundenen beantragten Forderungen. Zum Zeitpunkt der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens können nur die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger ermittelt werden, die zum Teil nur auf subjektiven Angaben der Schuldner beruhen. Den Gerichten sind zu diesem Zeitpunkt

Abb. 1 Insolvenzen in Sachsen 2000 bis 2008 nach Art der Entscheidung



Tab. 1 Insolvenzverfahren in Sachsen 1999 bis 2008

Jahr	Insolvenzen		Davon				Darunter	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr in %	Unternehmen		private Personen und Nachlässe		Verbraucherinsolvenzen	
			zusammen	Veränderung zum Vorjahr in %	zusammen	Veränderung zum Vorjahr in %	zusammen	Veränderung zum Vorjahr in %
1999	2 974	2,4	2 488	-10,0	486	249,6	417	x
2000	3 050	2,6	2 541	2,1	509	4,7	871	108,9
2001	3 301	8,2	2 682	5,5	619	21,6	963	10,6
2002	4 957	50,2	2 727	x	2 230	x	618	x
2003	5 629	13,6	2 430	-10,9	3 199	43,5	1 412	128,5
2004	6 523	15,9	2 344	-3,5	4 179	30,6	2 263	60,3
2005	8 244	26,4	2 465	5,2	5 779	38,3	3 812	68,4
2006	9 106	10,5	2 212	-10,3	6 894	19,3	5 212	36,7
2007	9 323	2,4	1 815	-17,9	7 508	8,9	5 827	11,8
2008	8 384	-10,1	1 850	1,9	6 534	-13,0	5 009	-14,0

Tab. 2 Insolvenzen 2007 und 2008 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis Direktionsbezirk Land	Insolvenzen						Forderungen für Unternehmen in Millionen € ¹⁾		Insolvenz- häufigkeit je 10 000 Unternehmen
	insgesamt		darunter				2007	2008	
			Unternehmen		darunter eröffnete Verfahren				
	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	
Chemnitz, Stadt	684	651	103	138	71	108	29,7	53,5	151,6
Erzgebirgskreis	556	632	143	145	110	112	64,9	67,6	104,6
Mittelsachsen	608	586	116	130	83	89	38,0	47,0	112,6
Vogtlandkreis	673	646	147	106	107	79	62,7	71,0	113,7
Zwickau	777	708	147	162	109	128	83,2	146,0	135,0
Direktionsbezirk Chemnitz	3 298	3 223	656	681	480	516	278,7	385,0	122,0
Dresden, Stadt	1 003	888	220	219	168	179	110,7	95,2	123,1
Bautzen	519	428	103	90	83	77	54,6	49,7	82,5
Görlitz	314	291	74	70	50	54	25,7	102,0	80,5
Meißen	317	299	81	78	57	65	22,5	20,5	85,7
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	286	283	92	98	75	75	37,9	34,5	102,6
Direktionsbezirk Dresden	2 439	2 189	570	555	433	450	251,4	301,8	99,0
Leipzig, Stadt	2 295	1 950	344	369	231	252	62,0	138,1	212,3
Leipzig	677	550	131	143	89	99	30,6	32,2	149,7
Nordsachsen	614	472	114	102	86	79	35,0	77,9	138,5
Direktionsbezirk Leipzig	3 586	2 972	589	614	406	430	127,6	248,2	179,0
Sachsen	9 323	8 384	1 815	1 850	1 319	1 396	657,6	935,0	126,6

1) Abweichungen in den Summen resultieren aus Rundungsdifferenzen.

besonders bei Insolvenzen von Unternehmen noch nicht alle Forderungen bekannt, da die Gläubiger ihre genauen Forderungen noch nicht angemeldet haben.

Wie hoch die Verluste der Gläubiger wirklich sind, kann erst frühestens zwei Jahre nach dem Eröffnungsjahr ermittelt werden. Erst dann kann in den meisten Fällen eine Aussage zur Höhe der Insolvenzmasse des Schuldners und den genauen Gläubigerforderungen getroffen werden.

Die von den Gläubigern zu den 8 384 Verfahren angemeldeten *Forderungen* beliefen sich im Jahr 2008 auf gut 1,6 Milliarden €. Damit stiegen die Gläubigerforderungen um 14,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr an, obwohl die Anzahl der Insolvenzverfahren um 10,1 Prozent zurückging. Der Anstieg der Forderungen betraf alle drei Direktionsbezirke.

Die durchschnittlichen Forderungen je Verfahren betrugen im Jahr 2008 in Sachsen reichlich 191 000 € und lagen damit über dem Durchschnittswert des Vorjahres von 150 000 €. Während sie im Berichtsjahr bei den eröffneten Verfahren sogar bei 194 000 € lagen, wurden bei den mangels Masse abgewiesenen Verfahren durchschnittlich 173 000 € angemeldet. Bei den Verbraucherinsolvenzverfahren, die mit einem Schuldenbereinigungsplan beendet wurden, betrugen die durchschnittlichen Forderungen 130 000 €. Die mittleren

Forderungen der Unternehmen lagen bei 505 000 €, bei den übrigen Schuldnern nur bei 102 000 €.

Nach dem kurzen allgemeinen Überblick über die Insolvenzverfahren insgesamt im Jahr 2008 beziehen sich die weiteren Ausführungen nun überwiegend auf die Insolvenzverfahren für Unternehmen in Sachsen im Jahr 2008.

Abb. 2 Insolvenzen für Unternehmen sowie private Personen und Nachlässe in Sachsen 2000 bis 2008



Mehr Unternehmensinsolvenzen

Während in der Bundesrepublik Deutschland die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 0,4 Prozent anstieg, sank sie in den neuen Bundesländern insgesamt um 1,8 Prozent. In Sachsen ist nach dem Rückgang der Zahl der insolventen Unternehmen in den Jahren 2006 um 10,3 Prozent (253 Unternehmen weniger) und 2007 um 17,9 Prozent (397 Unternehmensinsolvenzen weniger) im Jahr 2008 wieder ein leichter Anstieg der Unternehmensinsolvenzen von 1,9 Prozent bzw. 35 Verfahren zu verzeichnen. Auf *Unternehmen* entfielen in Sachsen im Berichtsjahr 1 850 Insolvenzverfahren (22,1 Prozent), 2007 waren es 1 815 Verfahren (19,5 Prozent; vgl. Abb. 2).

Die angemeldeten Gläubigerforderungen zu den Insolvenzverfahren werden zu sechs Größenklassen zusammengefasst (vgl. Tab. 3). Während bei den Insolvenzverfahren insgesamt betrachtet die meisten Verfahren auf die Größenklasse von 5 000 bis unter 50 000 € entfielen (56,7 Prozent), war bei den Unternehmensinsolvenzen der größte Teil (39,4 Prozent) der Gruppe von 50 000 bis unter 250 000 € zuzuordnen.

Tab. 3 Insolvenzen in Sachsen 2008 nach Größenklassen der angemeldeten Forderungen

Angemeldete Forderungen von ... bis unter ... €	Insolvenzen insgesamt	Darunter Unternehmen
unter 5 000	431	47
5 000 - 50 000	4 757	578
50 000 - 250 000	2 250	729
250 000 - 500 000	469	236
500 000 - 5 Mill.	439	231
5 Mill. und mehr	38	29
Insgesamt	8 384	1 850

Der Anstieg bei den Unternehmensinsolvenzen betrifft der Rechtsform nach sowohl die Einzelunternehmen, die Personengesellschaften insgesamt, die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) als auch die Private Company Limited by Shares (Ltd.). Während für Genossenschaften wie im Vorjahr drei Insolvenzverfahren gemeldet wurden, ging die Zahl der Insolvenzen bei den Aktiengesellschaften und den sonstigen Rechtsformen zahlenmäßig leicht zurück (ein bzw. fünf Verfahren weniger). Der zahlenmäßig höchste Anstieg der Insolvenzen für Unternehmen ist bei den Personengesellschaften mit 14 Verfahren mehr zu verzeichnen. Hier stieg vor allem die Zahl der insolventen GbR von 20 Verfahren im Jahr 2007 auf 38 Verfahren im Jahr 2008 an. Die Zahl der insolventen Private Company Limited by Shares (Ltd.) stieg von 28 Verfahren auf 39 Verfahren im Jahr 2008 an (39,3 Prozent mehr). Während im Jahr 2007 noch 1 097 Einzelunternehmen von der Insolvenz betroffen waren, waren es im Jahr 2008 bereits

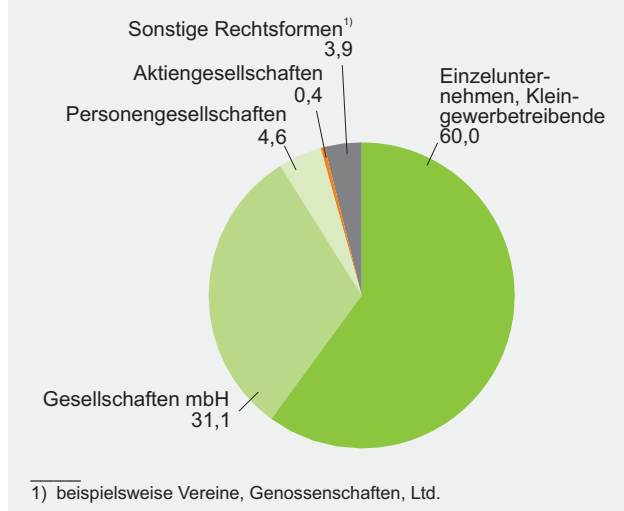
1 110 Verfahren (1,2 Prozent mehr). Bei den GmbH wurden nur drei Insolvenzverfahren mehr (576 Verfahren) als 2007 gemeldet.

Der Anteil der Unternehmensinsolvenzen an der Gesamtzahl der Verfahren lag in Sachsen 2008 mit rund 22 Prozent deutlich über dem Anteil von 2007 mit 19,5 Prozent. Bis zum Jahr 2007 nahm der Anteil der Unternehmensinsolvenzen an der Gesamtzahl der Insolvenzen kontinuierlich ab. Während er 2002 noch bei 55 Prozent lag, betrug er 2003 noch reichlich 43 Prozent, 2004 fast 36 Prozent, 2005 knapp 30 Prozent und 2006 reichlich 24 Prozent. Dabei waren 2008 regional betrachtet leichte Unterschiede festzustellen. Während der Anteil im Direktionsbezirk Dresden mit reichlich 25 Prozent über dem Durchschnitt lag, waren in den Direktionsbezirken Leipzig und Chemnitz nur rund 21 Prozent der gesamten Verfahren Unternehmensinsolvenzen. Im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge betrafen sogar knapp 35 Prozent der Insolvenzverfahren Unternehmen.

Sachsenweit wurden reichlich drei Viertel der Verfahren für Unternehmen eröffnet, im Vorjahr waren es knapp 73 Prozent. Hier lag der Direktionsbezirk Dresden mit 81 Prozent vor Chemnitz mit knapp 76 Prozent und Leipzig mit 70 Prozent.

60 Prozent der insolventen Unternehmen, für die ein Insolvenzverfahren eröffnet bzw. mangels Masse abgewiesen wurde, waren der *Rechtsform* nach Einzelunternehmen (1 110 Fälle). Ihr Anteil an den angemeldeten Forderungen für Unternehmen insgesamt belief sich aber lediglich auf reichlich 27 Prozent. Die durchschnittlichen Forderungen je insolventes Einzelunternehmen betragen rund 229 000 € und lagen damit weit unter den durchschnittlichen Forderungen je Unternehmen insgesamt (505 000 €). Knapp 83 Prozent der Verfahren wurden eröffnet. Gut 31 Prozent der insolventen Unternehmen (576 Fälle) betrafen Gesellschaften mit beschränkter Haftung (vgl. Abb. 3), von denen fast 66 Prozent eröffnet wurden (378 Verfahren). Knapp 61 Prozent der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger für Unternehmen wurde für GmbH gemeldet, rund 984 000 € je Verfahren. Von den 86 betroffenen Personengesellschaften wurden 64 Prozent eröffnet (55 Fälle). Der Anteil der Forderungen betrug gut sechs Prozent. Weiterhin wurde über acht Verfahren für Aktiengesellschaften entschieden, von denen sieben eröffnet wurden. Auf diese acht Verfahren (0,4 Prozent der Unternehmensinsolvenzen) entfielen mehr als drei Prozent der für Unternehmen angemeldeten Forderungen, durchschnittlich 3,8 Millionen € je Verfahren. Weitere 39 Verfahren wurden für Private Company Limited by Shares gemeldet, von denen 18 eröffnet wurden. Hier betragen die durchschnittlichen Forderungen 63 000 €. Die restlichen 31 Unternehmensinsolvenzen betrafen Genossenschaften und sonstige Rechtsformen, wie z. B. Vereine, Stiftungen und ausländische Rechtsformen.

Abb. 3 Insolvenzen für Unternehmen in Sachsen 2008 nach Rechtsformen (in Prozent)



Rund 60 Prozent der von der Insolvenz betroffenen Unternehmen waren weniger als acht Jahre wirtschaftlich tätig (1 114 Fälle), darunter 572 Unternehmen nur bis drei Jahre. Lediglich 736 insolvente Unternehmen existierten bereits acht Jahre und länger. Von den Verfahren der *weniger als acht Jahre* existierenden Unternehmen wurden reichlich 73 Prozent eröffnet. Fast 63 Prozent der Verfahren dieser Altersgruppe betrafen Einzelunternehmen, knapp 27 Prozent waren GmbH. Die durchschnittlichen Forderungen je Verfahren betragen rund 344 000 €. Reichlich 24 Prozent der Verfahren waren dem Baugewerbe zuzuordnen und fast 17 Prozent dem Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen. Die Zahl der Insolvenzen von Unternehmen, die weniger als acht Jahre wirtschaftlich tätig waren, ist gegenüber 2007 um reichlich acht Prozent angestiegen, wobei der Anstieg in den Direktionsbezirken Chemnitz und Leipzig mit fast 14 Prozent bzw. 13 Prozent überdurchschnittlich hoch war. Im Direktionsbezirk Dresden wurden dagegen gut zwei Prozent weniger Insolvenzen in dieser Altersgruppe erfasst.

Die Zahl der Verfahren für Unternehmen, die *acht und mehr Jahre* bestanden, ging dagegen insgesamt um reichlich sechs Prozent zurück, im Direktionsbezirk Dresden nur um knapp drei Prozent, in den Direktionsbezirken Chemnitz und Leipzig dagegen um acht Prozent. Von den 736 Verfahren wurden 79 Prozent eröffnet. Rund 56 Prozent der Verfahren dieser Altersgruppe betrafen Einzelunternehmen, weitere 38 Prozent GmbH. In dieser Altersgruppe gehörten mit rund 24 Prozent die meisten Unternehmen dem Baugewerbe an, gefolgt vom Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit knapp 21 Prozent. Die durchschnittlichen Forderungen je Verfahren lagen mit rund 750 000 € deutlich über dem Wert der Gruppe der jüngeren Unternehmen.

Bauunternehmen wiederum am stärksten betroffen

Bei der Betrachtung der Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftszweigen ist zu beachten, dass im Jahr 2008, wie in den Vorbemerkungen bereits erläutert, die neue WZ 2008 eingeführt wurde. Die Angaben für 2007 wurden auf die neue WZ 2008 umgerechnet, um hier Vergleichsmöglichkeiten zu haben.

Wie bereits in den vorangegangenen Jahren war das Baugewerbe auch 2008 der Wirtschaftsbereich mit den meisten Insolvenzverfahren. Der Anteil betrug 24 Prozent. Im Baugewerbe war ein Rückgang gegenüber 2007 um reichlich 14 Prozent zu verzeichnen (vgl. Abb. 4). Rund drei Viertel der 446 Insolvenzen für Bauunternehmen bzw. 335 Fälle kamen zur Eröffnung. Besonders betroffen von der Insolvenz waren Unternehmen des Bereichs „Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe“ mit 331 Verfahren. Im Direktionsbezirk Chemnitz wurden 163 insolvente Bauunternehmen gemeldet, im Direktionsbezirk Dresden 140 und im Direktionsbezirk Leipzig 143. Der Rückgang der insolventen Bauunternehmen betraf alle drei Direktionsbezirke. Während im Direktionsbezirk Chemnitz ein Rückgang der Verfahrenszahl um neun Prozent zu erkennen war, wurden im Direktionsbezirk Dresden 16 Prozent und im Direktionsbezirk Leipzig fast 19 Prozent weniger Verfahren gemeldet. Die meisten insolventen Bauunternehmen haben bzw. hatten ihren Sitz in den Kreisfreien Städten Leipzig (75 Verfahren) und Dresden (49 Verfahren). Für das Baugewerbe wurden Forderungen in Höhe von fast 138 Millionen € angemeldet, gut 14 Prozent mehr als 2007. Je Verfahren wurden damit rund 309 000 € ermittelt. Reichlich 60 Prozent der insolventen Bauunternehmen waren weniger als acht Jahre wirtschaftlich tätig. Nach dem Baugewerbe wurden die meisten Insolvenzverfahren im Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen) mit 338 Verfahren gezählt, 13,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Von den Verfahren wurden drei Viertel eröffnet. Im Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) hatten 164 insolvente Unternehmen (Vorjahr: 129) ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt. Während es im Direktionsbezirk Chemnitz 136 insolvente Handelsunternehmen (27,1 Prozent bzw. 29 Verfahren mehr) und im Direktionsbezirk Dresden 94 insolvente Handelsunternehmen (17,5 Prozent bzw. 14 Verfahren mehr) gab, waren es im Direktionsbezirk Leipzig mit 108 Verfahren 1,8 Prozent bzw. zwei Verfahren weniger. Von den Gläubigern wurden Forderungen in Höhe von rund 180 Millionen € gemeldet, knapp 532 000 € je Verfahren. Auch im Gastgewerbe nahm die Zahl der Insolvenzverfahren gegenüber 2007 zu. Mit 180 Verfahren wurden 19 Verfahren bzw. fast zwölf Prozent mehr gemeldet. Die angemeldeten Forderungen insgesamt gingen dagegen um gut 35 Prozent auf 24,6 Millionen € zurück. Sie lagen damit im Durchschnitt bei knapp 137 000 € je Fall (Vorjahr: 236 000 € je Fall).

Im Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ waren im Jahr 2008 drei Insolvenzverfahren mehr als im Vorjahr und damit insgesamt 179 Verfahren zu verzeichnen (1,7 Prozent mehr). Hier betraf der Anstieg die Direktionsbezirke Chemnitz und Leipzig mit je zwei Verfahren mehr. Im Direktionsbezirk Dresden wurde ein Verfahren weniger gemeldet. Die von den Gläubigern angemeldeten Forderungen betrugen 101,5 Millionen € und damit gut acht Prozent weniger als im Vorjahr. Die durchschnittlichen Forderungen je Verfahren belaufen sich auf reichlich 567 000 €.

Auch im Bereich der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen wurden mit 160 Verfahren 34 Verfahren bzw. 27 Prozent mehr Insolvenzen gemeldet als im Vorjahr. Die angemeldeten Forderungen gingen dagegen im gleichen Zeitraum um rund 7,6 Millionen € auf 24,9 Millionen € zurück. Die durchschnittlichen Forderungen betrugen hier gut 155 000 €. In diesem Bereich betraf der Anstieg alle drei Direktionsbereiche. Im Direktionsbereich Chemnitz wurden 20 Verfahren mehr gemeldet, in Dresden und Leipzig jeweils sieben Verfahren mehr.

Im Verarbeitenden Gewerbe wurden reichlich 85 Prozent der 144 gemeldeten Verfahren im Jahr 2008 eröffnet. Im Vorjahr wurden hier 127 Insolvenzverfahren gemeldet. Besonders betroffen von der Insolvenz waren im Berichtsjahr Unternehmen der Bereiche Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln mit 36 Verfahren, Maschinenbau mit 16, Herstellung von Metallerzeugnissen mit 15 Verfahren und Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren mit 13 Verfahren. Je Verfahren beliefen sich die Forderungen im Verarbeitenden Gewerbe auf knapp zwei Millionen €, insgesamt auf 284,4 Millionen €. Der Anstieg der Verfahrenszahl betraf alle drei Direktionsbezirke, wobei im Direktionsbezirk Chemnitz mit zehn Prozent mehr, im Direktionsbezirk Dresden neun Prozent mehr und im Direktionsbezirk Leipzig sogar gut 30 Prozent mehr Verfahren gemeldet wurden.

Auch in anderen Wirtschaftsbereichen waren noch Insolvenzfälle zu verzeichnen, doch war deren Zahl relativ gering.

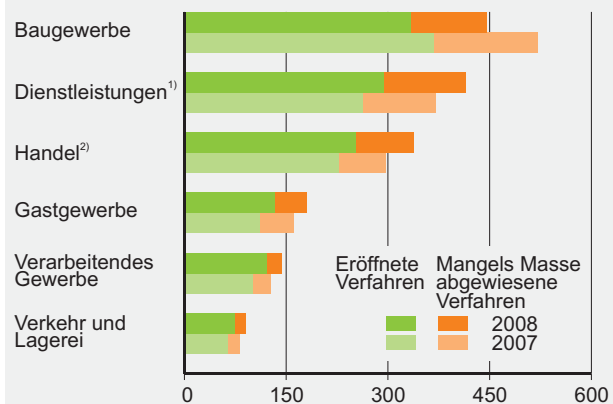
Insolvenzhäufigkeit

Um den Inhalt der absoluten Insolvenzzahlen für Unternehmen in ihrer Aussage noch etwas zu untermauern, ist es sinnvoll, die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen in Beziehung zur Gesamtzahl der Unternehmen zu setzen und damit die Insolvenzhäufigkeit je 10 000 umsatzsteuer-voranmeldepflichtige Unternehmen darzustellen.

In Sachsen insgesamt stieg die Zahl der Insolvenzen je 10 000 Unternehmen gegenüber 2007 minimal an von 126 Verfahren auf 127 Verfahren.

Nach Kreisfreien Städten und Landkreisen betrachtet, ist die Insolvenzhäufigkeit in Sachsen recht unterschiedlich. Die höchsten Quoten erreichten dabei die Kreisfreien Städte Leipzig (212 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen) und Chemnitz (152) sowie die Landkreise Leipzig (150) und Nordsachsen (139). Die niedrigsten Quoten erzielten die Landkreise Görlitz (80), Bautzen (82) und Meißen mit 86 Verfahren je 10 000 Un-

Abb. 4 Insolvenzen für Unternehmen in den am stärksten besetzten Wirtschaftsbereichen in Sachsen 2007 und 2008



1) Verfahren der Bereiche M (Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen), N (Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen) und S (Sonstige Dienstleistungen)

2) Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen

ternehmen. Nach Direktionsbezirken betrachtet, beträgt die Insolvenzhäufigkeit im Direktionsbezirk Chemnitz 122 Verfahren, im Direktionsbezirk Dresden 99 Verfahren und im Direktionsbezirk Leipzig 179 Verfahren je 10 000 Unternehmen.

Während bei den Aktiengesellschaften 321 Insolvenzverfahren je 10 000 Unternehmen zu verzeichnen waren, waren es bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung 306, bei den Einzelunternehmen 100 und bei den Personengesellschaften 63 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen.

Antragsteller und Insolvenzgründe

Bei den Unternehmen können sowohl die Schuldner als auch die Gläubiger den Insolvenzantrag stellen. In reichlich 73 Prozent der Fälle wurden 2008 die Insolvenzanträge vom Schuldner selbst gestellt. Bei Verbraucherinsolvenzverfahren kann im Unterschied zu den Unternehmensinsolvenzen nur der Schuldner selbst einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens stellen.

Laut § 16 der Insolvenzordnung [1] ist die Voraussetzung für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, dass ein Eröffnungsgrund vorliegt. Allgemeiner Eröffnungsgrund ist die Zahlungsunfähigkeit. Bei einer juristischen Person gilt auch die Überschuldung als Eröffnungsgrund. Neben diesen beiden Eröffnungsgründen wurde 1999 die „drohende Zahlungsunfähigkeit“ als Eröffnungsgrund eingeführt. Dieser Grund soll zu einer früheren Verfahrenseröffnung führen und damit die Sanierungsaussichten verbessern. Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens wegen „drohender Zahlungsunfähigkeit“ kann ebenso wie bei „Überschuldung“ nur vom Schuldner selbst beantragt werden.

Bei der überwiegenden Zahl der Insolvenzanträge für Unternehmen ist mit 74 Prozent die Zahlungsunfähigkeit alleiniger Insolvenzgrund. Zweithäufigster Insolvenzgrund ist mit 25 Prozent die Zahlungsunfähigkeit in Verbindung mit der Überschuldung des Unternehmens.

Zusammenfassung

Die Zahl der Insolvenzfälle hat sich auch in Sachsen 2008 erstmals verringert. Die Zahl der Verfahren sank von 9 323 im Jahr 2007 auf 8 384 im Jahr 2008 (10,1 Prozent weniger). Der Rückgang betraf aber nur die privaten Personen und Nachlässe (13,0 Prozent weniger), während bei den Unternehmensinsolvenzen ein Anstieg um 1,9 Prozent zu erkennen war. Die Zahl der eröffneten Verfahren ging ebenfalls zurück von 8 300 Verfahren 2007 auf 7 385 Verfahren im Jahr 2008. Der Anteil der eröffneten Verfahren an der Gesamtzahl lag 2008 bei 88 Prozent nach 89 Prozent im Vorjahr.

Die für Sachsen gezeigte Tendenz in der Gesamtzahl der Insolvenzen (10,1 Prozent weniger) ist auch in den übrigen Bundesländern außer Bremen (1,9 Prozent mehr) zu beobachten (vgl. Tab. 4 [5]). In der Bundesrepublik gab es 2008 insgesamt 155 202 Insolvenzfälle, fast sechs Prozent weniger als 2007. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzverfahren stieg dagegen leicht an (0,4 Prozent) auf 29 291 Verfahren. Dieser Anstieg betraf aber nur sieben Bundesländer. In den restlichen Bundesländern war auch bei den Unternehmensinsolvenzen ein Rückgang zu erkennen.

Im ersten Quartal 2009 zeigt sich in Sachsen eine geteilte Entwicklung bei den Insolvenzverfahren. Die Anzahl der Insolvenzen ging gegenüber dem ersten Quartal 2008 insgesamt um 7,2 Prozent zurück. Dieser Rückgang betraf aber nur die privaten Personen und Nachlässe. Bei den Unternehmensinsolvenzen war dagegen ein weiterer Anstieg von 10,1 Prozent zu verzeichnen.

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Insolvenzordnung (InsO) vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 23. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2026, 2037).
- [2] Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz (EGGVG) vom 27. Januar 1877 (RGBl. S. 77), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2894).
- [3] Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246).
- [4] Neumann, H.: Insolvenzen im Jahr 2007. In: Statistik in Sachsen, 3/2008, S. 60 - 69.
- [5] Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzverfahren, Dezember und Jahr 2008. Statistisches Bundesamt, Fachserie 2, Reihe 4.1, Wiesbaden 2009.
- [6] Insolvenzverfahren im Freistaat Sachsen 2008, Statistische Berichte, D III 1 - vj 4/08, Kamenz 2009.
- [7] Umsätze und ihre Besteuerung im Freistaat Sachsen (Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik) 2007, Statistische Berichte, L IV 1 - j/07, Kamenz 2009.

Neumann, Heidrun, Dipl.-Ök.-päd.,
Fachverantwortliche Gewerbeanzeigen, Insolvenzen

Tab. 4 Insolvenzen 2007 und 2008 nach Bundesländern

Land	Insolvenzen insgesamt		Darunter Unternehmen	
	2007	2008	2007	2008
Baden-Württemberg	15 620	15 432	2 137	2 202
Bayern	18 801	17 656	3 831	3 397
Berlin	9 206	7 326	1 428	1 365
Brandenburg	6 776	5 980	801	710
Bremen	1 800	1 835	219	190
Hamburg	4 110	3 919	593	643
Hessen	11 006	10 947	1 720	1 638
Mecklenburg-Vorpommern	3 232	3 112	490	505
Niedersachsen	20 191	19 683	2 507	2 333
Nordrhein-Westfalen	36 538	35 453	9 374	10 388
Rheinland-Pfalz	7 379	7 100	1 383	1 279
Saarland	2 528	2 367	402	350
Sachsen	9 323	8 384	1 815	1 850
Sachsen-Anhalt	6 326	5 325	850	780
Schleswig-Holstein	7 181	6 671	1 095	1 114
Thüringen	4 580	4 012	515	547
Deutschland	164 597	155 202	29 160	29 291

Gewerbeanzeigen 2008

Vorbemerkungen

Die Gewerbeanzeigenstatistik liefert monatlich Informationen über die Zahl der Gewerbean- und Gewerbeabmeldungen bei den Gewerbeämtern. Die Auswertung dieses Meldegeschehens dient der amtlichen Statistik für eine näherungsweise Darstellung der Existenzgründungen bzw. -schließungen. Mit diesem Artikel soll ein Überblick zu den Ergebnissen der Gewerbeanzeigenstatistik 2008 im Vergleich zu den Jahren ab 2002 vermittelt werden.

Die Rechtsgrundlagen der Statistik der Gewerbeanzeigen bilden die Gewerbeordnung [1] in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke [2] und das Zweite Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft. [3] Die Gewerbeanzeigenstatistik beruht auf den §§ 14 und 55 der Gewerbeordnung. Danach muss jeder Beginn bzw. jede Beendigung einer selbstständigen gewerblichen Tätigkeit bei den zuständigen Behörden angezeigt werden. Auskunftspflichtig sind die Gewerbeanzeigenden, die jedes stehende Gewerbe oder den Betrieb einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle bzw. ein Reisegewerbe als selbstständige Tätigkeit anzeigen müssen. Die Gewerbeämter und nicht die Gewerbetreibenden selbst übermitteln die für die Statistik relevanten Angaben der Gewerbeanzeigen im „Durchschreibeverfahren“ bzw. in einem genau abgegrenzten Datenformat an das zuständige statistische Landesamt. Bis einschließlich Juli 2008 wurden die Gewerbeanzeigen von 29 sächsischen Gewerbeämtern gemeldet, jeweils für die entsprechenden Kreisfreien Städte und Landkreise insgesamt. Im Ergebnis der Verwaltungsreform im Freistaat Sachsen zum 1. August 2008 erhält das Statistische Landesamt die Gewerbe-meldungen nunmehr direkt von den Gewerbeämtern der Städte und Gemeinden.

Als Gewerbe gilt jede erlaubte selbstständige Tätigkeit, die auf Dauer angelegt ist und als Ziel eine Gewinnerzielung anstrebt. Ausgenommen von der Anzeigepflicht sind insbesondere die Urproduktion, die freien Berufe im Sinne des Gewerberechts, Versicherungsunternehmen und die Verwaltung eigenen Vermögens.

Eine Gewerbeanzeige kann aus verschiedenen Gründen erfolgen. Diese Gründe wurden im Heft 3/2008 dieser Fachzeitschrift detailliert beschrieben. [4] Es werden alle Gewerbean-, -um- und -abmeldungen des entsprechenden Zeitraums im jeweils zutreffenden Formular bzw. Merkmalskranz an die Statistik weitergegeben. Jedoch werden seit August 2006 die Gewerbeummeldungen aufgrund des Gesetzes zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständigen Wirtschaft in der

Statistik der Gewerbeanzeigen nicht mehr verarbeitet. Diese Ummeldungen können, wie auch die Gewerbean- und -abmeldungen, zur Pflege des Unternehmensregisters für statistische Verwendungszwecke herangezogen werden. Die Angaben der Gewerbeanzeigen spiegeln eine „Momentaufnahme“ wider, sie dokumentieren die Anmeldung eines neu zu gründenden Unternehmens, lassen jedoch nur begrenzt eine Einschätzung zu, ob dieses Unternehmen wirklich wirtschaftlich aktiv wird, wie bedeutend diese Tätigkeit wird oder ob es sich sogar nur um eine bloße Absichtserklärung handelt.

Durch die Gewerbeanzeigenstatistik wird die Anzahl der Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen nachgewiesen. Diese werden jeweils nach ihren Gründen differenziert. Weiterhin wird dargestellt, in welchen Wirtschaftszweigen Veränderungen auftreten, welches Geschlecht und welche Staatsangehörigkeit die Gewerbetreibenden haben.

Ergebnisse

Im Jahr 2008 wurden bei den sächsischen Gewerbeämtern 39 526 Gewerbe angemeldet und 36 696 Gewerbe abgemeldet. In dieser Anzahl der Meldungen sind die Automatenaufsteller und das Reisegewerbe nicht enthalten. Im Jahr 2008 wurden 488 Gewerbe mehr angemeldet als im Jahr 2007. Damit war erstmals seit 2004 und vor allem nach dem starken Rückgang 2007 gegenüber 2006 um 4 698 Anmeldungen, wieder ein leichter Anstieg bei

**Tab. 1 Gewerbemeldungen in Sachsen
1996 bis 2008**

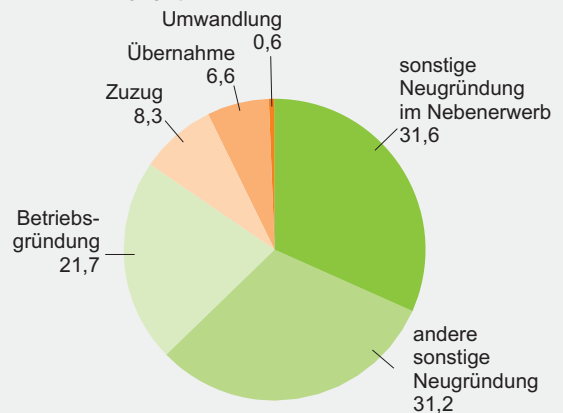
Jahr	Gewerbeanmeldungen		Gewerbeabmeldungen	
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %
1996	45 337	x	36 167	x
1997	45 484	0,3	36 995	2,3
1998	45 582	0,2	38 819	4,9
1999	43 714	-4,1	27 968	-2,2
2000	39 433	-9,8	36 981	-2,6
2001	37 926	-3,8	36 090	-2,4
2002	35 681	-5,9	34 931	-3,2
2003	41 952	17,6	32 600	-6,7
2004	49 171	17,2	32 630	0,1
2005	45 386	-7,7	35 776	9,6
2006	43 736	-3,6	35 256	-1,5
2007	39 038	-10,7	34 965	-0,8
2008	39 526	1,3	36 696	5,0

den Anmeldungen zu verzeichnen (vgl. Tab. 1). Der Anstieg der *Gewerbeanmeldungen* betraf die Neuerrichtungen (231 Anmeldungen bzw. 0,7 Prozent mehr), hier insbesondere die Anmeldungen im Nebenerwerb um 1 331 bzw. um 11,9 Prozent, und die Zuzüge aus anderen Gewerbebezirken (312 Anmeldungen bzw. 10,4 Prozent mehr). Dagegen wurden 55 bereits bestehende Gewerbe weniger übernommen als im Vorjahr, wobei sich dieser Rückgang auf die Übernahme wegen Erbfolge, Kauf und Pacht bezog. Diese Gruppe hatte mit 1 777 Anmeldungen (68,4 Prozent) auch den größten Anteil an den Übernahmen. Bei knapp einem Viertel war ein Wechsel der Rechtsform der Anmeldung Grund und bei fast sieben Prozent ein Gesellschaftereintritt.

Bei 85 Prozent der Anmeldungen des Jahres 2008 bestand laut Gewerbeanmeldung die Absicht, einen Gewerbebetrieb als Hauptniederlassung, Zweigniederlassung oder unselbstständige Zweigstelle neu zu errichten. Von diesen Neuerrichtungen wurden gut 99 Prozent als Neugründung angezeigt (33 398 Anmeldungen) und nur 230 Anmeldungen betrafen Gründungen nach dem Umwandlungsgesetz (vgl. Abb. 1).

Der Anteil der Neugründungen an den Gewerbeanmeldungen insgesamt ging in den Jahren geringfügig, jedoch stetig zurück – von 88,9 Prozent im Jahr 2003 auf 84,5 Prozent in den Jahren 2007 und 2008. Um die Neugründungen noch weiter zu differenzieren, werden zusätzliche aus der Gewerbeanmeldung verfügbare Kriterien herangezogen. So unterscheiden wir bei den Neugründungen aus statistischer Sicht nach „Betriebsgründungen“ und „Sonstigen Neugründungen“, um so die vermutlich größere wirtschaftliche Relevanz und mögliche Nachhaltigkeit der zu gründenden Einheit herauszustellen.

Abb. 1 Gewerbeanmeldungen 2008 nach dem Grund der Meldung in Prozent



Unter Betriebsgründung wird die Gründung einer Hauptniederlassung, Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle durch eine juristische Person, eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) oder eine natürliche Person zusammengefasst. Bei einer natürlichen Person, die eine Hauptniederlassung anmeldet, gilt als Voraussetzung für eine Betriebsgründung, dass sie entweder in das Handelsregister eingetragen ist oder aber eine Handwerkskarte besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer lt. Gewerbeanmeldung beschäftigen wird. Im Jahr 2008 waren in Sachsen 8 581 derartige Betriebsgründungen zu verzeichnen, hiermit ist ein Rückgang um rund ein Prozent zum Jahr 2007 eingetreten. Knapp 57 Prozent dieser Betriebsgründungen betrafen Hauptniederlassungen (vgl. Tab. 2). Der Anteil der Betriebsgründungen, also der Neuerrichtungen mit vermutlich große-

Tab. 2 Gewerbeanmeldungen in Sachsen 2002 bis 2008

Merkmal	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Gewerbeanmeldungen insgesamt	35 681	41 952	49 171	45 386	43 736	39 038	39 526
davon							
Neuerrichtung	30 272	37 543	43 903	39 990	38 164	33 397	33 628
davon							
Neugründung	x	37 313	43 564	39 738	37 853	32 981	33 398
davon							
Betriebsgründung	11 091	10 670	10 281	10 035	9 586	8 663	8 581
davon							
einer Hauptniederlassung	7 190	6 833	6 298	5 824	5 517	4 749	4 863
einer Zweigniederlassung/ unselbstständigen Zweigstelle	3 901	3 837	3 983	4 211	4 069	3 914	3 718
sonstige Neugründung	19 181	26 643	33 283	29 703	28 267	24 318	24 817
darunter							
Nebenerwerb	x	5 005	8 442	9 621	10 695	11 155	12 486
Umwandlung	x	230	339	252	311	416	230
Zuzug	1 069	1 876	2 424	2 592	2 851	2 988	3 300
Übernahme	4 340	2 533	2 844	2 804	2 721	2 653	2 598
davon							
Rechtsformwechsel	x	437	673	680	622	630	644
Gesellschaftereintritt	x	94	141	169	223	173	177
Erbfolge, Kauf, Pacht	x	2 002	2 030	1 955	1 876	1 850	1 777

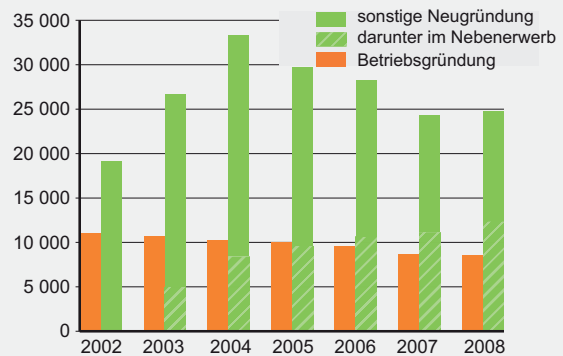
rer wirtschaftlicher Relevanz, ist seit 2002 von reichlich 31 Prozent auf knapp 22 Prozent gesunken, wobei insbesondere im anmeldestärksten Jahr 2004 deren Anteil mit knapp 21 Prozent am geringsten war.

Eine sonstige Neugründung ist die Gründung einer Hauptniederlassung durch einen Kleingewerbetreibenden, die nach Art und Umfang keinen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert. Der Kleingewerbetreibende ist nicht im Handelsregister eingetragen, besitzt keine Handwerkskarte und beschäftigt keine Arbeitnehmer. Die Gründung eines Gewerbes, das in der Gewerbeanzeige bereits als Gewerbe im Nebenerwerb ausgewiesen wird, gilt ebenfalls als sonstige Neugründung. Von den Gewerbeämtern wurden im Berichtsjahr 24 817 sonstige Neugründungen gemeldet (499 Meldungen bzw. 2,1 Prozent mehr als im Jahr 2007), von denen rund die Hälfte im Nebenerwerb, also zusätzlich zu einer Erwerbstätigkeit, geführt werden soll (vgl. Abb. 2). Die Nebenerwerbsgründungen stiegen insgesamt seit 2003 kontinuierlich an. Somit sind die Entwicklung der Betriebsgründungen (stetige Abnahme seit 2002) und die Entwicklung der Gewerbe im Nebenerwerb (Zunahme seit Beginn der Erfassung im Jahr 2003) gegenläufig. Wenn die Betriebsgründungen von 2004 bis 2006 von Jahr zu Jahr nur geringfügig sanken, sind sie im Jahr 2007 um zehn Prozent zurückgegangen. Dies ist sicherlich auch auf die Änderungen der staatlichen Förderung von Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit zurückzuführen (Zusammenführung des Überbrückungsgeldes und des Existenzgründungszuschusses zum neuen Förderinstrument Gründungszuschuss am 1. August 2006). Bei unveränderten Förderbedingungen verharrten die Betriebsgründungen im Jahr 2008 auf dem Niveau von 2007.

Mit der Unterscheidung in „Betriebsgründung“ und „Sonstige Neugründung“ lässt sich das Gründungsgeschehen aus statistischer Sicht näherungsweise bestimmen. Die Angaben, die dieser Einteilung zugrunde liegen, beziehen sich auf den Zeitpunkt der Gewerbeanmeldung. Es kann aber im Verlauf der Zeit nicht ausgeschlossen werden, dass ein bei der Gewerbeanmeldung den „Sonstigen Neugründungen“ zugeordneter Betrieb später durch die Erbringung größerer wirtschaftlicher Aktivitäten zur „Betriebsgründung“ zuzuordnen wäre. Dieser Veränderungs- (Aufwertungs-)Prozess lässt sich in der amtlichen Statistik aber weder anhand weiter eingehender Gewerbeabmeldungen (wie z. B. Gewerbeabmeldungen oder auch Gewerbeabmeldung unter Angaben von Beschäftigten zu diesem Gewerbebetrieb) noch mit Hilfe anderer Mittel wie dem Unternehmensregister beobachten, weil u. a. kein einheitlicher Identifikator zur Verfügung steht.

Im Jahr 2008 wurden von den sächsischen Gewerbeämtern 36 696 Gewerbeabmeldungen (ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe) verzeichnet, 1 731 Abmeldungen bzw. 5,0 Prozent mehr als 2007. Der Anstieg war im vierten Quartal 2008 mit 9,1 Prozent gegenüber dem vierten Quartal 2007 besonders hoch. Von den Gewerbeabmeldungen

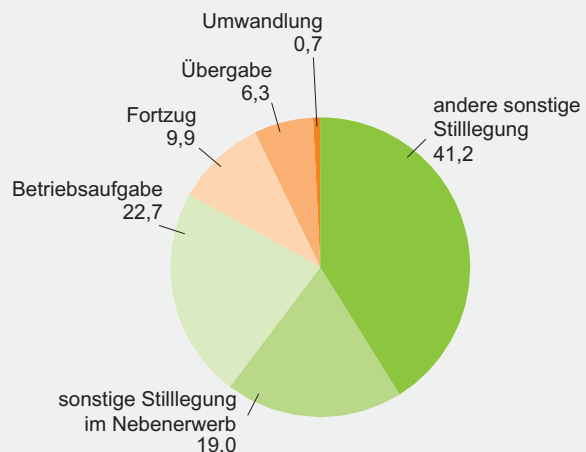
Abb. 2 Betriebsgründungen und sonstige Neugründungen



betrafen 30 723 (83,7 Prozent) die Aufgabe eines Gewerbebetriebes, gut 99 Prozent davon die vollständige Aufgabe (vgl. Abb. 3). Nur in 275 Fällen erfolgte die Schließung nach dem Umwandlungsgesetz (vgl. Tab. 3). Knapp ein Zehntel aller Gewerbeabmeldungen erfolgte, weil ein weiterhin bestehendes Gewerbe in einen anderen Gewerbeamtsbereich verlegt wurde. Das waren rund neun Prozent mehr als im Vorjahr. In 2 327 Fällen erfolgte die Abmeldung des Gewerbes wegen Übergabe in Form von Rechtsformwechsel, Gesellschafteraustritt oder Erbfolge, Verkauf, Verpachtung. Den größten Anteil hatte dabei die zuletzt genannte Gruppe mit 1 203 Meldungen (51,7 Prozent).

Auch bei den Gewerbeabmeldungen wird eine näherungsweise Darstellung der Gewerbeabmeldungen mit größerer wirtschaftlicher Relevanz (vergleichbar den Betriebsgründungen) anhand der vorhandenen Erhebungstatbestände der Gewerbeabmeldung vorgenommen. Damit werden die Betriebsaufgaben abgegrenzt. Eine Betriebsaufgabe umfasst aus statistischer Sicht die vollständige Aufgabe einer Hauptniederlassung, einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle, welche durch eine juristische Person, eine Gesellschaft

Abb. 3 Gewerbeabmeldungen 2008 nach dem Grund der Meldung in Prozent



Tab. 3 Gewerbeabmeldungen in Sachsen 2002 bis 2008

Merkmal	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Gewerbeabmeldungen insgesamt	34 931	32 600	32 630	35 776	35 256	34 965	36 696
davon							
Aufgabe	29 577	27 999	27 286	30 381	29 801	29 248	30 723
davon							
vollständige Aufgabe	x	27 783	26 933	30 084	29 433	28 810	30 448
davon							
Betriebsaufgabe	11 311	9 588	9 026	9 413	8 749	8 110	8 335
davon							
einer Hauptniederlassung einer Zweigniederlassung/ unselbstständigen Zweigstelle	6 701	5 749	5 163	5 265	4 890	4 483	4 706
sonstige Stilllegung	4 610	3 839	3 863	4 148	3 859	3 627	3 629
darunter							
Nebenerwerb	x	1 966	3 437	4 147	4 783	5 622	6 990
Umwandlung	x	216	353	297	368	438	275
Fortzug	1 767	2 209	2 830	3 013	3 105	3 341	3 646
Übergabe	3 587	2 392	2 514	2 382	2 350	2 376	2 327
davon							
Rechtsformwechsel	x	607	726	828	768	751	746
Gesellschafteraustritt	x	392	367	323	347	324	378
Erbfolge, Verkauf, Verpachtung	x	1 393	1 421	1 231	1 235	1 301	1 203

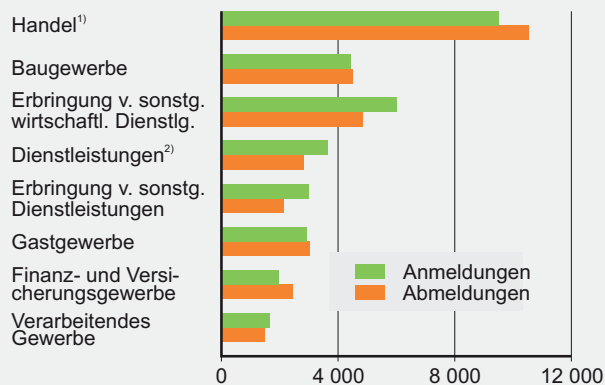
ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) oder eine natürliche Person geführt wurde. Bei einer natürlichen Person zählt als Voraussetzung, dass sie entweder im Handelsregister eingetragen war oder zuletzt mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt hatte. Diese Betriebsaufgaben kann man jedoch nicht ohne Weiteres den Betriebsgründungen gegenüberstellen, weil die Zugehörigkeit zum Handwerk bei der Gewerbeabmeldung nicht abgefragt wird. Der Anteil der Betriebsaufgaben an den Gewerbeabmeldungen insgesamt ist in den Jahren 2002 bis 2008 kontinuierlich von fast einem Drittel auf rund 23 Prozent gesunken.

Bei der Erfassung der Gewerbeabmeldungen wird die Ursache der Gewerbeabmeldung erfragt. Hier wurden aber im Jahr 2008 bei fast 29 Prozent der Abmeldungen keine Angaben gemacht, in weiteren 20 Prozent werden sonstige Gründe angegeben. In 16 Prozent der Fälle sind wirtschaftliche Schwierigkeiten Ursache der Gewerbeabmeldung und in knapp 15 Prozent werden persönliche bzw. familiäre Gründe angegeben. Wegen Verlegung in einen anderen Meldebezirk erfolgten ein Zehntel der Gewerbeabmeldungen und wegen Erbfolge, Verkauf, Verpachtung reichlich ein Prozent. Die Durchführung eines Insolvenzverfahrens war der Grund für gut zwei Prozent der Gewerbeabmeldungen. In 685 Fällen wurde der abgemeldete Betrieb nie ausgeübt. Die Praxis zeigt weiterhin, dass viele Gewerbetreibende es versäumen, die Gewerbeämter über die Beendigung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zu informieren. Deshalb werden zunehmend auch Gewerbeabmeldungen „von Amts wegen“ durch die Gewerbeämter vorgenommen. So wurden im Berichtsjahr mit 2 008 Abmeldungen fast 5,5 Prozent der Gewerbe aus diesem Grund abgemeldet.

Im Jahr 2008 wurden zwar mehr Gewerbe angemeldet als abgemeldet. Doch die Zahl der Gewerbeabmeldungen stieg schneller als die der Gewerbeabmeldungen. Damit kamen auf 100 Anmeldungen 93 Abmeldungen, 2007 war das Verhältnis noch 100 Anmeldungen zu 90 Abmeldungen und 2006 noch 100 Anmeldungen zu 81 Abmeldungen.

Bei der Betrachtung der Gewerbeabmeldungen nach Wirtschaftszweigen ist zu beachten, dass am 1. Januar 2008 die neue Wirtschaftszweigsystematik 2008 (WZ 2008) in Kraft trat. Die WZ 2008 ist die nationale Fassung der in der Europäischen Gemeinschaft anzuwendenden grundlegenden revidierten Fassung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige (NACE Rev. 2) für die Bundesrepu-

Abb. 4 Gewerbeabmeldungen 2008 in ausgewählten Wirtschaftszweigen



1) Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen

2) Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen

blik Deutschland. Jedes Gewerbe wird entsprechend den verbalen Angaben auf der Gewerbemeldung einer Wirtschaftsabteilung der WZ 2008 zugeordnet.

Nach *Wirtschaftszweigen* betrachtet wurden in der „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ (wobei in diesem Bereich keine Gewerbeanzeigenpflicht besteht), im Verarbeitenden Gewerbe, in der Energieversorgung, im Bereich „Information und Kommunikation“, im „Grundstücks- und Wohnungswesen“, in den Bereichen „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“, „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ sowie „Erziehung und Unterricht“, „Gesundheits- und Sozialwesen“, „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ und „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“ mehr Gewerbe angemeldet als abgemeldet. In allen anderen Wirtschaftszweigen wurden mehr Gewerbe abgemeldet als angemeldet (vgl. Abb. 4).

Während im Bereich „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ auf 100 Anmeldungen fast 124 Abmeldungen kamen, waren es bei der Energieversorgung nur 12 Abmeldungen auf 100 Anmeldungen. Hier wurden, wie bereits im Jahr 2007, vor allem Photovoltaikanlagen angemeldet, die im Nebenerwerb betrieben werden (vgl. Tab. 4).

Regional betrachtet, entsprechend dem Gebietsstand vom 1. August 2008, wurden im Jahr 2008 in allen Landkreisen und Kreisfreien Städten außer in den Landkreisen Bautzen und Erzgebirgskreis mehr Gewerbe angemeldet als abgemeldet (vgl. Tab. 5). Um die regionalen Anteile der Gewerbemeldungen noch mehr zu verdeutlichen, ist eine Darstellung der Gewerbemeldungen je 10 000 Einwohner im

Alter von 18 bis unter 65 Jahren möglich. So wurden 2008 in Sachsen 149 Gewerbe je 10 000 Einwohner im Alter von 18 bis unter 65 Jahren angemeldet und 139 abgemeldet. Die meisten Gewerbeanmeldungen je 10 000 Einwohner im Alter von 18 bis unter 65 Jahren waren 2008 in den Kreisfreien Städten Leipzig (195) und Dresden mit 175 zu verzeichnen, die wenigsten in den Landkreisen Bautzen (116) und Erzgebirgskreis (121). In der Kreisfreien Stadt Leipzig waren mit 169 ebenfalls die meisten Gewerbeabmeldungen je 10 000 Einwohner im Alter von 18 bis unter 65 Jahren zu verzeichnen. Es folgten der Landkreis Görlitz mit 153 sowie die Kreisfreie Stadt Chemnitz mit 152 Abmeldungen je 10 000 Einwohner im Alter von 18 bis unter 65 Jahren. Die wenigsten Abmeldungen je 10 000 Einwohner im Alter von 18 bis unter 65 Jahren gab es in den Landkreisen Bautzen mit 117 und Mittelsachsen mit 120.

Reichlich vier Fünftel der Gewerbeanmeldungen im Jahr 2008 waren der *Rechtsform* nach Einzelunternehmen (32 028). Gegenüber dem Vorjahr wurden 544 Einzelunternehmen bzw. knapp zwei Prozent mehr angemeldet. Bei den Gewerbeabmeldungen war ein Anstieg um 6,1 Prozent bzw. 1 697 Unternehmen auf 29 406 Abmeldungen festzustellen. Jeweils reichlich ein Drittel der Gewerbemeldungen für Einzelunternehmen wurde von Frauen vorgenommen. Rund 90 Prozent der An- und Abmeldungen von Einzelunternehmen erfolgte von deutschen Staatsangehörigen, jeweils rund drei Prozent von polnischen Staatsbürgern.

Außer den Einzelunternehmen wurden noch 4 056 Gesellschaften mit beschränkter Haftung angemeldet, aber auch 3 905 GmbH abgemeldet. Während hier reichlich drei Pro-

Tab. 4 Gewerbemeldungen in Sachsen 2008 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Gewerbeanmeldungen	Gewerbeabmeldungen
	Anzahl	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	232	210
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	7	10
Verarbeitendes Gewerbe	1 657	1 495
Energieversorgung	966	114
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	86	93
Baugewerbe	4 423	4 504
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	9 499	10 547
Verkehr und Lagerei	924	1 197
Gastgewerbe	2 945	3 028
Information und Kommunikation	1 542	1 072
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1 983	2 454
Grundstücks- und Wohnungswesen	831	749
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	3 656	2 843
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	6 020	4 853
Erziehung und Unterricht	400	311
Gesundheits- und Sozialwesen	465	379
Kunst, Unterhaltung und Erholung	898	688
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen; öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	3 656	2 843
Insgesamt	39 526	36 696

Tab. 5 Gewerbeanmeldungen in Sachsen 2008 insgesamt und je 10 000 Einwohner im Alter von 18 bis unter 65 Jahren nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis Direktionsbezirk Land	Gewerbeanmeldungen		Gewerbeabmeldungen	
	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Chemnitz, Stadt	2 433	161	2 307	152
Erzgebirgskreis	2 862	121	2 989	126
Mittelsachsen	2 614	125	2 514	120
Vogtlandkreis	2 065	133	2 015	130
Zwickau	3 018	139	2 911	135
Direktionsbezirk Chemnitz	12 992	134	12 736	132
Dresden, Stadt	5 831	175	4 796	144
Bautzen	2 381	116	2 400	117
Görlitz	2 860	164	2 666	153
Meißen	2 255	141	2 094	131
Sächsischer Schweiz-Osterzgebirge	2 258	142	2 178	137
Direktionsbezirk Dresden	15 585	151	14 134	137
Leipzig, Stadt	6 560	195	5 703	169
Leipzig	2 450	141	2 279	132
Nordsachsen	1 939	143	1 844	136
Direktionsbezirk Leipzig	10 949	169	9 826	152
Sachsen	39 526	149	36 696	139

zent mehr Anmeldungen zu verzeichnen waren, ging die Zahl der Abmeldungen um gut zwei Prozent zurück.

Im Jahr 2008 wurden 1 723 Gesellschaften des bürgerlichen Rechts (GbR) angemeldet und 1 828 abgemeldet, 3,6 Prozent weniger bzw. 2,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Auch in anderen Rechtsformen wurden noch Gewerbe an- und abgemeldet, doch waren deren Anteile relativ gering. Für einen neu zu gründenden Gewerbebetrieb meldeten sich 34 810 *Gewerbetreibende* an, darunter waren reichlich 31 Prozent Frauen. Frauendominiert war der Bereich „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“ mit reichlich 71 Prozent weiblichen Gewerbetreibenden. Zu diesem Bereich zählen u. a. Wäschereien, chemische Reinigung, Frisör- und Kosmetiksalons, Saunas, Solarien, Bäder. Auch in den Wirtschaftsbereichen „Gesundheits- und Sozialwesen“, „Erziehung und Unterricht“, „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“, Gastgewerbe und „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ lag der Anteil der weiblichen anmeldenden Gewerbetreibenden über dem durchschnittlichen Frauenanteil von reichlich 31 Prozent. Im Baugewerbe lag der Anteil der Frauen an den anmeldenden Gewerbetreibenden mit knapp vier Prozent erwartungsgemäß weit unter dem Durchschnitt. Für die vollständigen Aufgaben von Gewerbebetrieben wurden die Meldungen von 31 106 Personen entgegengenommen; auch hier waren gut 31 Prozent weiblich. Der Anteil in den Bereichen „Gesundheits- und Sozialwesen“ sowie „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“ war mit reichlich 78 Prozent bzw. 67 Prozent am höchsten, im Baugewerbe mit 5,1 Prozent am niedrigsten.

Zusammenfassung und Ausblick

Im Jahr 2008 wurden in Deutschland insgesamt 833 281 Gewerbeanmeldungen und 732 275 Gewerbeabmeldungen registriert. Das bedeutete einen Rückgang gegenüber dem Jahr 2007 von 1,8 Prozent bei den Anmeldungen, aber einen Anstieg bei den Abmeldungen um 3,3 Prozent. In den neuen Bundesländern war eine ähnliche Tendenz zu erkennen. Hier wurden 0,9 Prozent weniger Anmeldungen erfasst, aber 2,5 Prozent mehr Gewerbeabmeldungen. In Sachsen war dagegen in beiden Merkmalen ein Anstieg zu verzeichnen. So wurden 39 526 Gewerbe angemeldet (1,3 Prozent mehr) und 36 696 Gewerbe abgemeldet (5,0 Prozent mehr). Diese Entwicklung bei den Gewerbeanmeldungen setzt sich in Sachsen im ersten Quartal 2009 aber nicht fort. Es wurden 10 021 Gewerbe angemeldet und damit 2,2 Prozent weniger als im ersten Quartal 2008. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen ging im ersten Quartal 2009 gegenüber dem ersten Quartal 2008 ebenfalls zurück. Es war ein Rückgang um 3,9 Prozent auf 9 823 Gewerbeabmeldungen zu verzeichnen.

Neumann, Heidrun, Dipl.-Ök.-päd.,
Fachverantwortliche Gewerbeanzeigen, Insolvenzen
Wohlrab, Christiane, Diplom-Ökonom,
Referentin Unternehmensregister, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert durch Art. 92 des Gesetzes vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2737).
- [2] Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BstatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246).
- [3] Zweites Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246) Art. 9 – Änderung der Gewerbeordnung.
- [4] Neumann, H.: Gewerbeanzeigen 2007. In: Statistik in Sachsen 3/2008, S. 70 - 76
- [5] Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen im Freistaat Sachsen IV. Quartal und Jahr 2007. Statistischer Bericht D I 1 - vj 4/07, Kamenz 2008
- [6] Unternehmen und Arbeitsstätten, Gewerbeanzeigen, Dezember und Jahr 2008, Statistisches Bundesamt, Fachserie 2, Reihe 5, Wiesbaden 2009
- [7] Dr. Oettel, A. und Wohlrab, Ch.: Untersuchungen zur Eignung der Gewerbemeldungstätigkeit als Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. In: Statistik in Sachsen 1/2009, S. 15 – 22

Neu strukturierte Vierteljährliche Verdiensterhebung ab 2007

Vorbemerkung

Die Vierteljährliche Verdiensterhebung löst die Laufende Verdiensterhebung nach dem alten Lohnstatistikgesetz ab. Bis zum Berichtsjahr 2006 wurde die Laufende Verdiensterhebung für das Produzierende Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe in vierteljährlichen Abständen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober durchgeführt. Ergänzend zur Laufenden Verdiensterhebung wurden bis zum Jahr 2006 zusätzlich Daten für die Bruttojahresverdiensterhebung erfragt, mit der die gesamten auf ein Kalenderjahr bezogenen laufend und einmalig gezahlten Verdienste erfasst wurden.

Notwendigkeit der neuen Verdiensterhebung

Das neue Verdienststatistikgesetz [1] löste am 1. Januar 2007 das bis dahin geltende Lohnstatistikgesetz ab, das seit 1951 nahezu unverändert bestand und den gegenwärtigen Informationsbedarf, bedingt durch moderne sozial- und arbeitsmarktpolitische Erfordernisse, nicht mehr decken konnte. Es fehlten insbesondere Daten über Verdienste im Dienstleistungsbereich und von teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmern. Andererseits wurden Daten erfragt, die an Bedeutung verloren hatten.

Das stellte sich zunehmend als problematisch heraus, da die Verdiensterhebung wichtige Informationen über die konjunkturelle Entwicklung der Bruttoverdienste liefern sollte. Sie spielt außerdem eine wichtige Rolle bei der Beurteilung der zentralen wirtschaftspolitischen Ziele „Preisstabilität“ und „internationale Wettbewerbsfähigkeit inländischer Betriebe“. Die Daten werden darüber hinaus in Tarifverhandlungen, für Berechnungen von Berufsscha-

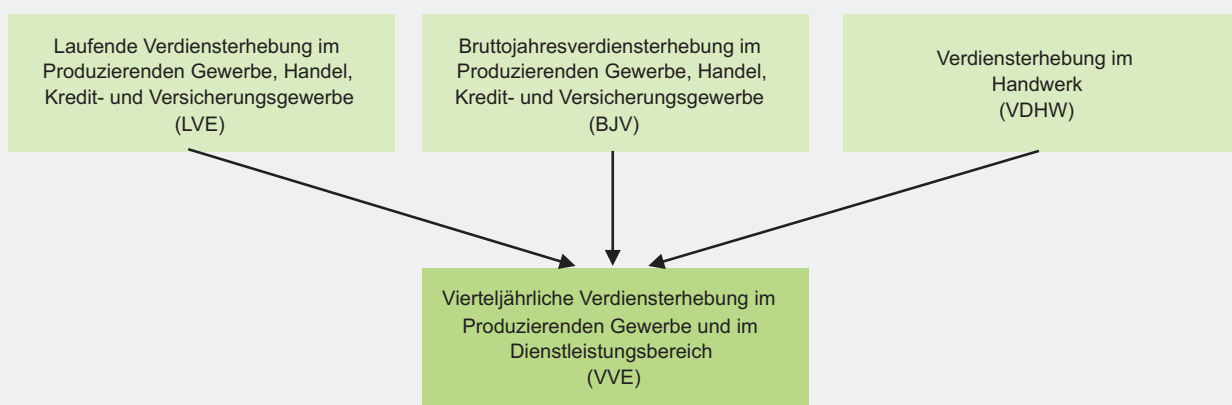
densausgleichen, Anpassungen in Verträgen (wie zum Beispiel Erbbauzins) und zur Berechnung des Arbeitskostenindex verwendet. Die Darstellung der Ergebnisse nach Geschlecht und Leistungsgruppen (Gruppen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ähnlicher Qualifikation) ist zudem eine wichtige Grundlage für ökonomische und sozioökonomische Analysen.

Seit Inkrafttreten dieses neuen Verdienststatistikgesetzes wurden die bis 2006 durchgeführte „Laufende Verdiensterhebung im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe“, die „Bruttojahresverdiensterhebung im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe“ und die „Verdiensterhebung im Handwerk“ durch die neue „Vierteljährliche Verdiensterhebung“ ersetzt. (Abb. 1)

Durch die Neustrukturierung des Merkmalskatalogs und eine verbesserte Abstimmung mit den anderen Lohnstatistiken wie Verdienststruktur- und Arbeitskostenerhebung ergab sich sowohl der dringend notwendige Informationsgewinn, als auch die dringend geforderte Entlastung der auskunftspflichtigen Betriebe. Durch Einführung der neuen „Vierteljährlichen Verdiensterhebung“ wurden in Sachsen durch den Wegfall der zusätzlich jährlich durchgeführten Bruttojahresverdiensterhebung etwa 2 500 Betriebe und durch den Wegfall der jährlichen Erhebung im Handwerk etwa 1 800 auskunftspflichtige Betriebe entlastet. (Tab. 1, Abb. 2)

Die Vierteljährliche Verdiensterhebung ist eine repräsentative Stichprobenerhebung, die effektive Arbeitsverdienste je Arbeitnehmer(in) und Arbeitsstunden in den vier Quartalen eines Jahres darstellt. Aus den Quartalergebnissen werden anschließend die Jahresergebnisse berechnet. Die im mathematischen Stichprobenverfahren ausgewählten Betriebe werden jeweils am Ende eines Quartals um Angaben über die Anzahl der Arbeitnehmerinnen und Ar-

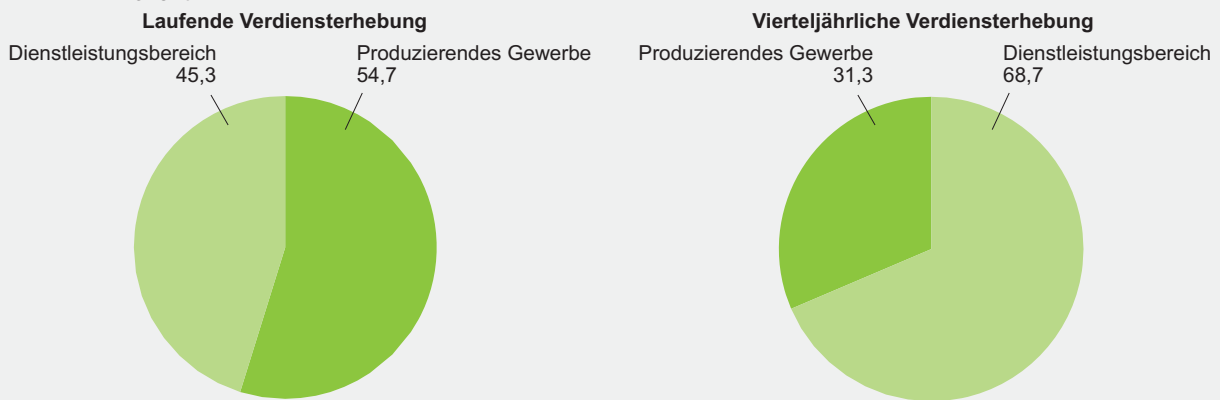
Abb. 1 Entwicklung der Verdiensterhebung



Tab. 1 Anzahl der Betriebe in den Erhebungen jeweils zu Erhebungsbeginn

Bereich	LVE ¹⁾		BJV ¹⁾		VDHW ¹⁾		VVE ¹⁾	
	Grund-gesamtheit	Auswahl	Grund-gesamtheit	Auswahl	Grund-gesamtheit	Auswahl	Grund-gesamtheit	Auswahl
Produzierendes Gewerbe	7 717	1 474	7 717	1 474	16 042	1 865	9 048	806
Dienstleistungsbereich	9 573	1 221	9 573	1 221	-	-	16 501	1 766
Summe	17 290	2 695	17 290	2 695	16 042	1 865	25 549	2 572

1) Erläuterung der Abkürzungen siehe Abbildung 1

Abb. 2 Anteil der erfassten Bereiche in den einzelnen Erhebungen in Prozent

beitnehmer, die bezahlten Arbeitsstunden und die gezahlten Bruttoverdienste (Sonderzahlungen sind gesondert auszuweisen) im Berichtsquartal gebeten. Erhoben werden die Daten im so genannten Summenverfahren, d. h. die Angaben werden nicht für jeden Beschäftigten individuell erfragt, sondern lediglich als Summe erfasst, aus der dann der Durchschnitt berechnet wird. Zu dieser Erhebung besteht Auskunftspflicht.

In Sachsen werden im Rahmen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung aus einer Grundgesamtheit von ca. 26 000 Betrieben mit fünf bzw. mehr Beschäftigten je nach Wirtschaftszweig durch die Stichprobe etwa 2 600 Betriebe ausgewählt. Dies sind ungefähr 10,0 Prozent der in Frage kommenden Betriebe. Aus den Angaben der so befragten Betriebe mit ihren rund 450 000 Arbeitnehmer(innen) werden Ergebnisse hochgerechnet. Diese sind für alle Beschäftigten der einbezogenen Wirtschaftszweige repräsentativ.

Die wichtigsten Neuerungen gegenüber der bis 2006 durchgeführten Verdiensterhebung

- Die bisherigen Erhebungen beschränkten sich auf das Produzierende Gewerbe, den Handel und das Kredit- und Versicherungsgewerbe. Nun wird neben dem Produzierenden Gewerbe der Dienstleistungssektor

fast vollständig erfasst. Auswahlgrundlage der Repräsentativerhebung ist die Gesamtheit der Betriebe in folgenden, laut Verdienstatistikgesetz heranzuziehenden Wirtschaftszweigen (WZ 2008):

- B - Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden;
- C - Verarbeitendes Gewerbe;
- D - Energieversorgung;
- E - Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen;
- F - Baugewerbe;
- G - Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen;
- H - Verkehr und Lagerei;
- I - Gastgewerbe;
- J - Information und Kommunikation;
- K - Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen;
- L - Grundstücks- und Wohnungswesen;
- M - Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen;
- N - Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen;
- Q - Gesundheits- und Sozialwesen;
- R - Kunst, Unterhaltung und Erholung;
- S - Erbringung von sonstigen Dienstleistungen.

Grundlage für die vierteljährliche Berechnung von Verdienstdaten im Wirtschaftsabschnitt P „Erziehung und Unterricht“ sowie ab 2009 für den Abschnitt O „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ sind die Daten der Personalstandstatistik und Tarifangaben. Nicht erfasst werden die Verdienste in den Wirtschaftsbereichen „Land- und Forstwirtschaft“, „Fischerei und Fischzucht“ sowie „Private Haushalte“.

- Zusätzlich zu den Daten der Vollzeitbeschäftigten werden jetzt auch die Verdienste der bisher nicht erfassten, aber immer mehr an Bedeutung gewinnenden Teilzeitbeschäftigten und geringfügig Beschäftigten einbezogen.
- Die Trennung nach Arbeitern und Angestellten bzw. kaufmännischen oder technischen Angestellten entfällt. Erhoben und ausgewertet werden die Daten nur für die Arbeitnehmer(innen) insgesamt.
- Die Daten für leitende Angestellte werden ebenfalls in die Erhebung einbezogen.
- Zur Differenzierung der Verdienste nach Qualifikation und Tätigkeit der Arbeitnehmer(innen) wurden fünf neue statistische Leistungsgruppen definiert.
- Durch die gesonderte Erfassung der Sonderzahlungen werden für jedes Quartal die Bruttomonatsverdienste insgesamt und die laufenden Bezüge (ohne Sonderzahlungen) ermittelt.
- Die bezahlte Wochenarbeitszeit und die Bruttostundenverdienste werden für alle Arbeitnehmer(innen) und nicht mehr nur für Arbeiter(innen) ausgewiesen.
- Ermittelt werden nicht mehr die Verdienste für die Monate Januar, April, Juli und Oktober, sondern die durchschnittlichen Monatsverdienste in den Quartalen eines Jahres.
- Die Jahresergebnisse werden nicht mehr durch eine eigene Erhebung (bisher: Bruttojahresverdiensterhebung) erfragt, sondern aus den Quartalergebnissen berechnet. Dabei werden hier die Sonderzahlungen mit einbezogen.

Die Neuerungen ab dem ersten Quartal 2009

- Beginnend mit dem ersten Quartal 2009 werden die Ergebnisse in der Gliederung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) veröffentlicht, die die bis dahin verwendete Wirtschaftszweigklassifikation 2003 ablöst.
- Ab dem ersten Quartal 2009 wird mit dem Abschnitt O „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ ein neuer Wirtschaftszweig in die Statistik einbezogen. Berücksichtigt werden dabei sowohl Arbeitnehmerentgelte als auch Beamtenbezüge.
- Ebenfalls werden ab 2009 jetzt im Abschnitt P „Erziehung und Unterricht“ neben den Arbeitnehmerentgelten auch Beamtenbezüge in die Ergebnisse einfließen.

Fazit

Dem erhöhten und veränderten Informationsbedarf von Politik, Wirtschaft und Bürgern über die effektiven Arbeitsverdienste in den verschiedenen Wirtschaftszweigen wird durch die neu strukturierte Verdiensterhebung bei sinkendem Aufwand für die Auskunftspflichtigen wesentlich besser Rechnung getragen. Sie verbessert außerdem die Datengrundlage für die vierteljährliche Berechnung des Arbeitnehmerentgelts, der Bruttolöhne und -gehälter und des Arbeitsvolumens für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Daten ermöglichen des Weiteren einen Vergleich der effektiven Verdienste der Beschäftigten mit den tariflichen Vorgaben und sind Grundlage für Untersuchungen zu Niedrigverdiensten, zu Fragen des Lohnabstandsgebotes und zu Unterschieden im Verdienst von Frauen und Männern. Die Berechnung von Vergleichseinkommen, etwa im Rahmen des Berufsschadensausgleichs nach dem Bundesversorgungsgesetz, basiert genauso auf den aussagekräftigeren Daten der Vierteljährlichen Verdiensterhebung wie die von Vertragspartnern verwendeten Preisgleitklauseln, insbesondere für die Erbbauzinanpassung.

Die aktuellen vierteljährlichen Ergebnisse der Erhebung bilden die fundierte Grundlage für die Berechnung des vierteljährlichen Arbeitskostenindex nach den EG-Verordnungen Nr. 450/2003 [2] und Nr. 1216/2003 [3] und gestatten durch die Abstimmung des Merkmalskataloges detaillierte Ergebnisse der in mehrjährigen Abständen stattfindenden Strukturhebungen über Verdienste und Arbeitskosten zu aktualisieren und fortzuschreiben.

Sabine Gosch, Dipl.-Ing.-Ökonomin, Referatsleiterin Datenerhebung bereichsübergreifende Statistiken
Margit Freytag, Dipl.-Ing.-Ökonomin, Fachverantwortliche Vierteljährliche Verdiensterhebungen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Verdienststatistikgesetz (VerdStatG) vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3291)
- [2] Verordnung (EG) Nr. 450/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Februar 2003 über den Arbeitskostenindex (ABl. EU Nr. L 69 S. 1)
- [3] Verordnung (EG) Nr. 1216/2003 der Kommission vom 7. Juli 2003 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 450/2003 (ABl. EU Nr. L 169 S. 37, Nr. L 186 S. 46)

Die Berufakademie Sachsen 1998 bis 2008 – Erhebung in den Staatlichen Studienakademien

Vorbemerkung – die Berufsakademie Sachsen

Das Abitur in der Tasche und wie geht es weiter? Neben den sich anschließenden Möglichkeiten eines Studiums an einer Hochschule oder auch einer beruflichen Ausbildung im dualen System bzw. an einer Berufsfachschule, hat die sächsische Bildungslandschaft seit über 15 Jahren eine weitere attraktive Alternative der praxisnahen Ausbildung zu bieten. Seit 1991 setzte die sächsische Hochschulpolitik auf die industrienah und praxisorientierte Studienvariante der dual organisierten Ausbildung an der Berufsakademie (BA), einer Einrichtung im tertiären Bereich.

Den staatlichen Teil der Berufsakademie Sachsen bilden die sieben Staatlichen Studienakademien. Diese befinden sich in Bautzen, Breitenbrunn, Dresden, Glauchau, Leipzig, Riesa und Plauen und sind Anstalten des öffentlichen Rechts. [1] [2]

In verschiedenen Ausrichtungen, d. h. den Studienbereichen Wirtschaft, Sozialwesen oder Technik, werden im dreijährigen Studium wissenschaftliche Theorie und betriebliche Praxis eng miteinander verzahnt. Sozialwesen ist der kleinste Studienbereich und wird nur in Breitenbrunn gelehrt.

Jedes Studienhalbjahr umfasst einen wissenschaftlich-theoretischen und einen praktischen Studienabschnitt von jeweils zwölf Wochen. [1] Zwingende Grundvoraussetzungen für ein Studium sind neben weiteren möglichen (vgl. [2] § 7) insbesondere die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife (Hochschulzugangsberechtigung) und ein Ausbildungsvertrag mit einem geeigneten Praxispartner. [3]

Die Absolventen können dieses Studium mit dem „Diplom (BA)“ entsprechend der Studienrichtung oder bei Abschluss der seit 2006 akkreditierten Studiengänge mit dem „Bachelor“ abschließen. Seit 1995 sind die Berufsakademien bundesweit anerkannt.

Rechtsgrundlagen

Die rechtliche Grundlage für die Berufsakademie Sachsen wurde mit dem Gesetz über die Berufsakademien im Freistaat Sachsen vom 19. April 1993 geschaffen, 1999 weiter modifiziert und zuletzt 2008 geändert. [2]

Die Erhebung der Studenten- und Prüfungsdaten der Berufsakademie Sachsen wird seit 1998 auf der Grundlage der Neufassung des Berufsakademiegesetzes durchgeführt. Maßgebend für die Übermittlung personenbezogener Daten an das Statistische Landesamt ist der § 12

der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst (SMWK) zur Verarbeitung personenbezogener Daten der Studienbewerber und Studenten an der Staatlichen Studienakademie Sachsen vom 8. April 1998 [4].

Statistik der Studenten- und Prüfungsdaten der Berufsakademie Sachsen

Nachdem sich die Staatlichen Studienakademien im Land etabliert hatten, wurde auch die Nachfrage nach statistischen Daten über die Zahl der Studierenden und Absolventen durch Politik und Wirtschaft immer deutlicher. Vertreter der Berufsakademie, des SMWK und des Statistischen Landesamtes setzten sich zusammen. In starker Anlehnung an die bereits bestehende Studentenstatistik erfolgte nach entsprechender Kürzung und Anpassung die Festlegung des Erhebungsumfanges. Die Rechtsgrundlage wurde geändert und seit 1998 wird die Erhebung über die Studierenden an der Berufsakademie in Sachsen als Landesstatistik durchgeführt. Im Laufe der Jahre wurden die Merkmale und Merkmalsausprägungen spezifiziert, Erfahrungen wurden umgesetzt und es erfolgte eine Abstimmung mit den Wünschen und Bedürfnissen des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst. Die Verarbeitung und Aufbereitung der Daten im Statistischen Landesamt erfolgt mit der Datenbank Microsoft Access. Auf der Grundlage der Sächsischen Studentendatenverordnung Berufsakademie werden seit 1998 jährlich zum 31. Oktober Angaben

- über die Studierenden zu einigen persönlichen Merkmalen wie z. B.
 - Geschlecht,
 - Alter,
 - Staatsangehörigkeit,
 - Erwerb der Studienberechtigung (Ort; Jahr),
- zum Studienverlauf
 - Studienjahr,
 - Jahr der Ersteinschreibung,
 - Studiengang,
 - Status des Studenten,
 - Angaben zum Wechsel,
 - Gründe der Exmatrikulation und
- zur Prüfung (Datum; Ergebnis) erhoben. [4]

Die Berufsakademie in Zahlen

5 210 BA-Studenten 2008

Zum 31. Oktober 2008 waren 5 210 Studierende an den sieben Staatlichen Studienakademien der Berufsakademie Sachsen eingeschrieben. Das waren 222 bzw. 4,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Mit einem Anteil von 54,9 Prozent studierten an der Berufsakademie mehr junge Männer als Frauen.

Mit 2 811 Studierenden und damit 54 Prozent aller Studentinnen und Studenten wählten die meisten den Studienbereich Wirtschaft. Im Studienbereich Technik befanden sich 2 037 Studierende und somit 39,1 Prozent und für Sozialwesen entschieden sich 6,9 Prozent (362).

71,8 Prozent aller Studentinnen hatten sich im Studienbereich Wirtschaft eingeschrieben. 15,6 Prozent der jungen Frauen, die an den Staatlichen Studienakademien studieren, wählte eine technische Richtung und 12,6 Prozent Sozialwesen. Der Frauenanteil in den einzelnen Bereichen lag dagegen im Bereich Wirtschaft 60,1 Prozent, im Sozialwesen 81,8 Prozent und im Bereich Technik 18,0 Prozent.

Die Studierenden waren 2008 im Durchschnitt 24 Jahre alt. Die meisten Frauen waren 19 Jahre alt (237, das sind 29 Prozent) und die Männer am häufigsten 20 Jahre (220, das entspricht 19,3 Prozent). 86 Studenten waren 30 Jahre und älter.

2 058 bzw. 39,5 Prozent der Studentinnen und Studenten befanden sich in den 23 angebotenen Studienrichtungen mit angestrebtem Bachelorabschluss an den Studienakademien Breitenbrunn, Dresden, Glauchau, Leipzig und Riesa. Alle anderen Studenten wurden 2008 noch in den Diplomstudiengängen unterrichtet.

Nach erfolgreich abgeschlossener Prüfung verließen 2008 1 433 Absolventen die Berufsakademie mit Diplom (BA). [5] (vgl. Tab. 1)

1 627 Studierende mehr als im Oktober 1998

Seit 1998 hat sich die Zahl der Studierenden an der Berufsakademie im Vergleich zum ersten Jahr der Erhebung in Sachsen um 45 Prozent erhöht. 1 627 junge Menschen mehr als vor zehn Jahren nutzten 2008 diese Möglichkeit des dualen Studiums (vgl. Tab.1; Abb.1). Den größten Anstieg um 74 Prozent verzeichnete in dieser Zeit die Studienakademie Bautzen, um 60 Prozent stieg die Zahl der Studierenden in Leipzig, um 55 Prozent in Riesa, um 30 Prozent in Glauchau, um über ein Viertel in Breitenbrunn und in Dresden um 22 Prozent. Absolut die größte Steigerung erreichte die Studienakademie in Glauchau, an der im Oktober 2008 1 267 und damit 295 Studenten mehr als 1998 lernten.

In beiden Vergleichsjahren studieren an der Berufsakademie mehr junge Männer als Frauen, wobei 2008 von 100 Studierenden 55 junge Männer und 45 jungen Frauen waren, 1998 lag das Verhältnis bei 51 Studenten zu 49 Studentinnen.

Tab.1 Ausgewählte Merkmale der Berufsakademie Sachsen 1998 und 2008

Merkmal	1998	2008
Studenten insgesamt	3 583	5 210
davon in		
Bautzen	371	645
Breitenbrunn	512	638
Dresden	969	1 183
Glauchau	972	1 267
Leipzig	339	544
Plauen	x	283
Riesa	420	650
nach Studienbereichen		
Sozialwesen	276	362
Technik	1 110	2 037
Wirtschaft	2 197	2 811
nach Geschlecht		
männlich	1 839	2 858
weiblich	1 744	2 352
nach Studienjahr		
im 1. Studienjahr	1 354	1 964
im 2. Studienjahr	1 213	1 719
im 3. Studienjahr	1 016	1 527
Land des Erwerbes der HZB		
Sachsen	2 719	3 834
neue Bundesländer und Berlin	755	1 111
alte Bundesländer	100	202
Ausland	9	63
Studienanfänger insgesamt	1 354	1 957
davon in		
Bautzen	149	247
Breitenbrunn	184	190
Dresden	369	467
Glauchau	368	475
Leipzig	133	205
Plauen	x	97
Riesa	151	276
nach Studienbereichen		
Sozialwesen	97	89
Technik	411	823
Wirtschaft	846	1 045
nach Geschlecht		
männlich	696	1 140
weiblich	658	817
Land des Erwerbes der HZB		
Sachsen	1 022	1 432
neue BL	295	398
alte Bundesländer	35	90
Ausland	2	37
Absolventen insgesamt	685	1 433
nach Studienbereichen		
Sozialwesen	85	105
Technik	114	520
Wirtschaft	486	808

Der Studienbereich Wirtschaft war 1998 und 2008 der mit den meisten Studierenden, anteilmäßig jedoch mit rückläufiger Entwicklung. Interessierten sich 1998 61 Prozent aller Studenten der Berufsakademie für diesen Bereich, waren

es 2008 nur noch 54 Prozent. Für den technischen Studienbereich entschieden sich dagegen mit einem Anteil von 39 Prozent 2008 bzw. 31 Prozent 1998 anteilig mehr junge Menschen als vor zehn Jahren. Die Studentenzahl stieg hier um 927 Studenten bzw. 84 Prozent. Diese Tatsache und der Fakt, dass im Studienbereich Technik der Männeranteil 82 Prozent beträgt, erklären beispielsweise auch den bereits genannten insgesamt gestiegenen Männeranteil. Einen besseren Vergleich bietet die Betrachtung der Studienanfänger. Ein Blick auf die Studienbereiche zeigt im Jahr 2008 im Vergleich zu 1998 einen leichten Rückgang der Zahl der Studienanfänger im Sozialwesen. Dagegen wählten doppelt so viele Studienanfänger einen Studiengang in technischer Richtung. Im Studienbereich Wirtschaft waren im Oktober 2008 1 045 Studienanfänger zu verzeichnen, das ist knapp ein Viertel mehr als 1998. Dennoch sank der Anteil der Studienanfänger im Studienbereich Wirtschaft um neun Prozentpunkte. Im Studienbereich Technik studierten Ende Oktober 2008 42 Prozent aller Studienanfänger, hier ist eine Steigerung um zwölf Prozentpunkte festzustellen (vgl. Tab.1).

Entwicklung der Studentenzahlen innerhalb der letzten zehn Jahre

Zahl der Studienanfänger, Studenten und Absolventen leicht und stetig steigend

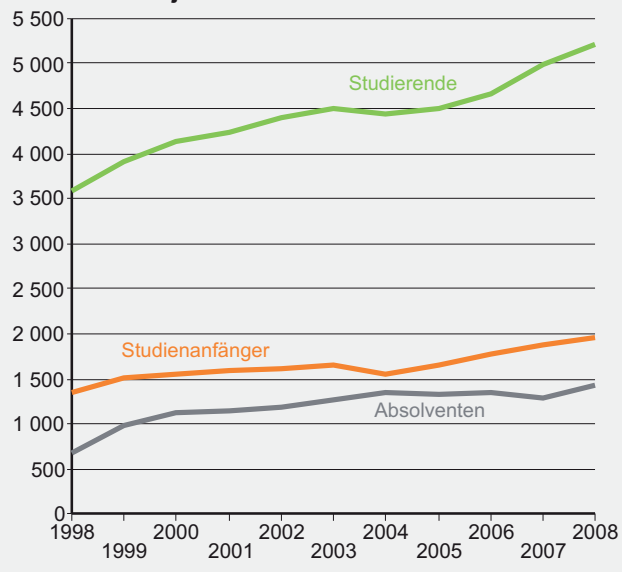
Im Folgenden sollen die Entwicklungen innerhalb der letzten zehn Jahre genauer betrachtet werden.

Ein Blick auf Abb.1 verrät eine generell langsam und stetig ansteigende Tendenz. Kann man in den Kurven nach einer leichten Steigerung eine Stagnation um das Jahr 2003 erkennen, so wird ein Anstieg ab 2005 bei den Studienanfängern, ab 2006 bei den Studentinnen und Studenten insgesamt und ab 2008 auch bei den Absolventen deutlich (vgl. Abb. 1).

Im Herbst 1998 begannen 1 354 junge Menschen ein Studium an einer der Studienakademien in Sachsen. Die Etablierung der Berufakademie erfolgte schon vor Einführung der Statistik Anfang und Mitte der 1990er Jahre. Der weiter steigende Bekanntheitsgrad der Berufakademie als Alternative zum Hochschulstudium und deren bundesweite Anerkennung, aber natürlich auch die in diesen Jahren noch hohe Zahl von Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife bzw. Fachhochschulreife hatten einen Anstieg von 1998 zu 1999 um knapp elf Prozent, und etwas geringer, in den Folgejahren 2000 und 2001 um vier bzw. drei Prozent im Vergleich zum Vorjahr zur Folge.

Der einzige gravierende Rückgang der Studienanfängerzahl an der Berufakademie Sachsen lässt sich 2004 gegenüber 2003 mit über sechs Prozent bzw. 103 weniger Anfängern feststellen. Seit 2005 kamen jeweils um die 100 Studienanfänger mehr als im Vorjahr an die Berufsaka-

Abb. 1 Studienanfänger, Studierende und Absolventen an der Berufakademie Sachsen in den Studienjahren 1998 bis 2008



demie. Der „Beschluss der Kultusministerkonferenz zur Einordnung der Bachelorstudiengänge an Berufsakademien“ vom 15. Oktober 2004 und die damit verbundene hochschulrechtliche Gleichstellung dieser staatlichen Abschlussbezeichnung zu den Fachhochschulen und Universitäten wird ein wesentlicher Aspekt für den wachsenden Zuspruch sein, den die Ausbildung an der Berufakademie erhielt.

Die Studentenzahlen entwickelten sich ebenso von 3 583 Ende Oktober 1998, mit einem Anstieg bis 2003 auf 4 504, danach rückläufig zum Jahr 2004 (4 442), um systematisch auf 5 210 am 31. Oktober 2008 anzusteigen.

Beendeten 1998 erst 685 Absolventen die Staatlichen Studienakademien mit einem Diplom (BA), so waren es 2008 mit 1 433 erfolgreichen Absolventen mehr als doppelt so viele. Die ersten Bachelorabsolventen werden auf Grund

Tab. 2 Studienanfänger, Studierende und Absolventen an der Berufakademie Sachsen 1998 bis 2008

Jahr	Studienanfänger	Studenten	Absolventen
1998	1 354	3 583	685
1999	1 502	3 906	978
2000	1 557	4 131	1 121
2001	1 599	4 229	1 145
2002	1 602	4 397	1 175
2003	1 647	4 504	1 263
2004	1 544	4 442	1 349
2005	1 660	4 502	1 319
2006	1 767	4 669	1 352
2007	1 875	4 988	1 279
2008	1 957	5 210	1 433

der Einführung der ersten Studienrichtungen mit Ziel Bachelor im Jahr 2006 voraussichtlich im nächsten Jahr zu verzeichnen sein.

Studienbereich Technik im Vormarsch

Im Studienbereich Sozialwesen kann man nicht von einem generellen Anstieg sprechen. In den Jahren 2002, 2004 und auch 2008 waren jeweils weniger Studenten vertreten als ein Jahr zuvor. Dies ist insbesondere im Jahr des allgemeinen Rückgangs 2004 bei beiden Geschlechtern so. Der Studienbereich Wirtschaft ist im Vergleich zum Vorjahr geprägt von rückläufigen Werten 2001, 2004 und 2005. Nur im Jahr 2004 studierten weniger junge Männer als im Vorjahr auf dem Gebiet der Wirtschaft, ansonsten stieg die Zahl der jungen Männer in diesem Bereich kontinuierlich. Dennoch muss festgestellt werden, dass der Anteil der Wirtschaftsstudenten an allen Studenten seit 2000 mit einem Anteil von 48 Prozent auf 39 Prozent im Oktober 2008 zurückging. Aber auch von den jungen Frauen sind es immer weniger, bei denen die Wahl auf den Bereich Wirtschaft fiel. Hier ging der Anteil von 77 auf 72 Prozent zurück.

39 Prozent (2 037) aller Studierenden waren 2008 im Studienbereich Technik eingeschrieben. Das entsprach 58 Prozent der männlichen und knapp 16 Prozent der weiblichen Studierenden.

Studierten 1998 im Studienbereich Technik 943 junge Männer an der Berufsakademie, waren es 2002 schon 1 204, 2006 stieg die Zahl auf 1 401 und im Oktober 2008 waren es 1 670. Aber auch die jungen Frauen entschieden sich immer mehr für den Studienbereich Technik. Mit 367 Studentinnen zeigten mittlerweile 200 mehr junge Frauen als 1998 ihr technisches Verständnis und Interesse. Damit hatte sich auch der Frauenanteil an den Studierenden im Studienbereich Technik von 15 auf 18 Prozent und damit um drei Prozentpunkte erhöht.

Absolvierte 2000 noch die Hälfte der männlichen Studenten ein technisches Studium an der Berufsakademie, sind es jetzt schon über 58 Prozent. Von den jungen Frauen studierte im Oktober 2000 fast jede zehnte in einer technischen Studienrichtung, jetzt ist es jede sechste (15,6 Prozent) (vgl. Abb. 2).

Wo aber liegen die Ursachen dieser Entwicklung des wachsenden Zuspruchs für den Bereich Technik? Die 2006 begonnene und sukzessiv fortschreitende Umstellung und Akkreditierung einzelner Diplomstudienrichtungen bzw. Studiengänge auf den Bachelorabschluss könnten eine Ursache sein. Betrachtet man 2008 die Studenten insgesamt nach dem angestrebten Abschluss, dann befinden sich 60 Prozent in einem Diplomstudiengang und knapp 40 Prozent haben den Bachelor als Ziel ihres Studiums gewählt. Streben im Studienbereich Wirtschaft die Hälfte der Studenten den Bachelor an, so sind es im Sozialwesen 40 Prozent und im Studienbereich Technik ist es ein Viertel der Studierenden. Dies zeigt, dass bisher im Studienbereich Wirtschaft die meisten Studiengänge akkreditiert wurden. Damit ist eher anzunehmen, dass nicht die

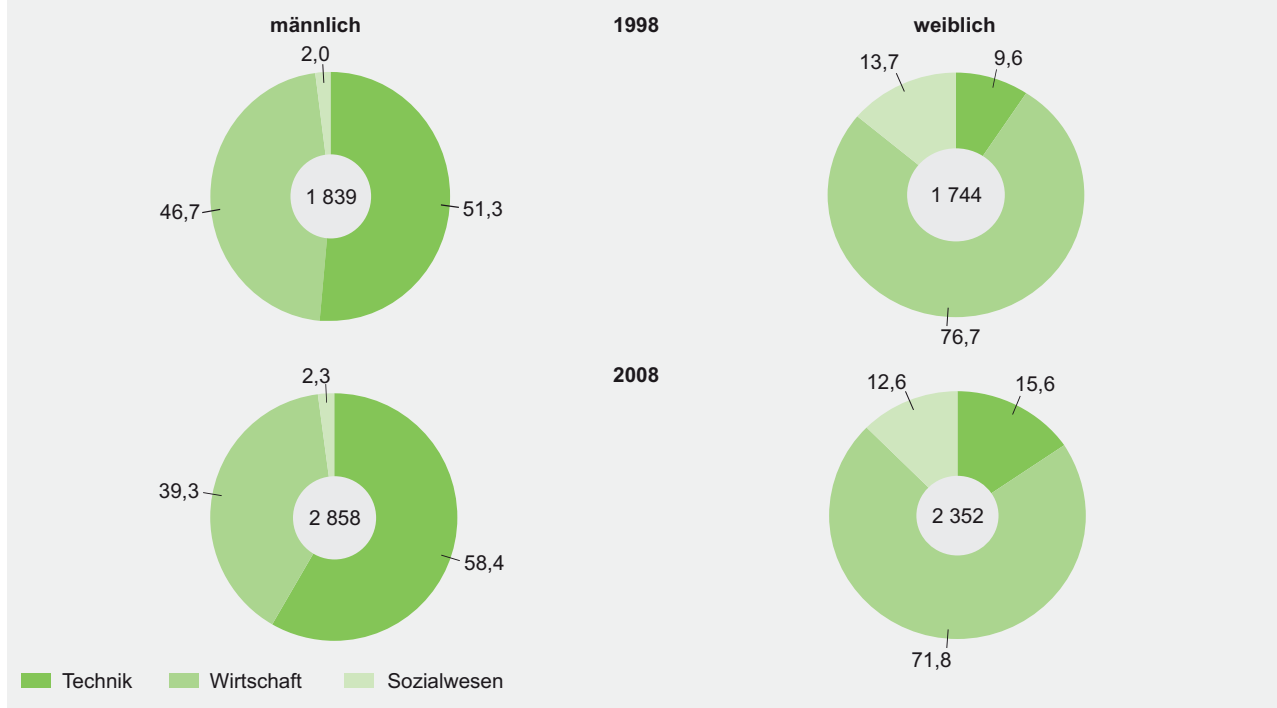
Art des Abschlusses, sondern die gegenwärtige generell zunehmende Beliebtheit der ingenieurwissenschaftlichen bzw. an der Berufsakademie entsprechend technischen Studiengänge eine wesentliche Rolle bei der Wahl des Studiums spielt. Die höhere Wahrscheinlichkeit einen Ausbildungsplatz zu finden und die spätere Gewährleistung eines Arbeitsplatzes sind keine unwesentlichen Aspekte sich für einen technischen Beruf zu entscheiden.

Besonders gefragte Studienrichtungen innerhalb des Studienbereiches Technik an den Studienakademien waren beispielsweise Informationstechnik mit 317 Studenten, Versorgungs- und Umwelttechnik (240), Wirtschaftsingenieurwesen (153) und Maschinenbau (137).

Tab. 3 Studierende an der Berufsakademie Sachsen in den Studienjahren 1998 bis 2008 nach Studienbereichen

Jahr	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Anteil in %	
				männlich	weiblich
Sozialwesen					
1998	276	36	240	13	87
1999	288	34	254	12	88
2000	293	35	258	12	88
2001	332	47	285	14	86
2002	330	51	279	15	85
2003	353	57	296	16	84
2004	305	41	264	13	87
2005	316	47	269	15	85
2006	329	58	271	18	82
2007	389	71	318	18	82
2008	362	66	296	18	82
Technik					
1998	1 110	943	167	85	15
1999	1 201	997	204	83	17
2000	1 242	1 023	219	82	18
2001	1 330	1 094	236	82	18
2002	1 444	1 204	240	83	17
2003	1 516	1 289	227	85	15
2004	1 541	1 312	229	85	15
2005	1 614	1 358	256	84	16
2006	1 702	1 401	301	82	18
2007	1 851	1 505	346	81	19
2008	2 037	1 670	367	82	18
Wirtschaft					
1998	2 197	860	1 337	39	61
1999	2 417	942	1 475	39	61
2000	2 596	996	1 600	38	62
2001	2 567	1 014	1 553	40	60
2002	2 623	1 039	1 584	40	60
2003	2 635	1 074	1 561	41	59
2004	2 596	1 047	1 549	40	60
2005	2 572	1 080	1 492	42	58
2006	2 638	1 109	1 529	42	58
2007	2 748	1 116	1 632	41	59
2008	2 811	1 122	1 689	40	60

Abb. 2 Studierende an der Berufsakademie Sachsen 1998 und 2008 nach Studienbereichen in Prozent



Woher kommen die BA-Studenten – Ort der HZB

Insgesamt 1 432 Studienanfänger, das waren 410 mehr als 1998, hatten ihre Hochschulzugangsberechtigung (HZB) in Sachsen erworben. Aus den restlichen neuen Bundesländern und Berlin wechselten 398 Jugendliche nach Sachsen (1998: 295), um an einer der Studienakademien zu studieren und 90 besuchten vor dem Studium die Schule in einem der alten Bundesländer. Kamen 1998 mit 35 nur 2,6 Prozent aller Studienanfänger aus den alten Bundesländern und nur zwei Studienanfänger aus dem Ausland, so waren es im letzten Berichtsjahr 4,6 Prozent aus den alten Bundesländern und knapp zwei Prozent aus dem Ausland.

Von 1998 bis 2005 gab es den sächsischen Berufsakademien jedes Jahr nur sehr wenige ausländische Studienanfänger. Ab dem Jahr 2006, also mit der Einführung der Ausbildung zum international anerkannten Bachelor, wurde auch das Studium an einer Berufsakademie für junge Menschen aus dem Ausland attraktiv. Festzustellen ist bei den Studienanfängern, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erwarben, ein Anstieg des Anteils von 0,1 auf mittlerweile 1,9 Prozent. 2008 begannen gleichzeitig mit den Studienanfängern aus Deutschland 37 ausländische Kommilitonen, darunter kamen 33 aus Österreich. Schrieben sich die relativ wenigen ausländischen Studienanfänger in den Jahren bis 2005 für Wirtschaft oder Technik ein, so liegt das Interesse seit 2006 mit jährlich über 90 Prozent überwiegend auf dem technischen Gebiet.

Diese deutliche Veränderung ab 2006 ist bei den Studienanfängern, die Ihre HZB in den weiteren neuen Bundesländern und Berlin erreichten, so nicht zu beobachten.

Hier kann man eher von einem leichten Aufwärtstrend, der jedoch im Laufe der Jahre leichten Schwankungen unterlag, gesprochen werden.

In den alten Bundesländern erhielten 1998 35 Studienanfänger ihre Hochschulzugangsberechtigung, 1999 waren es 51, 2002 sank die Zahl auf 39 und stieg bis 2006 kontinuierlich auf 77 an. Nach einem Rückgang auf 60 im Jahr 2007 begannen das Studium 2008 90 Studierende aus den alten Bundesländern, darunter 23 aus Bayern, 21 aus Nordrhein-Westfalen und 13 aus Niedersachsen.

Ist bei den sächsischen Abiturienten, die ein Studium an der Berufsakademie begannen, ein steigendes Interesse für die Studienbereiche Technik und tendenziell ein leichter Rückgang im Bereich Wirtschaft zu registrieren, so sind diese Bewegungen bei Betrachtung der Daten der Studienanfänger aus den anderen neuen Bundesländern und Berlin nicht so gravierend. Für diese Studenten hat das Studium in den Studienbereichen Wirtschaft und Sozialwesen auch weiterhin einen hohen Stellenwert. Die Zahl der Studienanfänger mit HZB aus einem der alten Bundesländer, die sich in technischen Studiengängen einschrieben, unterlag bis 2003 verschiedenen Schwankungen. Ab 2004 verdoppelte sich die Zahl der Anfänger und stieg anschließend weiter an.

Zusammenfassung

Die Ausbildung an der Berufsakademie ist ein stark praxisorientiertes Studium im tertiären Bereich. Neben einem theoretischen Studium findet ein Teil der Ausbildung in ei-

dem Unternehmen statt. Dazu benötigt der Bewerber einen Ausbildungsvertrag mit einem geeigneten Praxispartner. Die Berufsakademie ist keine Hochschule. Die Abschlüsse von akkreditierten Bachelorausbildungsgängen an Berufsakademien sind hochschulrechtlich Bachelorabschlüssen von Hochschulen gleichgestellt.

Ende Oktober zählte die Berufsakademie Sachsen 5 210 Studierende. Nach 3 583 im Jahr 1998 stieg die Zahl der Studenten kontinuierlich um 45 Prozent bzw. knapp die Hälfte an. Die wachsende Anerkennung und wesentliche Vorteile der Berufsakademie wie beispielsweise:

- eine kurze Studienzeit von drei Jahren,
- die Flexibilität in den Studieninhalten,
- die individuelle Betreuung durch kleine Seminargruppen,
- starke Verknüpfung von Theorie und Praxis,
- die Möglichkeit der Vergütung während des Studiums,
- die Chance der Übernahme durch den Ausbildungsbetrieb,
- eine hohe Vermittlungsquote beim Einstieg ins Berufsleben,
- bessere Aussichten auf dem Ausbildungsmarkt durch praxisorientierte Ausbildung und
- eine schnellere Einarbeitszeit in der Praxis

trugen dazu bei, dass sich immer mehr Jugendliche mit den entsprechenden Voraussetzungen für ein Studium an einer der Staatlichen Studienakademien Sachsen entschieden. [1]

Seit 1998 studierten mehr junge Männer als Frauen an der Berufsakademie Sachsen, wobei sich dieser Anteil bis 2008 auf 55 Prozent weiter erhöht hat.

Die Studenten lernen in den drei Studienbereichen Sozialwesen, Wirtschaft und Technik. Für Wirtschaft entschieden sich jährlich die meisten der Studierenden, obwohl hier die Nachfrage mit einem Anteil der Studenten von 61 Prozent 1998 und 54 Prozent 2008 im Laufe der zehn Jahre zurückging. Einen Boom erlebten die technischen Studiengänge, insbesondere bei den jungen Männern mit einem Anstieg um sieben Prozentpunkte. Aber auch 200 junge Frauen mehr als 1998 trauten sich ein Studium in Richtung Technik zu.

Von allen Berufsakademiestudenten befanden sich 2008 60 Prozent in einem Diplomstudiengang und 40 Prozent streben den Bachelorabschluss an. Die meisten Studienrichtungen sind im Studienbereich Wirtschaft akkreditiert. Hier befindet sich die Hälfte der Studenten in einem Bachelorstudiengang. Im Bereich Technik ist es ein Viertel der Studierenden. Das generelle Hoch der Ingenieurwissenschaften in Sachsen wird auch bei der Analyse der Studentenzahlen an den Berufsakademien entsprechend mit dem zunehmenden Interesse für den Studienbereich Technik deutlich.

Drei Viertel der Studienanfänger erhielten ihre HZB in Sachsen, dieser Anteil verringerte sich zu Gunsten der Studenten, die aus den anderen Bundesländern und aus dem Ausland kamen, um rund zwei Prozentpunkte. Gab es

bisher nur sehr wenige ausländische Studienanfänger, so wurde das sächsische BA-Studium aufgrund der europaweiten Anerkennung seit 2006 auch für Jugendliche aus anderen Ländern attraktiv, die sich in erster Linie in einem technischen Studiengang einschrieben.

Auch immer mehr Studenten aus den alten Bundesländern nutzten diese Alternative zum Hochschulstudium, die Sachsen zu bieten hat. Sind für die Studienanfänger aus den neuen Bundesländern alle Studienbereiche von Interesse, so sind es für Jugendliche aus den alten Bundesländern zunehmend die technischen.

Die weitere Entwicklung der Studentenzahlen an der Berufsakademie Sachsen wird zum einen beeinflusst werden von einer weiter voranschreitenden Akkreditierung der Studiengänge und damit auch zunehmenden hochschulrechtlichen und europaweiten Anerkennung, zum anderen aber auch von einer künftig noch weiter zurückgehenden Zahl der Absolventen mit allgemeiner bzw. Fachhochschulreife.

Die positive Entwicklung der Studentenzahlen an den Studienakademien in Sachsen zeigt deutlich, dass eine Praxisverbundenheit des Studiums und damit eine unmittelbare, praxisgerechte und schnelle Einsatzmöglichkeit in den Unternehmen evtl. die Chancen einer Vermittlung auf dem Arbeitsstellenmarkt durchaus verbessern helfen können und damit auch ein wesentliches Argument schon bei der Wahl des Studiums sind.

Sylvia Prittmann, Dipl.-Ök., Referentin Datenerhebung Kinder- und Jugendhilfe, Bildung und Rechtspflege

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] <http://www.studieren.sachsen.de/54.html>
- [2] Gesetz über die Berufsakademie im Freistaat Sachsen (Sächsisches Berufsakademiegesetz – Sächs BAG) vom 11. Juni 1999, zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des SächsBAG vom 18. August 2008 (Sächs.GVBl. S 536)
- [3] Fiedler, Regine: Studium an der Berufsakademie in Sachsen Statistik in Sachsen 1/2005 S. 49
- [4] Verordnung des SMWK zur Verarbeitung personenbezogener Daten der Studienbewerber und Studenten an der Staatlichen Studienakademie Sachsen (Sächsische Studentendatenverordnung Berufsakademie – SächsStudDatBaVo)
- [5] Statistischer Bericht „Studierende an der Berufsakademie Sachsen“ B III12 - j/08 ; April 2009

Verfügbarkeit und Aussagegehalt von statistischen Informationen zur Gesundheitswirtschaft in Sachsen

Vorbemerkung

Zum Begriff der Gesundheitswirtschaft

Seit seiner Gründung am 1. Januar 1992 ist die Bereitstellung von statistischen Informationen zum Gesundheitswesen ein wesentliches Aufgabengebiet des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen. Neben der Veröffentlichung von statistischen Ergebnissen, die Resultate der amtlichen Statistiken des Gesundheitswesens sind, wird durch erweiterte Angebote auf die sich ändernden Nachfragen nach Informationen eingegangen. Diese Entwicklung wurde in dieser Zeitschrift bereits dargestellt. [1] In den letzten Jahren war zu beobachten, dass die Wahrnehmung des Gesundheitswesens nur als Kostenfaktor zunehmend abgelöst wurde durch eine neue Sichtweise. Das Gesundheitswesen wurde zunehmend als wichtiger Bereich der Volkswirtschaft wahrgenommen, der einen wesentlichen Anteil bei der Generierung der Bruttowertschöpfung einnimmt und für viele Erwerbstätige Beschäftigungsmöglichkeiten und damit Einkommen sichert. Gleichzeitig wurde der Betrachtungsraum erweitert und es rückten auch diejenigen Wirtschaftszweige in den Blickpunkt, die zwar nicht dem Gesundheitswesen zuzuordnen sind, deren Produkte und Dienstleistungen im letzten Verbrauch aber im Gesundheitswesen konsumiert werden. Dafür wurde der Begriff „Gesundheitswirtschaft“ in die Betrachtungen eingeführt. Der Begriff Gesundheitswirtschaft ist allerdings nicht verbindlich definiert. Auf der 1. Nationalen Branchenkonferenz 2005 in Mecklenburg-Vorpommern stand das Thema Gesundheitswirtschaft im Mittelpunkt und es wurde eine Definition vorgestellt, die wohl das Wesentliche erfasst. Demnach umfasst die Gesundheitswirtschaft die „Erstellung und Vermarktung von Gütern und Dienstleistungen, die der Bewahrung und Wiederherstellung der Gesundheit dienen.“ [2]

Die Gesundheitswirtschaft in Sachsen

Die Entwicklung der Gesundheitswirtschaft wird auch in Sachsen als Chance für weiteres Wirtschaftswachstum gesehen und entsprechend gefördert. Auf einem vom Gesundheitsökonomischen Zentrum der Technischen Universität Dresden veranstalteten Workshop zur Gesundheitswirtschaft am 23. Januar 2009 wurden folgende Ziele definiert:

- Organisation einer Plattform für die sächsische Gesundheitsbranche,
- Identifikation von gesundheitswirtschaftlichen Schwerpunktfeldern für Sachsen und
- Vernetzung gesundheitswirtschaftlicher Initiativen. [3]

Für die amtliche Statistik ergibt sich aus dieser Entwick-

lung die Herausforderung, die Gesundheitswirtschaft im Rahmen der vorgegebenen Möglichkeiten statistisch abzubilden und entsprechende Informationen zur Verfügung zu stellen.

Daten zur Gesundheitswirtschaft

Zurzeit liegen fast keine fundierten statistischen Informationen zur Gesundheitswirtschaft sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene vor. Vorhandene Informationen zur Gesundheitswirtschaft sind in der Regel Ergebnisse von ganz speziell aufgelegten Projekten. Die Ergebnisse beleuchten entsprechend auch sehr spezielle Sachverhalte, beziehen sich auf bestimmte regionale Einheiten, sind kaum miteinander vergleichbar und werden in der Regel nicht fortgeschrieben.¹⁾

Im Folgenden wird dargestellt, inwieweit im Rahmen der amtlichen Statistik sowie weiterer vergleichbarer Institutionen produzierte Daten zur Gesundheit bzw. zum Gesundheitswesen auch Aussagen zur Gesundheitswirtschaft zulassen. Des Weiteren wird ein Lösungsansatz vorgestellt, durch den die vorhandenen Datenlücken geschlossen werden können. Dazu zählt auch ein Projekt zur Institutionalisierung einer Methodik zur Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft, welches nach seiner Fertigstellung die kontinuierliche Bereitstellung von Informationen zur Gesundheitswirtschaft in Sachsen ermöglichen wird.

Methodik

Die amtlichen Statistiken sowie weitere verfügbare Informationen sind bezüglich ihres Informationsgehaltes zur Gesundheitswirtschaft ausgewertet worden. Dabei wurde von der Voraussetzung ausgegangen, dass der Begriff Gesundheitswirtschaft nicht eindeutig definiert ist und damit die statistische Abbildung nicht eindeutig erfolgen kann.

Die Darstellung der Etablierung einer Methodik zur Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen erfolgte auf der Basis der Erfahrungen beim Projekt „Erstellung einer Studie zur Ermittlung des Potenzials der Gesundheitswirtschaft in definierten Regionen“. [5] Inhalt dieses Projektes ist die Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft für ausgewählte Regionen Deutschlands, die Abschätzung der zukünftigen Potenziale der Gesundheitswirtschaft in diesen Regionen sowie die Institutionalisierung der Methodik im Statistischen Landesamt.

1) Vgl. dazu die unter [4] angegebenen Beispiele.

Ergebnisse

Datenquellen für die partielle Betrachtung einzelner Aspekte der Gesundheitswirtschaft

Im Rahmen der *amtlichen Statistik* gibt es zwei grundlegende Bereiche, die statistische Informationen liefern, die in Beziehung zur Gesundheitswirtschaft stehen. Das sind die Berechnungsergebnisse zu den wirtschaftlichen Tätigkeiten der Unternehmen und Einrichtungen, die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entstehen, sowie solche Erhebungen, die ganz konkrete Sachverhalte des Gesundheitswesens abbilden.

Im Rahmen der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003, ist das Gesundheitswesen im Wirtschaftsabschnitt „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“ enthalten. Die Veröffentlichungen im Rahmen der VGR der Länder erfolgen ebenfalls nur bis zu dieser Ebene, so dass detaillierte Ergebnisse für den Bereich des Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens hier abgebildet werden, nur für das Gesundheitswesen jedoch keine Informationen verfügbar sind. [6]

2006 betrug der Anteil dieses Wirtschaftsabschnittes an der Bruttowertschöpfung Sachsens 7,3 Prozent und es arbeiteten 10,0 Prozent der in Sachsen beschäftigten Arbeitnehmer in diesem Bereich. In Tabelle 1 sind statistische Informationen zur Bruttowertschöpfung abgebildet. Die Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte in diesem Wirtschaftszweig ist unter [7] dargestellt.

Weitere Statistiken liefern detaillierte Informationen zu einzelnen Teilbereichen des Gesundheitswesens. Die Krankenhausstatistik gibt ein Bild über Kapazitäten und Leistungen der stationären medizinischen Betreuung, sowie über die entstandenen Kosten. [8] In Beziehung zur Gesundheitswirtschaft stehen hier, neben den Beschäftigten-

zahlen, die Kosten. Die hier ausgewiesenen Kosten stellen zum größten Teil die Entgelte für erbrachte Produkte und Leistungen der Gesundheitswirtschaft dar.²⁾ Ohne besonderen Bezug zur Gesundheitswirtschaft sind die Statistiken zu den Berufen des Gesundheitswesens [9] und den Schwangerschaftsabbrüchen [10].

Eine Zusammenfassung verschiedener Informationen zum Gesundheitswesen stellt die *Gesundheitsberichterstattung der Länder* dar. Ein zwischen den Ländern abgestimmter Indikatorensatz sichert die Vergleichbarkeit der Ergebnisse. [11] Der Indikatorensatz enthält auch Indikatoren zu Ausgaben im Gesundheitswesen und hat damit einen Bezug zur Gesundheitswirtschaft, die entsprechenden Informationen sind jedoch zurzeit für Sachsen noch nicht verfügbar.

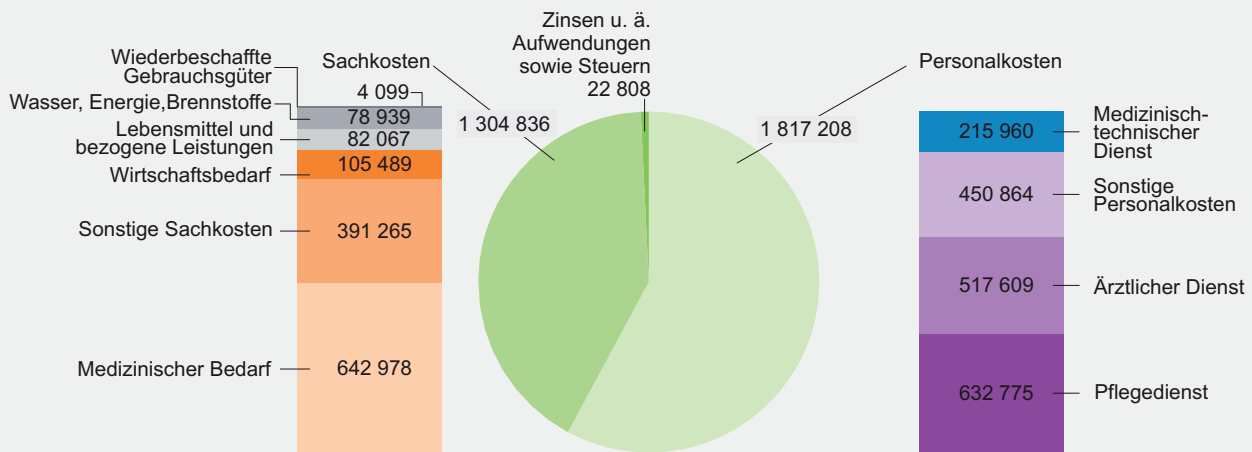
Im Statistischen Bundesamt wurde Ende der 1990er Jahre eine Gesundheitsausgabenrechnung entwickelt. Hier erfolgt eine Betrachtung der Ausgaben des Gesundheitswesens nach den Ausgabenträgern bzw. nach der Art der Einrichtung, in der diese Kosten anfallen. Außerdem wird der Endverbrauch kostenmäßig abgebildet. Das heißt, die im Gesundheitswesen angebotenen und durchgeführten Leistungen werden nach Leistungsarten ausgewiesen. [12] In der parallel zur Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes entwickelten Personalrechnung werden auch solche Wirtschaftsbereiche einbezogen, die Leistungen erbringen, ohne die die normale Ausübung der medizinischen Betreuung nicht möglich ist. Damit kommt man hier einer Abbildung der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft auf Bundesebene schon sehr nahe. [13]

²⁾ Vgl. dazu in Abbildung 1 die Höhe und Verteilung der Kosten für die stationäre Betreuung 2007.

Tab. 1 Ausgewählte Kennziffern zur Bruttowertschöpfung im Wirtschaftszweig Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen in Sachsen 1991 bis 2006

Jahr	Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen			Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen		
	in Mill. €	1991 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	in €	1991 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1991	2 602	100	x	17 053	100	x
1992	2 905	112	11,7	20 018	117	17,4
1993	3 092	119	6,5	22 452	132	12,2
1994	3 671	141	18,7	25 553	150	13,8
1995	4 275	164	16,5	28 736	169	12,5
1996	4 509	173	5,5	28 938	170	0,7
1997	4 633	178	2,8	29 481	173	1,9
1998	4 815	185	3,9	29 833	175	1,2
1999	4 999	192	3,8	29 748	174	-0,3
2000	5 103	196	2,1	30 944	181	4,0
2001	5 085	195	-0,3	29 997	176	-3,1
2002	5 337	205	5,0	30 391	178	1,3
2003	5 472	210	2,5	30 507	179	0,4
2004	5 604	215	2,4	30 962	182	1,5
2005	5 729	220	2,2	31 304	184	1,1
2006	5 892	226	2,8	31 517	185	0,7

Abb. 1 Kosten der Krankenhäuser in Sachsen 2007 (in 1 000 €)



1) Die Kosten der Krankenhäuser werden ab 2002 wieder nach dem Bruttoprinzip ermittelt. Das heißt, es sind auch nicht-pflegesatzfähige Kosten, wie z. B. für Forschung, Lehre, Ambulanz oder Wahlleistungen, enthalten.

Neben der amtlichen Statistik werden durch verschiedene Einrichtungen *regelmäßig Daten* zur Gesundheit erhoben. Einige wichtige sind:

- das Gesundheitsmonitoring des Robert-Koch-Institutes,
- der Gesundheitsmonitor der Bertelsmann-Stiftung und
- die Versichertenbefragung des Wissenschaftlichen Institutes der AOK.

Diese Befragungen legen jedoch ihren Schwerpunkt auf die Gesundheit und gesundheitsrelevantes Verhalten und liefern kaum Ansatzpunkte für Informationen zur Gesundheitswirtschaft. [14]

Ganzheitliche Darstellung der Gesundheitswirtschaft

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie beauftragte im April 2008 ein Forschungsteam (BASYS-Institut, Prof. Henke, TU Berlin u. Fa. Roland Berger) mit der Erstellung eines *Satellitenkontos für die Gesundheitswirtschaft in Deutschland*. Im Ergebnis dieses Projekts wird die Gesundheitswirtschaft in Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgebildet. Dies beinhaltet die Ermittlung von Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigen für die Gesundheitswirtschaft sowie das Aufzeigen der Verflechtungen der Branchen innerhalb der Gesundheitswirtschaft. Die Berechnungen erfolgen für die Bundesrepublik, regionalisierte Berechnungen sind zurzeit nicht geplant. [15]

Ein *Wertschöpfungsansatz* wurde durch zwei Wissenschaftler der TU Darmstadt entwickelt, um die Gesundheitswirtschaft für *regional begrenzte Gebiete* zu quantifizieren und deren Entwicklungspotenziale abzuschätzen. [16] Diese Berechnungen wurden für ausgewählte Regionen, z. B. Berlin-Brandenburg oder das Rhein-Main-Gebiet durchgeführt und publiziert. [17]

Auf der Grundlage dieser Methodik wurde ein Projekt zwischen der Technischen Universität Darmstadt und dem

Bundesministerium für Bildung und Forschung bearbeitet, das die Erstellung einer Studie zur Ermittlung des Potenzials der Gesundheitswirtschaft in definierten Regionen Deutschlands zum Ziel hatte. Für zwanzig ausgewählte Gesundheitsregionen wurden Berechnungen durchgeführt, die die dort vorhandenen Potenziale der Gesundheitswirtschaft quantitativ abbilden.

Inhalt der Berechnungen sind die Ermittlung von Bruttowertschöpfung und Anzahl der Erwerbstätigen derjenigen Wirtschaftszweige, die der Gesundheitswirtschaft zuzuordnen sind. Durch Analyse der zeitlichen Entwicklung und Relativierung der Ergebnisse bezüglich der gesamten Wirtschaftleistung der betrachteten Regionen wird es möglich, die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft für die Region quantitativ darzustellen und Entwicklungstendenzen abzuleiten.

Bestandteil des Projektes ist weiterhin die Institutionalisierung der Methodik im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen mit dem Ziel weitere Berechnungen für die Folgejahre vorzunehmen.

Ausblick

Durch die Institutionalisierung des Wertschöpfungsansatzes der Gesundheitswirtschaft im Statistischen Landesamt wird die methodische Basis geschaffen, wichtige Kenndaten zur Gesundheitswirtschaft in Sachsen kontinuierlich bereitzustellen. Regionale Aussagen sind unter Umständen bis zur Ebene der Landkreise und Kreisfreien Städte möglich.

Dr. Bernd Richter, Referent Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Richter, B.: Zur volkswirtschaftlichen Bedeutung des Gesundheitswesens im Spiegel der amtlichen Statistik. In: Statistik in Sachsen, 2/2008. S. 89 - 101.
- [2] Auswertung der 3. Nationalen Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft, Schwerin, 12. Juli 2007, Präsentationsunterlage zum Vortrag ohne Nennung des Autors.
- [3] Gesundheitsökonomisches Zentrum der Technischen Universität Dresden: Workshop GESUNDHEITSWIRTSCHAFT SACHSEN am 23. Januar 2009, Veranstaltungsunterlagen.
- [4] Haß, M., S. Richter: Bildungsbedarf der Gesundheitswirtschaft in Berlin-Brandenburg, Feldstudie der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, o.O. 2007; Ostwald, D. A., A. Ranscht: Wachstums- und Beschäftigungspotenziale der Gesundheitswirtschaft in Berlin-Brandenburg. Eine Studie der HealthCapital Berlin-Brandenburg, 2007; Bandemer, S. von , E. Dahlbeck, A. Middendorf: Die Internationalisierung der Gesundheitswirtschaft. In: Institut Arbeit und Technik: Jahrbuch 2006. Gelsenkirchen, S. 9 - 21; Schneider, M., U. Hofmann, A. Köse, P. Biene-Dietrich, O. Krawczyk: Entwicklungspotenziale der Gesundheitswirtschaft in Niedersachsen, Gutachten für das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, o.O., Juni 2003; Schneider, M., U. Hofmann, A. Köse, P. Biene-Dietrich, P. Meurer, S. Stünner, G. Stenke: Die regionalwirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Gesundheitswirtschaft im Land Bremen. Studie für den Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, o.O., März 2003.
- [5] Bundesministerium für Bildung und Forschung: Öffentliche Ausschreibung eines Auftrages zur „Erstellung einer Studie zur Ermittlung des Potentials der Gesundheitswirtschaft in definierten Regionen“, 27.05.2008 – 17.06.2008, veröffentlicht während der Angebotszeit im Internetauftritt des BMBF.
- [6] Vgl. dazu die die Veröffentlichungen des Arbeitskreises VGR der Länder unter : www.vgrdl.de
- [7] Richter, B.: Zur Entwicklung des Gesamtvolumens der Arbeitnehmerentgelte im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen Sachsens 1991 bis 2005. In: Statistik in Sachsen, 4/2008, S. 78 - 81.
- [8] www.statistik.sachsen.de → Gesundheit, Soziales → Stationäre Versorgung
- [9] www.statistik.sachsen.de → Gesundheit, Soziales → Gesundheitsberichterstattung
Es handelt sich um eine Sekundärstatistik, welche auf Vereinbarungen mit der Sächsischen Landesärztekammer, der Sächsischen Landeszahnärztekammer und der Sächsischen Landesapothekenkammer beruht.
- [10] www.statistik.sachsen.de → Gesundheit, Soziales → Gesundheitsberichterstattung
- [11] Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden (AOLG), Indikatorenatz für die Gesundheitsberichterstattung der Länder, Band 1: Themenfelder 1 - 5, Band 2: Themenfelder 6 - 11, Dritte, neu bearbeitete Fassung, 2003.
- [12] Konzept einer Ausgaben- und Finanzierungsrechnung für die Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Kurzfassung, Wiesbaden, Juni 1999, Hsg. v. Hermann T. Sarrazin, Bonner Arbeitsgruppe für empirische Wirtschaftsforschung, betreut von Dr. Markus Schneider, Beratungsgemeinschaft für angewandte Systemforschung mbh (BASYS), S. 8 - 9.
- [13] Gesundheit, Personal 2000, Presseexemplar, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2002, S. 7 - 8.
- [14] GESUNDHEIT BE(OB)ACHTEN – Nutzung, Integration und Ergänzung vorhandener Datenquellen, 17. Wissenschaftliches Kolloquium mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft, 20. und 21. November 2008 in Wiesbaden: Kurzfassungen der Beiträge; hier insbesondere: Kurth, B.: Ein Bundesweites Monitoring am Robert Koch-Institut; Böcken, J: Der Gesundheitsmonitor der Bertelsmann Stiftung; Zok, K.: Der WldO-Monitor – eine Versichertenbefragung zur Gesundheitsversorgung.
- [15] Böhm, K: Neue Akzente in den Gesundheitsstatistiken, Langfassung zum Vortrag auf dem 17. Wissenschaftlichen Kolloquium mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft, 20. und 21. November 2008 in Wiesbaden, <http://kolloq.destatis.de/>
- [16] Ranscht, A.: Quantifizierung regionaler Wachstums- und Beschäftigungseffekte der Gesundheitswirtschaft – am Beispiel ausgewählter Metropolregionen. Berlin 2009; Ostwald, D. A.: Wachstums- und Beschäftigungseffekte der Gesundheitswirtschaft in Deutschland, Berlin 2009.
- [17] Ostwald, D. A., A. Ranscht: Wachstums- und Beschäftigungspotenziale der Gesundheitswirtschaft in Berlin-Brandenburg, Eine Studie der HealthCapital Berlin-Brandenburg, 2007; Ostwald, D. A., A. Ranscht: Potenziale der Gesundheitswirtschaft in der Rhein-Main-Region, Eine Studie im Auftrag von gesundheitswirtschaft rhein-main.de, 2008.

Fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik (DRG-Statistik) 2007

Vorbemerkung

Im Rahmen der Neuordnung der Krankenhausfinanzierung im Jahr 2000 wurde für die Krankenhäuser zur Vergütung ihrer Leistungen die Einführung des auf Fallpauschalen basierenden Diagnosis Related Groups (DRG)-Vergütungssystems durch den Gesetzgeber beschlossen. Seit dem 1. Januar 2004 ist die Anwendung dieses Abrechnungssystems für allgemeine Krankenhäuser verpflichtend. Ausnahmen gelten hierbei weitestgehend nur für psychiatrische Krankenhäuser oder einzelne Spezialkliniken mit seltenen bzw. wenig standardisierbaren Indikationsbereichen und Verfahren. In diesem Kontext wurde auch die Übermittlungsverpflichtung der Krankenhäuser für DRG-Daten einschließlich aller Leistungen, die nach Fallpauschalen abgerechnet werden, festgeschrieben. Zur Optimierung und Weiterentwicklung der bisherigen amtlichen Krankenhausstatistik wird nach § 21 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) ein ausgewähltes und gesetzlich genau definiertes Merkmalspektrum dieser umfangreichen Struktur- und Leistungsdaten über das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) an das Statistische Bundesamt übermittelt. Dieses kann landesbezogene Daten an die Statistischen Landesämter übermitteln.

Verschiedene Merkmale der Krankenhäuser und der Krankenhauspatienten werden auch in den amtlichen Statistiken zu den Grunddaten und Diagnosedaten der Krankenhäuser erfasst. Zum Teil weisen diese erhebliche Abweichungen zur DRG-Statistik (z. B. bei der Fallzahl und Verweildauer) auf. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass bei der DRG-Statistik im Unterschied zu den Grund- und Diagnosedaten der amtlichen Krankenhausstatistik keine Einrichtungen und Patienten enthalten sind, die außerhalb des Geltungsbereichs des DRG-Entgeltsystems liegen. Dies sind vor allem psychiatrische und psychotherapeutische Einrichtungen bzw. psychiatrisch und psychotherapeutisch behandelte Patientinnen und Patienten. Insofern sind diese Statistiken nur bedingt vergleichbar und vielmehr als gegenseitige Ergänzung zu betrachten.

Die hier dargestellten Auswertungen beziehen sich auf alle im Laufe des Berichtsjahres entlassenen vollstationären Patientinnen und Patienten aus sächsischen Krankenhäusern.

Bundesergebnisse werden jährlich vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht [1] und stehen auch in der Gesundheitsberichterstattung des Bundes [2] zur Verfügung. Auch weiterführende Veröffentlichungen erfolgten bisher hauptsächlich durch das Statistische Bundesamt [3]. Einzelaspekte der DRG-Statistik wurden im eigenen Hau-

se für Betrachtungen zur Seniorengesundheit [4] und zu Volkskrankheiten [5] untersucht.

Die DRG-Statistik bildet die statistische Basis für viele gesundheitspolitische Entscheidungen des Bundes und der Länder und dient den an der Krankenhausfinanzierung beteiligten Institutionen als Planungsgrundlage. Die DRG-Daten liefern Ergebnisse zur Inanspruchnahme der stationären Gesundheitsversorgung. Die DRG-Statistik dient auch der Wissenschaft und Forschung und trägt zur Information der Bevölkerung bei.

Allgemeiner Überblick

Auf der Basis der fallpauschalenbezogenen Krankenhausstatistik wurden im Jahr 2007 in Sachsen insgesamt rund 894 000 Fälle (Patientinnen und Patienten) aus der vollstationären Krankenhausbehandlung entlassen. Das waren fast zwei Prozent mehr Behandlungsfälle als im Jahr zuvor.

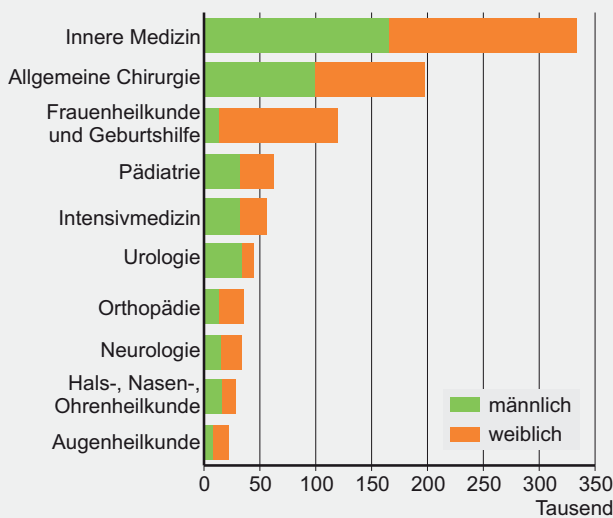
Die durchschnittliche Verweildauer in den Einrichtungen lag bei 7,4 Tagen und nahm im Vergleich zum Vorjahr weiter um 0,2 Tage ab. Damit lag sie wiederum geringfügig über der mittleren Verweildauer in Deutschland (7,3 Tage, Vorjahr: 7,5 Tage).

Bei 57 Prozent der Fälle erfolgte der Krankenhausaufenthalt aufgrund der Einweisung durch einen Arzt und bei 37 Prozent aufgrund eines Notfalls. Seltener waren Aufnahmen wegen Geburt, Verlegung aus einem anderen Krankenhaus und nach Reha(vor)behandlung.

Im Hinblick auf den Entlassungs-/Verlegungsgrund wurde die Behandlung bei 89 Prozent der Fälle regulär beendet. 2,8 Prozent der Patientinnen und Patienten kamen zu einer Anschlussheilbehandlung in eine Rehabilitationseinrichtung. Weitere Entlassungsgründe waren u. a. Verlegung in ein anderes Krankenhaus/ zur psychiatrischen Behandlung, Tod oder Entlassung in eine Pflegeeinrichtung. 1,4 Prozent der stationären Fälle wurden gegen den ärztlichen Rat beendet (bundesweit 1,8 Prozent). Am häufigsten war dies bei den Hauptdiagnosen intrakranielle Verletzung (traumabedingte Substanzschädigung des Gehirns, u. a. Gehirnerschütterung) und bei psychischen und Verhaltensstörungen durch Alkohol der Fall.

Der größte Teil der Patientinnen und Patienten wurde in den Fachabteilungen Innere Medizin (335 000 Fälle), Allgemeine Chirurgie (199 000 Fälle) sowie Frauenheilkunde und Geburtshilfe (121 000 Fälle) behandelt (vgl. Abb. 1).

Abb. 1 Stationäre Behandlungsfälle¹⁾ in sächsischen Krankenhäusern 2007 nach den 10 größten Fachabteilungen



1) Patienten, die mehrere Fachabteilungen durchlaufen, werden auch mehrfach gezählt.

Am häufigsten wurden die Patientinnen und Patienten aufgrund von Krankheiten des Kreislaufsystems (143 000 Fälle), sowie von Neubildungen (112 000 Fälle), Krankheiten des Verdauungssystems (94 000 Fälle) und wegen Verletzungen, Vergiftungen und bestimmten anderen Folgen äußerer Ursachen (92 000 Fälle) in einem sächsischen Krankenhaus stationär behandelt.

Operationen und medizinische Prozeduren

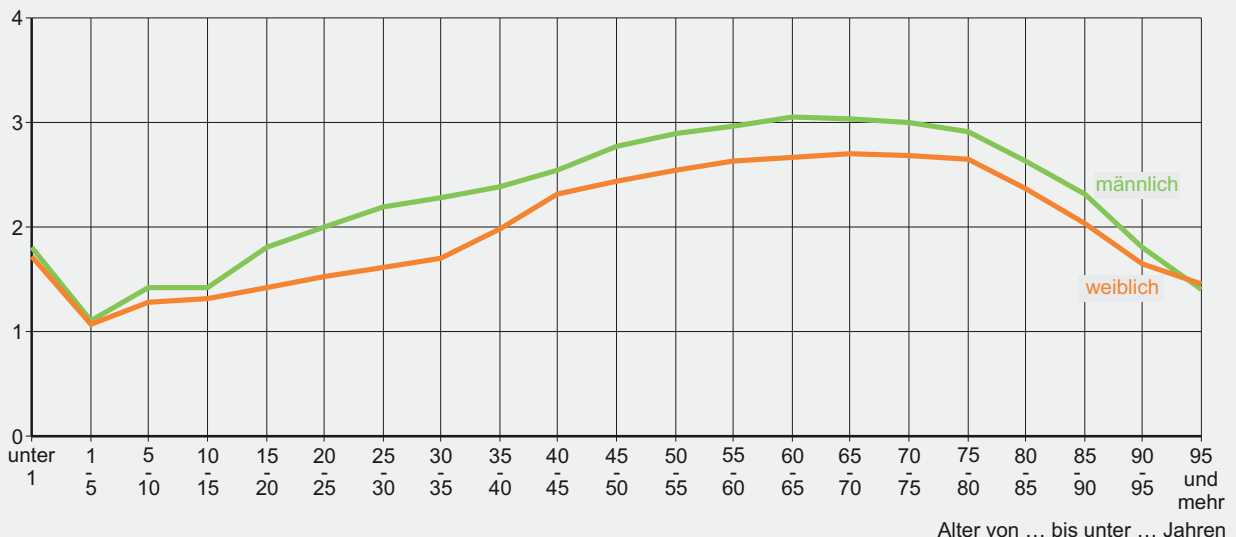
Alle signifikanten operativen Eingriffe und medizinischen Prozeduren, die vom Zeitpunkt der Aufnahme bis zum Zeitpunkt der Entlassung vorgenommen werden und im

amtlichen Operationen- und Prozedurenschlüssel (OPS) abbildbar sind, sind gemäß den Deutschen Kodierrichtlinien von den Krankenhäusern zu kodieren. Dies schließt diagnostische, therapeutische und pflegerische Prozeduren ein. Der Schlüssel enthält im Einzelnen: diagnostische Maßnahmen, bildgebende Diagnostik, Operationen, nicht-operative therapeutische Maßnahmen und ergänzende Maßnahmen. Die Definition einer signifikanten Prozedur ist, dass sie entweder chirurgischer Natur ist, ein Eingriffs- oder Anästhesierisiko birgt, Spezialeinrichtungen oder Geräte oder eine spezielle Ausbildung erfordert.

Im Berichtsjahr 2007 wurden bei den vollstationär in sächsischen Krankenhäusern versorgten Patientinnen und Patienten insgesamt knapp 2,2 Millionen Operationen und medizinische Prozeduren durchgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Zunahme um 3,4 Prozent. Auf einen Krankenhausfall entfielen damit im Durchschnitt 2,4 Operationen und Prozeduren. Das entspricht auch dem Bundesergebnis. Die durchschnittliche Anzahl der während eines Krankenhausaufenthaltes durchgeführten Operationen und Prozeduren je Fall steigt bei den Frauen und Männern bis zur Altersgruppe der 70- bis unter 75-Jährigen kontinuierlich an (ohne Berücksichtigung der unter 1-Jährigen). Sie lag im Jahr 2007 bei den 70- bis unter 75-Jährigen mit durchschnittlich 2,7 Maßnahmen dieser Art pro Patientin sowie 3,0 pro Patient gut doppelt so hoch wie bei den Kindern und Jugendlichen. Im hohen Alter geht die durchschnittliche Anzahl der operativen Eingriffe und medizinischen Prozeduren pro Krankenhauspatient bei Frauen und Männern deutlich zurück. Die durchschnittliche Zahl der Operationen und Prozeduren lag 2007 bei den über 95-Jährigen etwa so hoch wie bei den 5- bis unter 10-Jährigen (vgl. Abb. 2). Bei Männern lag die durchschnittliche Anzahl der Operationen und Prozeduren pro Krankenhausfall in allen Altersgruppen über der entsprechenden Anzahl bei Frauen.

Abb. 2 Operationen und Prozeduren pro Krankenhausfall 2007 nach Alter der Patienten

Durchschnittliche Anzahl

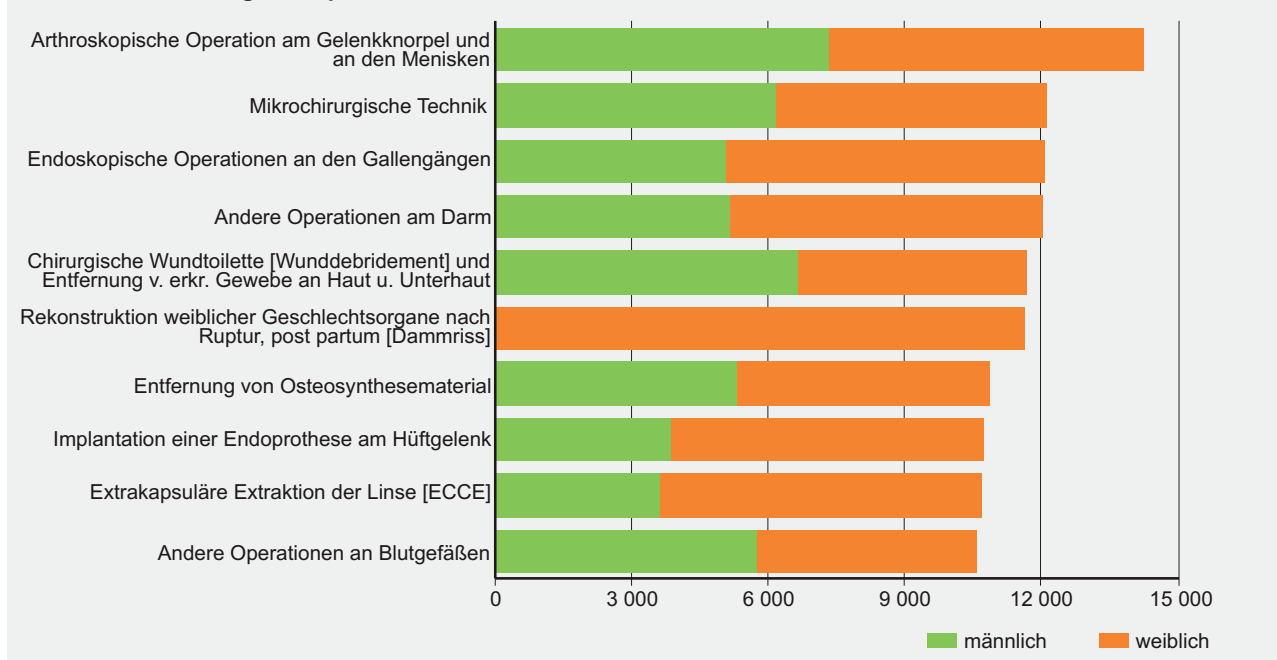


Tab. 1 Die drei jeweils häufigsten Operationen in ausgewählten Altersgruppen 2007 nach Geschlecht

Rang	OPS-Schlüssel / Operationen (ohne Duplikate)	Anzahl	Anteil in %
männlich			
bis unter 15 Jahre			
	Operationen insgesamt	14 144	100
1	5285 Adenotomie (ohne Tonsillektomie) (<i>Entfernung der Rachenmandeln</i>)	1 748	12,4
2	5200 Parazentese [Myringotomie] (<i>Schnitt am Mittelohr</i>)	1 316	9,3
3	5530 Verschluss einer Hernia inguinalis (<i>Leistenbruch</i>)	726	5,1
15 bis unter 45 Jahre			
	Operationen insgesamt	63 490	100
1	5812 Arthroskopische Operation am Gelenkknorpel und an den Menisken	2 911	4,6
2	5787 Entfernung von Osteosynthesematerial (<i>Knochenstabilisierungsmaterial, z. B. Schrauben, Metallplatte</i>)	2 494	3,9
3	5810 Arthroskopische Gelenkrevision	2 340	3,7
45 bis unter 65 Jahre			
	Operationen insgesamt	96 431	100
1	5812 Arthroskopische Operation am Gelenkknorpel und an den Menisken	3 149	3,3
2	5530 Verschluss einer Hernia inguinalis (<i>Leistenbruch</i>)	2 741	2,8
3	5893 Chirurgische Wundtoilette [Wunddebridement] und Entfernung von erkranktem Gewebe an Haut u. Unterhaut	2 346	2,4
65 bis unter 85 Jahre			
	Operationen insgesamt	120 057	100
1	5573 <i>Einschneiden, Entfernen oder Zerstören von (erkranktem) Gewebe der Harnblase mit Zugang durch die Harnröhre</i>	3 459	2,9
2	5530 Verschluss einer Hernia inguinalis (<i>Leistenbruch</i>)	3 412	2,8
3	5601 <i>Entfernen oder Zerstören von Gewebe der Vorsteherdrüse mit Zugang durch die Harnröhre</i>	3 340	2,8
85 Jahre und älter			
	Operationen insgesamt	8 010	100
1	5144 Extrakapsuläre Exzision der Linse [ECCE]	424	5,3
2	5513 Endoskopische Operationen an den Gallengängen	364	4,5
3	5573 <i>Einschneiden, Entfernen oder Zerstören von (erkranktem) Gewebe der Harnblase mit Zugang durch die Harnröhre</i>	337	4,2
weiblich			
bis unter 15 Jahre			
	Operationen insgesamt	9 073	100
1	5285 Adenotomie (ohne Tonsillektomie) (<i>Entfernung der Rachenmandeln</i>)	1 318	14,5
2	5200 Parazentese [Myringotomie] (<i>Schnitt am Mittelohr</i>)	951	10,5
3	5470 Appendektomie (<i>Blinddarmentfernung</i>)	397	4,4
15 bis unter 45 Jahre			
	Operationen insgesamt	90 091	100
1	5758 Rekonstruktion weiblicher Geschlechtsorgane nach Ruptur, post partum [Dammriss]	11 631	12,9
2	5738 Episiotomie und Naht (<i>Dammchnitt</i>)	8 055	8,9
3	5749 Andere Sectio caesarea (<i>Sonstiger Kaiserschnitt</i>)	5 977	6,6
45 bis unter 65 Jahre			
	Operationen insgesamt	88 355	100
1	5683 Uterusexstirpation [Hysterektomie] (<i>Gebärmutterentfernung</i>)	4 289	4,9
2	5812 Arthroskopische Operation am Gelenkknorpel und an den Menisken	3 298	3,7
3	5788 <i>Operationen an den Mittelfußknochen oder den Zehengliedern</i>	2 390	2,7
65 bis unter 85 Jahre			
	Operationen insgesamt	133 725	100
1	5144 Extrakapsuläre Exzision der Linse [ECCE]	5 238	3,9
2	5820 Implantation einer Endoprothese am Hüftgelenk	4 687	3,5
3	5822 Implantation einer Endoprothese am Kniegelenk	4 606	3,4
85 Jahre und älter			
	Operationen insgesamt	20 674	100
1	5790 Geschlossene Reposition einer Fraktur oder Epiphysenlösung mit Osteosynthese (<i>Stellungskorrektur eines Knochenbruchs</i>)	1 431	6,9
2	5144 Extrakapsuläre Exzision der Linse [ECCE]	1 284	6,2
3	5513 Endoskopische Operationen an den Gallengängen	1 131	5,5

Tab. 2 Ausgewählte Hauptdiagnosen 2007 und ihre 10 häufigsten Nebendiagnosen

Rang	Pos.-Nr. ICD-10 / Nebendiagnosen	Anzahl	Anteil in %
Herzinsuffizienz (I50, Fallzahl: 21 656)			
	Nebendiagnosen Insgesamt	189 913	100
1	I25 Chronische ischämische Herzkrankheit	11 954	6,3
2	E11 Nicht primär insulinabhängiger Diabetes mellitus (Typ-II-Diabetes)	11 011	5,8
3	I48 Vorhofflattern und Vorhofflimmern	10 684	5,6
4	I10 Essentielle (primäre) Hypertonie	8 811	4,6
5	N18 Chronische Niereninsuffizienz	7 314	3,9
6	Z95 Vorhandensein von kardialen oder vaskulären Implantaten oder Transplantaten	6 137	3,2
7	I11 Hypertensive Herzkrankheit	6 121	3,2
8	I50 Herzinsuffizienz	5 341	2,8
9	E87 Sonstige Störungen des Wasser- und Elektrolythaushaltes sowie des Säure-Basen-Gleichgewichts	4 936	2,6
10	E78 Störungen des Lipoproteinstoffwechsels und sonstige Lipidämien	4 672	2,5
Angina pectoris (I20, Fallzahl: 13 386)			
	Nebendiagnosen Insgesamt	78 843	100
1	I25 Chronische ischämische Herzkrankheit	13 636	17,3
2	I10 Essentielle (primäre) Hypertonie	7 897	10,0
3	E78 Störungen des Lipoproteinstoffwechsels und sonstige Lipidämien	6 915	8,8
4	E11 Nicht primär insulinabhängiger Diabetes mellitus (Typ-II-Diabetes)	4 202	5,3
5	Z95 Vorhandensein von kardialen oder vaskulären Implantaten oder Transplantaten	4 003	5,1
6	I50 Herzinsuffizienz	3 309	4,2
7	I11 Hypertensive Herzkrankheit	3 245	4,1
8	E66 Adipositas	2 517	3,2
9	I48 Vorhofflattern und Vorhofflimmern	1 932	2,5
10	N18 Chronische Niereninsuffizienz	1 921	2,4
Hirnfarkt (I63, Fallzahl: 11 198)			
	Nebendiagnosen Insgesamt	89 984	100
1	I10 Essentielle (primäre) Hypertonie	7 100	7,9
2	G81 Hemiparese und Hemiplegie	5 720	6,4
3	R47 Sprech- und Sprachstörungen, anderenorts nicht klassifiziert	4 455	5,0
4	E11 Nicht primär insulinabhängiger Diabetes mellitus (Typ-II-Diabetes)	4 298	4,8
5	E78 Störungen des Lipoproteinstoffwechsels und sonstige Lipidämien	3 730	4,2
6	I48 Vorhofflattern und Vorhofflimmern	3 300	3,7
7	R32 Nicht näher bezeichnete Harninkontinenz	2 982	3,3
8	I25 Chronische ischämische Herzkrankheit	2 265	2,5
9	R15 Stuhlinkontinenz	2 213	2,5
10	I67 Sonstige zerebrovaskuläre Krankheiten	1 895	2,1
Akuter Myokardinfarkt (I21, Fallzahl: 10 718)			
	Nebendiagnosen Insgesamt	77 165	100
1	I25 Chronische ischämische Herzkrankheit	10 402	13,5
2	I10 Essentielle (primäre) Hypertonie	5 850	7,6
3	E78 Störungen des Lipoproteinstoffwechsels und sonstige Lipidämien	4 815	6,2
4	I50 Herzinsuffizienz	4 605	6,0
5	E11 Nicht primär insulinabhängiger Diabetes mellitus (Typ-II-Diabetes)	4 154	5,4
6	N18 Chronische Niereninsuffizienz	2 341	3,0
7	I11 Hypertensive Herzkrankheit	2 057	2,7
8	Z95 Vorhandensein von kardialen oder vaskulären Implantaten oder Transplantaten	2 003	2,6
9	I48 Vorhofflattern und Vorhofflimmern	1 949	2,5
10	E66 Adipositas	1 834	2,4

Abb. 3 Die 10 häufigsten Operationen der Patienten 2007 nach Geschlecht

Nach OPS-Kapiteln betrachtet lagen mit knapp 30 Prozent die Operationen (Kapitel 5 OPS, 644 056 Nennungen) an erster Stelle, an zweiter Stelle folgten mit 27 Prozent die nichtoperativen therapeutischen Maßnahmen (Kapitel 8 OPS, 587 784 Nennungen) und an dritter Stelle mit 24 Prozent diagnostische Maßnahmen (Kapitel 1 OPS, 522 519 Fälle).

Am häufigsten unter den durchgeführten Operationen auf Ebene der Bereichsüberschriften waren auch im Jahr 2007 die Operationen an den Bewegungsorganen (158 505), gefolgt von den Operationen am Verdauungstrakt (107 021) und den Operationen an Haut und Unterhaut (58 044).

Die Art der Operationen variiert mit Alter und Geschlecht (vgl. Tab. 1). Bei Kindern und Jugendlichen bis unter 15 Jahren gehörten die Entfernung der Rachenmandeln sowie das Einschneiden des Trommelfells zur Eröffnung der Paukenhöhle (z. B. bei eitriger Mittelohrentzündung und Paukenerguss) zu den häufigsten Operationen. Diese betrafen Jungen deutlich häufiger als Mädchen. Bei Frauen von 15 bis unter 45 Jahren standen Operationen im Zusammenhang mit der Entbindung im Vordergrund. Bei den Männern dieser Altersgruppe waren es arthroskopische Operationen am Gelenkknorpel und an den Menisken sowie die Entfernung von Hilfsmitteln (z. B. Schrauben, Metallplatten, Nägel oder Drähte), die zur Befestigung von Knochen z. B. bei Brüchen verwendet werden. Bei Frauen von 45 bis unter 65 Jahren spielten Gebärmutterentfernung und arthroskopische Operationen am Gelenkknorpel und an den Menisken eine große Rolle. Letztgenannte Operation war auch bei den Männern dieser Altersgruppe dominierend, aber absolut nicht ganz so häufig wie bei den Frauen. Daneben wurde häufig der Verschluss eines Leistenbruchs durchgeführt. Bei Frauen über 65 Jahre do-

minierten die Entfernung der Augenlinse und die Implantation von Hüft- und Kniegelenken. Harnblasen- und Prostataoperationen sowie der Verschluss eines Leistenbruchs wurden dagegen bei Männern ab 65 Jahre in den meisten Fällen durchgeführt.

Betrachtet man die Rangliste der häufigsten Operationen im Vergleich zum Bundesergebnis, gibt es kaum gravierende Unterschiede. Die augenfälligste Abweichung besteht darin, dass in Sachsen häufiger Gebärmutterentfernungen und seltener Kaiserschnitte als bundesweit durchgeführt werden.

Nebendiagnosen der behandelten Patienten

Die Nebendiagnosen stehen in einem engen Zusammenhang mit der Hauptdiagnose der Patientinnen und Patienten. Als relevante Nebendiagnose (Komorbidität und Komplikation) gelten Krankheiten oder Beschwerden, die entweder gleichzeitig mit der Hauptdiagnose bestehen oder sich während des Krankenhausaufenthaltes entwickeln. Voraussetzung hierfür ist eine diagnostische oder therapeutische Maßnahme oder ein erhöhter Pflege- und/oder Überwachungsaufwand.

Sowohl bei Männern als auch bei Frauen sind Essentielle (primäre) Hypertonie (Bluthochdruck), Nicht primär insulinabhängiger Diabetes mellitus (Typ-II-Diabetes) und die Chronische ischämische Herzkrankheit (Herzkrankheit durch anhaltende Durchblutungsstörungen des Herzens) die am häufigsten genannten Nebendiagnosen. Tabelle 2 zeigt die häufigsten Nebendiagnosen bei ausgewählten Herzkreislauferkrankungen.

Zusammenfassung und Ausblick

Die DRG-Statistik bietet mit ihren sehr umfangreichen fallbezogenen Angaben ein schier unerschöpfliches Analysepotenzial. In diesem Beitrag wurden nur ausgewählte Auswertungsmöglichkeiten zu Operationen und Nebendiagnosen dargestellt. Erste Anfragen beim Statistischen Landesamt zeigen, dass ein hoher Bedarf an entsprechenden Informationen besteht, z. B. bei der Frage, wo die Patienten aus bestimmten Einzugsgebieten mit ausgewählten Operationen hingehen oder es wird nach Auswertungen zu den Fallpauschalen (Diagnosis Related Groups – DRGs) gefragt. Die Statistiksoftware SAS und eine vom Statistischen Bundesamt entwickelte Benutzeroberfläche ermöglichen die komplexe Erschließung aller Informationen aus jährlich ca. 900 000 Abrechnungsfällen in den sächsischen Krankenhäusern ab dem Berichtsjahr 2005. Wissenschaftliche Untersuchungen der Einzeldatenbestände können deutschlandweit auch über das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter beantragt werden. Es darf aber dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass es sich bei der DRG-Statistik um eine Abrechnungsstatistik handelt. Die Dokumentation der Fälle erfolgt hauptsächlich aus abrechnungsrelevanter und weniger aus epidemiologischer Sicht.

Gabriele Philipp, Dipl.-Ing., Referentin Analyse Soziales, Gesundheit

Ina Thomas, Sachbearbeiterin Analyse Soziales, Gesundheit

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik (DRG-Statistik), Diagnosen, Prozeduren und Fallpauschalen der vollstationären Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern, 2005, 2006, 2007. Statistisches Bundesamt: Fachserie 12 Reihe 6.4
- [2] Gesundheitsberichterstattung des Bundes:
www.gbe-bund.de
- [3] Spindler, Jutta: Fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik: Diagnosen und Prozeduren der Patienten auf Basis der Daten nach § 21 Krankenhausentgeltgesetz, in: Krankenhaus-Report 2008/2009, Stuttgart 2009, S. 310-335
- [4] Gabriele Philipp: Gesundheit und Krankheit im Alter, in: Statistik in Sachsen Nr. 2/2009, S. 21 - 28
- [5] Björn Jabs, Gabriele Philipp, Olaf Schoffer: DRG-Statistik für Sachsen – erste Analysen zu ausgewählten Volkskrankheiten, in: Statistik in Sachsen Nr. 3/2008, S. 112 - 114

Pflegebedürftigkeit in Sachsen 1999 bis 2007

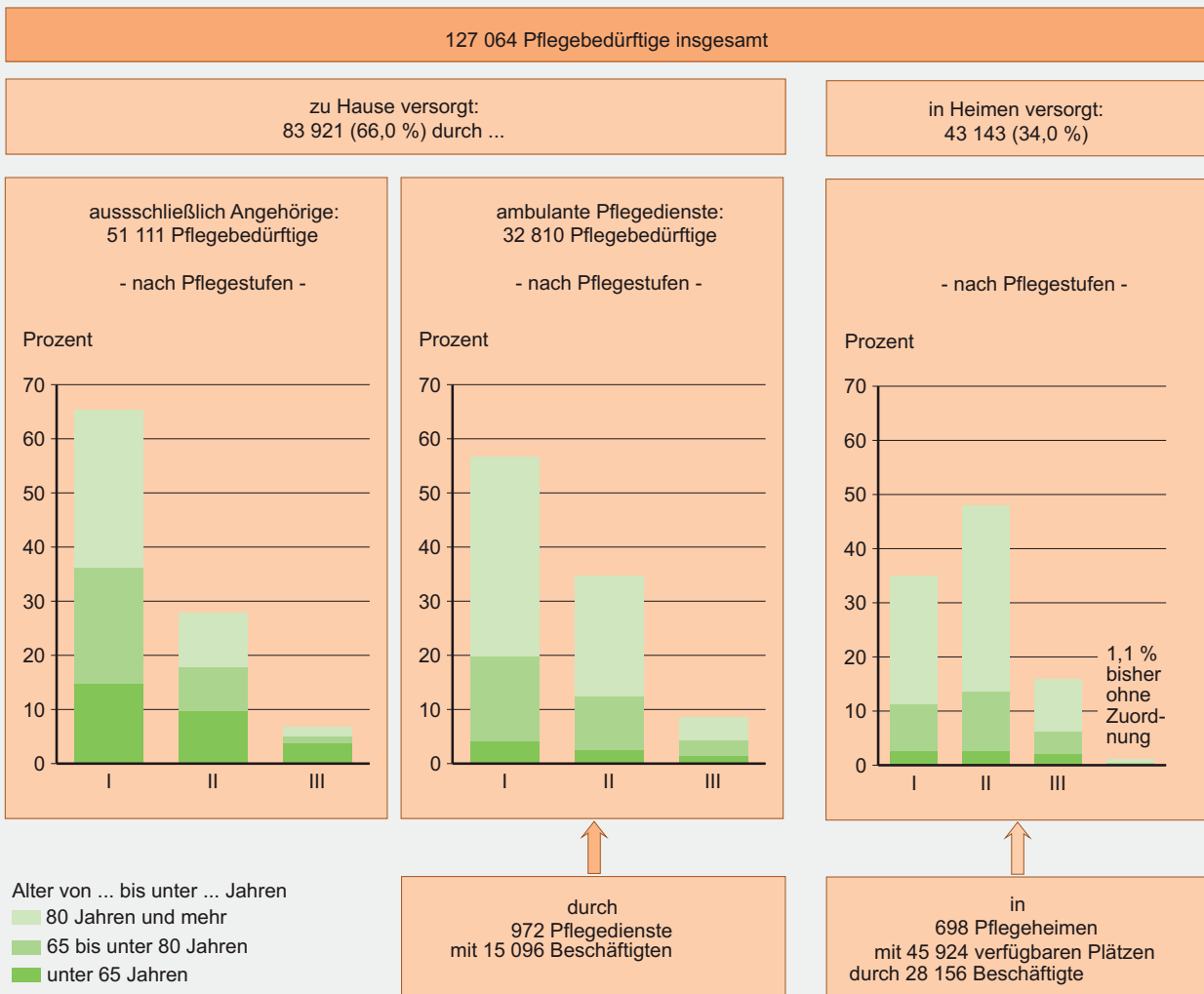
Erläuterungen zur Pflegestatistik

Für die Pflegestatistik ist ausschließlich der Leistungsbe-
reich des SGB XI relevant. Die betrifft also nur die Pflege-
bedürftigen, die Leistungen aufgrund des SGB XI erhalten
und das Personal, das diese Leistungen erbringt.

Pflegebedürftig im Sinne des SGB XI sind Personen,
die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen
Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und
regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des
täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für minde-
stens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße
der Hilfe bedürfen. Voraussetzung für die Einstufung als

Pflegebedürftiger ist die Entscheidung der Pflegekasse
bzw. des privaten Versicherungsunternehmens über das
Vorliegen von Pflegebedürftigkeit und die Zuordnung der
Pflegebedürftigen zu den Pflegestufen. Für die Gewäh-
rung von Leistungen werden pflegebedürftige Personen
einer der folgenden drei Pflegestufen zugeordnet: Pflegestufe I
(erheblich Pflegebedürftige), Pflegestufe II (Schwerpflege-
bedürftige), Pflegestufe III (Schwerstpflegebedürftige).
Die Betreuung und Versorgung pflegebedürftiger Personen
kann – unabhängig von der Pflegestufe – zu Hause oder in
Heimen erfolgen. Pflegebedürftige, die vollstationäre (Dauer-
und Kurzzeitpflege) oder teilstationäre Pflege (Tages-/
Nachtpflege) durch die nach SGB XI zugelassenen Pflege-

Abb. 1 Leistungsempfänger der Pflegeversicherung im Dezember 2007 nach Altersgruppen, Leistungsart und Pflegestufe



heime erhalten, werden der Kategorie „in Heimen versorgt“ zugeordnet. Pflegebedürftige, die von einem nach SGB XI zugelassenen ambulanten Pflegedienst Pflegesachleistungen (einschließlich Kombinationsleistungen oder häusliche Pflege bei Verhinderung der Pflegeperson) erhalten, werden als „durch ambulante Pflegedienste versorgt“ bezeichnet. Unter „durch Angehörige versorgt“ oder als „reinen Pflegegeldempfänger“ versteht man die Pflegebedürftigen, die nur Pflegegeld für selbst beschaffte Pflegehilfen nach § 37 SGB XI erhalten. Diese Personen erhalten ausschließlich Hilfe von ihren Angehörigen, Lebenspartnern, Nachbarn oder sonstigen ehrenamtlich tätigen Personen, aber nicht von erwerbsmäßigen Pflegepersonen.

Allgemeine Ergebnisse der Pflegestatistik

Am 15. Dezember 2007 waren im Freistaat Sachsen 127 064 Menschen im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes pflegebedürftig. Damit ist in Sachsen – so wie in ganz Deutschland – eine Zunahme der Leistungsempfänger seit Einführung der Pflegestatistik im Jahr 1999 zu verzeichnen. Der Anstieg der Leistungsempfänger um acht Prozent (1999: 118 124) kann auf die deutliche Zunahme der mindestens 80-jährigen Pflegebedürftigen von 61 196 im Jahr 1999 auf 70 982 im Jahr 2007 (+16 Prozent) zurückgeführt werden. Im gleichen Zeitraum stieg allerdings auch die Zahl der sächsischen Einwohner in dieser Altersgruppe deutlich an: um 36 Prozent von 171 641 Personen im Jahr 1999 auf 232 796 im Jahr 2007.

Insgesamt erhielten im Jahr 2007 drei Prozent der sächsischen Bevölkerung von der Pflegebedürftigkeit abhängige Leistungen von den Pflegekassen und privaten Versicherungsunternehmen.

Zwei von drei Pflegebedürftigen wurden zu Hause versorgt. Davon erhielten etwa 61 Prozent ausschließlich

Hilfe von ihren Angehörigen. Weitere 14 Prozent wurden zusätzlich durch Pflegedienste betreut. Die restlichen 25 Prozent nahmen ausschließlich Pflegesachleistungen durch ambulante Pflegedienste in Anspruch. Jeder dritte Pflegebedürftige wurde in stationären Pflegeeinrichtungen (Pflegeheimen) betreut und versorgt.

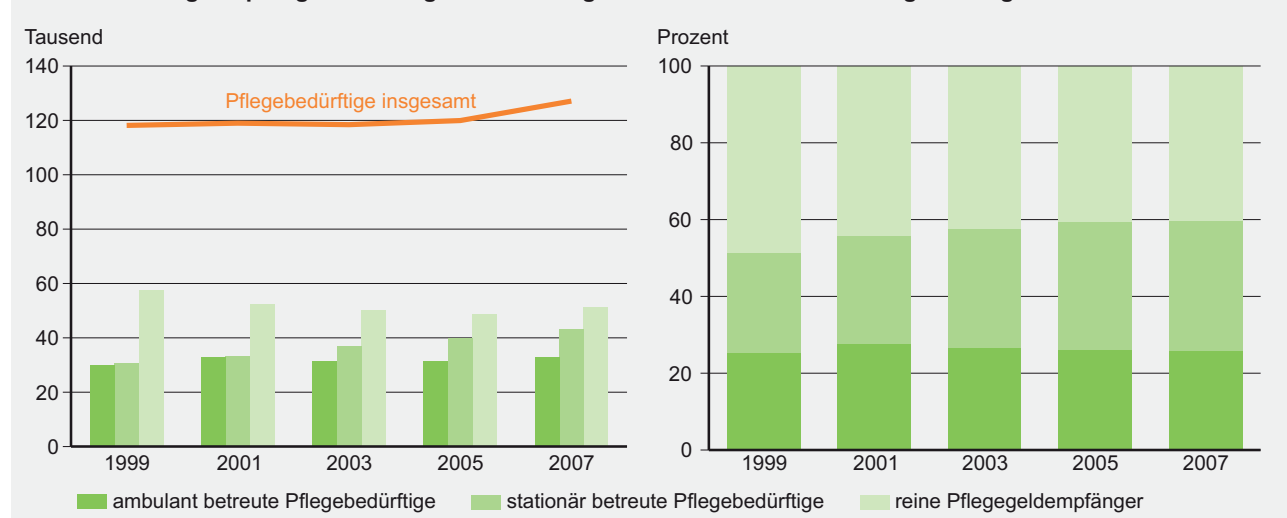
Mehr als die Hälfte aller Pflegebedürftigen in Sachsen (56 Prozent) war 80 Jahre und älter. Von 1 000 Seniorinnen und Senioren (d. h. Personen im Alter von 65 Jahren und mehr) erhielten 107 bzw. von 1 000 Hochaltrigen (d. h. Personen im Alter von 80 Jahren und mehr) 305 Personen Leistungen nach dem SGB XI.

Trotz der im Jahr 2007 gestiegenen Zahl von Pflegebedürftigen, die zu Hause betreut wurden, lässt sich aus den Daten für Sachsen ein Trend hin zur professionellen Pflege in stationären Einrichtungen erkennen. Während 1999 nur 26 Prozent aller Pflegebedürftigen stationär betreut wurden, stieg ihr Anteil kontinuierlich bis auf 34 Prozent im Jahr 2007. Absolut hat die Zahl der stationär betreuten Personen dabei um 40,3 Prozent zugenommen (vgl. Abb. 2).

Die Zahl der Pflegebedürftigen, die ausschließlich durch Angehörige betreut wurden, hat im gleichen Zeitraum um etwa elf Prozent abgenommen. 1999 war noch fast jeder zweite Pflegebedürftige ein reiner Pflegegeldempfänger, seit 2005 waren es nur noch zwei von fünf.

Ambulante Pflegedienste hatten im Jahr 2007 gegenüber dem Jahr 1999 etwa 9,5 Prozent mehr Pflegebedürftige zu betreuen. Bemerkenswert für das Jahr 2007 ist, dass die Zahl derer, die ausschließlich Pflegedienste in Anspruch nahmen, deutlich gegenüber den Vorjahren gesunken ist. Gleichzeitig ist die Zahl der Personen, die sowohl von Pflegediensten betreut wurden als auch Unterstützung durch Angehörige erhielten, stark gestiegen. Während diese Zahl in den vergangenen Berichtsjahren mehr oder weniger um 5 000 schwankte, waren es im Jahr 2007 mehr als 12 000 Personen.

Abb. 2 Leistungsempfänger der Pflegeversicherung 1999 bis 2007 nach Leistungsart insgesamt



Tab. 1 Stationäre Pflegeeinrichtungen, Plätze und Belegung am 15. Dezember 1999 bis 2007

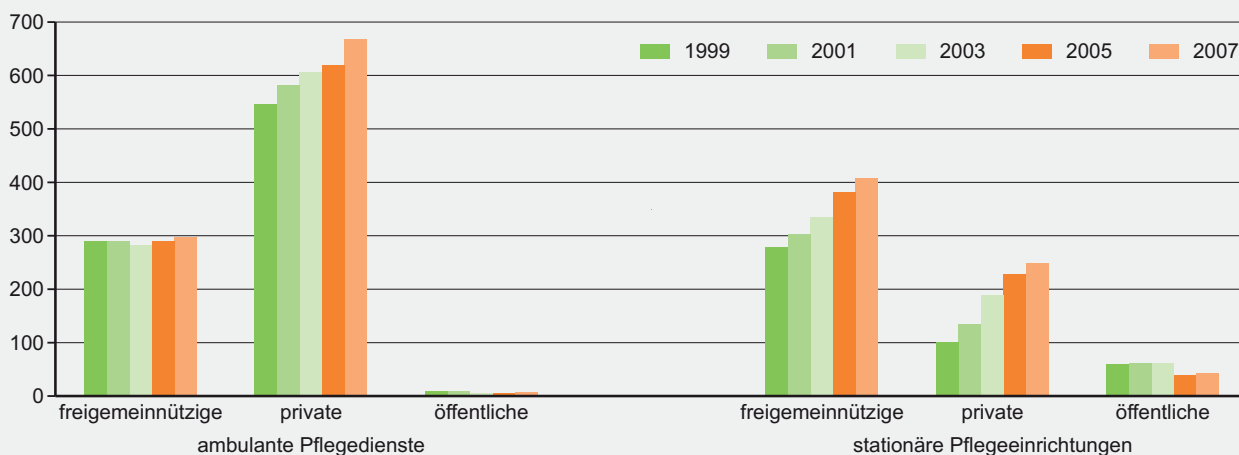
Merkmal	1999	2001	2003	2005	2007	Veränderung 2007 gegenüber 1999 in %
Stationäre Pflegeeinrichtungen	439	499	584	648	698	59,0
Verfügbare vollstationäre Plätze	34 467	36 154	39 817	43 413	45 924	33,2
vollstationäre Dauerpflege	32 575	33 884	37 192	40 656	43 048	32,2
1-Bett-Zimmer	12 551	15 536	19 298	22 873	25 032	99,4
Plätze in 2-Bett-Zimmern	16 987	17 113	17 580	17 704	17 950	5,7
Plätze in 3-Bett-Zimmern	1 851	961	234	75	66	-96,4
Plätze in 4- und mehr-Bett-Zimmern	1 186	274	80	4	-	x
Kurzzeitpflege	844	988	1 108	1 156	1 170	38,6
1-Bett-Zimmer	388	499	611	728	695	79,1
Plätze in 2- und 3-Bett-Zimmern	456	489	497	428	475	4,2
Verfügbare Plätze je Einrichtung	79	72	68	67	66	-16,2
Auslastungsgrad in Prozent	89,2	92,4	92,5	92,0	93,9	x
Von Seniorinnen und Senioren belegte Plätze im Alter von 65 bis unter 80 Jahren	27 338	30 009	33 484	36 586	39 814	45,6
über 80 Jahre	7 678	8 005	8 821	9 594	10 442	36,0
	19 660	22 004	24 663	26 992	29 372	49,4
Pflegestufe I	9 482	10 345	11 862	12 652	13 950	47,1
Pflegestufe II	14 062	15 597	17 242	18 575	19 546	39,0
Pflegestufe III	3 538	3 655	4 121	5 051	5 903	66,8

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Pflegestatistik

Am 15. Dezember 2007 gab es in Sachsen 1 670 Pflegeeinrichtungen, davon 972 ambulante Pflegedienste und 698 stationäre Einrichtungen. Gut zwei Drittel der ambulanten Dienste waren in privater und knapp ein Drittel in freigemeinnütziger Trägerschaft, sieben ambulante Dienste waren in öffentlicher Trägerschaft. Bei den stationären Einrichtungen hingegen waren die freigemeinnützigen Träger die größte Anbietergruppe (58 Prozent), die privaten hatten einen Anteil von 36 Prozent; sechs Prozent waren in öffentlicher Trägerschaft (vgl. Abb. 3).

Das Angebot an ambulanten und stationären Einrichtungen sowie Pflegeplätzen wurde seit 1999 systematisch ausgebaut. So stieg die Zahl der Pflegeheime von 1999 bis 2007 um knapp 60 Prozent. Dabei wurde besonderer Wert auf die Schaffung von Einbettzimmern gelegt, Drei- und Vierbettzimmer kommen kaum noch vor. Dementsprechend stieg die Zahl der verfügbaren Plätze (nur) um rund ein Drittel. Infolge dieser Entwicklung hatte im Jahr 2007 eine stationäre Einrichtung durchschnittlich 66 Plätze, im Jahr 1999 waren es noch 79 (vgl. Tab. 1).

Abb. 3 Pflegeeinrichtungen 1999 bis 2007 nach Art des Trägers



Tab. 2 Pflegeheime, Personal sowie verfügbare und belegte Plätze in Pflegeheimen 1999 und 2007 nach Bundesländern

Bundesland	Pflegeheime		Verfügbare Plätze		Pflegebedürftige		Beschäftigte		Darunter Pflege- und Betreuungspersonal		Betreuungsschlüssel ¹⁾	
	1999	2007	1999	2007	1999	2007	1999	2007	1999	2007	1999	2007
Schleswig-Holstein	579	651	31 688	37 953	27 506	31 930	20 730	27 038	13 069	17 825	2,1	1,8
Hamburg	164	177	14 922	16 064	13 540	14 583	9 623	10 710	6 130	7 219	2,2	2,0
Niedersachsen	1 163	1 394	69 867	90 153	61 258	79 222	50 079	64 969	31 668	42 753	1,9	1,9
Bremen	71	90	4 873	6 498	4 659	6 001	3 840	4 909	2 413	3 216	1,9	1,9
Nordrhein-Westfalen	1 874	2 138	147 627	167 777	133 352	153 462	111 588	139 013	71 203	92 068	1,9	1,7
Hessen	614	672	42 564	50 139	37 425	44 669	30 357	36 844	19 080	24 866	2,0	1,8
Rheinland-Pfalz	390	435	31 095	37 245	25 328	29 611	21 698	26 523	14 226	17 841	1,8	1,7
Baden-Württemberg	956	1 384	71 907	95 238	65 548	83 951	55 484	73 418	38 042	51 468	1,7	1,6
Bayern	1 262	1 574	92 000	120 437	82 434	104 278	63 018	83 499	40 871	58 127	2,0	1,8
Saarland	110	134	9 037	11 873	7 457	9 290	5 392	7 669	3 397	4 822	2,2	1,9
Berlin	316	364	26 755	32 412	23 629	27 069	14 581	17 735	10 323	13 584	2,3	2,0
Brandenburg	261	339	18 541	22 909	15 676	21 378	8 974	13 578	5 872	10 084	2,7	2,1
Mecklenburg-Vorpommern	181	268	14 515	17 810	12 792	16 771	7 602	10 420	5 127	7 460	2,5	2,2
Sachsen	439	698	34 467	45 924	30 752	43 143	19 155	28 156	12 653	20 744	2,4	2,1
Sachsen-Anhalt	260	407	19 620	25 658	17 608	23 901	9 869	15 755	6 872	11 760	2,6	2,0
Thüringen	219	304	15 978	20 969	14 247	20 052	8 950	13 309	6 321	9 935	2,3	2,0
Deutschland	8 859	11 029	645 456	799 059	573 211	709 311	440 940	573 545	287 267	393 772	2,0	1,8

1) Anzahl der betreuten Pflegebedürftigen je Pflege- und Betreuungsperson
Quelle: GBE-Bund, Pflegestatistik

In welchem Maße durch den Ausbau des Pflegeangebots die Nachfrage nach bedarfsgerechten stationären Plätzen erfüllt werden konnte, kann aus den Daten der Pflegestatistik jedoch nicht ermittelt werden. Einen möglichen Hinweis auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage gibt der Auslastungsgrad. Dieser stieg von 89 Prozent im Jahr 1999 auf 94 Prozent im Jahr 2007. Da sich die Zahl der in Pflegeeinrichtungen stationär betreuten Personen im Alter bis zu 65

Jahren seit 1999 von 3 414 auf 3 329 geringfügig verringert hat, wurden die bis 2007 neu geschaffenen Plätze im Wesentlichen von den über 65-Jährigen genutzt. Gegenüber 1999 stieg die Anzahl der Beschäftigten in ambulanten Pflegediensten und stationären Pflegeeinrichtungen um 46 Prozent. Von den insgesamt 43 252 im Jahr 2007 im Pflegebereich Beschäftigten waren 64 Prozent teilzeitbeschäftigt, 29 Prozent arbeiteten Vollzeit. Die

Abb. 4 In Pflegeeinrichtungen Beschäftigte 1999 bis 2007 nach Art des Trägers und Beschäftigungsverhältnis

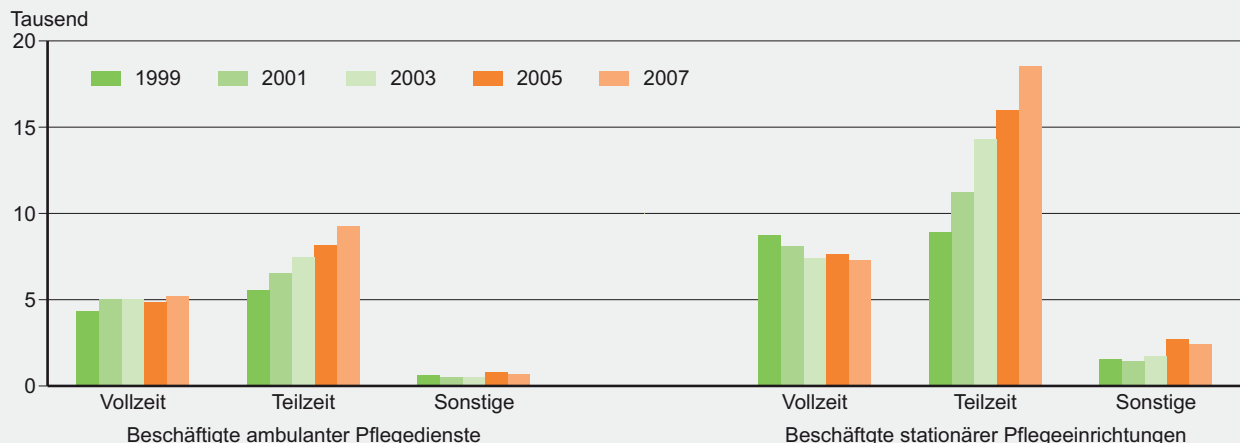
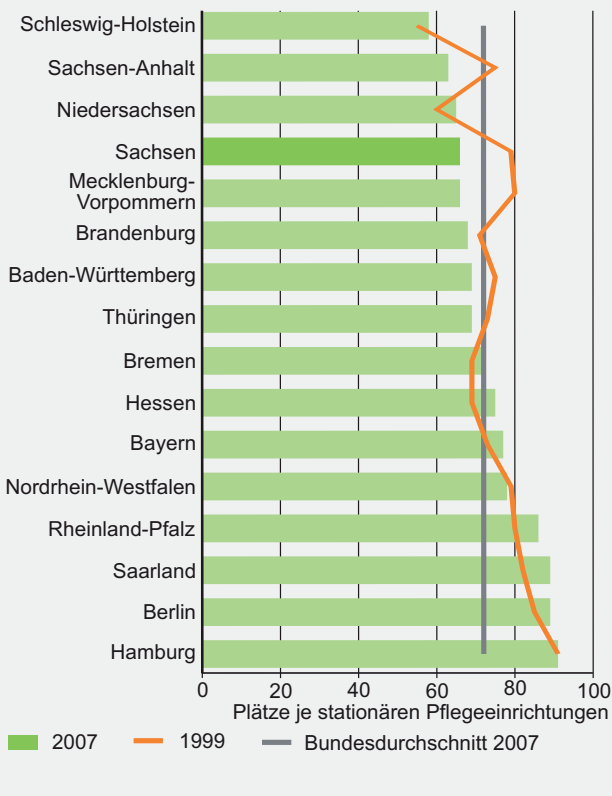


Abb. 5 Durchschnittliche Zahl der Plätze in stationären Pflegeeinrichtungen 1999 und 2007

weiteren Beschäftigten waren Praktikanten, Schüler, Auszubildende, Helfer im freiwilligen sozialen Jahr und Zivildienstleistende.

Sowohl im Bereich der ambulanten als auch der stationären Pflege lässt sich eine Tendenz zur Teilzeitbeschäftigung erkennen. So stieg bei den ambulanten Pflegediensten der Anteil der Teilzeitbeschäftigten von 53 Prozent im Jahr 1999 auf 61 Prozent im Jahr 2007, bei den stationären Einrichtungen stieg er sogar von 46 Prozent auf 66 Prozent.

Im Jahr 2007 hatten vom Personal aller Pflegeeinrichtungen 56 Prozent einen Berufsabschluss in einem pflegerischen Beruf – 73 Prozent betrug dieser Anteil bei den Beschäftigten in den ambulanten Diensten und 47 Prozent bei den Beschäftigten in stationären Einrichtungen. Ohne Berufsabschluss bzw. noch in Ausbildung waren in ambulanten Diensten sechs Prozent und in stationären Einrichtungen 13 Prozent der Beschäftigten.

Sachsen im Bundesvergleich 1999 und 2007

In allen Bundesländern haben sich seit 1999 die Zahl der Pflegeheime, die Zahl der verfügbaren Plätze, die Zahl der Beschäftigten sowie die der betreuten Pflegebedürftigen deutlich erhöht (vgl. Tab. 2). Im Bundesdurchschnitt gab es im Jahr 2007 etwa 24 Prozent mehr Pflegeheime und angebotene Plätze als 1999 sowie 37 Prozent mehr Pflege- und

Betreuungspersonal. Im Bundesdurchschnitt wurden 1999 bzw. 2007 jeweils 73 bzw. 72 Plätze je Pflegeheim angeboten, die Entwicklung in den einzelnen Bundesländern stellte sich durchaus unterschiedlich dar (vgl. Tab. 2 und Abb. 5). Sachsen hatte die höchste Zuwachsrate (59 Prozent) bei der Zahl der stationären Pflegeeinrichtungen, mit 33 Prozent die zweithöchste bei der Schaffung neuer Heimplätze sowie die dritthöchste Zuwachsrate beim Pflege- und Betreuungspersonal mit 64 Prozent.

Die Zahl der betreuten Pflegebedürftigen je Pflege- und Betreuungspersonal hat sich in allen Bundesländern verringert. Inwieweit diese Veränderung auf die zunehmende Teilzeitarbeit zurückzuführen ist oder auch auf einen erhöhten zeitlichen Pflegebedarf schließen lässt, konnte anhand der vorliegenden Daten nicht ermittelt werden.

Ausblick

Pflegebedürftigkeit kann in allen Lebensabschnitten – vom Kindesalter über das junge und mittlere Erwachsenenalter bis zum höheren Alter – eintreten. Das Risiko der Pflegebedürftigkeit bleibt über die ersten sechs Lebensjahrzehnte konstant niedrig und steigt danach deutlich an. Zwar ist höheres Lebensalter nicht zwingend mit Pflegebedürftigkeit verbunden, aber die gesundheitlichen Risiken steigen erheblich an. In Anbetracht der demografischen Entwicklung gewinnt diese Tatsache zunehmende Bedeutung. Mit den Daten der Pflegestatistiken, die bundesweit seit 1999 in zweijährigem Rhythmus erhoben werden, steht umfangreiches Datenmaterial bereit, das über den Stand und die Entwicklung des Pflegebereiches Auskunft gibt. Der vorliegende Beitrag befasste sich mit den Eckzahlen der Pflegestatistik seit 1999, eine detaillierte Analyse insbesondere der Pflegebedürftigkeit im Alter wurde im Rahmen des Seniorenberichts des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales erarbeitet. [3]

Dr. Beatrice Mensch, Referatsleiterin Datenerhebung Bevölkerung, Soziales, öffentliche Finanzen
Angela Kürschner, Fachverantwortliche Gesundheitseinrichtungen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Verordnung zur Durchführung einer Bundesstatistik über Pflegeeinrichtungen sowie über die häusliche Pflege, Pflegestatistik-Verordnung (PflegeStatV) vom 24. November 1999 (BGBl. I S. 2282)
- [2] Gesundheitsberichterstattung des Bundes im Internet: <http://www.gbe-bund.de/>
- [3] http://www.familie.sachsen.de/download/Saechsischer_Seniorenbericht_2009.pdf

Sächsische Kultureinrichtungen im Spiegel der Statistik

Vorbemerkung

Sachsen hat eine einzigartige Kulturlandschaft mit einer Vielzahl von kulturellen Einrichtungen. Der Erhalt und die Weiterentwicklung der kulturellen Infrastruktur in Sachsen sind von besonderer Bedeutung. Seit 1994 hat der Freistaat Sachsen mit dem Kulturraumgesetz [1] als einziges Bundesland die Kulturpflege zur Pflichtaufgabe der Gemeinden und Landkreise erhoben. Danach wird das Kulturland Sachsen in fünf ländliche Kulturräume als Zweckverbände unterteilt, die die Förderung von kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen mit regionaler Bedeutung zur Aufgabe haben. Daneben existieren als urbane Kulturräume die drei Kreisfreien Städte Chemnitz, Leipzig und Dresden. Zur Umsetzung dieser Aufgabe erheben die Kulturräume von ihren Mitgliedern eine Kulturumlage. Darüber hinaus erhalten sie jährlich seit 2005 vom Freistaat eine Zuweisung in Höhe von 86,7 Millionen €.

Ein statistischer Gesamtüberblick über das kulturelle Leben in Sachsen ist nicht vorhanden. Für die Erhebung der Daten zu kulturellen Einrichtungen hat die amtliche Statistik keine rechtliche Grundlage. Die Entwicklung einer bundeseinheitlichen Kulturstatistik wurde im Schlussbericht von der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ [2] der Bundesregierung empfohlen. Einen Einstieg in die statistische Berichterstattung über Kultur stellte die vom Statistischen Bundesamt 2008 herausgegebene Publikation „Kulturindikatoren auf einen Blick – ein Ländervergleich“ [3] dar.

Der folgende Beitrag fasst die kulturspezifischen Daten ausgewählter sächsischer Kultureinrichtungen zusammen, die als Tabellenmaterial von verschiedenen kulturellen Institutionen jährlich dem Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellt werden. Sie folgen weder einer einheitlichen Terminologie noch liegt ihnen eine gemeinsame Methodo-

logie zugrunde. Sie dienen in erster Linie dem internen Gebrauch der jeweiligen Institution und dementsprechend ist auch die Methodik ausgerichtet. Der Beitrag strebt neben der Darstellung von absoluten Zahlen einen bundesweiten Vergleich über Indikatoren an. Dazu wurden Angaben von öffentlichen Bibliotheken und Theatern sowie Museen und Kinos aus verschiedenen Quellen übernommen.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist der Kulturtourismus zu beachten. Die Besucher der kulturellen Einrichtungen stammen nicht nur aus Sachsen, sondern auch aus anderen Ländern.

Öffentliche Bibliotheken

Die Bevölkerung aller Alters- und Sozialschichten in Sachsen kann ein flächendeckendes Netz von leistungsfähigen öffentlichen Bibliotheken nutzen. Diese Einrichtungen dienen mit ihrer Medienvielfalt neben der Unterhaltung besonders der Wissensvermittlung im Rahmen des lebenslangen Lernens. Die Daten stellt die Sächsische Landesfachstelle für Bibliotheken, die der Landesdirektion Chemnitz zugeordnet ist, zur Verfügung. Sie ist verantwortlich für die Bearbeitung der Deutschen Bibliotheksstatistik (DBS) [4] für den Bereich öffentliche Bibliotheken des Freistaates Sachsen. Die DBS ist die einzige Statistik, die alle wichtigen Kennzahlen in den Bereichen Ausstattung, Bestand, Entleihungen, Ausgaben, Finanzen und Personal der Öffentlichen und Wissenschaftlichen Bibliotheken Deutschlands enthält. Die Erstellung der Statistik gehört zu den Aufgaben des von der Kultusministerkonferenz geförderten „Kompetenznetzwerks für Bibliotheken“ [5] und wird vom Hochschulbibliothekszenrum des Landes Nordrhein-Westfalen in Köln technisch und redaktionell be-

Tab. 1 Öffentliche Bibliotheken¹⁾ in Sachsen 2003 bis 2008

Jahr	Zahl der Bibliotheken	Medienbestand		Aktive Benutzer		Entleihungen	
		absolut	je 1 000 Einwohner	absolut	je 1 000 Einwohner	absolut	je Einwohner
		1 000				1 000	
2003	617	8 632	1 998	411 415	95	20 908	4,8
2004	594	8 743	2 035	392 808	91	21 424	5,0
2005	540	8 705	2 037	381 248	89	21 737	5,1
2006	533	8 745	2 058	361 447	85	21 771	5,1
2007	535	8 666	2 054	358 567	85	22 108	5,2
2008	532	8 571	2 044	380 347	91	22 617	5,4

1) Einbezogen sind alle öffentlichen Bibliotheken, sofern sie die erfragten Daten gemeldet haben.

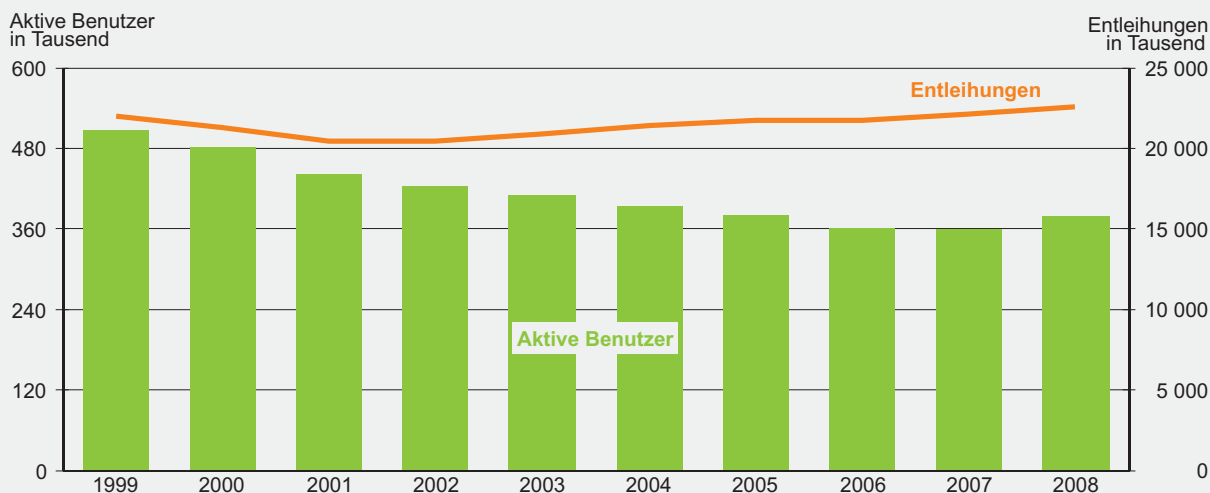
Quelle: Sächsische Landesfachstelle für Bibliotheken, Chemnitz

Tab. 2 Öffentliche Bibliotheken¹⁾ in Sachsen 2008 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis Direktionsbezirk Land	Anzahl	Aktive Benutzer	Medienbestand 1 000	Entleihungen	je Einwohner	
					Medienbestand	Entleihungen
Chemnitz, Stadt	1	29	445	2 086	1,8	8,5
Erzgebirgskreis	80	34	770	1 244	2,0	3,3
Mittelsachsen	84	27	816	1 400	2,4	4,2
Vogtlandkreis	37	19	532	850	2,1	3,4
Zwickau	34	27	602	1 317	1,7	3,8
Direktionsbezirk Chemnitz	236	136	3 165	6 897	2,0	4,4
Dresden, Stadt	1	68	778	5 437	1,5	10,7
Bautzen	73	32	906	1 711	2,7	5,2
Görlitz	51	23	839	1 232	2,9	4,3
Meißen	25	20	403	813	1,6	3,2
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	41	28	549	985	2,1	3,8
Direktionsbezirk Dresden	191	171	3 475	10 178	2,1	6,2
Leipzig, Stadt	1	35	860	3 687	1,7	7,2
Leipzig	48	20	615	1 093	2,3	4,0
Nordsachsen	56	18	456	762	2,2	3,6
Direktionsbezirk Leipzig	105	73	1 931	5 542	1,9	5,6
Sachsen	532	380	8 571	22 617	2,0	5,4

1) Einbezogen sind alle öffentlichen Bibliotheken, sofern sie die erfragten Daten gemeldet haben.

Quelle: Sächsische Landesfachstelle für Bibliotheken, Chemnitz

Abb. 1 Aktive Benutzer und Entleihungen an öffentlichen Bibliotheken¹⁾ 1999 bis 2008

1) Einbezogen sind alle öffentlichen Bibliotheken, sofern sie die erfragten Daten gemeldet haben.

Quelle: Sächsische Landesfachstelle für Bibliotheken

treut.

Jährlich leiht jeder Einwohner durchschnittlich fünf Medien aus

Rund 22,6 Millionen Entleihungen wurden in öffentlichen Bibliotheken in Sachsen 2008 registriert (vgl. Tab. 1 und Abb. 1). Dazu gehören neben den klassischen Printmedien auch Non-Book-Medien. Das sind Tonträger, audiovisuel-

le und elektronische Medien sowie Spiele. Bezogen auf die Bevölkerung hatte damit rechnerisch jeder Einwohner 5,4 Medien in öffentlichen Bibliotheken ausgeliehen. Seit 2003 stieg die Zahl der Entleihungen um 8,2 Prozent und die der Entleihungen je Einwohner um 12,5 Prozent an. Vergleichszahlen für Deutschland für das Jahr 2006 liefert die Veröffentlichung „Kulturindikatoren auf einen Blick

– ein Ländervergleich“. [3] Sachsen belegte unter den Flächenländern Deutschlands 2006 – unter Einbeziehung aller Bibliotheksarten – mit einem Wert von 6,7 entliehenen Medien je Einwohner den ersten Rang. Durchschnittlich entlieh jeder Bundesbürger 2006 fünf Bücher oder andere Medienprodukte aus.

Mehr als 380 000 Personen nutzten in den Städten und Gemeinden 2008 die öffentlichen Bibliotheken. Das bedeutet, dass von 1 000 Einwohnern 91 Personen als aktive Leser bzw. Benutzer in der Bibliothek registriert waren. Fünf Jahre zuvor waren es noch 95 Personen. In den letzten Jahren standen knapp neun Millionen Medien in den öffentlichen Bibliotheken der Bevölkerung zur Verfügung. Das waren rund zwei Medien pro Einwohner.

Bei regionaler Betrachtung sind Unterschiede in der Ausstattung und Nutzung der Einrichtungen zwischen den Landkreisen und Kreisfreien Städten zu erkennen (vgl. Tab. 2). Bezogen auf die Bevölkerung ist in der Stadt Görlitz der umfangreichste Bestand anzutreffen. 2008 waren hier 2,9 Medien je Einwohner vorhanden. Die Bibliotheken der Stadt Dresden verzeichneten zwar das schmalste Angebot in dieser Beziehung mit 1,5 Medien je Einwohner, stehen aber mit Abstand an der

Spitze bei den Entleihungen mit 10,7 je Einwohner.

Öffentliche Theater

Sachsen ist ein international bekanntes Theaterland mit langer ununterbrochener Tradition. Zu den berühmtesten Häusern in Sachsen zählen die beiden Musiktheater – die Sächsische Staatsoper (Semperoper) und die Oper Leipzig. Nach den gesellschaftlichen Umbrüchen am Anfang der 1990er Jahre ist es „in vorbildlicher Weise gelungen, das flächendeckende Netz an Theatern nicht nur vollständig zu erhalten, sondern fest in der Gesellschaft zu verankern“. [6]

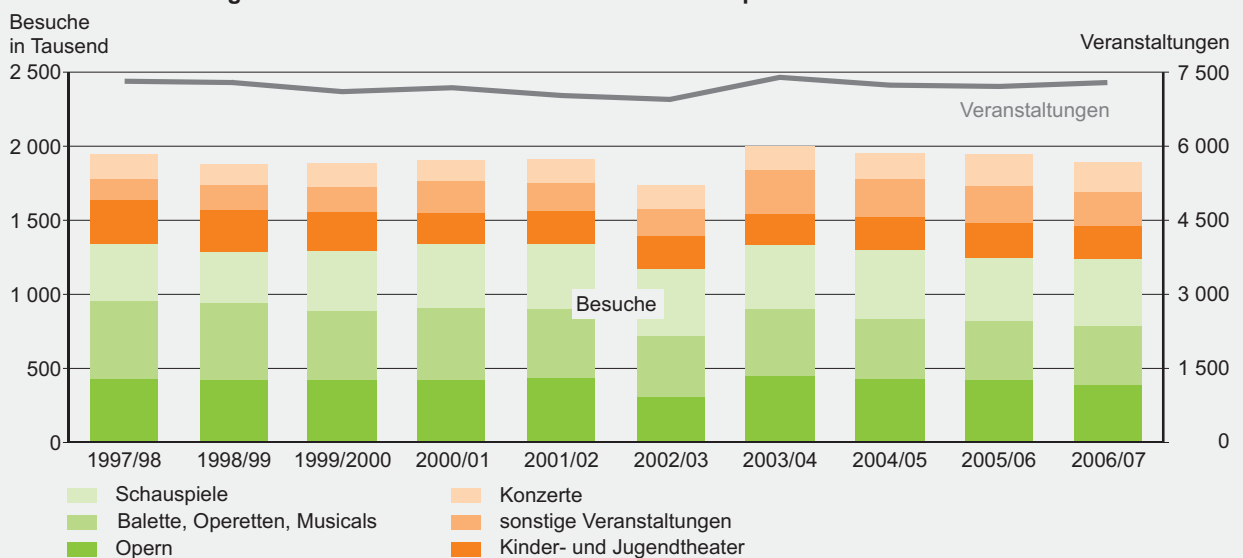
Einen Überblick über die wichtigsten Daten der Theater und Kulturorchester Deutschlands enthält die Theaterstatistik des Deutschen Bühnenvereins. Dieser Bundesverband der Theater und Orchester veröffentlicht Angaben über seine Mitglieder. [7] Die Statistik des Deutschen Bühnenvereins liefert jährlich auch für den öffentlich getragenen Bereich von Sachsen eine nahezu vollständige Abbildung des Bestands. Zu jedem einzelnen Theaterunternehmen werden Angaben zu Veranstaltungen, Besuchern, Perso-

Tab. 3 Öffentliche Theater in Sachsen in den Spielzeiten 2003/04 bis 2006/07

Spielzeit	Anzahl	Spielstätten	Veranstaltungen	Besuche		Zuschüsse und Zuweisungen in 1 000 €
				insgesamt	je 1 000 Einwohner	
2003/04	15	66	7 394	1 997 876	464	211 198
2004/05	15	74	7 251	1 951 770	455	199 482
2005/06	15	72	7 216	1 949 659	457	202 877
2006/07	15	74	7 283	1 890 660	446	203 234

Quelle: Deutscher Bühnenverein - Bundesverband der Theater und Orchester, Köln

Abb. 2 Veranstaltungen und Besuche öffentlicher Theater in den Spielzeiten 1997/98 bis 2006/07



Quelle: Deutscher Bühnenverein - Bundesverband der Theater und Orchester, Köln

nal, Einnahmen und Ausgaben, Preisen sowie Angaben zum Theaterbetrieb selbst dargestellt.

Hohes Niveau der Besuchszahlen in den letzten Jahren stabil

In der Spielzeit 2006/07 gab es in Sachsen 15 öffentliche getragene Theater mit 74 Spielstätten (vgl. Tab. 3). Damit lag Sachsen im bundesdeutschen Ländervergleich an dritter Stelle nach Nordrhein-Westfalen mit 25 und Bayern mit 20 Theaterunternehmen. In den letzten Jahren ist den sächsischen Theatern das Publikum treu geblieben. Seit der Spielzeit 2003/04 besuchten knapp zwei Millionen Zuschauer jährlich die Veranstaltungen der öffentlichen Theater. Bezogen auf die Bevölkerung errechneten sich damit für Sachsen aktuell 446 Besuche je 1 000 Einwohner. Deutschlandweit wurde für die Theatersaison 2005/06 – für die öffentlichen und privaten Bühnen – ein Wert (teilweise über Schätzung) von 422 ermittelt und für Sachsen von 558. [3] Von den Flächenländern erreichten nur Sachsen und Baden-Württemberg (466) Werte, die über dem Bundesdurchschnitt lagen.

Ein wesentlicher Grund für den Erhalt des gleichbleibenden hohen Niveaus der Besuchszahlen in Sachsen liegt in

der Aufrechterhaltung des Veranstaltungsangebotes von jährlich über 7 000 Veranstaltungen (vgl. Abb. 2). Die am meisten besuchten Sparten waren in der Spielzeit 2006/07 das Schauspiel mit 451 000 Zuschauern, gefolgt von der Oper mit 383 000 und den Kinder- und Jugendtheatern mit 227 000. Das Kulturraumgesetz konnte seit der Einführung zum Erhalt der flächendeckenden Ausstattung Sachsens mit Theatern einen wichtigen Beitrag liefern. Die jährlichen Zuschüsse der öffentlichen Hand betragen 203 Millionen € und sind seit der Spielzeit 2003/04 um vier Prozent zurückgegangen.

Museen

Sachsen gehört mit rund 400 Museen zu den museumsreichsten Ländern Deutschlands. Unter den registrierten Museen haben die einstigen kurfürstlich-königlichen Sammlungen in Dresden Weltbedeutung. Ebenso ist die sächsische Museumslandschaft geprägt von den reichen Traditionen und dem

Tab. 4 Museen, Besuche und Ausstellungen in Sachsen 2003 bis 2007

Jahr	Museen		Besuche ¹⁾		Ausstellungen
	insgesamt	darunter mit Angaben zu Besuchszahlen	insgesamt	je Einwohner	
			1 000		
2003	373	315	7 319	1,7	782
2004	379	320	7 659	1,8	819
2005	384	308	7 795	1,8	843
2006	389	326	7 785	1,8	910
2007	391	320	8 131	1,9	879

1) Besuchszahlen liegen nicht von allen Museen vor.

Quelle: Institut für Museumsforschung der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz, Berlin

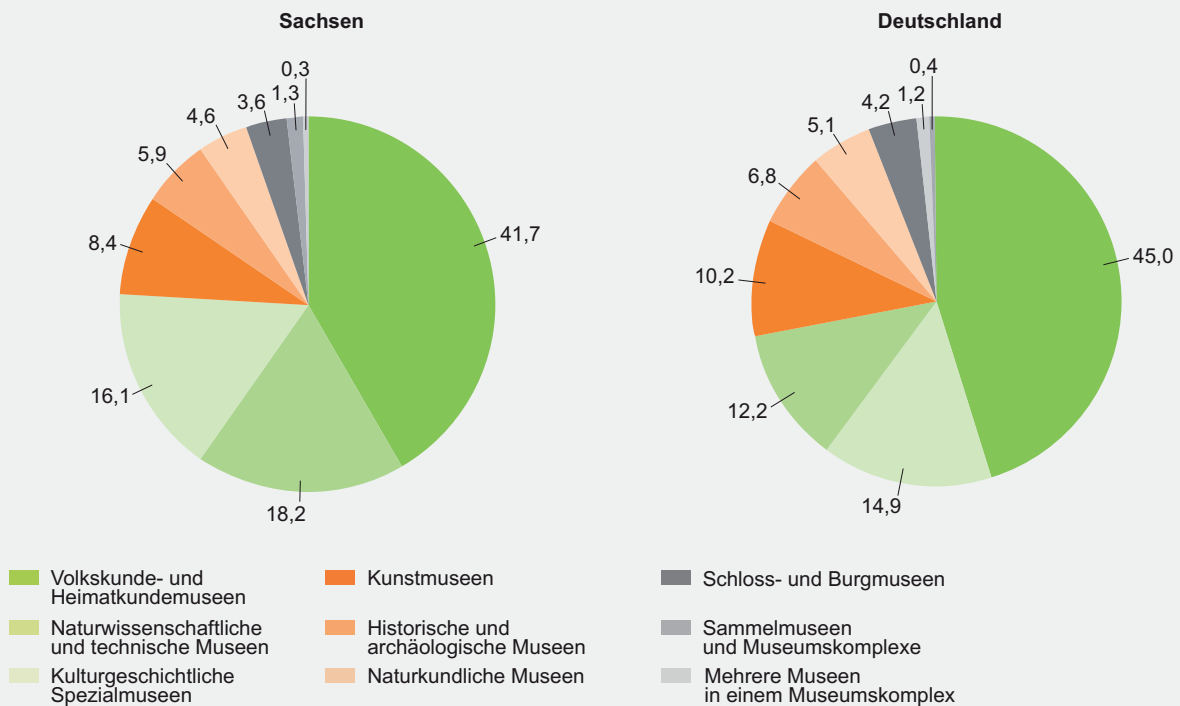
Tab. 5 Museen und Besuche in Sachsen 2007 nach Museumsarten

Museumsart	Museen		Besuche ¹⁾	
	insgesamt	darunter mit Angaben zu Besuchszahlen	insgesamt	je Museum
			1 000	
Volkskunde- und Heimatkundemuseen	163	134	1 017	7,6
Naturwissenschaftliche und technische Museen	71	54	1 227	22,7
Kulturgeschichtliche Spezialmuseen	63	53	719	13,6
Kunstmuseen	33	26	2 481	95,4
Historische und archäologische Museen	23	19	1 278	67,3
Naturkundliche Museen	18	15	420	28,0
Schloss- und Burgmuseen	14	13	757	58,2
Mehrere Museen in einem Museumskomplex	5	5	221	44,2
Sammelmuseen mit komplexen Beständen	1	1	12	11,5
Insgesamt	391	320	8 131	25,4

1) Besuchszahlen liegen nicht von allen Museen vor.

Quelle: Institut für Museumsforschung der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz, Berlin

Abb. 3 Museen 2007 nach Museumsarten
in Prozent



Quelle: Institut für Museumsforschung der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz, Berlin

vorzüglichen Bestand, die ihren Ursprung in den Sammlungen der sächsischen Hochschulen und dem Sammlerfleiß des sächsischen Bildungsbürgertums haben. Elf museale Einrichtungen Sachsens sind im sogenannten Blaubuch der Bundesregierung enthalten. Darunter befinden sich z. B. die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden, das Grassi-Museum in Leipzig und die Kunstsammlungen in Chemnitz.

Mit 1,9 Museumsbesuchen je Einwohner Spitzenposition bei den Flächenländern

Daten über die Museen erfasst das Institut für Museumsforschung (IfM) der Staatlichen Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz. Die jährlichen Erhebungen liefern Angaben zu öffentlich zugänglichen und nicht kommerziell ausgerichteten musealen Einrichtungen, bei denen eine Sammlung von Objekten mit kultureller, historischer oder allgemein wissenschaftlicher Zielrichtung vorhanden ist. Im Jahr 2007 schrieb das IfM insgesamt 391 sächsische Museen an. [8] Die Rücklaufquote betrug 86 Prozent. Von den 337 Museumseinrichtungen, die geantwortet haben, meldeten 320 Besuchszahlen (82 Prozent der Gesamtzahl). In diesen Einrichtungen wurden insgesamt 8,1 Millionen Besuche gezählt (vgl. Tab. 4). Im Vergleich zu 2003 ist die Besuchszahl um elf Prozent gestiegen. Werden die Besuchszahlen in Relation zu den Einwohnern in dieser Zeit betrachtet, so ergibt sich rechnerisch eine leichte Steigerung von 1,7 auf 1,9 Besuche je Einwohner. In Deutschland besuchte im Jahr 2006 jeder Einwohner im Durchschnitt 1,2-mal ein Museum. Sachsen lag 2006 nach den beiden

führenden Stadtstaaten Berlin und Bremen mit 3,5 bzw. 2,3 Besuchen je Einwohner auf den dritten Platz (1,8). Bundesweit ist eine ähnliche Ausrichtung der Museenlandschaft wie in Sachsen anzutreffen. Die Gruppe der Volks- und Heimatkundemuseen dominieren sowohl in Deutschland als auch in Sachsen, allerdings ist der sächsische Anteil etwas kleiner. Dafür sind in Sachsen die naturwissenschaftlichen und technischen Museen sowie die kulturgeschichtlichen Spezialmuseen stärker vertreten (vgl. Abb. 3). Die höchsten Besuchszahlen in Sachsen weisen aber mit 2,5 Millionen Besuchen (31 Prozent) die Kunstmuseen aus (vgl. Tab. 5).

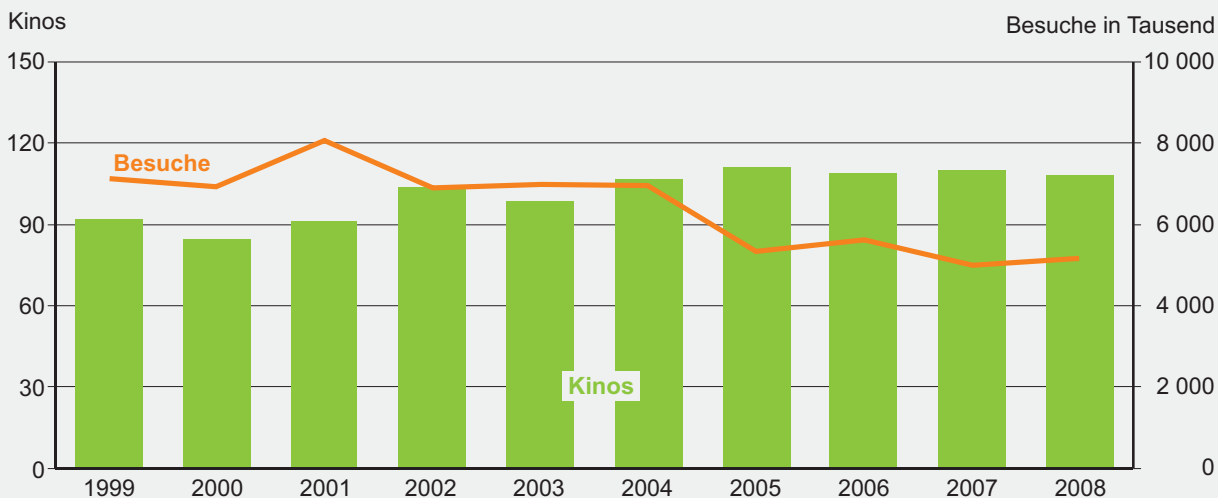
Kino

Für die Freizeitgestaltung vor allem der Jugend sind die Kinos bedeutsam. Die Filmförderungsanstalt Berlin [9] stellt jährlich Angaben zur Anzahl der Kinos, der Kinosäle, der Plätze, Besucher sowie zur Höhe des Umsatzes und des durchschnittlichen Eintrittspreises für Sachsen insgesamt zur Verfügung. Tiefer regional gegliedert werden keine Angaben bereitgestellt, die Rückschlüsse auf den Umsatz geben.

Sachsen sind nicht die eifrigsten Kinobesucher mit 1,2 Kinobesuchen pro Einwohner

In Sachsen gab es 2008 insgesamt 108 Spielstätten mit

Abb. 4 Kinos und Besuche 1999 bis 2008



Quelle: Filmförderungsanstalt, Berlin

265 Kinosälen, in denen über 44 000 Plätze angeboten wurden (vgl. Tab. 6 und 7). Die Städte Dresden und Leipzig sind in Sachsen die Kinohochburgen. Der durchschnittliche Eintrittspreis in Sachsen betrug 5,75 € und war damit um 0,39 € niedriger als der Bundesdurchschnitt. 2008 besuchten rund 5,2 Millionen Personen die sächsischen Filmtheater. Im Vorjahr war die Zahl der Besuche auf den tiefsten Stand seit 1994 zurückgegangen und kam knapp unter der 5-Millionen-Marke an (vgl. Abb. 4). Dagegen war

das Jahr 2001 sowohl für Sachsen als auch für Deutschland ein Rekordjahr. Damals strömten in Sachsen 8,1 Millionen Personen in die Kinos und in Deutschland waren es 178 Millionen (2008: 129 Millionen).

Bezogen auf die Bevölkerung wurden 2008 für Sachsen 1,2 Kinobesuche je Einwohner ermittelt. Überdurchschnittliche Werte erreichten die Städte Dresden und Leipzig mit 3,3 und 2,3 Besuchen je Einwohner. In Deutschland ging jeder Einwohner rechnerisch 1,6-mal ins Kino. Damit liegt

Tab. 6 Kinos, Kinosäle und Plätze 2008 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis Direktionsbezirk Land	Kinos	Kinosäle	Plätze ¹⁾
Chemnitz, Stadt	8	30	5 310
Erzgebirgskreis	9	17	2 047
Mittelsachsen	5	16	2 075
Vogtlandkreis	7	16	2 244
Zwickau	8	20	3 053
Direktionsbezirk Chemnitz	37	99	14 729
Dresden, Stadt	20	58	12 035
Bautzen	8	15	2 866
Görlitz	13	20	2 741
Meißen	5	14	2 071
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	6	11	1 174
Direktionsbezirk Dresden	52	118	20 887
Leipzig, Stadt	13	40	7 384
Leipzig	4	6	754
Nordsachsen	2	2	348
Direktionsbezirk Leipzig	19	48	8 486
Sachsen	108	265	44 102

1) ohne Open Air

Quelle: Filmförderungsanstalt Berlin

Tab. 7 Kinos in Sachsen 2003 bis 2008

Jahr	Anzahl	Kinosäle	Plätze ¹⁾		Besuche		Umsatz	Durchschnittlicher Eintrittspreis
			absolut	je 1 000 Einwohner	1 000	je Einwohner	1 000 €	€
2003	99	259	48 525	11,2	6 978	1,6	36 639	5,25
2004	107	263	45 780	10,6	6 972	1,6	36 901	5,29
2005	111	265	45 472	10,6	5 339	1,2	28 985	5,43
2006	109	263	44 924	10,6	5 634	1,3	31 520	5,59
2007	110	263	43 775	10,3	4 992	1,2	28 246	5,66
2008	108	265	44 102	10,5	5 180	1,2	29 765	5,75

1) ohne Open Air

Quelle: Filmförderungsanstalt Berlin

Sachsen – wie auch alle anderen neuen Bundesländer – unter dem Bundesdurchschnitt.

Fazit

Öffentliche Bibliotheken und Theater, Museen und Kinos sind von besonderer Bedeutung in der vielfältigen Kulturlandschaft Sachsens. Mit ihren reichen Angeboten sind sie zugleich Bildungs-, Informations-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Jedes Jahr werden durch diese Kulturstätten viele Gäste und Besucher nach Sachsen gelockt. Das kulturelle Potenzial ist somit ein wichtiger Faktor für die Tourismusbranche. „Vor allem Dresden und Leipzig sind bereits heute Magnete für Kulturinteressierte.“ [10]

Im bundesweiten Vergleich nimmt Sachsen eine beachtliche Position ein. So verzeichnete der Freistaat 2005 mit 155,40 € je Einwohner die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur in Deutschland. [3] Bei den ausgewählten Indikatoren zu den kulturellen Einrichtungen reiht sich Sachsen auch jeweils in der Spitzengruppe Deutschlands – außer bei den Kinos – ein. Insbesondere ragen die an der Bevölkerung gemessenen Zahlen der Entleihungen in Bibliotheken und der Besuche in Theatern und Museen durch den ersten Rang unter den Flächenländern heraus.

Leider sind die Kulturstatistiken in Deutschland nicht in das System der amtlichen Statistiken integriert. Heterogenität, Inkompatibilität sowie unterschiedliche Abgrenzungen und Qualität bestimmen die Datensammlungen im kulturellen Bereich. In Hinblick auf eine professionelle Unterstützung der Kulturpolitik der Länder und des Bundes ist die Verbesserung der kulturstatistischen Arbeit eine wesentliche Voraussetzung.

Felicitas Klemm, Dipl.-Ing.,
Referentin Analyse Bildung, Kultur, Rechtspflege

Marion Patera, Verwaltungsfachangestellte,
Sachbearbeiterin, Referentenbereich Analyse Bildung,
Kultur, Rechtspflege

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Gesetz über die Kulturräume in Sachsen (Sächsisches Kulturräumengesetz – SächsKRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 2008 (SächsGVBl. S. 539)
- [2] Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode: Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, Drucksache 16/7000, S. 435ff, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/070/1607000.pdf>
- [3] Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Kulturindikatoren auf einen Blick – Ein Ländervergleich, Ausgabe 2008
- [4] Deutsche Bibliotheksstatistik – Hochschulbibliothekszentrum Nordrhein-Westfalen, <http://www.hbz-nrw.de/angebote/dbs/>
- [5] Kompetenznetzwerk für Bibliotheken, <http://www.bibliotheksportal.de/hauptmenue/wir-ueber-uns/kompetenznetzwerk/>
- [6] Zimmermann, R., Hampe, C., Lettmann, R., Ohlau, J. U., Stiska, R.: Gutachten, Theater und Orchester im Freistaat Sachsen – Bestandsaufnahme und Empfehlungen zur weiteren Entwicklung. Kulturstiftung des Freistaates Sachsen, 2007, http://www.smwk.sachsen.de/download/Gutachten_TuO.pdf
- [7] Söndermann; M.: Theaterstatistik 2006/2007. 42. Heft, Deutscher Bühnenverein Bundesverband der Theater und Orchester, Köln 2008,
- [8] Staatliche Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz Institut für Museumsforschung: Heft 62, Statistische Gesamterhebung an den Museen der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 2007, Berlin 2008
- [9] Filmförderungsanstalt, Berlin, <http://www.ffa.de>
- [10] Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode: Tourismuspolitischer Bericht der Bundesregierung, Drucksache 16/8000, S. 7, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/080/1608000.pdf>

Gemüseanbauerhebung 2008

Vorbemerkungen

Im August 2008 wurde bundesweit die allgemeine Gemüseanbauerhebung in den Gartenbau- und landwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt. Diese Befragung erfolgt alle vier Jahre und wurde in Sachsen, wie in allen neuen Ländern, erstmals 1992 durchgeführt. Dabei meldeten die Betriebe Grund- und Anbauflächen bei Gemüse, Anbauflächen bei Erdbeeren sowie Anzuchtflächen von Jungpflanzen. In den Zwischenjahren werden nur die Anbauflächen von Gemüse und Erdbeeren erhoben.

Die Ergebnisse der Gemüseanbauerhebung dienen zur Berechnung und Vorausschätzung der Erntemengen und sind Grundlage für die Erstellung von Versorgungsbilanzen. Weiterhin stellen die gewonnenen Daten eine wichtige Entscheidungshilfe für Wirtschaft und Politik dar.

Rechtsgrundlagen und Methodik

Die Durchführung der Gemüseanbauerhebung 2008 ist gesetzlich geregelt durch das Agrarstatistikgesetz [1] in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz [2] und der EU-Verordnung über die Datenlieferung zu pflanzlichen Erzeugnissen außer Getreide. [3]

Bei der Gemüseanbauerhebung wurden alle Betriebe befragt, die Gemüse, Erdbeeren oder deren jeweilige Jungpflanzen anbauen und über eine landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)¹⁾ von mindestens zwei Hektar verfügen oder mindestens eine der nachstehend aufgeführten unteren Erfassungsgrenzen erreichen oder überschreiten:

- jeweils 30 Ar bestockter Rebfläche oder Obstfläche, auch wenn sie nicht im Ertrag stehen, oder Hopfen oder Tabak oder Baumschulen oder Gemüseanbau im Freiland oder Blumen- und Zierpflanzenanbau im Freiland oder Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen oder Gartenbausämereien für Erwerbszwecke,
- jeweils drei Ar Anbau unter Glas von Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen für Erwerbszwecke,
- jeweils acht Rinder oder Schweine oder 20 Schafe oder jeweils 200 Lege- oder Junghennen oder Schlacht-, Masthähne, -hühner und sonstige Hähne oder Gänse, Enten und Truthühner.

Die Gemüseanbauerhebung erfasst Grund- und Anbauflächen, auf denen Gemüse und Erdbeeren zum Verkauf angebaut werden, untergliedert nach Pflanzengruppen und -arten, Kulturformen sowie Arten der Eindeckung. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um Eigentums- oder Pachtflächen handelt und ob der Anbau im Haupt- oder Nebenerwerb erfolgt. Nicht als Gemüse gelten Heil- und

Gewürzpflanzen und Kohlrüben für Futterzwecke sowie Flächen zur Samengewinnung.

Grundflächen sind Flächen, die im Kalenderjahr länger für den Gemüseanbau als für andere Kulturen genutzt wurden oder durch die Gemüseerzeugung einen höheren monetären Ertrag erbracht hatten. Zur Grundfläche gehörten auch Flächen für Jungpflanzenanzucht sowie Verkaufsfächen, soweit diese nicht überwiegend das ganze Jahr als Verkaufsfächen genutzt wurden. Die Mehrfachnutzung gleicher Flächen bleibt unberücksichtigt.

Anbauflächen enthalten die Mehrfachnutzung durch Vor-, Zwischen- und Nachkulturen überwiegend für den Gemüseanbau genutzten Flächen. Der gesamte Anbau, auch die im Wechsel mit landwirtschaftlichen Feldfrüchten für Gemüse und Erdbeeren genutzten Flächen ist einzubeziehen. Dabei sind bereits abgeerntete Flächen und noch beabsichtigter Anbau erfragt. Stehen mehrere Arten auf derselben Fläche und erfolgt die Verkaufsreife der verschiedenen Arten in größerem Abstand nacheinander, so dass jede Art in erntefähigem Zustand die ganze Fläche beansprucht, so wird die volle Fläche bei jeder Art nachgewiesen. Stehen mehrere Arten gleichzeitig auf derselben Fläche und erfolgt die Verkaufsreife gleichzeitig, so wurden die Flächen anteilmäßig auf die beteiligten Arten aufgeteilt.

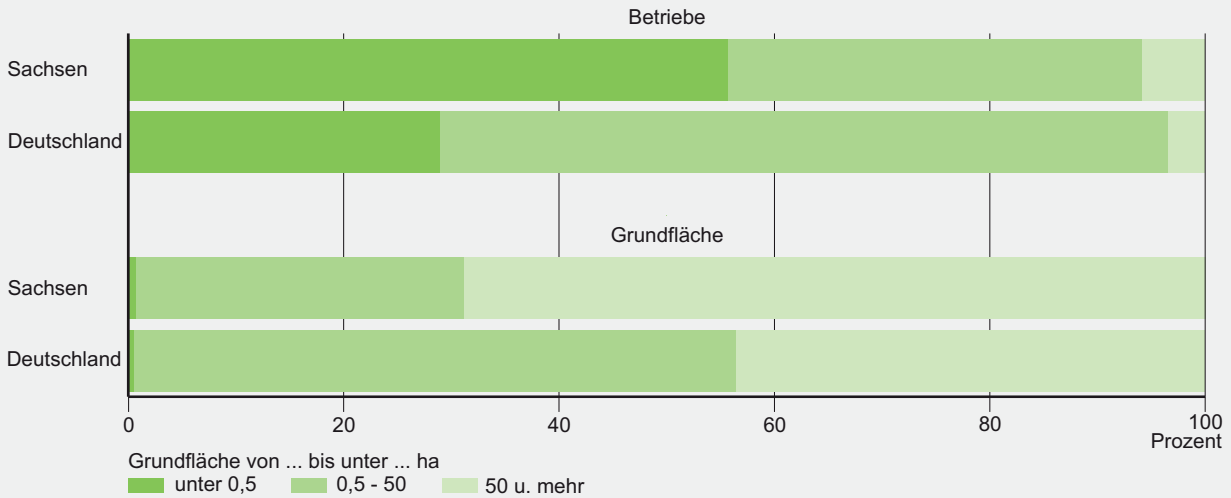
Unterglasanlagen umfassen feststehende und bewegliche Gewächshäuser mit Eindeckung aus Glas, festem oder flexiblem Kunststoff sowie begehbare Folientunnel.

Ergebnisse der allgemeinen Gemüseanbauerhebung 2008

Im Jahr 2008 verfügten im Freistaat Sachsen 411 Betriebe über 3 990 Hektar Grundfläche für den Anbau von Gemüse zum Verkauf. Von diesen Betrieben haben aber nur 398 im Jahr 2008 tatsächlich Gemüse angebaut und geerntet. 13 Betriebe befassten sich ausschließlich mit Jungpflanzenanzucht. Von der Grundfläche entfielen 3 938 Hektar (98,7 Prozent) auf das Freiland und 52 Hektar auf Flächen unter Glas. Neun Hektar der Grundfläche wurden für die Anzucht von Gemüsejungpflanzen genutzt. Gegenüber 2004, dem Zeitpunkt der vorangegangenen allgemeinen Gemüseanbauerhebung, wurden 37 Gemüseanbaube-

1) Fläche, die zur Erzeugung pflanzlicher landwirtschaftlicher Produkte genutzt wird. Hierzu zählen folgende Nutzungsarten: Ackerland, Dauergrünland, Gartenland, Obstanlagen, Baumschulen, Rebland, Korbweiden- und Pappelanlagen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes.

Abb. 1 Grundflächen und Betriebe nach Größenklassen für Sachsen und Deutschland



Tab. 1 Gemüseanbaubetriebe und deren Grundflächen 2004 und 2008 (ohne Erdbeeren)

Grundfläche	Merkmal	Sachsen	
		Betriebe	Fläche in ha
Grundfläche insgesamt	2008	411	3 989,8
	2004	374	4 464,1
	Veränderung		
	absolut	37	- 474,2
	%	9,9	- 10,6
und zwar unter Glas	2008	293	51,7
	2004	239	46,5
	Veränderung		
	absolut	54	5,15
	%	22,6	11,07
darunter Jungpflanzenanzucht	2008	102	7,69
	2004	77	5,75
auf dem Freiland	2008	317	3 938,2
	2004	309	4 417,6
	Veränderung		
	absolut	8	- 479,4
	%	2,6	- 10,9
darunter Jungpflanzenanzucht	2008	25	1,6
	2004	12	3,5

Tab. 2 Gemüseanbau 2004 und 2008 nach Größenklassen

Grundfläche von ... bis unter ... ha	Betriebe	Grundfläche	Anteil an	
			Betrieben	Fläche
	Anzahl	ha	%	
2004				
unter 0,5	190	25,49	50,8	0,6
0,5 - 1	41	26,72	11,0	0,6
1 - 5	63	152,20	16,8	3,4
5 - 20	33	355,89	8,8	8,0
20 - 50	20	632,96	5,3	14,2
50 - 100	14	1 017,15	3,7	22,8
100 u. mehr	13	2 253,67	3,5	50,5
Insgesamt	374	4 464,07	100	100
2008				
unter 0,5	229	27,53	55,7	0,7
0,5 - 1	45	29,16	10,9	0,7
1 - 5	54	124,67	13,1	3,1
5 - 20	35	357,56	8,5	9,0
20 - 50	24	705,31	5,8	17,7
50 - 100	14	989,27	3,4	24,8
100 u. mehr	10	1 756,34	2,4	44,0
Insgesamt	411	3 989,83	100	100

triebe oder 9,9 Prozent mehr erfasst. [4] Die Grundfläche dagegen verringerte sich um 474 Hektar oder 10,6 Prozent (vgl. Tab. 1).

Strukturell zeigt sich folgende Entwicklung: Mit einem Anstieg der Betriebszahl um 39 oder 20,5 Prozent ist in der Größenklasse bis unter 0,5 Hektar die stärkste Veränderung gegenüber dem Stand von 2004 zu verzeichnen. Die Auswirkung auf die Fläche in dieser Größenklasse blieb mit einem Anstieg um 2,0 Hektar oder 8,0 Prozent vergleichsweise gering. Der Rückgang um drei Betriebe in der

Größenklasse von 100 und mehr Hektar verursachte dort dagegen eine hohe Flächenabnahme um 497 Hektar. Das entsprach einer Verringerung um 22,1 Prozent in dieser Gruppe und 11,1 Prozent bezogen auf die gesamte Grundfläche (vgl. Tab. 2).

Größenklassen im Vergleich

Vergleicht man die Zahl der sächsischen Betriebe und ihre dazugehörigen Grundflächen mit dem gesamtdeutschen Ergebnis 2008, so ist festzustellen, dass es in Sachsen überdurchschnittlich viele Betriebe in der Größenklas-

se bis unter 0,5 Hektar gibt. Die 229 Unternehmen dieser Größenklasse machten 55,7 Prozent aller Betriebe in Sachsen aus. Das entsprechende Bundesergebnis lag bei 29,0 Prozent. Kein großer Unterschied trat beim Anteil der verfügbaren Grundfläche auf (Bund: 0,6 Prozent; Sachsen: 0,7 Prozent). Somit standen einem sächsischen Gartenbaubetrieb in dieser Größenklasse im statistischen Mittel zwölf Ar zur Verfügung. Der Deutschlanddurchschnitt lag höher bei 19 Ar. In den vier Größenklassen ab 0,5 bis unter 50 Hektar lagen die deutschen Durchschnittswerte deutlich über den sächsischen. Der Anteil der Betriebe kam in Sachsen auf 38,4 Prozent und die zugehörigen Flächen machten 30,5 Prozent aus. Für Deutschland ergaben sich ein Betriebsanteil von 67,6 Prozent und ein Flächenanteil von 56,0 Prozent. In der resultierenden Betriebsgröße zeigten sich kaum Unterschiede (Sachsen: 7,7 Hektar; Deutschland: 7,6 Hektar). Selbst in den Größenklassen innerhalb dieses Bereiches von 0,5 bis unter 50 Hektar differieren die Vergleichsergebnisse nur wenig. Im Bereich der zwei Größenklassen über 50 Hektar waren die sächsischen Betriebe wieder dominierend. 5,8 Prozent aller Betriebe konnten dieser Größenklasse zugeordnet werden. Sie bewirtschafteten einen Grundflächenanteil von 68,8 Prozent. Die mittlere Betriebsgröße lag hier bei 114,4 Hektar. Im Bundesdurchschnitt befanden sich 3,4 Prozent der Betriebe mit 43,5 Prozent der anteiligen Grundfläche in dieser Größenklasse. Die durchschnittliche Betriebsgröße war mit 118,6 Hektar etwas größer als in Sachsen. Insgesamt über alle Größenklassen gesehen lag die durchschnittliche Betriebsgröße in Sachsen bei 9,7 Hektar (zum Vergleich 2004: 11,2 Hektar) und im Bundesgebiet bei 9,2 Hektar (2004: 8,1 Hektar). In Sachsen hat sich somit von 2004 bis 2008 die Betriebsgröße entgegen dem Bundestrend hin zu kleineren Einheiten entwickelt (vgl. Abb. 1).

Gemüseanbau auf dem Freiland

Auf 4 523 Hektar Anbaufläche betrieben 306 Unternehmen Freilandgemüsebau. Die bewirtschaftete Anbaufläche verringerte sich gegenüber 2007 nur unwesentlich um knapp 13 Hektar oder 0,3 Prozent. Zur letzten allgemeinen Erhebung 2004 ist ein Rückgang um rund 230 Hektar oder 4,8 Prozent zu verzeichnen.

Als wichtigste Gemüseart nahm die **Frischerbse** mit 2 287 Hektar Anbaufläche wie schon in den vorangegangenen Jahren über die Hälfte (50,6 Prozent) der sächsischen Gemüseanbaufläche auf dem Freiland ein. Das entspricht etwa der Größe des Vorjahres (plus 0,3 Prozent). Dem Anbau von Frischerbsen widmeten sich 52 Gemüseanbaubetriebe.

Die seit Jahren zweitwichtigste Kultur war auch 2008 die **Grüne Pflückbohne**. Sie wurde von 129 Betrieben auf 437 Hektar angebaut und nahm damit 9,7 Prozent der Gemüseanbaufläche auf dem Freiland ein. Das war geringfügig mehr (1,9 Prozent) als 2007.

Die drittgrößte Anbaufläche nahm die **Zwiebel** ein. Sie wurde auf 402,4 Hektar von 102 Betrieben gepflanzt. Das waren 1,9 Prozent mehr als 2007 und entsprach einem Anteil an der Gesamtanbaufläche von 8,9 Prozent.

Der **Spargel** beanspruchte im Berichtsjahr 307 Hektar – darunter 276 Hektar im Ertrag stehend. Das waren zusammen 6,8 Prozent der sächsischen Gemüseanbaufläche. Damit setzte sich der nach 2005 zu beobachtende Rückgang des Spargelanbaus verstärkt fort. Seit 2005 reduzierte sich die Anbaufläche um 133 Hektar oder 30,2 Prozent. Allein im letzten Jahr nahm sie um gut 87 Hektar oder 22,2 Prozent ab. 2008 bewirtschafteten 28 Betriebe im Ertrag stehende Spargelflächen und elf Betriebe wiesen Flächen aus, die 2008 nicht im Ertrag standen.

Tab. 3 Ausgewählte Anbauflächen von Gemüse auf dem Freiland 1993 bis 2008 (in ha)

Jahr	Frischerbsen	Grüne Pflückbohnen	Speisewiebeln	Spargel	Blumenkohl	Spinat	Kohlrabi	Weißkohl	Möhren und Karotten
1993	284,0	135,0	123,0	50,1	176,0	48,0	18,0	64,0	115,0
1994	319,0	208,0	108,0	21,0	226,0	94,0	22,0	43,0	26,0
1995	929,1	501,3	346,6	72,7	348,2	228,5	53,2	135,9	52,8
1996	1 554,0	472,4	314,5	85,5	407,4	268,3	95,5	139,9	45,1
1997	1 545,6	470,8	258,4	112,4	507,9	359,1	132,5	116,3	72,3
1998	1 685,1	559,2	399,0	120,5	484,6	422,2	120,8	79,5	63,9
1999	1 958,2	375,4	427,5	170,2	441,6	283,2	82,8	111,9	53,0
2000	2 030,9	434,9	306,2	227,1	372,3	270,3	135,8	95,1	45,1
2001	2 271,9	361,5	303,2	332,6	361,9	329,7	115,9	66,2	57,2
2002	2 451,7	366,8	305,6	341,5	338,0	297,5	114,3	72,5	53,9
2003	2 677,7	435,2	351,9	415,5	393,3	257,8	95,3	83,3	72,6
2004	2 495,1	406,4	364,0	422,1	336,1	221,9	92,2	52,6	82,8
2005	2 260,1	390,4	381,5	439,8	306,3	284,9	64,8	62,6	115,1
2006	2 327,5	451,2	392,0	408,2	221,3	201,4	64,0	55,8	47,4
2007	2 282,8	429,1	396,1	394,3	263,9	261,5	94,3	63,0	68,4
2008	2 287,3	437,2	403,8	306,8	283,9	249,1	127,9	71,4	52,8

Für **Blumenkohl** wurde eine Anbaufläche von 284 Hektar genutzt, 7,6 Prozent mehr als vor einem Jahr. Der Anteil an der Gesamtanbaufläche lag bei 6,3 Prozent. 101 Betriebe, d. h. ein Drittel aller im Freiland wirtschaftenden Betriebe befasste sich mit Blumenkohlanbau.

Spinat wurde auf 249 Hektar von 27 Betrieben angebaut. Die Fläche war 4,7 Prozent kleiner als vor einem Jahr, ihr Anteil erreichte 5,5 Prozent und war damit nach der Anbaufläche das sechswichtigste Gemüse im Jahr 2008.

Weiterhin von Bedeutung war der Freilandanbau von **Kohlrabi**. Er wurde von 124 Betrieben auf insgesamt 128 Hektar durchgeführt. Das war eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 35,6 Prozent. Der Flächenanteil lag bei 2,8 Prozent.

70 Betriebe bauten auf 71,4 Hektar **Weißkohl** an. Diese Fläche war um 13,2 Prozent größer als 2007 und nahm 1,8 Prozent der Gesamtanbaufläche ein.

An neunter Stelle und damit als letztes Freilandgemüse, das 2008 mit 52,8 Hektar eine Anbaufläche erreichte, die über ein Prozent der sächsischen Gemüseanbaufläche ausmachte, lagen bei 1,2 Prozent **Möhren/Karotten**. Damit befassten sich 86 Betriebe. Die Fläche war um 22,8 Prozent kleiner als 2007 (vgl. Tab. 3).

Gemüseanbau unter Glas

Gemüse unter Glas produzierten 274 Betriebe auf einer Fläche von 56 Hektar. Im Jahr 2008 befassten sich damit 68,8 Prozent aller Gemüse anbauenden Betriebe mit dieser Anbauform. Gegenüber der letzten allgemeinen Gemüseanbauerhebung aus dem Jahr 2004 ist die Zahl dieser Betriebe um 35 gestiegen – ein Zuwachs um 14,6 Prozent. Die Anbaufläche erhöhte sich seitdem um 5,4 Hektar oder 10,7 Prozent. Einen besonders großen Schub erfuhr die Flächenausweitung seit dem letzten Jahr. Die Anbaufläche unter Glas nahm um 7,0 Prozent zu. Sie macht 1,2 Prozent an der gesamten sächsischen Gemüseanbaufläche aus.

Die Anbauswerpunkte lagen wie in den Vorjahren unverändert bei zwei Fruchtarten.

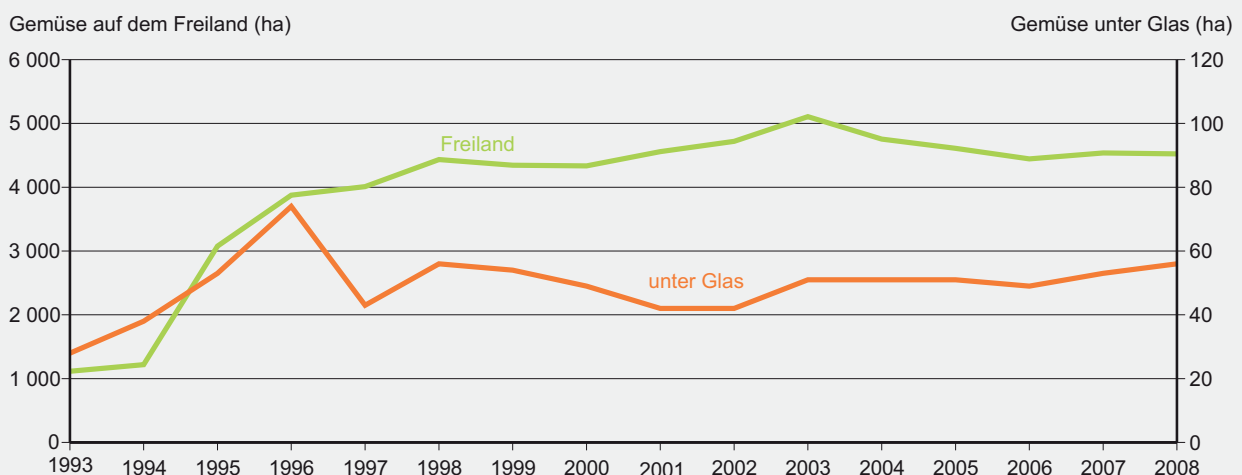
Mit einer Anbaufläche von 17,9 Hektar und damit einem Flächenanteil von 31,8 Prozent spielte der *Gurkenanbau* mit Abstand die wichtigste Rolle in Sachsen. Gegenüber 2007 vergrößerte sich die Anbaufläche um 6,2 Prozent. 220 Betriebe, d. h. 80,3 Prozent aller Unternehmen, betrieben diesen Anbau.

Auf einen Flächenanteil von 20,6 Prozent bei einer Anbaufläche von 11,6 Hektar kommt der *Tomatenanbau*. Die Fläche hat sich gegenüber dem Vorjahr um 4,1 Prozent verkleinert. Die Betriebszahl lag bei 249, was einem Anteil von 90,9 Prozent entspricht. Tomaten waren somit das Gemüse, was von den meisten Betrieben angebaut wurde. Des Weiteren sind in Sachsen noch Salate und Spargel beim Anbau unter Glas von Bedeutung.

Nachfolgend soll die Entwicklung der Anbauflächen bezogen auf den Stand von 1993, dem zweiten Jahr dieser Statistik und dem Jahr mit den niedrigsten Ergebnissen seit ihrer Durchführung in Sachsen, gezeigt werden. Die Anbaufläche im Freiland insgesamt wuchs seitdem auf das 4,1-Fache. Die Unterglasfläche verdoppelte sich in dieser Zeit. Bei den Anbauflächen der fünf wichtigsten Freilandkulturen sind ausnahmslos Flächenerweiterungen gegenüber dem Stand von 1993 festzustellen: Für Frischerbsen, das bedeutendste Gemüse Sachsens, wuchs sie auf das 8,1-Fache an, für grüne Pflückbohnen auf das 3,2-Fache, für Zwiebeln auf das 3,3-Fache, für Spinat auf das 5,2-Fache und für Blumenkohl auf das 1,6-Fache.

2003 war das Jahr mit der bisher größten Anbaufläche im Freiland von 5 106 Hektar. Sie entsprach der 4,6-fachen Fläche von 1993. Frischerbsen erreichten 2003 ebenfalls einen Höchstwert (das 9,5-Fache gegenüber 1993), grüne Pflückbohnen hatten ihr Maximalergebnis im Jahr 1998 (das 4,1-Fache), Zwiebeln 1999 (das 3,5-Fache), Spinat 1998 (das 8,8-Fache) und Blumenkohl 1997 (das 1,8-Fache). Anbauflächen unter Glas erreichten bereits einmal 1998 dieselbe Größe wie 2008 (vgl. Tab. 3).

Abb. 2 Gemüseanbaufläche ab 1993



Tab. 4 Anbauflächen von Erdbeeren 1993 bis 2008 (in ha)

Fläche	1993	1996	2000	2004	2007	2008
Flächen auf dem Freiland	235,0	873,5	812,6	802,5	780,4	695,4
davon						
im Berichtsjahr abgeerntet	167,0	617,3	666,6	623,9	588,1	517,6
nicht im Ertrag stehend	68,0	256,2	146,0	178,6	192,3	177,8
Flächen unter Glas (einschl. Folientunnel)	-	-	0,4	0,0	0,7	0,6

Die Entwicklungen der Anbauflächen im Freiland und unter Glas zeigt die Abbildung 2. Es ist zu erkennen, dass etwa seit 1998 für beide Anbauarten sowohl das Verhältnis zueinander als auch die absoluten Größen bis heute relativ stabil geblieben sind.

Anbau von Erdbeeren

Erdbeeren als Obst werden in dieser Betrachtung des Gemüsebaus mit behandelt, da es wie Gemüse eine Frucht auf dem Ackerland ist und somit eine Rolle bei dieser Flächenbilanz spielt.

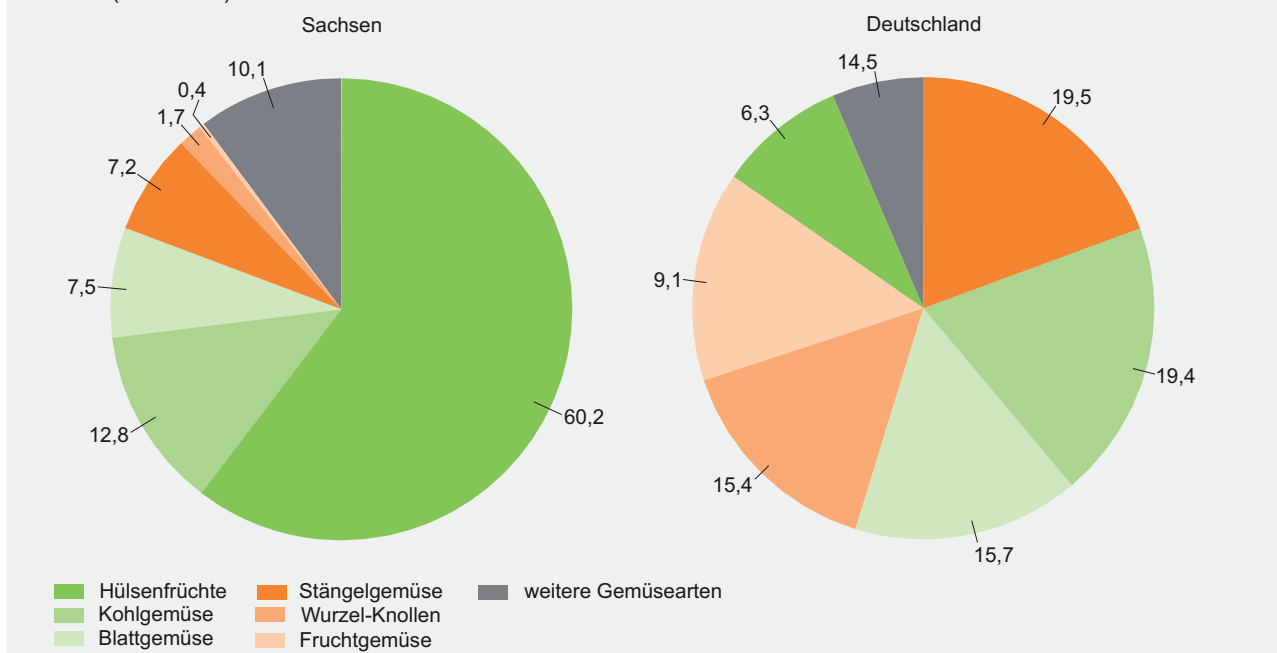
Die Freilandanbaufläche für Erdbeeren in Sachsen umfasste 695,5 Hektar und wurde von 123 Betrieben bewirtschaftet. Das bedeutet einen Rückgang zur allgemeinen Erhebung von 2004 um 107 Hektar oder 13,3 Prozent. Besonders stark waren die letzten zwei Jahre von dieser rückläufigen Entwicklung betroffen. Von 2006 auf 2007 nahm die Anbaufläche um 10,6 Prozent und von 2007 auf 2008 nochmals in gleicher Größenordnung um 10,9 Pro-

zent ab. Von der gesamten Freilandanbaufläche standen auf 517,6 Hektar oder 65,6 Prozent Erdbeeren im Ertrag. Dem Anbau von Erdbeeren unter Glas widmeten sich im Jahr 2008 sechs Betriebe, ebenso viele wie 2007. Die Anbaufläche blieb mit 0,6 Hektar nahezu auf Vorjahresgröße und machte an der gesamten Erdbeeranbaufläche Sachsens nur 0,1 Prozent aus. Zum Vergleich: 2004 befassten sich nur drei Betriebe auf 40 Ar mit dem Erdbeeranbau unter Glas. Auf niedrigem Niveau ist somit seitdem ein kräftiger Anstieg erfolgt (vgl. Tab. 4).

Stellung im Deutschlandvergleich

Im Vergleich zu Deutschland wird deutlich – Sachsen ist kein ausgesprochenes Gemüseanbauland. Bei Anbauflächen auf dem Freiland (Anteil von 3,9 Prozent) und auch unter Glas (Anteil von 3,5 Prozent) waren die Anteile unterdurchschnittlich. Der Anteil der Unterglasflächen am gesamten Anbau lag für Deutschland bei 1,21 Prozent. Sachsen blieb mit 1,07 Prozent darunter. [5]

Abb. 3 Gemüseanbaufläche nach Gemüsearten für Sachsen und Deutschland (in Prozent)



Tab. 5 Gemüseanbaubetriebe und deren Anbauflächen 2008 nach Gemüsearten

Merkmal	Deutschland		Sachsen			
	Betriebe	Fläche in ha	Betriebe	Fläche in ha	Anteil in % an	
					Betrieben	Flächen
Gemüse und Erdbeeren insgesamt	12 531	133 586,6	455	5 275,5	3,6	3,9
und zwar						
Gemüse auf dem Freiland	10 522	116 105,5	306	4 523,2	2,9	3,9
davon						
Kohlgemüse	4 573	22 568,6	151	579,2	3,3	2,6
darunter						
Blumenkohl	2 245	4 818,7	101	283,9	4,5	5,9
Kohlrabi	2 618	2 317,4	124	127,9	4,7	5,5
Weißkohl	3 310	6 766,7	70	71,4	2,1	1,1
Blattgemüse	3 566	18 218,5	130	341,4	3,6	1,9
darunter						
Chicorée	153	288,4	11	35,1	7,2	12,2
Spinat	1 477	3 528,1	27	249,1	1,8	7,1
Stängelgemüse	4 516	22 619,9	64	327,8	1,4	1,4
darunter						
Spargel (im Ertrag)	3 139	18 436,0	28	276,1	0,9	1,5
Spargel (nicht im Ertrag)	1 347	3 192,4	11	30,7	0,8	1,0
Wurzel- und Knollengemüse	4 498	17 915,3	127	75,6	2,8	0,4
darunter						
Möhren/Karotten	3 079	10 226,0	86	52,8	2,8	0,5
Hülsenfrüchte	3 045	10 587,5	161	2 724,5	5,3	25,7
darunter						
Buschbohnen	2 839	5 322,2	114	436,9	4,0	8,2
Frischerbsen	973	5 265,3	52	2 287,3	5,3	43,4
Fruchtgemüse	3 940	7 343,4	98	18,4	2,5	0,3
weitere Gemüsearten	4 765	16 852,3	175	456,4	3,7	2,7
darunter						
Speisezwiebeln	2 559	8 941,5	102	402,4	4,0	4,5
Petersilie	2 074	1 202,8	69	12,7	3,3	1,1
Porree	2 449	2 682,2	64	12,5	2,6	0,5
Schnittlauch	1 346	697,1	44	15,9	3,3	2,3
Gemüse unter Glas	3 350	1 620,9	274	56,2	8,2	3,5
darunter						
Gurken	2 322	353,8	220	17,9	9,5	5,1
Tomaten	2 808	340,2	249	11,59	8,9	3,4
Erdbeeren	3 201	15 663,3	121	696,1	3,8	4,4

Mit 17,9 Prozent der Anbaufläche auf dem Freiland verfügbare Nordrhein-Westfalen über den größten Anteil, gefolgt von Niedersachsen mit 16,8 Prozent und Rheinland-Pfalz mit 15,2 Prozent. Bei der Anbaufläche unter Glas nahm Baden-Württemberg mit 29,1 Prozent den Spitzenplatz ein. Dies bedeutete auch einen Anteil von 3,5 Prozent an der Gesamtfläche und liegt somit weit über dem von Sachsen bzw. Deutschland. Mit 21,4 Prozent der Fläche unter Glas stand Nordrhein-Westfalen an zweiter Stelle noch vor Bayern mit 17,4 Prozent.

Dennoch gab es auch in Sachsen Gemüsearten mit deutschlandweiter Bedeutung. So befand sich fast die Hälfte (43,4 Prozent) der deutschen Anbaufläche von Frischerbsen in Sachsen. Die zweitgrößte Anbaufläche mit 22,1 Prozent meldete Nordrhein-Westfalen. Die Buschbohnen erreichten noch 8,2 Prozent (Nordrhein-Westfalen

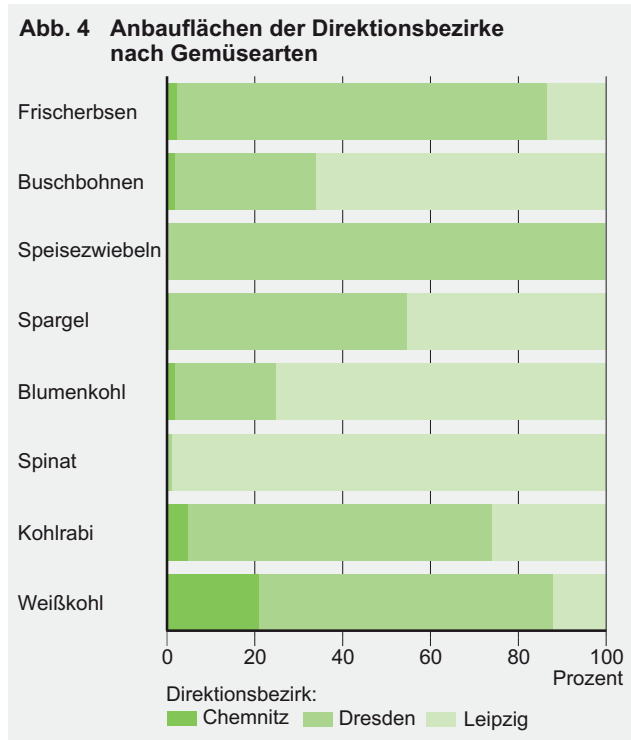
33,2 Prozent). Somit befand sich ein Viertel (25,7 Prozent) der Anbaufläche von Hülsenfrüchten in Sachsen und 27,7 Prozent in Nordrhein-Westfalen. Ebenfalls gut vertreten waren Chicorée mit einem Anteil von 12,2 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern 19,2 Prozent), Spinat mit 7,1 Prozent (aber Nordrhein-Westfalen 45,4 Prozent), Blumenkohl mit 5,9 Prozent (Rheinland-Pfalz 27,7 Prozent), Kohlrabi mit 5,5 Prozent (Nordrhein-Westfalen 33,9 Prozent) und Speisezwiebeln mit 4,5 Prozent (Rheinland-Pfalz 22,3 Prozent). Bei weiteren Gemüsearten kamen andere Bundesländer auf große Anbauflächen. So z. B. Niedersachsen bei Eisalat auf eine Anbaufläche von 68,9 Prozent, Rheinland-Pfalz bei Feldsalat auf 50,1 Prozent und Bayern bei Gurken auf 45,4 Prozent. Die Anbaufläche für Erdbeeren kam auf 4,4 Prozent. Niedersachsen verfügte über 20,9 Prozent der Fläche. Im Bereich unter Glas erzielten Gurken einen

Anteil von 5,1 und Tomaten von 3,4 Prozent. Den größten Anteil verzeichneten bei Gurken Nordrhein-Westfalen mit 36,4 Prozent und bei Tomaten Bayern mit 23,2 Prozent. (vgl. Tab. 5, Abb. 3).

Regionale Verteilung der Gemüseanbaufläche

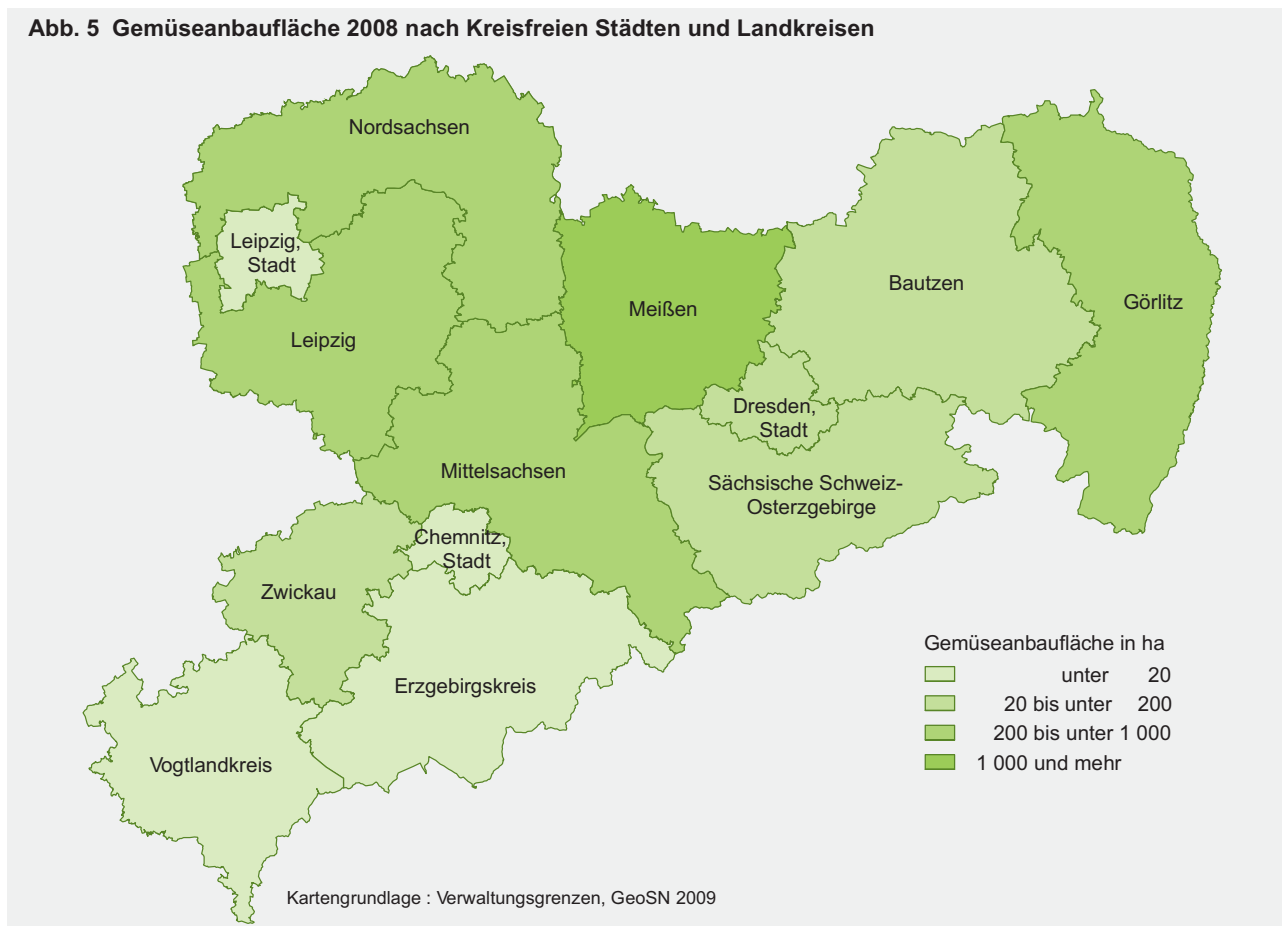
Im Direktionsbezirk Dresden lag mit 225 Betrieben und 2 633 Hektar Anbaufläche der Schwerpunkt des sächsischen Gemüseanbaus (Freiland und unter Glas). Auf diesen Direktionsbezirk entfielen 56,5 Prozent der Gemüse anbauenden Betriebe und 57,5 Prozent der Anbaufläche. Im Direktionsbezirk Leipzig hatten 75 Betriebe (18,8 Prozent) ihren Sitz. Sie bearbeiteten 1 346 Hektar (29,4 Prozent) der Gemüseanbaufläche Sachsens. Für den Direktionsbezirk Chemnitz wurden 98 Betriebe (24,6 Prozent) und 601 Hektar (13,1 Prozent) der Anbaufläche ausgewiesen.

Dominierend im Freilandanbau mit Flächenanteilen von über 50 Prozent war im sächsischen Vergleich der Direktionsbezirk Dresden bei den Gemüsearten Spinat mit 99,9 Prozent, Wirsing mit 97,8 Prozent, Rotkohl mit 91,4 Prozent, Weißkohl mit 84,4 Prozent, Porree mit 74,1 Prozent, grünen Pflückbohnen mit 69,3 Prozent, Frischerbsen mit 66,9 Prozent sowie Blumenkohl mit 54,2 Prozent der Anbaufläche.



Der Direktionsbezirk Leipzig war dagegen führend beim Anbau von Chicorée (99,5 Prozent der sächsischen An-

Abb. 5 Gemüseanbaufläche 2008 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen



baupflanze), Speisezwiebeln (98,7 Prozent), Einlegegurken (80,5 Prozent), Spargel (75,0 Prozent) und Kohlrabi (66,0 Prozent). In diesem Direktionsbezirk befand sich auch die größte Anbaufläche für Erdbeeren (51,7 Prozent). Der Direktionsbezirk Chemnitz war der bedeutsamste beim Anbau von Feldsalat (69,9 Prozent), Petersilie (70,6 Prozent) und Schnittlauch (95,0 Prozent). Die Abbildung 4 zeigt die Anteile der Direktionsbezirke an den Anbauflächen der acht bedeutendsten Gemüsearten Sachsens.

Betrachtet man die Landkreise nach dem Umfang ihrer jeweiligen Freilandgemüseanbaufläche, so ergibt sich folgendes Bild: Die größte Fläche befand sich im Landkreis Meißen, gefolgt von den Landkreisen Nordsachsen, Mittelsachsen und Leipzig. Die Flächen aller anderen Landkreise lagen deutlich unter denen dieser Gruppe. In Meißen wurden 2 177 Hektar von 69 Betrieben bewirtschaftet. Das waren 83,6 Prozent der Anbaufläche von Freilandgemüse des Direktionsbezirkes Dresden bzw. 48,1 Prozent der sächsischen Fläche. 28 Betriebe in Nordsachsen bewirtschafteten 60,4 Prozent der Fläche des Direktionsbezirks Leipzig bzw. 17,7 Prozent der Gemüseanbaufläche in Sachsen. In Mittelsachsen gab es 31 Betriebe. Diese bauten auf 93,0 Prozent der Anbaufläche des Direktionsbezirkes Chemnitz bzw. 12,2 Prozent des Landes Gemüse an. Im Landkreis Leipzig waren es 32 Betriebe, die 39,4 Prozent der Anbaufläche des Direktionsbezirkes Leipzig bzw. 11,6 Prozent Sachsens bearbeiteten (vgl. Abb. 5).

Knapp die Hälfte der Anbaufläche unter Glas (49,6 Prozent) befand sich im Direktionsbezirk Dresden. Ein Drittel (33,3 Prozent) lag im Direktionsbezirk Leipzig und 17,1 Prozent im Direktionsbezirk Chemnitz. Der Direktionsbezirk Dresden besaß die größten Flächen für Gurken (69,2 Prozent) und Tomaten (53,9 Prozent).

Fritsche, Barbara; Agrar-Ing., Fachverantwortliche Landwirtschaft

Ertel, Ulrich; Dipl.-Ing., Referent Landwirtschaft

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz - AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 2006 (BGBl. I S. 1662), zuletzt geändert durch § 20 des Gesetzes vom 9. April 2008 (BGBl. I S. 714)
- [2] Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246)
- [3] Verordnung (EWG) Nr. 559/93 des Rates vom 5. April 1993 (ABl. EG Nr. L 98 S. 1), über die von den Mitgliedsstaaten zu liefernden statistischen Informationen über pflanzliche Erzeugnisse außer Getreide
- [4] Anbau von Gemüse und Erdbeeren zum Verkauf im Freistaat Sachsen, Statistischer Bericht, C I 3 - j/08 zum Gebietsstand 1. August 2008
- [5] Landwirtschaftliche Bodennutzung - Gemüseanbauflächen - 2008 Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2008, Fachserie 3, Reihe 3.1.3

Ostsachsen – eine Region hoher Wasserinanspruchnahme 1998 bis 2007

Vorbemerkungen

Dieser Beitrag ist die gekürzte Fassung eines Vortrages auf dem VDI-Kolloquium „Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserbereitstellung in Ostsachsen“. Veranstalter war der Verein der Ingenieure (VDI), Dresdner Bezirksverein e. V.¹⁾

Das Wasser hat als essentielle Lebensgrundlage eine herausragende Bedeutung. Wasser war, ist und bleibt Leben! Wasser durchdringt aufgrund seiner Eigenschaften als universell einsetzbares Gut fast alle Lebensbereiche des Menschen. Der Klimawandel wird auch in Ostsachsen zu Veränderungen führen, auf die sich der Mensch zwangsläufig einstellen muss. Dazu werden Veränderungen im Wasserdargebot gehören, die die Möglichkeiten der Wasserinanspruchnahme durch den Menschen limitieren werden. Einschränkungen entstehen immer dann, wenn das Wasser am Ort seiner beabsichtigten Nutzung nicht in ausreichender Menge und/oder Qualität vorhanden ist. Demzufolge sind Veränderungen beim Wasserdargebot und beim Wasserbedarf gleichermaßen für die Entwicklung von Anpassungsstrategien zu berücksichtigen.

Methodisches Vorgehen

Zur Beschreibung der Ausgangssituation auf der Seite des Wasserbedarfs erfolgte für diesen Beitrag eine Zusammenführung und Auswertung der Ergebnisse aus der Vielzahl an Einzelerhebungen der öffentlichen und nicht-öffentlichen Wasserversorgung der amtlichen Statistik im Zeitraum 1998 bis 2007. Erstmals wird dabei auf die Besonderheiten und Entwicklungen in Ostsachsen, auf eine Region mit hoher Inanspruchnahme der Naturressource Wasser fokussiert.

Ostsachsen umfasst im Untersuchungszeitraum die Landkreise Bautzen, Löbau-Zittau und Kamenz, den Niederschlesischen Oberlausitzkreis sowie die Kreisfreien Städte Görlitz und Hoyerswerda. Seit 1. August 2008 bilden sie die Landkreise Bautzen und Görlitz.

Es wird ausgewertet, in welchem Maße natürliche Wasservorkommen durch Betriebe des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes, von Wärmekraftwerken der öffentlichen Versorgung, durch öffentliche Wasserversorgungsunternehmen und durch die Haushalte einschließlich Kleingewerbe²⁾ in einem Jahrzehnt beansprucht wurden. Zur begrifflichen Kürzung wurden diese Bereiche als Produzenten und Konsumenten zusammengefasst. Im Vordergrund stehen mengenmäßige Betrachtungen der Wassergewinnung und -verwendung. Zur

Wasserverwendung gehören die Kreisläufe aus Wasserbezug und -abgabe von bzw. an Dritte, die Abgabe bzw. Ableitung von ungenutztem Wasser, die Wasserverluste bei der Wasserbereitstellung und der Wassereinsatz.

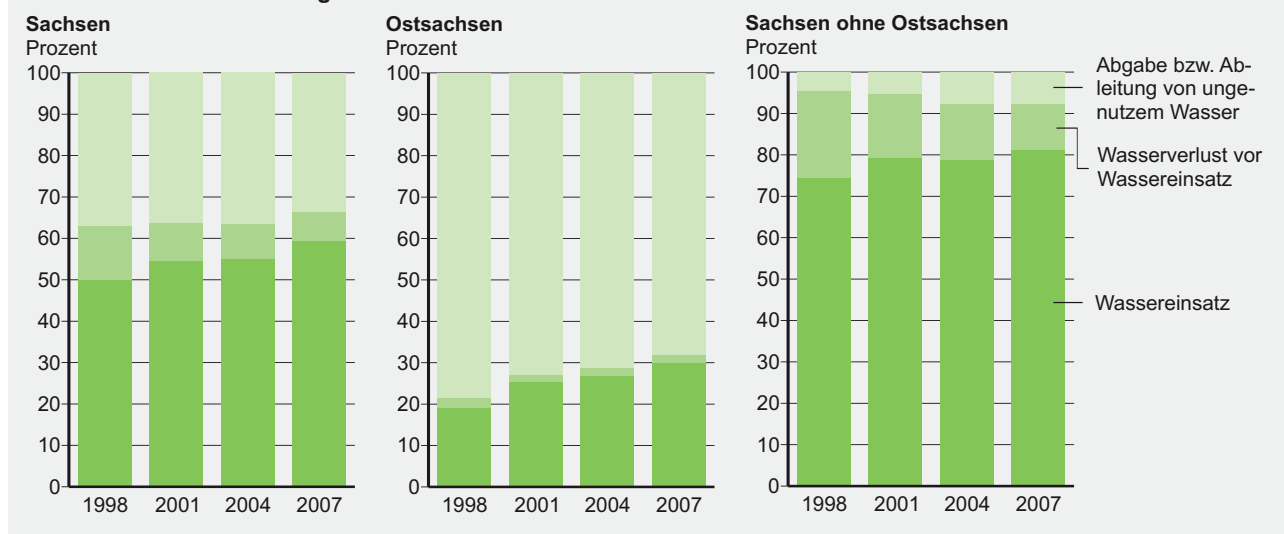
Ergebnisse

Wassergewinnung und -verwendung in Sachsen

Im Untersuchungszeitraum wurden zwischen 555 Millionen und 608 Millionen Kubikmeter Wasser pro Jahr durch sächsische Produzenten und Konsumenten aus der Natur gewonnen. Zu knapp 90 Prozent handelte es sich dabei um Grund- und Quellwasser sowie Oberflächenwasser und beim Rest um Uferfiltrat und angereichertes Grundwasser. Die Beanspruchung des Grund- und Quellwassers ging von 1998 bis 2007 zurück, sowohl hinsichtlich der absoluten Menge als auch hinsichtlich des Anteils am insgesamt aus der Natur entnommenen Wasser. 2007 lag die Entnahme aus Grund- und Quellwasser mit 241 Millionen Kubikmeter nur noch geringfügig über der aus Oberflächenwasser mit 239 Millionen Kubikmetern. Zwischen 200 Millionen Kubikmeter und 151 Millionen Kubikmeter schwankte die Wassermenge von Jahr zu Jahr, die nach ihrer Gewinnung aus der Natur gleich wieder ungenutzt abgegeben bzw. abgeleitet wurde. Im Zehnjahresdurchschnitt war das knapp ein Drittel des gewonnenen Wassers. Die mit der Bereitstellung für den Wassereinsatz einhergehenden Verluste sanken auf 45 Prozent, von 71 Millionen Kubikmeter 1998 auf 32 Millionen Kubikmeter 2007. Lediglich knapp die Hälfte, Minimum 269 Millionen Kubikmeter und Maximum 285 Millionen Kubikmeter des insgesamt aus der Natur gewonnenen Wassers kam bei den Produzenten und Konsumenten zum Einsatz. Dieser Wassereinsatz sicherte die Trinkwasserversorgung der

1) Das Kolloquium fand am 4. Juni 2009 in Schmochtitz bei Bautzen unter Mitwirkung des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen, der Landestalsperrenverwaltung, des Landratsamtes Bautzen, der TU Bergakademie Freiberg, der TU Dresden und der Vattenfall Europe Mining AG Cottbus statt. Weitere Informationen sind unter www.vdi.de/bv-dresden abrufbar.

2) Im Text erfolgten begriffliche Kürzungen, und zwar Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden zu Bergbau, Wärmekraftwerke der öffentlichen Versorgung zu Wärmekraftwerke und Haushalte einschließlich des Kleingewerbes zu Haushalte. Die sonst übliche getrennte Darstellung der Ergebnisse für die Bereiche Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe war aus Geheimhaltungsgründen für Ostsachsen nur eingeschränkt möglich.

Abb. 1 Wasserverwendung 1998 bis 2007 nach Arten

Bevölkerung, stand als Brauchwasser der Industrie und anderen Verbrauchern zur Verfügung und ermöglichte die Energieerzeugung in den Kraftwerken (vgl. Abb. 1).

Anteil der ostsächsischen an der sächsischen Wassergewinnung und -verwendung

Im gesamten Betrachtungszeitraum lag der Anteil Ost Sachsens an der Wasserentnahme Sachsens bei 40 Prozent, der an der Entnahme aus Grund- und Quellwasser bei 66 Prozent und der beim ungenutzt abgegebenen bzw. abgeleiteten Wasser sogar bei 90 Prozent. Dagegen entfielen nur 20 Prozent des gesamten sächsischen Wassereinsatzes und zehn Prozent der Wasserverluste vor Wassereinsatz auf Ostsachsen. Ursache ist, dass sich die Wasserverwendungsstruktur in Ostsachsen grundlegend von der in den anderen Regionen Sachsens unterscheidet. In Ostsachsen erfolgt ein Großteil der Wassergewinnung nur deshalb, weil bei wirtschaftlichen Aktivitäten auf die vorgefundenen natürlichen Gegebenheiten reagiert werden musste. Dazu gehörten vor allem Grundwasserabsenkungen. Dem Wasser an sich galt kein Interesse. Es war nicht produktionsnotwendig, sondern störend. Hauptsächlich der Braunkohlebergbau, aber auch die Gewinnung von Steinen und Erden bedingten, dass Wasser vom Ort seiner Entnahme an einen Ort gepumpt wurde, an dem es ungenutzt gleich wieder in die Natur zurück gelangte. In den Regionen außerhalb Ost Sachsens erfolgt der Großteil der Wassergewinnung aus einem völlig anderen Grund. Hier gilt das Interesse dem Wasser an sich. Es wird vorrangig der Natur entnommen, um es für den Einsatz bei der Produktion und Konsumtion zur Verfügung zu stellen und um die mit der Wasserbereitstellung einhergehenden Verluste auszugleichen. Im gesamten Betrachtungszeitraum bestimmte letztendlich eine Wasserverwendungsart das Bild der jeweiligen Regionen. In Ostsachsen war es das ungenutzt abgegebene bzw. abgeleitete Wasser und im restlichen Sachsen der Wassereinsatz (vgl. Abb. 1).

Wassergewinnung und -verwendung in Ostsachsen

Die Wassergewinnung und -verwendung in Ostsachsen, der Region in der 2007 auf 24 Prozent der Gesamtfläche 15 Prozent der Einwohner Sachsens entfielen, wurde im Betrachtungszeitraum hauptsächlich vom Bergbau geprägt und im Weiteren von den Wärmekraftwerken, den Haushalten und mit etwas Abstand auch vom Verarbeitenden Gewerbe.

Die Wassergewinnung in Ostsachsen ging von 233 Millionen Kubikmetern 1998 auf 199 Millionen Kubikmeter 2007 zurück. Das war ein Rückgang um knapp 15 Prozent. Während die Grundwasserentnahmen von 217 Millionen Kubikmeter auf 155 Millionen Kubikmeter gesunken sind, stiegen die Oberflächenwasserentnahmen von 15 Millionen Kubikmetern auf 43 Millionen Kubikmeter. Dadurch erhöhte sich ihr Anteil an der gesamten Wassergewinnung von sechs Prozent 1998 auf 22 Prozent 2007.

In Produktion und Konsumtion zum Einsatz kamen jährlich zwischen Minimum 45 Millionen Kubikmeter und Maximum 61 Millionen Kubikmeter Trink- und Brauchwasser. Im Durchschnitt war das lediglich rund ein Viertel der gesamten Wassergewinnung. Zwischen dem relativ geringen Wassereinsatz und der weit höheren Wassergewinnung gab es eine große Wassermenge, die ungenutzt abgegeben bzw. abgeleitet wurde. Daneben trugen in geringem Maße auch Wasserverluste und das im Kreislauf an Dritte abgegebene Wasser, zu dessen weiterer Verwendung keine Angaben vorlagen, zur Differenz bei. Ungenutzt abgegeben bzw. abgeleitet wurden zwischen 187 Millionen Kubikmeter 1998 und 132 Millionen Kubikmeter 2007. Das entspricht 80 Prozent bzw. 66 Prozent der gesamten Wassergewinnung. Dieses Wasser wurde fast vollständig in Oberflächengewässer eingeleitet. Das geschah ausschließlich im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe. Den Ableitungen waren Grund- und Quellwasserentnahmen zwischen 190 Millionen Kubikmetern 1998 und 133 Millionen Kubikmetern 2007 vorausgegangen. In

Höhe der ungenutzten Abgaben und Ableitungen war das Umpumpen von Wasser notwendig, um an den Energieträger Braunkohle und andere mineralischen Rohstoffe (Sand, Kiese u. Ä.) zu gelangen. Die dabei weitestgehend zur Grundwasserabsenkung geförderten Wassermengen gingen von 1998 bis 2007 um 30 Prozent zurück. Der Rückgang dokumentiert die Veränderungen im ostsächsischen Bergbau im Umgang mit der Naturressource Wasser. In welchem Umfang klimabedingte Veränderungen ebenfalls einen Einfluss hatten, lässt sich anhand der vorliegenden Angaben nicht quantifizieren.

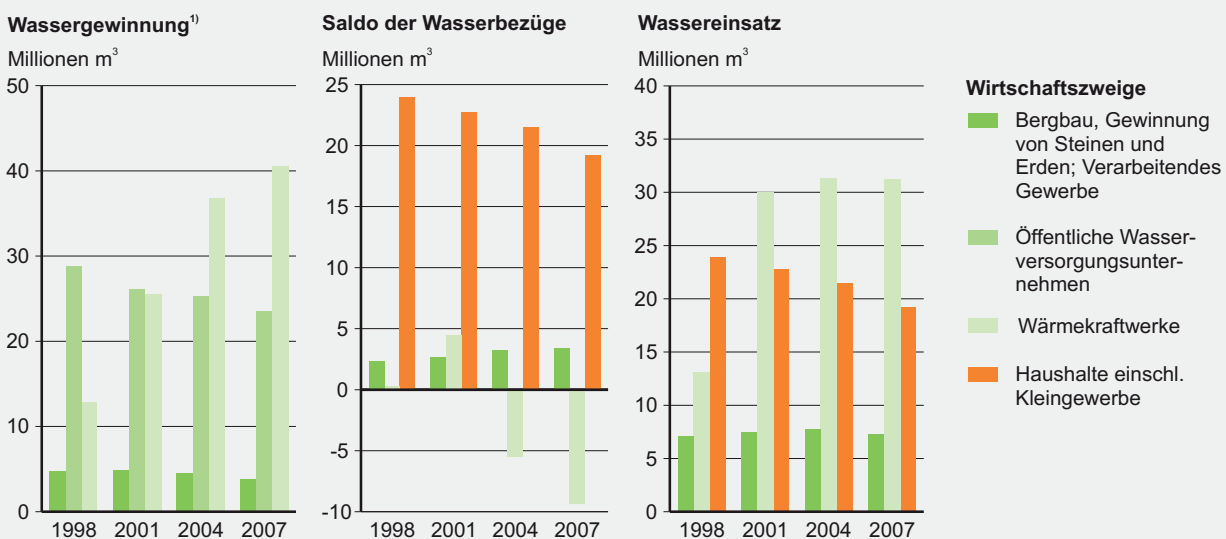
Wie bereits dargestellt, kam im Durchschnitt lediglich rund ein Viertel des durch die ostsächsischen Produzenten und Konsumenten gewonnenen Wassers für unterschiedliche Zwecke bei ihnen zum Einsatz. An diesem Wasser, dem Wassereinsatz, gab es ein unmittelbares Interesse. Der Wassereinsatz kennzeichnet den Wasserbedarf. Dieses Wasser wird nicht aus der Notwendigkeit heraus, sich mit natürlichen Gegebenheiten auseinandersetzen zu müssen, aus der Natur gewonnen, sondern deshalb, um es für produktive und konsumtive Zwecke zur Verfügung zu haben, um Bedarf zu befriedigen. 1998 waren dafür 45 Millionen Kubikmeter und drei Jahre später 61 Millionen Kubikmeter Wasser notwendig. Das war ein Anstieg um 36 Prozent. Seitdem verharrt der dem Wassereinsatz gleichzusetzende Wasserbedarf auf dem Niveau von rund 60 Millionen Kubikmetern. Die Wasserbereitstellung ist aufgrund der physikalischen Beschaffenheit des Wassers immer mit Verlusten verbunden. Um diese auszugleichen, mussten im Betrachtungszeitraum für 100 Liter Wassereinsatz 108 Liter Wasser gewonnen werden.

Um ihren eigenen und den Wasserbedarf anderer zu decken, förderten die ostsächsischen Produzenten und Konsumenten von 1998 bis 2007, jährlich mit kontinuierlichen

Steigerungen, zwischen 46 Millionen Kubikmetern und 68 Millionen Kubikmetern Wasser aus der Natur³⁾ Damit nahm die durch den Wasserbedarf ausgelöste Inanspruchnahme der Naturressource Wasser um 46 Prozent zu. Ein Teil des Wassers wurde nicht in den Bereichen gewonnen, in denen es zum Einsatz zur Verfügung stehen musste. Erst über Kreisläufe gelangte es dorthin (vgl. Abb. 2). 1998 wurden 60 Prozent des Wassers in einem anderen als dem Bereich, in dem es gewonnen wurde, eingesetzt. Dieser Anteil ging 2001 deutlich auf 44 Prozent zurück und stieg danach bis 2007 nur leicht wieder bis auf 47 Prozent an. Eine der Ursachen dafür war die Verdoppelung der Wassergewinnung bei den Wärmekraftwerken, die das Wasser im eigenen Kraftwerksbereich für Kühlzwecke einsetzen. In diesen Zeitraum fiel z. B. die Fertigstellung der 900-Megawatt-Einzelblockanlage im Kraftwerk Boxberg. Nach den Wärmekraftwerken hatten die Haushalte den zweithöchsten Wassereinsatz bzw. Wasserbedarf. Er lag innerhalb des zehnjährigen Betrachtungszeitraums nur knapp ein Fünftel unter dem Wassereinsatz der Kraftwerke. Er sank von 24 Millionen Kubikmeter 1998 um 20 Prozent auf 19 Millionen Kubikmeter 2007. Das Wasser lieferten die öffentlichen Wasserversorger an die Haushalte. Der Bereich Bergbau sowie Verarbeitendes Gewerbe benötigte

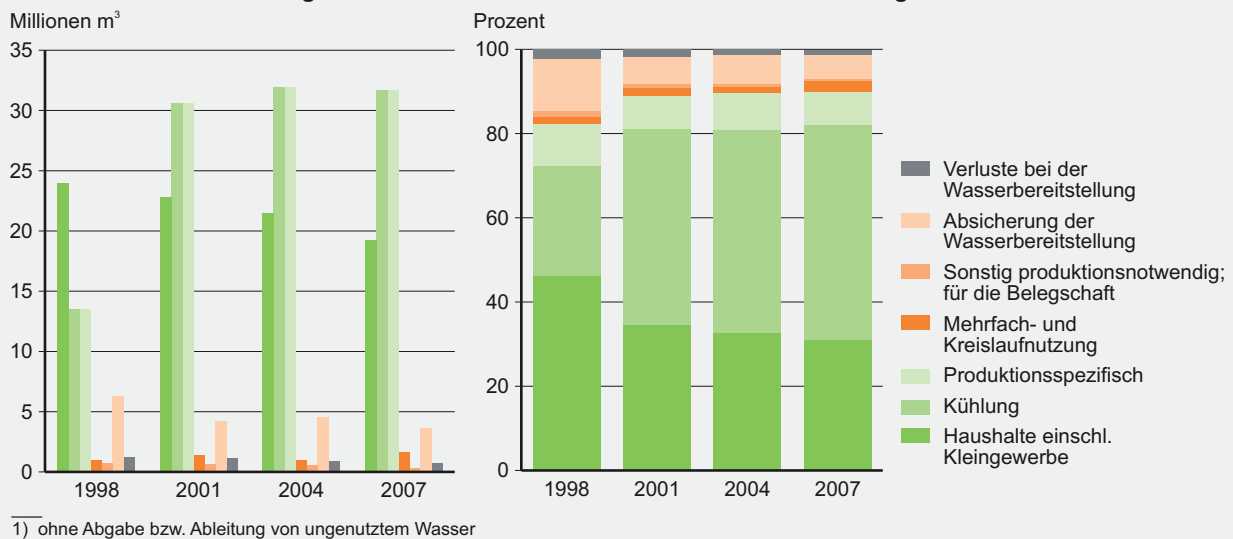
3) Für das Ergebnis erfolgte eine Herausrechnung der ungenutzt abgegebenen bzw. abgeleiteten Wassermenge aus der gesamten Wassergewinnung. Es wird angenommen, dass ausschließlich der Wasserbedarf für produktive und konsumtive Zwecke die Wassergewinnung in der verbleibenden Höhe auslöst. Dieses Vorgehen ermöglicht darzustellen, welche Wassermenge durch ostsächsische Produzenten und Konsumenten zur Wasserbedarfsdeckung gewonnen und umverteilt wurde und wer die Wasserbereitstellung in wessen Interesse realisierte.

Abb. 2 Wassergewinnung, Wasserbezug und Wassereinsatz in Ostsachsen 1998 bis 2007 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



1) ohne Abgabe bzw. Ableitung von ungenutztem Wasser

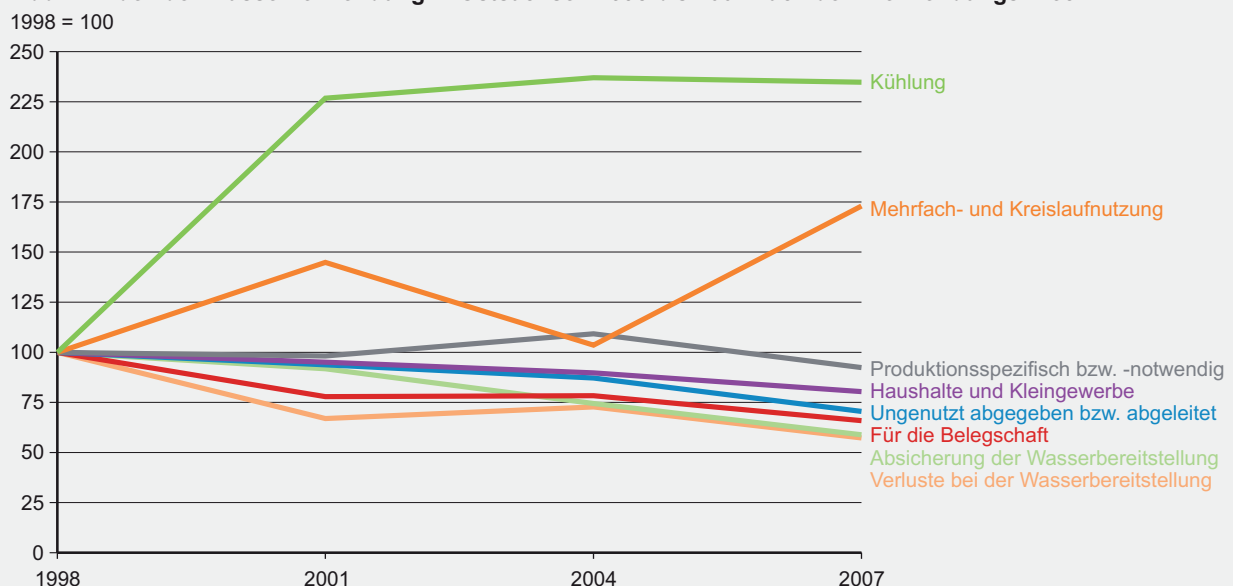
Abb. 3 Wasserverwendung¹⁾ in Ostsachsen 1998 bis 2007 nach dem Verwendungszweck



zur Absicherung seines Wasserbedarfs ebenfalls Wasserlieferungen aus anderen Bereichen. Dabei nahm die Bedeutung der Wasserbezüge bei gleichzeitig sinkender Eigengewinnung stetig zu. Zwar wurde 2007 wie in den Vorjahren das zum Einsatz benötigte Wasser überwiegend selbst gewonnen, aber nur zu 53 Prozent. 1998 waren es noch 68 Prozent. Der jährliche Wassereinsatz in diesem Bereich unterlag geringfügigen Schwankungen. Im Mittel waren 7,4 Millionen Kubikmeter Wasser zur Absicherung der Produktionsprozesse notwendig. Im Vergleich zum Wassereinsatz der Haushalte, der drei Mal so hoch war, stellt dieses eine relativ geringe Menge dar. 2007 entfielen 66 Prozent des Wassereinsatzes auf die Wärmekraftwerke und den Bergbau sowie das Verarbeitende Gewerbe und 33 Prozent auf die Haushalte. Das

restliche Prozent benötigten die öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen, um die Wasserbereitstellung an die Verbraucher sicherzustellen. Welche Anwendungsmöglichkeiten lösten im betrachteten Jahrzehnt den Wasserbedarf aus? An erster Stelle mit 44 Prozent waren es Kühlprozesse bei der Stromerzeugung und in der Produktion. 36 Prozent wurden durch haushalts- bzw. kleingewerbetypische Einsatzzwecke verursacht. Elf Prozent waren ausgelöst durch Produktionsprozesse (ohne Kühlung). Und die restlichen neun Prozent entstanden bei der Absicherung der Trink- und Brauchwasserbereitstellung an die ostsächsischen Produzenten und Konsumenten (vgl. Abb. 3). Die Veränderungen bei der Wasserverwendung in Ostsachsen dokumentiert Abbildung 4.

Abb. 4 Index der Wasserverwendung in Ostsachsen 1998 bis 2007 nach dem Verwendungszweck



Die ungenutzt abgegebenen bzw. abgeleiteten Mengen lagen 2007 um 30 Prozent unter dem Wert des Ausgangsjahres. Die Wasserbereitstellungsverluste gingen im Betrachtungszeitraum um 43 Prozent zurück. Der Einsatz von Wasser für Mehrfach- und Kreislaufnutzungen war 2007 um 73 Prozent höher als 1998. Im Betrachtungszeitraum bewirkten die rückläufige Bevölkerungsentwicklung und der sinkende Wasserdurchschnittsverbrauch einen Rückgang des Trinkwasserverbrauchs um 20 Prozent. Der Wassereinsatz für Kühlprozesse stieg letztmalig von 1998 zu 2001 stark an und verharrt seither auf dem erreichten Niveau.

Zusammenfassung und Schlussbemerkung

Der Bergbau bestimmt das Bild der Wassergewinnung und -verwendung in Ostsachsen, das sich deutlich von dem in den restlichen Regionen Sachsens unterscheidet. In Ostsachsen gelangten im Betrachtungszeitraum drei Viertel der Wassergewinnung gleich wieder ungenutzt in die Natur zurück. In den restlichen Regionen Sachsens waren es weniger als fünf Prozent. Das Pumpen von Wasser aus der Natur an einem Ort und seine anschließende Rückgabe an die Natur an einem anderen Ort sind bei der Gewinnung von Braunkohle und von mineralischen Rohstoffen notwendig. Durch Maßnahmen der ostsächsischen Bergbaubetreiber gingen die hauptsächlich zur Grundwasserabsenkung notwendigen Entnahmen und Ableitungen stetig zurück. 2007 wurden 132 Millionen Kubikmeter Wasser umgepumpt. 1998 waren es noch 42 Prozent mehr. Für die gesamte ostsächsische Wassergewinnung und -verwendung blieben sie jedoch weiterhin prägend.

Ostsächsische Produzenten und Konsumenten, zu denen neben dem Bergbau die Wärmekraftwerke, das Verarbeitende Gewerbe, die öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen und die Haushalte gezählt wurden, förderten Wasser in Höhe von 233 Millionen Kubikmeter 1998 und 199 Millionen Kubikmeter 2007 aus der Natur. Davon kam lediglich durchschnittlich ein Viertel bei ihnen als Trink- und Brauchwasser zum Einsatz. Der Wassereinsatz kennzeichnet das unmittelbare Interesse an Wasser, den Wasserbedarf. Er war in Ostsachsen letztmalig von 1998 zu 2001 deutlich um 35 Prozent angestiegen und verharrte seither auf einem Niveau von 60 Millionen Kubikmetern Wasser im Jahr. Das Wasser wurde vorrangig für Kühlprozesse in den Kraftwerken und der Industrie eingesetzt. Dann folgte die Wassermenge, die zur Deckung des Trinkwasserbedarfs der Haushalte verwendet wurde. Mit deutlichem Abstand an dritter Stelle stand der Brauchwassereinsatz für Produktionsprozesse (ohne Kühlung). 2007 sicherten in Ostsachsen 19 Millionen Kubikmeter den Trinkwasserbedarf der Haushalte und weitere rund 38 Millionen Kubikmeter den Trink- und Brauchwasserbedarf des Bergbaus sowie Verarbeitenden Gewerbes und der Wärmekraftwerke. Die Bereitstellungsverluste beliefen sich auf 3,6 Millionen Kubikmeter Wasser.

Die mengenmäßig deutlichsten Veränderungen im Zehnjahreszeitraum gab es beim Rückgang des ungenutzt abgegebenen bzw. abgeleiteten Wassers und bei der Zunahme des für Kühlprozesse eingesetzten Wassers. Gleichzeitig sanken der Trinkwasserverbrauch und die Wasserbereitstellungsverluste. Der Einsatz von Wasser für Mehrfach- und Kreislaufnutzungen nahm zu.

Die Wassergewinnung ist eine der maßgeblichen Größen für die Beobachtung der Inanspruchnahme der Naturressource Wasser durch den Menschen. Nur ein geringer Teil der Wassergewinnung wird durch den unmittelbaren Bedarf an Wasser ausgelöst. Der Wasserbedarf schlägt sich in dem Merkmal Wassereinsatz nieder. Neben den Wasserverlusten ist der Wassereinsatz eine wichtige Beobachtungsgröße bei der Wasserverwendung. Er kennzeichnet die Mindestwassermenge die den Produzenten und Konsumenten zur Aufrechterhaltung ihrer Aktivitäten zur Verfügung stehen muss. Die Kenntnis des bisherigen Wassereinsatzes unterstützt Schätzungen zum zukünftigen Wasserbedarf und ermöglicht Rückschlüsse, in welchem Umfang der geschätzte Wasserbedarf durch die Wassergewinnung aus natürlichen Wasservorkommen zu decken sein wird.

Sylvia Hoffmann, Dipl.-Agr.-Ing.,
Referentin Umweltökonomische Gesamtrechnungen

Analysen zur Binnenwanderung in Sachsen

Vorbemerkungen

Der Schrumpfs- und Altersprozess der sächsischen Bevölkerung verläuft regional stark differenziert. Die überwiegende Zahl der Gemeinden verzeichnete in den letzten Jahren deutliche Bevölkerungsverluste. Es gibt aber auch Gemeinden, die eine stagnierende Einwohnerzahl bzw. sogar Bevölkerungsgewinne aufweisen. Für regional differenzierte Analysen der Bevölkerungsentwicklung spielt neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung und dem Wanderungsaustausch mit dem Ausland sowie dem Bundesgebiet die innersächsische Wanderung eine entscheidende Rolle. Dies zeigt sich nicht zuletzt bei der Qualitätssicherung der Regionalisierten Bevölkerungsprognosen. Bisher finden sich in den Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Auswertungen zur innersächsischen Wanderung eher am Rande.

Ziel dieses Beitrages ist ein allgemeiner Überblick über Fakten und Trends der Binnenwanderung basierend auf den Daten der amtlichen Wanderungsstatistik. Die vertiefte Beschreibung einzelner Wanderungsströme kann in diesem Artikel aufgrund der Vielfalt und Individualität allerdings nur angerissen werden.

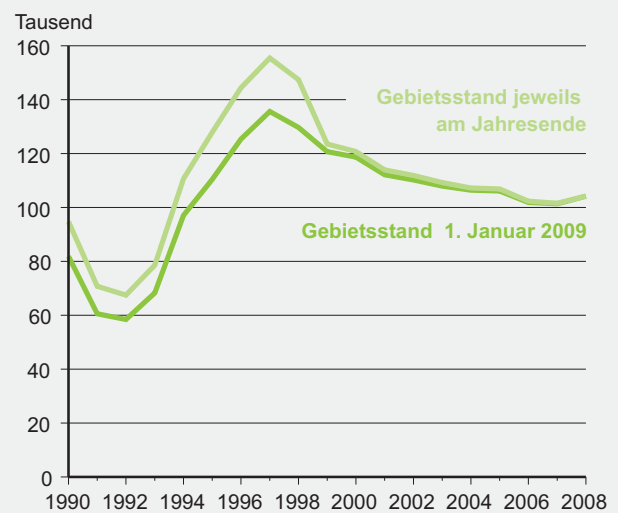
Datenquelle

Die amtliche Wanderungsstatistik erfasst den Teil der behördlichen An- und Abmeldungen von Personen, denen die Verlegung des Hauptwohnsitzes in eine andere Gemeinde zu Grunde liegt. Umzüge innerhalb einer Gemeinde gehören nicht dazu. Diese Daten werden von den Meldestellen an das Statistische Landesamt übermittelt. Aus dieser Erhebung können Aussagen über Anzahl und Struktur der Zu- und Fortzüge der Bevölkerung Sachsens sowohl über die Grenzen des Landes (Außenwanderung) als auch zu den Umzügen innerhalb des Landes (Binnenwanderungen) abgeleitet werden.

Bei der Analyse der Binnenwanderungsstatistik im Zeitverlauf sind die Veränderungen in der Gemeindestruktur des Freistaates Sachsen zu beachten. Seit dem 31. Dezember 1990 hat sich durch Eingemeindungen und Zusammenschlüsse die Anzahl der Gemeinden in Sachsen um 1 133 reduziert. Die Zahl der auswertungsrelevanten Wanderungsfälle über die Gemeindegrenze wird immer geringer, da nach Eingemeindungen Wanderungen zwischen Ortsteilen statistisch nicht mehr erfasst werden. Damit muss die Datenbasis für die Auswertung der Binnenwanderungen ständig angepasst werden. Abbildung 1 verdeutlicht beispielsweise den Unterschied einer Auswertung der

Wanderungen innerhalb Sachsens zum Gebietsstand 1. Januar 2009 und zum jeweiligen Jahresende. So weist die Auswertung zum aktuellen Gebietsstand für 1997 fast 20 000 Binnenwanderungen weniger aus als zum damaligen Gebietsstand. Für den vorliegenden Beitrag wurden die zum Gebietsstand 1. Januar 2009 aufbereiteten Daten analysiert.

Abb. 1 Binnenfortzüge in Sachsen 1990 bis 2008 nach Geschlecht

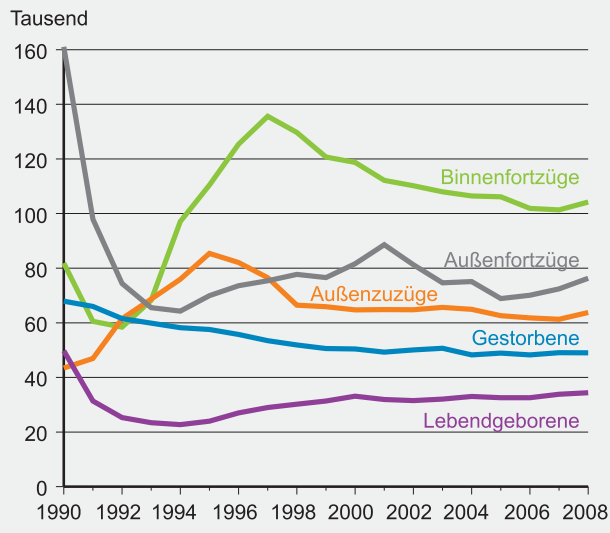


Binnenwanderungen in Sachsen

Im Jahr 2008 wurden im Freistaat Sachsen ca. 34 400 Geburten, 49 000 Gestorbene, 63 800 Zuzüge und 76 300 Fortzüge über die Landesgrenze registriert. Die Zahl der Binnenwanderungen lag dagegen bei 104 200 und entspricht damit dem 1,4-Fachen des Wegzugsvolumens und dem 1,6-Fachen des Zuzugsstromes (vgl. Abbildung 2). Der Umfang der natürlichen Bevölkerungsbewegung ist in diesem Vergleich noch geringer. Die durch Binnenwanderungen verursachte Umverteilung der Bevölkerung ist damit eine wichtige Komponente bei der Analyse von regionalen Bevölkerungszahlen.

Innerhalb des Landes sind die Anzahl der Binnenzuzüge und die Anzahl der Binnenfortzüge gleich. In den Beschreibungen der Binnenwanderungen für das Land werden deshalb nur die Binnenfortzüge dargestellt.

Abb. 2 Natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegung in Sachsen 1990 bis 2008



Entwicklung der Zahl der Binnenwanderungen

Von 1990 bis 1992 sank die Zahl der Binnenwanderungen von 81 900 auf 58 400 Personen. Danach verzeichnete Sachsen bis 1997 einen rasanten Anstieg der Binnenwanderungen auf bis zu 135 600 Personen pro Jahr. Von 1998 bis 2007 ist ein sinkender Trend bei der Gesamtzahl zu beobachten. Auch die Betrachtung je 1 000 Einwohner zeigt, dass die Binnenwanderungsintensität weiter nachlässt. Das Maximum lag bei 29,9 Binnenfortzügen je 1 000 Einwohner 1997, das Minimum im Jahr 1992 bei 12,5. Im Jahr 2008 war wieder ein geringfügiger Anstieg der Binnenwanderungen auf 24,7 je 1 000 Einwohner zu verzeichnen (vgl. Tabelle 1).

Wie bei den Zu- und Fortzügen über die Landesgrenze sind auch bei der Binnenwanderung deutliche Unterschie-

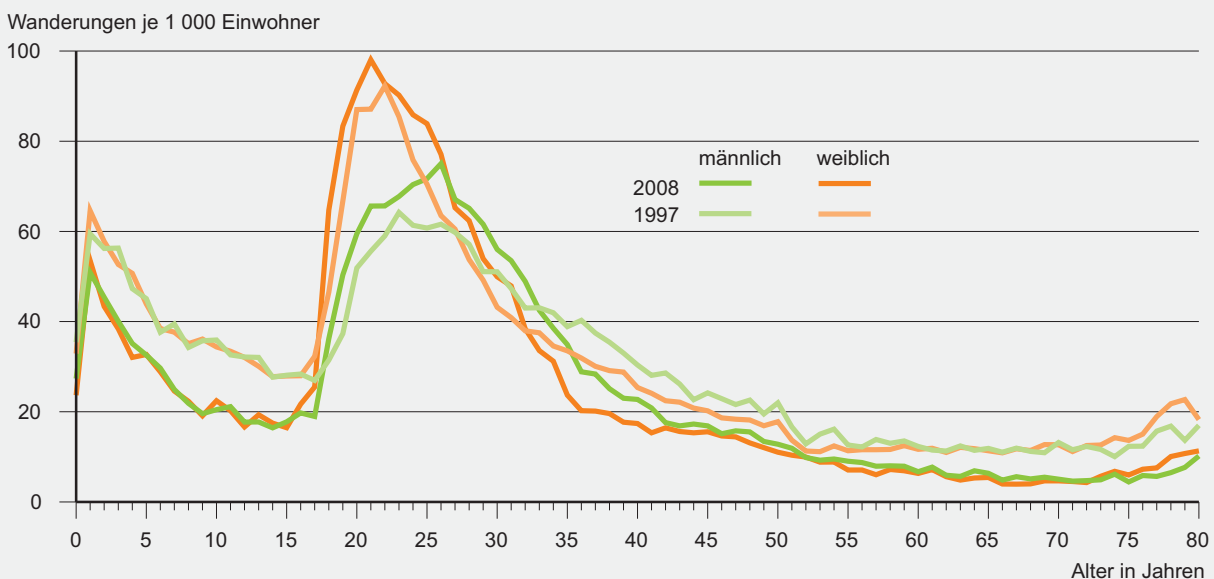
Tab. 1 Binnenfortzüge je 1 000 Einwohner in Sachsen 1990 bis 2008 nach Geschlecht

Jahr	Insgesamt	Männlich	Weiblich
1990	17,0	18,0	16,2
1991	12,8	12,9	12,7
1992	12,5	12,7	12,3
1993	14,8	15,3	14,3
1994	21,1	22,0	20,4
1995	24,1	25,0	23,4
1996	27,4	28,4	26,5
1997	29,9	30,8	29,1
1998	28,8	29,6	28,0
1999	27,0	27,3	26,7
2000	26,6	26,9	26,4
2001	25,5	25,8	25,1
2002	25,2	25,4	25,1
2003	24,9	25,0	24,8
2004	24,6	25,0	24,3
2005	24,8	25,2	24,4
2006	23,9	24,1	23,8
2007	23,9	24,1	23,8
2008	24,7	25,0	24,4

de in den Altersgruppen feststellbar (vgl. Abbildung 3). Die mobilste Altersgruppe sind Jugendliche und junge Erwachsene bis 30 Jahre. Auch im Kleinkind- und Vorschulalter sowie im höheren Alter ab 75 Jahre kann eine erhöhte Binnenwanderungsaktivität beobachtet werden. Im Schulalter ist dagegen die Wegzugshäufigkeit vergleichsweise gering.

Männer und Frauen zeigen ein unterschiedliches Binnenwanderungsverhalten. Ein entsprechender Vergleich zeigt, dass im Betrachtungszeitraum 1990 bis 2008 die Binnenwanderungsintensität bei Männern geringfügig höher war als bei Frauen. Im Kindesalter ist die Wegzugshäufigkeit

Abb. 3 Binnenfortzüge in Sachsen 1997 und 2008 nach Alter und Geschlecht



erwartungsgemäß noch gleich. Im Alter von 17 bis unter 25 Jahren ist bei Mädchen bzw. Frauen eine höhere Wegzugshäufigkeit zu beobachten. Bis zum Alter von etwa 42 Jahren weisen dagegen die Männer leicht höhere Wegzugsraten auf als die Frauen. Danach sind die Wegzugsraten beider Geschlechter relativ gleich.

Am mobilsten sind Frauen und Männer zwischen 18 und 30 Jahren, also in den Altersjahren in denen eine Ausbildung bzw. ein Studium aufgenommen wird, wobei bei den jungen Männern die Wegzugsrate etwas später zu steigen beginnt.

Drei Phasen der Binnenwanderung

Man kann für den Zeitraum 1990 bis 2008 drei Phasen der Binnenwanderung beschreiben.

Die erste Phase von 1990 bis 1992 war von hoher Abwanderung in die alten Bundesländer und einer gleichzeitig geringen Binnenwanderungsintensität innerhalb Sachsens geprägt. Die durchschnittliche Binnenwegzugsrate lag bei 14,0 Fortzügen je 1 000 Einwohner.

In einer zweiten Phase von 1993 bis 2000 wurden vorrangig durch die intensive Neubautätigkeit im Umfeld der großen Städte viele Umzüge realisiert. Höhepunkt dieser Suburbanisierung waren die Jahre 1994 bis 1997. Dies schlug sich auch in den Wanderungsraten der betroffenen Altersgruppen nieder. Wie Abbildung 3 zeigt, lag 1997 die Wanderungshäufigkeit bis 18 Jahre und über 35 Jahre deutlich über den Werten von 2008. Insbesondere die Werte der Altersgruppen 35 bis 50 Jahre und 60 bis 70 Jahre lagen höher. Das Jahr 1997 ist damit ein Beispiel für die in der Mitte der 1990er Jahre zu beobachtende Phase der Binnenwanderung mit einem im Vergleich zu heute hohen Anteil von Eltern mit den dazugehörigen Kindern. Aber auch über 50-Jährige haben sich in diesem Zeitraum

neu orientiert.

Seit 2001 (Beginn der Phase 3) verringerte sich die Wanderungshäufigkeit insbesondere bei den Familien wieder. Die Suburbanisierung verläuft deutlich gedämpft. Gleichzeitig begann ein kontinuierlicher Anstieg der Wanderungsaktivität in der Altersgruppe der 18- bis unter 30-Jährigen in die größeren Städte (Reurbanisierung), insbesondere nach Dresden und Leipzig. Das ist u. a. daran erkennbar, dass die Binnenwanderungsaktivität in dieser Altersgruppe 2008 etwas höher ist als 1997.

Regionale Aussagen

Während die Darstellung der Ergebnisse für Sachsen insgesamt nur einen groben Überblick gibt, liefern regional differenzierte Auswertungen interessante Ergebnisse über Verlierer- und Gewinnerregionen. Darstellungen zum Beispiel nach Gemeinden, Kreisfreien Städten und Landkreisen oder nach Zentralörtlichkeit bieten in Verbindung mit der Gliederung nach Alter und Geschlecht sowie der Betrachtung im Zeitverlauf vielfältige Analyseansätze. Zunächst erfolgt eine Analyse der Binnenwanderung auf Kreisebene.

Kreisfreie Städte und Landkreise

In Abbildung 4 sind die Binnenwanderungsgewinne bzw. -verluste der Kreisfreien Städte und Landkreise des Freistaates Sachsen für die drei oben definierten Phasen der Binnenwanderungen aufgezeigt.

Im Zeitraum 1990 bis 1992 konnten nur die Kreisfreie Stadt Dresden, der Landkreis Leipzig und der Vogtlandkreis durchschnittliche jährliche Wanderungsgewinne zwischen 2,4 und 0,3 je 1 000 Einwohner aus den anderen sächsischen Kreisen erzielen.

Abb. 4 Durchschnittliche jährliche Binnenwanderungsgewinne bzw. -verluste (-) in Sachsen nach Kreisfreien Städten und Landkreisen sowie Zeiträumen

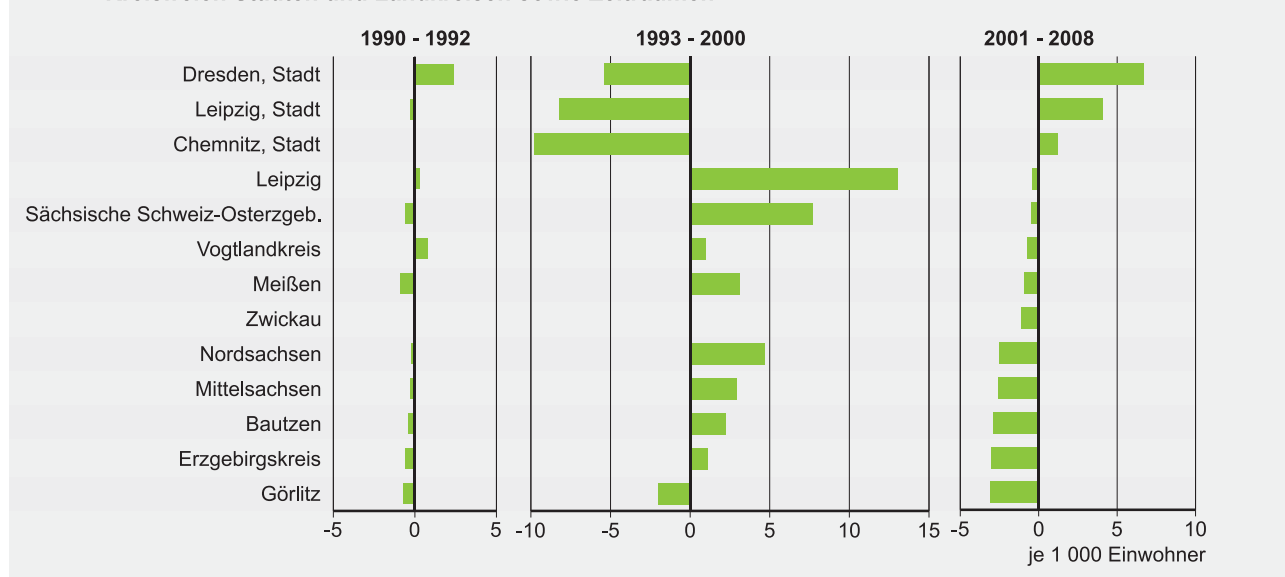
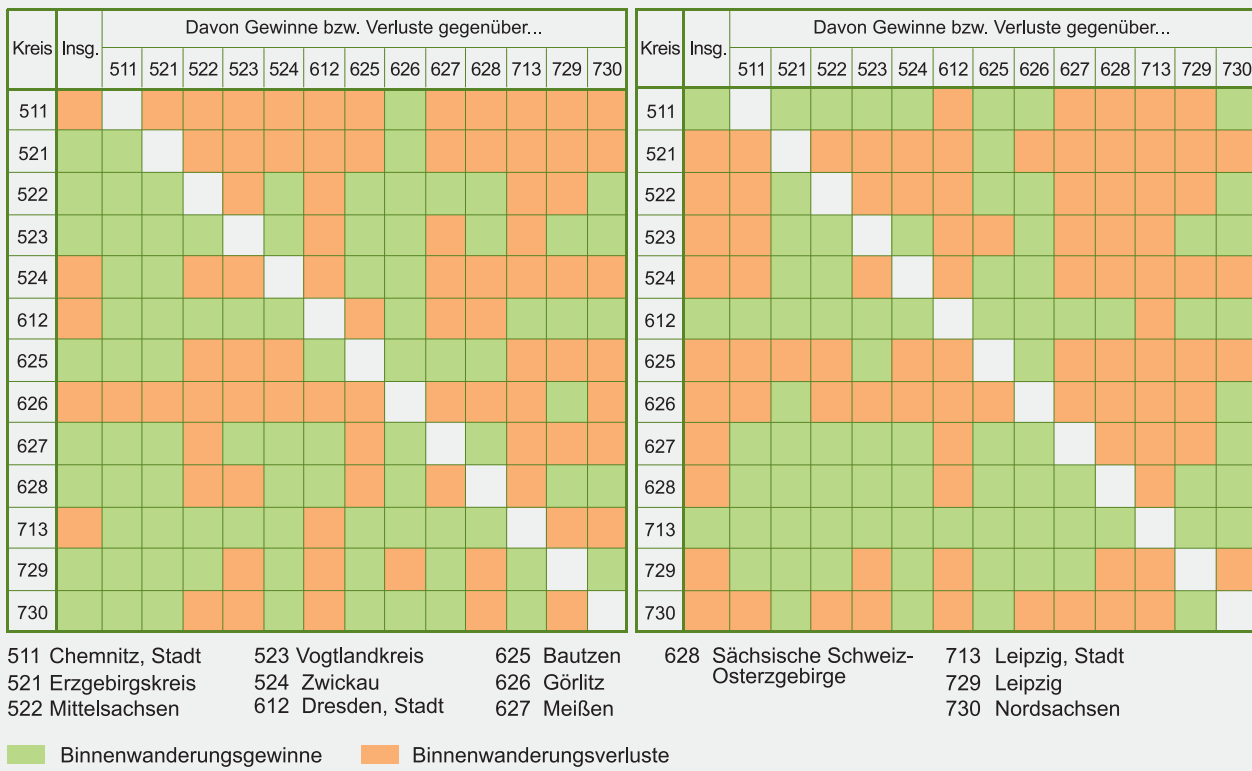


Abb. 5 Binnenwanderungsgewinne bzw. -verluste in Sachsen nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

1993 bis 2000

2001 bis 2008



Die Wanderungsverluste der anderen Kreisfreien Städte und Landkreise sind eher als gering zu bezeichnen. Der Zeitraum von 1993 bis 2000 ist gekennzeichnet durch die Suburbanisierung. Damit sind hohe Binnenwanderungsverluste für die Kreisfreien Städte sowie entsprechende Gewinne für die Landkreise verbunden. Die durchschnittlich jährlichen Binnenwanderungsverluste lagen in den drei Kreisfreien Städten zwischen 9,8 (Chemnitz, Stadt) und 5,4 je 1 000 Einwohner (Dresden, Stadt). Von den Landkreisen mussten nur Görlitz (2,0 je 1 000 Einwohner) und Zwickau (0,03 je 1 000 Einwohner) Verluste hinnehmen, alle anderen Landkreise erzielten Gewinne aus der Binnenwanderung. Besonders viele Personen verlegten ihren Wohnsitz in die Landkreise Leipzig (13,0 je 1 000 Einwohner) und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (7,7 je 1 000 Einwohner). Die Abbildung 5 stellt die Wanderungen zwischen den Kreisen dar. Deutlich ist hier zu erkennen, dass im Zeitraum 1993 bis 2000 die Kreisfreie Stadt Leipzig zwar aus allen Landkreisen der Direktionsbezirke Chemnitz und Dresden Gewinne erzielte, die Verluste gegenüber den beiden umliegenden Landkreisen Nordsachsen und Leipzig führten jedoch zu einem Verlust von durchschnittlich jährlich 8,2 Personen je 1 000 Einwohner. Auch Binnenwanderungsverluste der Kreisfreien Stadt Dresden resultieren ausschließlich aus den Verlusten gegenüber den umliegenden Kreisen Bautzen, Meißen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Der Zeitraum 2001 bis 2008 ist geprägt durch Reurba-

nisierungstendenzen. Die Kreisfreien Städte konnten wieder Binnenwanderungsgewinne aus den Landkreisen verzeichnen. Diese lagen durchschnittlich jährlich zwischen 6,7 (Dresden, Stadt) und 1,2 je 1 000 Einwohner (Chemnitz, Stadt). Dabei ist zu bemerken, dass die Kreisfreie Stadt Leipzig in diesem Zeitraum gegenüber allen Kreisen Gewinne erzielte, die Kreisfreie Stadt Dresden verlor nur Einwohner an die Kreisfreie Stadt Leipzig. Alle Landkreise mussten Verluste aus der Binnenwanderung hinnehmen. Am höchsten waren diese in den Landkreisen Görlitz und Bautzen sowie im Erzgebirgskreis. Der Erzgebirgskreis verlor dabei an alle Kreise durch Binnenwanderung, nur gegenüber dem Landkreis Bautzen konnten geringfügige Gewinne erzielt werden. Die Auswertungen nach Kreisen können das Binnenwanderungsgeschehen nur sehr grob und unter dem (verzerrenden) Einfluss der festgelegten Verwaltungsgliederung beschreiben.

Gemeinden

Betrachtungen der Binnenwanderungen nach Gemeinden sind deshalb von wesentlicher Bedeutung zum Beispiel für Analysen im Vorfeld von Prognosen. Sie ermöglichen ein noch differenzierteres Bild, sind aber auch mit einer deutlich größeren Verflechtungsmatrix (vgl. Abbildung 5) verbunden. Für einen ersten Überblick werden deshalb die Gemeinden zunächst hinsichtlich des allgemeinen Binnenwanderungssaldos betrachtet.

Während im Zeitraum 1993 bis 2000 insgesamt 355 Gemeinden Binnenwanderungsgewinne verzeichnen konnten, waren es im Zeitraum 2001 bis 2008 nur noch 124 Gemeinden (vgl. Abbildung 6).

Gewinner in beiden Betrachtungszeiträumen sind Gemeinden, die sich im direkten Umfeld der Kreisfreien Städte befinden. Das sind z. B. die Städte Radeberg, Radebeul und Wilsdruff als Umlandgemeinden von Dresden. Im Umland der Kreisfreien Stadt Leipzig betrifft das z. B. die Städte Markkleeberg, Markranstädt, Brandis und Naunhof. Im Umland der Kreisfreien Stadt Chemnitz profitierten in beiden Zeiträumen die Städte Augustusburg, Hohenstein-Ernstthal und Limbach-Oberfrohna. Von den Kreisfreien Städten weiter entfernt liegende Gemeinden, die 1993 bis

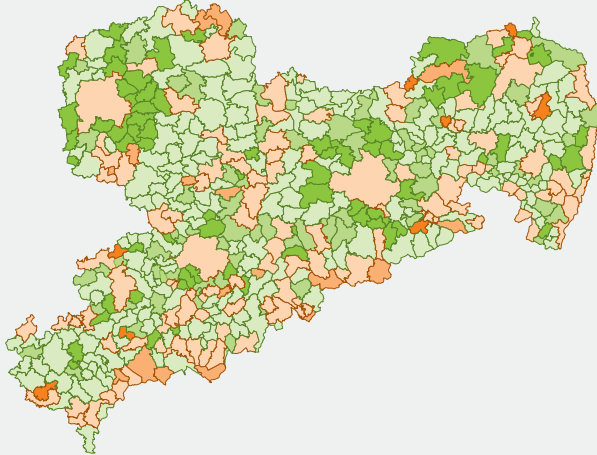
2000 über die Binnenwanderung Gewinne zu verzeichnen hatten, verloren im Zeitraum 2001 bis 2008 geringfügig.

1993 bis 2000 gab es einzelne Gemeinden im näheren und weiteren Umfeld von großen Städten, die über die Binnenwanderung zum Teil starke Gewinne zu verzeichnen hatten. Die im Reurbanisierungsprozess von 2001 bis 2008 zu beobachtenden Binnenwanderungsverluste der Mehrheit der Gemeinden waren dagegen weitaus geringfügiger.

Diese Beschreibung der Gemeinden ist allerdings nicht ausreichend. Sie weist wiederum auf die Differenziertheit der Binnenwanderungsströme. Für weitergehende Analysen ist es deshalb notwendig, die Verflechtung der Gemeinden untereinander bzw. zu den größeren Städten zu betrachten. Nur so können die wesentlichen Wanderungsströme herausgearbeitet und bezüglich ihrer Strukturen und Entwicklungstrends beschrieben werden. Das wird insbesondere bei der Erarbeitung der Annahmen zur Regionalisierten Bevölkerungsprognose benötigt. Dabei ist zu beachten, dass bei Analysen auf Gemeindeebene der Einfluss zufälliger oder singulärer Ereignisse zunimmt. Nicht zuletzt sind die Größe und die Struktur der Datenmatrix zu beachten. Die diesbezüglich weiterführenden Untersuchungen zur Binnenwanderung nutzten deshalb stets eine Typisierung der Gemeinden. Für die Bevölkerungsprognosen werden die Binnenwanderungsverflechtungen der einzelnen Gemeinden nach Intensität und Entfernungstufen ausgewertet. Die daraus resultierende Gruppierung der Gemeinden bildet die Basis für die Gebietstypisierung nach der räumlichen Bevölkerungsbewegung. Ein weiteres Beispiel sind Analysen, denen die Typisierung der Gemeinden nach dem Prinzip der Zentralen Orte [3] zu Grunde liegt (vgl. Tabelle 2).

Abb. 6 Binnenwanderungsgewinne bzw. -verluste in Sachsen nach Gemeinden

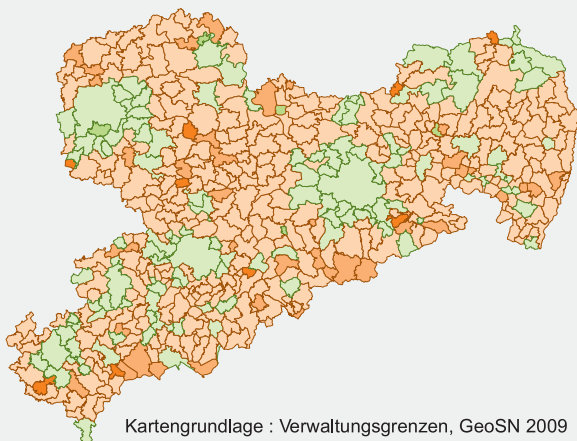
1993 bis 2000



Durchschnittlicher jährlicher Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-) je 1 000 Einwohner

- unter -20
- -20 bis unter -10
- -10 bis unter 0
- 0 bis unter 10
- 10 bis unter 20
- 20 und mehr

2001 bis 2008



Kartengrundlage : Verwaltungsgrenzen, GeoSN 2009

Tab. 2 Binnenwanderungsgewinne bzw. -verluste (-) der Zentralen Orte 1997 und 2008

Herkunftsgebiet	Zielgebiet				
	Ins-gesamt	Ober-zentren	Mittel-zentren	Grund-zentren	Keine Zentral-funktion
1997					
Oberzentren	-18 433	-	-3 145	-3 830	-11 458
Mittelzentren	600	3 145	-	461	-3 006
Grundzentren	3 569	3 830	-461	-	200
Keine Zentralfunktion	14 264	11 458	3 006	-200	-
2008					
Oberzentren	7 706	-	2 497	2 439	2 770
Mittelzentren	-515	-2 497	-	636	1 346
Grundzentren	-2 282	-2 439	-636	-	793
Keine Zentralfunktion	-4 909	-2 770	-1 346	-793	-

Ausblick

Allein diese ausgewählten Ergebnisse verdeutlichen die Bedeutung der Binnenwanderungen für die Analysen der regionalen Bevölkerungsentwicklung. Das ist nicht zuletzt deshalb bedeutsam, weil Binnenwanderung in engem Zusammenhang mit Wohnungsmarktentwicklung und Arbeitsplatzangebot steht. Dies zeigt sich auch in der erhöhten Nachfrage nach entsprechend qualifizierten statistischen Daten und Aussagen.

Annett Kirschke, Referentin Analyse Bevölkerung, Haushalte

Ulrike Himmelsbach, Fachverantwortliche Prognosen

Ines Espe, Fachverantwortliche Bevölkerungsentwicklung

Literaturverzeichnis:

- [1] Herfert, Dr. Günter: „Von der Sub- zur Reurbanisierung in Ostdeutschland; Beitrag zur Dezembertagung des Arbeitskreises „Städte und Regionen“ der Deutschen Gesellschaft für Demografie (DGD) in Kooperation mit dem BBR, 6. - 7. Dezember 2007 in Berlin
- [2] Schlömer, Claus: „Binnenwanderungen seit der deutschen Einigung“, in: BBR (Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Heft 2/2004, S. 96-108.
- [3] Landesentwicklungsplan Sachsen 2003, Herausgeber: Sächsisches Staatsministerium des Innern, Referat 64, Landes- und Regionalplanung

Kooperationsvertrag des Statistischen Landesamtes Sachsen mit der Universität Leipzig

„Kein Staat der Welt kann auf amtliche Statistik verzichten. Sie trägt ganz wesentlich zur öffentlichen Willensbildung bei“, sagte kein Geringerer als Goethe.

Es besteht kein Zweifel, dass diese Aussage heute unverändert relevant ist.

Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, ist die stärkere Nutzung der statistischen Daten und Fakten ein zentrales Anliegen des Statistischen Landesamtes. Zu diesem Zwecke laufen seitens des Amtes vielfältige Bemühungen, um eine engere Zusammenarbeit mit wichtigen Nutzergruppen zu initiieren. Ein wichtiger Partner, neben den Ressorts der öffentlichen Verwaltung, Verbänden und Organisationen, ist dabei insbesondere die Wissenschaft. Hier hat sich eine gute Zusammenarbeit entwickelt, die durch den Abschluss eines Kooperationsvertrages noch intensiviert werden soll.

Am 28. Juli 2009 fand deshalb die Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages des Statistischen Landesamtes mit der Universität Leipzig im Rahmen eines Festaktes in den neuen Räumen der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät statt.

Herr Prof. Dr. Heilemann, Direktor des Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung, referierte über „Statistik in der Krise“. Ein hochinteressanter Vortrag, der sowohl Rolle und Aufgabe der Statistik in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise beleuchtete als auch der Frage nachging, inwieweit die Statistik selbst in der Krise sei.

Im Anschluss daran legten der Rektor der Universität, Herr Prof. Dr. Häuser, und die Präsidentin der Statistischen Landesamtes, Frau Prof. Dr. Schneider-Böttcher, ihre jeweiligen Erwartungen an die Ausgestaltung des Kooperationsvertrages dar.

Nachfolgend werden die Ausführungen der Präsidentin des Statistischen Landesamtes wiedergegeben.



Referat von Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher (Präsidentin des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen)

Statistisches Landesamt Sachsen und Universität Leipzig – ein Brückenschlag zwischen Disziplinen

Die heutige Unterzeichnung des Kooperationsvertrages bedeutet einen Brückenschlag zwischen den Disziplinen Wissenschaft und Amtliche Statistik.

Dieses Vorhaben befindet sich im Einklang mit der aktuellen bildungspolitischen Diskussion, die ihren Niederschlag z. B. in den Ausführungen der ehemaligen Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Bulmahn, findet:

„Gute politische Entscheidungen brauchen gute statistische Informationen. Dafür ist eine gut funktionierende Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik notwendig“, führt sie aus. Deutlich wird hier die Notwendigkeit einer engeren Vernetzung von Wissenschaft und Statistik.

Die von Frau Bulmahn eingerichtete „Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik“ legte im Jahr 2004 Vorschläge zur Intensivierung der Zusammenarbeit von Statistik und Wissenschaft vor.

Ergebnis war insbesondere, dass sich die klassische Arbeitsteilung zwischen der Statistik als Informationsgeber und der Wissenschaft als Informationsnehmer verändert. Die Wissenschaft braucht die Daten der Statistik in anwendbarer Form, und die Statistik braucht die Diskussion und den fachlichen Diskurs mit der Wissenschaft für ihre Arbeit.

Auf diesen Überlegungen basiert letztlich auch unser Ziel, die Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Landesamt und der Universität Leipzig noch weiter zu vertiefen und durch einen Kooperationsvertrag auch formal zu fixieren. Bereits bisher wurde mit einzelnen Instituten eine enge Zusammenarbeit praktiziert. Darüber hinaus ist die Universität Leipzig Mitglied in unserem Statistischem Beirat. Dies waren und sind gute Ansatzpunkte für die Zukunft.

Vater des Gedankens war seitens der Universität Leipzig, Herr Prof. Heilemann,

- der sehr intensiv mit statistischen Daten arbeitet und deren Aussagekraft zu schätzen weiß,
- der langjähriges Mitglied im CEIES als seinerzeitiges Statistik-Nutzergremium der EU war und
- Mitglied unseres Statistischen Beirates ist.

Ich möchte Ihnen, sehr geehrter Herr Prof. Heilemann, ein herzliches Dankeschön sagen für Ihr hohes Engagement für unsere Facharbeit und für die stets sehr hilfreiche Beratung und Unterstützung unserer Anliegen. Sie sind ein hochgeschätzter Insider der amtlichen Statistik.

Um was geht es uns bei dem Abschluss des Kooperationsvertrages insbesondere?

Letztlich gilt es, im Informationszeitalter die Rollen von Wissenschaft und Statistik neu zu bestimmen, um dauerhafte Mechanismen innerhalb der wissenschaftlichen Infrastruktur zu schaffen.

Insgesamt zeigt die aktuelle Diskussion, dass eine engere Kooperation von Wissenschaft und Statistik zum Wohle beider wünschenswert, ja geradezu notwendig, ist.

Dabei soll an der grundsätzlich bewährten Arbeitsteilung von amtlicher Statistik und wissenschaftsträger Datenproduktion und -nutzung festgehalten, aber die Koordination durch institutionelle Regelungen verbessert werden.

Die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Deutschland haben z. B. eine hoch differenzierte, auf repräsentativen Stichproben basierte, Mikrodateninfrastruktur aufgebaut. Diese Entwicklung war z. T. auch durch den schwierigen Zugang zu Mikrodaten der amtlichen Statistik motiviert.

Zukünftig geht es vordringlich darum, die Vorteile der Daten aus der bisherigen Umfrageforschung mit den Vorteilen der Daten der amtlichen Statistik zu verknüpfen.

Dies sind insbesondere

- Vollerhebungen bzw. große Stichproben,
- Kohorten-Serien,
- regionale tiefe Gliederung,
- zuverlässige historische Vergleiche (Zeitreihen),
- Kontextbezug, z. B. zu Haushalten, Wohngemeinden etc.,
- Nutzbarkeit von Hochrechnungsrahmen.

Die Datenfülle der amtlichen Statistik für die Wissenschaft stärker nutzbar zu machen und dadurch letztlich sowohl

- öffentliche Mittel so effizient wie möglich einzusetzen als auch
- zu einem Fortschritt in der informationellen Infrastruktur beizutragen,

ist uns ein gemeinsames Anliegen.



Vertragsunterzeichnung (v. r. n. l.) Prof. Dr. Franz Häuser (Rektor der Universität Leipzig), Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher, Dr. Urban Janisch (Forschungsdatenzentrum, Standort Kamenz/Dresden), Hans-Dieter Kretschmann (Abteilungsleiter im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen)

Konkrete Ansatzpunkte für eine engere Kooperation mit der Universität Leipzig sind aus unserer Sicht insbesondere:

(1) Entwicklung und Sicherung einer soliden Methodik und geeigneter statistischer Verfahren:

Qualitativ hochwertige Daten und Fakten müssen auf einer soliden Methodik und der Anwendung geeigneter statistischer Verfahren – von der Erhebung bis zur Validierung der Daten – basieren. Dies erfordert sowohl geeignete Instrumente und Verfahren als auch ein entsprechendes Know-how.

Eine engere Kooperation zwischen Universität und amtlicher Statistik lässt Synergieeffekte und einen Mehrwert an Kompetenz erwarten.

Zudem kann die gemeinsame Arbeitsbasis dazu beitragen, fachstatistisches Wissen bei den Studierenden der verschiedenen Fakultäten beim Vorlesungsangebot zu intensivieren und in gemeinsamen Diplom- und Promotionsarbeiten zu vertiefen.

(2) Vermeidung einer übermäßigen Belastung der Auskunftgebenden und Verbesserung der Wirtschaftlichkeit

Die amtliche Statistik hat den Spagat zu meistern zwischen einem zunehmenden Informationsbedarf der verschiedenen Nutzergruppen, insbesondere auch der Wissenschaft, und dem politischen Willen, die Belastung der Auskunftspflichtigen möglichst gering zu halten. Erfreulicherweise belegen wissenschaftliche Untersuchungen, dass die Belastung der Wirtschaft durch die amtliche Statistik keineswegs so hoch ist, wie in Diskussionen bisweilen thematisiert. Darüber hinaus bietet die amtliche Statistik in Deutschland verschiedene Wege (online-Datenlieferung, e-statistik.core) zur Vereinfachung der Datenlieferung an.

Notwendig ist aber auch, dass Doppelbefragungen durch unterschiedliche Einrichtungen möglichst gering gehalten werden.

Eine engere Zusammenarbeit zwischen der amtlichen Statistik und der Wissenschaft hilft, die Notwendigkeit weiterer Befragungen durch Nutzung der verfügbaren amtlichen Daten zu reduzieren und damit sowohl die Auskunftspflichtigen als auch letztlich die Steuerzahler zu entlasten.

(3) Verbesserung der Relevanz der erhobenen Daten.

Die erhobenen Daten müssen dem Nutzerbedarf – und hier insbesondere dem Bedarf der Wissenschaft – stärker entsprechen. Das ist eine wichtige Forderung verschiedener Nutzergruppen. Grundlage der Datenerhebung der amtlichen Statistik sind diverse Fachgesetze, damit ist das Leistungsportfolio der amtlichen Statistik vorwiegend fachpolitisch bestimmt.

Denkbar und wünschenswert wäre es, Kommunikationswege aufzubauen, um den Einfluss der Wissen-

schaft bei der Festlegung des Datenbedarfes stärker zu berücksichtigen.

Im Rahmen der Kooperation sind deshalb Verfahren zur Konsultation der wissenschaftlichen Nutzer anzustreben, um die Relevanz der vorhandenen Statistiken, deren Einzelmerkmale und Periodizitäten zu hinterfragen. Eine stärkere Einbeziehung der Universitäten in die Entwicklung der Arbeitsprogramme der amtlichen Statistik ist deshalb anzustreben. Derartige Bestrebungen laufen derzeit auf der Ebene des Statistischen Bundesamtes.

(4) Verbesserung der Datennutzung

Unser Ziel ist, eine noch intensivere Nutzung der Daten der amtlichen Statistik durch den wichtigen Partner Universität in Forschung und Lehre. Dazu schafft die heutige Unterzeichnung des Kooperationsvertrages eine gute Grundlage. Wir sind dazu technisch und organisatorisch gut gerüstet:

- (a) Die Verbreitung unserer Ergebnisse erfolgt mit Hilfe moderner Informations- und Kommunikationstechnologie neben traditionellen Printversionen.
- (b) Die Metadaten werden schrittweise in standardisierten Metadaten-Systemen dokumentiert und den Datennutzern zur Verfügung gestellt - eine wichtige Hilfestellung für die Wissenschaft.
- (c) Die amtliche Statistik hat zwischenzeitlich für die Wissenschaft über das sogenannte Forschungsdatenzentrum einen Weg aufgebaut, der Wissenschaft den Zugang zu faktisch anonymisierten Mikrodaten – unter entsprechenden datenschutzrechtlichen Vorschriften – zu ermöglichen. Eine langjährige Forderung der Wissenschaft wurde damit umgesetzt. Nun hoffen wir nur, dass seitens der Ministerien ein Weg zur dauerhaften Finanzierung des Forschungsdatenzentrums (FDZ) in Sachsen gefunden wird.

Gute empirische Forschung braucht als Grundlage aussagekräftige statistische Informationen.

Das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter nimmt die Aufgabe wahr,

- die Daten aus ihrem Zuständigkeitsbereich für wissenschaftliche Analysezwecke aufzubereiten und zu dokumentieren,
- standardisierte Datenfiles für die Nutzung in den wissenschaftlichen Einrichtungen bereitzustellen (sog. Off-Site-Nutzung),
- die Auswertung sensibler Daten in den Räumen der Datenproduzenten zu ermöglichen (sog. On-Site-Nutzung) und
- die Nutzer bei der Verwendung und Auswertung dieser Daten zu beraten.

Herr Dr. Janisch, ein Mitarbeiter des FDZ des Statistischen Landesamtes Sachsen, ist heute anwesend, falls Sie weitergehende Fragen zum Angebot und den Nutzungsmöglichkeiten des FDZ haben. Gerne ist er



Toast auf die Kooperation (v. l. n. r.) Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher, Prof. Dr. Ullrich Heilemann (Direktor des Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung), Prof. Dr. Manfred Röber (Studiendekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät), Prof. Dr. Franz Häuser

auch bereit, z. B. in Doktorandenseminaren und via Internet der Universität intensiver über dieses Angebot der Statistik zu informieren.

Diese wenigen Beispiele belegen, welch großes Feld sich durch eine engere Zusammenarbeit eröffnet.

Mein Wunsch ist, dass sich auf der Grundlage des heute zu unterzeichnenden Kooperationsvertrages das Netzwerk zwischen unseren beiden Einrichtungen verstärkt, um

- innovative Kräfte freizusetzen (1 + 1 ist eben in innovativen Prozessen mehr als 2),
- trotz begrenzter Ressourcen und Kapazitäten eine Erweiterung unserer beider Handlungsmöglichkeiten zu erreichen,
- die Kompetenz und Ausstrahlung beider Partner zu vertiefen und damit
- letztlich einen Beitrag zur Entwicklung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes Sachsen zu leisten.

Dabei sind wir uns alle im Klaren, dass Netzwerke letztlich nicht alleine von schriftlichen Vereinbarungen getragen werden – auch wenn es dieses formalen Rahmens durchaus bedarf –, sondern letztlich von den Menschen mit Leben erfüllt werden müssen. Nur durch das Engagement der Kolleginnen und Kollegen beider Partner und der Studenten der Universität kann unser Vorhaben erfolgreich wirksam werden. Getragen von einem Miteinander, das trotz aller Regeln und Zuständigkeiten, durch Spontaneität, Dynamik und der Bereitschaft zur Weiterentwicklung beider Partner geprägt ist, um einen – sicher nicht immer linearen – Lern- und Entwicklungsprozess zu initiieren und über die Zeit zu tragen.

Möge es uns gelingen.

Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher, Präsidentin des Statistischen Landesamtes

Neues aus Sachsen

Zum Weltkindertag am 20. September

454 198 Kinder unter 15 Jahren lebten Ende 2008 in Sachsen. Damit gehörte jeder neunte sächsische Bürger zu dieser Altersgruppe. Der männliche Nachwuchs ist mit 105 Jungen je 100 Mädchen in der Überzahl. Am Jahresende 1990 war die Zahl der Kinder mit 885 462 noch fast doppelt so hoch. Jeder fünfte Sachse war damals jünger als 15 Jahre.

Im Jahr 2008 wuchsen 79 Prozent der Kinder bei Mutter und Vater auf. 20 Prozent wurden von ihrer allein erziehenden Mutter betreut, bei einem Prozent übernahm der allein erziehende Vater diese Aufgabe. Knapp drei von vier Paaren (72 Prozent), die ihre Kinder gemeinsam betreuten, waren miteinander verheiratet.

235 737 Kinder wurden im März 2008 in 2 679 Kindertageseinrichtungen betreut. Von den ein- bis unter dreijährigen Kindern besuchten 49 Prozent eine Kita. Bei den dreis- bis unter sechsjährigen Kindern waren es 94 Prozent.

Die Zahl der Scheidungskinder sank seit 1993 auf den niedrigsten Stand. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf den Rückgang des Anteils der geschiedenen Ehen mit minderjährigen Kindern zurückzuführen. 2008 waren nur noch bei 44 Prozent der geschiedenen Ehen Kinder betroffen.

Doppelt und dreifaches Babyglück in Sachsen

434 Frauen haben 2008 in Sachsen Mehrlinge geboren. 428 Frauen bekamen Zwillinge und sechs Frauen Drillingsge. Das waren 29 Zwillingsgeburten weniger und eine Drillingsgeburt mehr als 2007. Demgegenüber ist die Zahl der Geburten insgesamt in Sachsen gegenüber 2007 um 592 auf 34 094 gestiegen. Die Zahl der Mehrlingsgeburten je 1 000 Geburten betrug 12,7 und ist im Vergleich zum Vorjahr um mehr als einen Prozentpunkt zurückgegangen.

Von den im vergangenen Jahr geborenen 428 Zwillingspaaren waren 286 gleichen Geschlechts, davon 148-mal Jungen und 138-mal Mädchen. Bei 142 Zwillingspaaren gab es einen Jungen und ein Mädchen. Unter den sechs Drillingsgeburten waren zwei, bei denen alle Kinder das gleiche Geschlecht aufwiesen und vier mit Kindern unterschiedlichen Geschlechts.

Bei verheirateten Paaren kam es häufiger zu Mehrlingsgeburten (17,8 je 1 000 Geburten) als bei nicht miteinander verheirateten Eltern (9,2 Mehrlingsgeburten je 1 000 Geburten).

Das Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt von Mehrlingen betrug 31,0 Jahre, bei der Geburt nur eines Kindes waren die Mütter im Durchschnitt 29,3 Jahre alt. Im Vergleich zu 2007 ist das Durchschnittsalter dabei um jeweils 0,2 Jahre angestiegen.

Die meisten Mehrlingsgeburten je 1 000 Geburten wurden 2008 mit 13,4 Geburten im Direktionsbezirk Dresden registriert. In den Direktionsbezirken Leipzig und Chemnitz kamen 12,6 bzw. 12,0 Mehrlingsgeburten auf 1 000 Geburten. Dabei wurden im Direktionsbezirk Dresden eine Drillings- und 185 Zwillingsgeburten gezählt. Der Direktionsbezirk Chemnitz hat drei Drillings- und 136 Zwillingsgeburten gemeldet. Im Direktionsbezirk Leipzig wurden 2008 zwei Drillingsgeburten, Zwillingsgeburten gab es 107.

Zum Internationalen Tag des Lehrers am 5. Oktober

Insgesamt rund 37 400 voll- bzw. teilzeitbeschäftigte Lehrerinnen und Lehrer unterrichteten im vergangenen Schuljahr 2008/09 an Sachsens Schulen. Das waren zwei Prozent bzw. 840 weniger als noch ein Jahr zuvor und 16 Prozent bzw. 7 100 weniger als vor zehn Jahren. Im gleichen Zeitraum sank die Schülerzahl insgesamt um vier bzw. 38 Prozent.

An den allgemein bildenden Schulen und Schulen des zweiten Bildungsweges unterrichteten 30 400 voll- bzw. teilzeitbeschäftigte Lehrpersonen. Im Vergleich zum vorhergehenden Schuljahr waren das zwei Prozent, gegenüber 1998/99 sogar 21 Prozent weniger.

An den berufsbildenden Schulen ist seit dem Schuljahr 2006/07 ein Rückgang der voll- bzw. teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte zu beobachten. Rund 7 000 Lehrerinnen und Lehrer wurden im Schuljahr 2008/09 registriert, drei Prozent weniger als im Schuljahr zuvor. Gegenüber 1998/99 stieg die Lehrerzahl an den berufsbildenden Schulen um zwölf Prozent.

Der Frauenanteil der Lehrkräfte betrug an den allgemein bildenden Schulen 81 Prozent, an den Schulen des zweiten Bildungsweges 72 Prozent und an den berufsbildenden Schulen 59 Prozent.

Die Altersstruktur der Lehrerschaft im allgemein bildenden und berufsbildenden Bereich zeigt im Schuljahr 2008/09 insbesondere in den jüngeren Altersgruppen Unterschiede. Während an den allgemein bildenden Schulen zwölf Prozent der Lehrer jünger als 40 Jahre waren, lag der Anteil dieser Altersgruppe im berufsbildenden Bereich bei 21 Prozent. Mehr als ein Viertel (28 Prozent) der Lehrkräfte waren älter als 54 Jahre. Das Durchschnittsalter der Lehrpersonen betrug an den allgemein bildenden Schulen 48,8 Jahre und an den berufsbildenden Schulen 47,9 Jahre.

Zum Welttourismustag am 27. September

In Sachsen sind knapp 68 000 Beschäftigte im Tourismus tätig. Das entspricht einem Anteil von fast fünf Prozent an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Im Tourismus und den damit verbundenen wirtschaftlichen Aktivitäten wurden 2007 rund 1,3 Milliarden € an Bruttowertschöpfung in Sachsen erbracht.

Im ersten Halbjahr 2009 kamen über 257 500 ausländische Gäste nach Sachsen. Das waren 5,2 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2008. Die Zahl der Übernachtungen ging um 1,1 Prozent auf knapp 599 000 zurück. Im gleichen Zeitraum stieg die Gästezahl aus den USA um 6,1 Prozent auf fast 35 600 Personen. Sie buchten insgesamt 84 460 Übernachtungen und blieben damit durchschnittlich zwischen zwei und drei Tagen in Sachsen.

Mehr als zwei Drittel aller ausländischen Gäste besuchten die Städte Dresden und Leipzig. Hier war auch der Rückgang mit jeweils nicht ganz vier Prozent etwas geringer als im Sachsenschnitt.

Herz-Kreislauf-Erkrankung auch 2008 häufigste Todesursache in Sachsen

48 997 Personen, davon 22 649 Männer und 26 348 Frauen, verstarben 2008 in Sachsen. Das entspricht einem Rückgang von 72 Fällen gegenüber 2007. Die Sterbeziffer stieg geringfügig von 1 158 auf 1 162 je 100 000 Einwohner.

Fast die Hälfte aller Sterbefälle war auf Krankheiten des Kreislaufsystems zurückzuführen (23 843 Verstorbene, Sterbeziffer 565 je 100 000 Einwohner). 92 Prozent der daran Gestorbenen waren älter als 64 Jahre. Frauen starben häufiger an einer Kreislauferkrankung, da sie im Durchschnitt älter werden als Männer. Diese erlagen wiederum öfter einem Herzinfarkt (2 372 Männer gegenüber 1 881 Frauen).

Zweithäufigste Todesursache waren bei 12 066 Personen die bösartigen Neubildungen (Krebs). Bedingt durch den Krebs der Verdauungsorgane verstarben dabei 4 296 Personen (36 Prozent). Einem Brustkrebs erlagen 13 Prozent (725 Frauen) aller an Krebs verstorbenen Frauen, wohingegen bei Männern Lungenkrebs in 1 577 Fällen (24 Prozent) als Todesursache festgestellt wurde.

Eines nichtnatürlichen Todes durch Verletzungen und Vergiftungen starben in Sachsen 2 076 Personen, darunter 1 288 durch Unfälle, wobei die meisten in der häuslichen Umgebung (597 Fälle) geschahen. Bei der Zahl der Verkehrstoten (250 Personen) sticht vor allem die Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen mit 59 Getöteten, davon 47 junge Männer, besonders hervor.

Rückgang der Gewerbeanmeldungen im ersten Halbjahr 2009

Insgesamt 19 677 Gewerbeanmeldungen und 17 950 Gewerbeabmeldungen wurden von den sächsischen Gewerbeämtern im ersten Halbjahr 2009 registriert. Das waren 4,9 Prozent weniger Anmeldungen und 6,9 Prozent weniger Abmeldungen als im ersten Halbjahr 2008. Die Relation von Anmeldungen zu Abmeldungen insgesamt lag im ersten Halbjahr 2009 bei 100 zu 91.

Der größte Teil der Gewerbeanmeldungen (84,1 Prozent; 16 552 Anmeldungen) erfolgte mit der Absicht der Neuerrichtung eines Gewerbebetriebes. Gut acht Prozent der Gewerbeanmeldungen wurden wegen Zuzug von Gewerbetreibenden aus anderen Gewerbeämtern und reichlich sieben Prozent auf Grund der Übernahme eines bereits bestehenden Betriebes (durch Kauf, Erbfolge, Pacht bzw. Rechtsformwechsel oder Gesellschaftereintritt) abgegeben. Mehr als 78 Prozent der Anmeldungen betrafen Einzelunternehmen und 12,5 Prozent GmbHs.

Der Grund für 82,5 Prozent der Gewerbeabmeldungen (14 814) war die Aufgabe des Gewerbebetriebes. Fast zehn Prozent der Gewerbeabmeldungen wurden wegen Fortzug eines bestehenden Gewerbebetriebes in einen anderen Gewerbeämternbereich angezeigt und knapp acht Prozent wegen der Übergabe eines weiterhin bestehenden Betriebes. Die meisten Gewerbeabmeldungen betrafen mit 76,9 Prozent Einzelunternehmen, GmbHs waren mit 12,1 Prozent vertreten.

Mehr Unternehmensinsolvenzen, aber weniger Privatsolvenzen im ersten Halbjahr 2009

Die Zahl der Insolvenzverfahren für Unternehmen stieg im ersten Halbjahr 2009 in Sachsen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,7 Prozent auf 962 Verfahren an.

Reichlich 57 Prozent der von Insolvenz betroffenen Unternehmen waren Einzelunternehmen, weitere knapp 34 Prozent Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH). Bei beiden Rechtsformen war ein Anstieg gegenüber dem ersten Halbjahr 2008 zu verzeichnen.

Fast jedes vierte insolvente Unternehmen war dem Baugewerbe zuzuordnen, 16 Prozent dem Wirtschaftsbereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

Gut 58 Prozent der insolventen Unternehmen (561) waren weniger als acht Jahre wirtschaftlich tätig, darunter 261 Unternehmen bis drei Jahre.

Neben den Unternehmensinsolvenzen wurden im ersten Halbjahr 2009 noch 3 189 Insolvenzverfahren für private Personen und Nachlässe gemeldet, 4,1 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2008.

Die von den Gläubigern für die insgesamt 4 151 Insolvenzverfahren angemeldeten Forderungen betrugen in Sachsen im Berichtszeitraum 2009 rund 658 Millionen €, die durchschnittlichen Forderungen je Verfahren knapp 159 000 €. Während die Zahl der Insolvenzverfahren insgesamt um zwei Prozent zurückging, nahmen die angemeldeten Forderungen sogar um fast 21 Prozent ab.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stieg zwar an, die Forderungen sanken aber auch hier (11,9 Prozent weniger).

Merkmal	Einheit	2007	2008	2008			2009			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Bevölkerung										
Bevölkerung am Monatsende¹⁾	1 000	4 220,2	4 192,8	4 211,5	4 209,3	4 207,1	4 186,2
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	1 414	1 450,2	701	763	2 334	528	668	972	...
Lebendgeborene	Anzahl	2 822	2 867,8	2 419	2 904	2 707	2 484	2 764	2 808	...
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	4 089	4 083,1	4 221	4 420	3 963	4 820	4 575	4 213	...
darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	7	7,5	7	8	5	4	7	6	...
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 268	-1 215,3	-1 802	-1 516	-1 256	-2 336	-1 811	-1 405	...
Wanderungen										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 108	5 317	4 674	4 974	4 340	4 306
darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 347	1 427	1 300	1 553	1 212	1 319
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	6 037	6 360	5 307	5 716	5 240	4 887
darunter in das Ausland	Anzahl	1 344	1 589	1 288	1 339	1 338	1 317
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	-929	-1 043	-633	-742	-900	-581
Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	Anzahl	8 467	8 696	7 658	7 888	7 825	7 516
Erwerbstätigkeit										
Beschäftigte³⁾										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁴⁾	1 000	1 374,9	1 397,8	1 377,3
Frauen	1 000	673,5	685,3	678,5
Ausländer	1 000	13,4	14,1	13,7
Teilzeitbeschäftigte	1 000	241,0	258,9	253,5
darunter Frauen	1 000	202,4	216,3	212,7
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁵⁾										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000
Produzierendes Gewerbe	1 000
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000
Arbeitsmarkt³⁾										
Arbeitslose	1 000	322,8	279,6	309,7	298,6	284,5	304,4	307,4	302,9	285,6
Frauen	1 000	165,0	140,1	150,8	148,2	143,6	137,0	137,1	137,2	131,8
Männer	1 000	157,5	139,5	158,9	150,4	140,9	167,5	170,3	165,7	153,9
Ausländer	1 000	10,8	10,1	10,5	10,5	10,2	10,3	10,3	10,3	10,0
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	1 000	37,3	32,1	34,7	32,8	30,5	33,8	34,6	33,8	31,8
Arbeitslosenquote ⁶⁾										
insgesamt	%	14,7	12,8	14,1	13,6	13,1	14,0	14,2	14,0	13,3
Frauen	%	.	13,6	14,5	14,3	14,0	13,3	13,3	13,4	12,9
Männer	%	.	12,2	13,8	13,0	12,3	14,7	14,9	14,5	13,6
Ausländer	%	.	25,8	26,6	26,5	26,4	26,6	26,6	26,5	24,2
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	%	.	12,2	12,9	12,2	11,8	13,1	13,4	13,1	12,7
Kurzarbeiter	1 000	4,9	6,7	13,0	3,8	3,1	59,2	67,2
Gemeldete Stellen	1 000	29,3	25,1	27,5	28,2	26,0	22,7	24,6	25,1	25,0
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	240	236	214	295	259	174	254	222	242
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	234	226	207	284	240	164	251	220	238
umbauter Raum	1 000 m ³	194	201	178	214	260	147	196	179	182
Wohnfläche	1 000 m ²	37	38	34	42	48	28	37	33	35
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	40 701	42 394	36 838	47 091	55 066	32 800	42 348	37 481	40 550
Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	124	131	108	132	156	67	98	94	104
umbauter Raum	1 000 m ³	750	893	671	756	677	343	799	530	374
Nutzfläche	1 000 m ²	107	121	99	106	112	50	87	83	55
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	72 945	78 639	78 734	73 026	71 674	48 422	45 392	44 110	51 781
Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	429	502	433	441	367	474	341	388	341
Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen)	Anzahl	2 044	2 241	2 388	2 453	2 024	1 943	1 900	1 917	1 955

1) Spalten 1 und 2: Statt Bevölkerung im Monatsdurchschnitt hier Bevölkerung am 31. Dezember

2) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

3) Auswertungen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen

4) einschließlich "Ohne Angabe" der Wirtschaftsgliederung

5) ab Juni 2008 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008

6) Arbeitslose in Prozent bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Merkmal	Einheit	2007		2008			2009			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ¹⁾	t	5 180	5 237	4 985	5 444	4 832	5 198	6 061	5 701	5 564
darunter										
Rinder insgesamt	t	821	884	905	974	806	883	1 117	949	829
darunter Kälber ²⁾	t	19	22	40	19	24	12	14	29	16
Jungrinder		8	14	18	14
Schweine	t	4 322	4 315	4 024	4 443	4 000	4 293	4 905	4 696	4 709
Eierzeugung ³⁾	1 000 St.	85 358	86 442	90 575	86 659	91 653	71 226	87 679	84 341	79 610
Milcherzeugung	1 000 t	132	134	140	134	139	126	140	137	141
darunter										
Anlieferung an Molkereien	1 000 t	130	131	136	131	136	123	137	133	138
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁴⁾										
Betriebe	Anzahl	.	1 248	1 257	1 256	1 255	1 238	1 236	1 282	1 277
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	.	198,4	197,3	197,4	197,7	196,0	194,4	192,2	191,4
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	.	27 694	26 626	30 017	27 250	24 957	27 345	24 784	23 748
Bezahlte Entgelte	Mill. €	.	499,1	479,2	500,8	502,0	417,9	447,0	459,0	458,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	.	4 237,9	4 265,3	4 609,1	4 245,7	3 027,0	3 695,9	3 358,0	3 343,8
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵⁾	Mill. €	.	1 565,5	1 577,1	1 699,3	1 591,9	1 135,1	1 254,8	1 183,2	1 198,8
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	.	1 894,3	1 919,1	2 107,9	1 901,5	1 228,8	1 714,9	1 450,7	1 453,7
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €	.	53,5	51,6	60,4	49,0	48,3	50,8	51,1	45,8
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	.	724,6	717,5	741,5	703,3	614,8	675,4	673,0	645,6
Auslandsumsatz	Mill. €	.	1 581,7	1 682,8	1 690,8	1 563,4	1 039,2	1 300,3	1 121,9	1 117,5
Energie- und Wasserversorgung⁶⁾										
Betriebe	Anzahl	174	134	134	134	134	139	139	138	138
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	14,4	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0	13,9	13,9	13,9
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 914	1 870	1 802	2 055	1 827	1 803	2 033	1 854	1 743
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	45	46	44	46	45	42	45	48	47
Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Energieversorgungsunternehmen	Mill. kWh	2 807	2 671	2 972	2 891	2 436	2 806	2 956	2 048	2 508
Bauhauptgewerbe⁷⁾										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	56,4	55,1	54,0	54,7	55,4	51,3	52,1	53,5	54,0
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 544	5 444	4 336	5 977	5 751	3 058	4 647	5 539	5 423
davon										
Wohnungsbau	1 000	1 664	1 583	1 286	1 768	1 747	820	1 232	1 557	1 583
gewerblicher Bau	1 000	2 051	2 070	1 658	2 224	2 067	1 295	1 854	2 052	1 955
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 829	1 791	1 392	1 985	1 937	943	1 561	1 930	1 885
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	99,2	99,4	85,8	98,9	100,1	77,5	87,5	100,6	100,7
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	449,7	465,3	355,2	427,6	464,1	241,3	341,7	416,5	432,7
davon										
Wohnungsbau	Mill. €	91,0	97,3	84,5	95,4	104,0	48,0	72,3	86,1	103,9
gewerblicher Bau	Mill. €	201,6	211,7	164,1	195,7	202,2	126,8	162,1	194,8	182,0
öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	157,1	156,2	106,5	136,5	157,9	66,6	107,4	135,6	146,8
Ausbaugewerbe^{8) 8)}										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	17,5	17,8	17,4	.	.	.	18,1	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 751	5 873	5 484	.	.	.	5 667	.	.
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	97,7	102,1	94,3	.	.	.	99,1	.	.
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	409,4	446,2	337,0	.	.	.	372,7	.	.

1) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien

2) wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar

3) erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern

4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten, ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008, die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet.

5) ohne Energie- und Wasserversorgung

6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

7) nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse für alle Betriebe

8) Angaben beziehen sich auf das Quartal

Merkmal	Einheit	2007	2008	2008			2009			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Handel ¹⁾										
Großhandel einschl. Handelsvermittlung										
Beschäftigte	2005 = 100	94,8	94,4	94,6	94,5	94,3	91,8	91,3	91,6	91,8
Umsatz (nominal)	2005 = 100	107,1	110,8	104,5	120,2	114,2	82,1	98,7	102,8	97,2
Umsatz (real)	2005 = 100	100,5	99,6	93,6	107,0	100,4	79,2	95,0	98,4	92,8
Einzelhandel einschl. Tankstellen										
Beschäftigte	2005 = 100	99,2	101,6	100,9	100,8	101,0	100,3	100,3	100,0	99,9
Umsatz (nominal)	2005 = 100	97,7	102,3	100,3	103,4	105,2	87,2	100,3	106,4	101,4
Umsatz (real)	2005 = 100	95,5	97,3	95,5	98,3	99,8	82,8	95,3	100,8	96,0
Kfz-Handel ²⁾										
Beschäftigte	2005 = 100	96,4	98,7	99,5	98,9	98,8	95,0	94,6	93,6	93,1
Umsatz (nominal)	2005 = 100	95,8	95,1	101,1	111,3	104,3	96,2	121,8	119,9	111,9
Umsatz (real)	2005 = 100	91,7	89,5	95,4	105,1	98,3	90,6	114,5	112,5	105,1
Gastgewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	2005 = 100	101,6	100,1	98,2	101,6	101,8	95,2	94,3	97,0	97,4
Umsatz (nominal)	2005 = 100	102,9	100,8	96,5	98,1	115,9	73,8	81,5	90,6	104,8
Umsatz (real)	2005 = 100	98,9	94,3	90,7	92,9	109,4	68,0	75,0	83,5	96,5
Tourismus ³⁾										
Gästeankünfte	1 000	499	506	415	466	656	342	408	469	625
darunter von Auslandsgästen	1 000	50	53	40	47	65	33	37	44	58
Gästeübernachtungen	1 000	1 338	1 348	1 132	1 181	1 723	997	1 052	1 240	1 649
darunter von Auslandsgästen	1 000	112	122	89	105	146	79	84	99	139
Verkehr										
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁴⁾	Anzahl	1 896	1 757	1 585	1 710	1 883	1 361	1 390	1 671	1 809
darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 314	1 234	992	1 226	1 446	748	889	1 308	1 373
Getötete Personen	Anzahl	20	20	15	16	27	13	8	13	22
Verletzte Personen	Anzahl	1 671	1 567	1 308	1 555	1 802	936	1 136	1 641	1 761
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 399	11 956	13 022	14 351	12 751	13 108	19 957	19 558	20 266
darunter Personenkraftwagen ⁵⁾	Anzahl	10 207	9 775	10 638	11 560	10 310	11 713	17 499	17 329	18 369
Lastkraftwagen	Anzahl	1 276	1 229	1 123	1 417	1 227	769	1 081	901	902
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	5,6	4,8	10,8	10,0	4,0	4,9	11,1	8,4	4,7
Güterversand	1 000 t	8,4	7,4	16,5	21,2	10,8	3,3	20,4	19,3	11,3

1) Die Monatsergebnisse des Bereichs Handel und Gastgewerbe sind generell vorläufig. Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet.

2) sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz

3) Betriebe mit neun und mehr Betten einschließlich Campingplätze (Touristikcamping)

4) schwer wiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis Dezember 2007: nur unter Alkoholeinwirkung)

5) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen

Merkmal	Einheit	2007	2008	2008			2009			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Außenhandel ¹⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. €	1 952,7	1 933,8	2 042,3	2 152,9	2 003,1	1 299,0	1 535,8	1 396,7	1 424,3
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	71,0	70,3	72,5	71,1	70,8	62,7	68,5	69,4	60,5
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 850,6	1 787,3	1 881,2	1 994,8	1 851,8	1 169,6	1 394,2	1 261,2	1 300,1
davon										
Rohstoffe	Mill. €	7,6	6,8	6,1	4,7	8,2	6,7	9,2	8,6	10,9
Halbwaren	Mill. €	99,3	100,1	114,4	93,9	108,1	79,9	82,5	51,6	60,8
Fertigwaren	Mill. €	1 743,6	1 680,5	1 760,7	1 896,3	1 735,5	1 082,9	1 302,5	1 200,9	1 228,3
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	227,4	228,3	238,5	241,8	229,8	163,0	170,9	159,9	164,6
Enderzeugnisse	Mill. €	1 516,2	1 452,2	1 522,2	1 654,5	1 505,7	919,9	1 131,6	1 041,1	1 063,7
Ausfuhr nach										
Europa	Mill. €	1 315,1	1 277,0	1 425,2	1 454,3	1 342,4	867,1	1 096,3	995,3	944,4
darunter in die EU-Länder	Mill. €	1 124,5	1 055,4	1 225,1	1 200,5	1 113,5	731,6	929,3	820,1	798,5
Afrika	Mill. €	32,6	35,0	35,5	38,0	33,9	33,2	34,4	26,2	16,6
Amerika	Mill. €	199,9	206,7	186,7	210,1	194,9	116,7	95,9	95,1	86,2
Asien	Mill. €	393,5	405,1	385,6	439,9	423,2	275,4	300,6	272,4	367,6
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	11,7	10,0	9,3	10,4	8,8	6,5	8,6	7,8	9,6
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. €	1 238,0	1 278,8	1 347,4	1 288,0	1 227,8	1 087,3	1 172,0	1 070,8	1 245,5
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	78,2	79,2	74,9	90,6	87,1	63,5	71,8	81,4	74,9
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 119,3	1 099,4	1 165,0	1 093,5	1 038,8	922,9	992,7	887,1	1 078,4
davon										
Rohstoffe	Mill. €	88,5	112,1	126,8	123,3	126,7	121,9	112,3	88,8	98,8
Halbwaren	Mill. €	107,4	112,1	129,7	98,1	96,8	84,1	72,2	74,4	66,0
Fertigwaren	Mill. €	923,3	875,3	908,6	872,1	815,4	716,9	808,2	723,9	913,6
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	161,3	161,9	159,6	151,3	154,6	120,0	126,7	111,7	111,7
Enderzeugnisse	Mill. €	762,0	713,3	748,9	720,8	660,7	596,9	681,5	612,2	801,9
Einfuhr aus										
Europa	Mill. €	990,1	1 058,4	1 146,7	1 095,9	1 066,5	888,2	972,6	884,4	854,5
darunter aus den EU-Ländern	Mill. €	811,1	853,4	917,8	865,8	874,1	691,0	794,7	753,1	708,7
Afrika	Mill. €	2,9	4,5	2,4	2,5	3,3	3,2	1,8	3,5	2,1
Amerika	Mill. €	92,7	70,5	68,8	69,4	54,4	65,3	57,4	46,8	234,0
Asien	Mill. €	151,2	143,6	127,8	119,2	101,9	128,7	139,5	133,0	152,3
Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. €	1,1	1,9	1,6	1,0	1,7	1,9	0,7	3,1	2,5
Gewerbeanzeigen²⁾										
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 253	3 294	3 430	3 530	3 419	2 881	3 730	3 074	3 226
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 914	3 058	3 052	3 111	2 850	2 718	3 423	2 622	2 660
Insolvenzen										
Insolvenzverfahren insgesamt	Anzahl	777	699	653	770	673	579	768	688	660
und zwar										
Unternehmen	Anzahl	151	154	129	178	147	143	197	167	149
Verbraucher	Anzahl	438	379	361	411	353	310	391	357	334
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	154	129	117	156	131	96	142	141	128
sonstige natürliche Personen ³⁾ , Nachlässe	Anzahl	34	36	46	25	42	30	38	23	49
eröffnete Verfahren	Anzahl	692	615	571	687	588	521	683	621	575
mangels Masse abgewiesene Verfahren	Anzahl	82	80	78	80	83	58	81	64	83
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	Mill. €	117	134	88	188	125	101	120	163	110

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

2) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

3) z. B. als Gesellschafter oder Mithafter

Merkmal	Einheit	2007	2008	2008			2009			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Preise										
Verbraucherpreisindex	2005 = 100	104,8	107,7	107,4	107,2	107,8	108,0	107,8	107,9	108,0
Preisindex für Wohngebäude ¹⁾	2005 = 100	109,2	111,9	.	.	111,6	113,0	.	.	112,5
Verdienste ²⁾										
Bruttomonatsverdienste ³⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁴⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich										
	€	.	2 619	2 384	x	x	x	2 444	x	x
männlich	€	.	2 679	2 429	x	x	x	2 475	x	x
weiblich	€	.	2 513	2 305	x	x	x	2 390	x	x
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	.	2 469	2 216	x	x	x	2 196	x	x
Verarbeitendes Gewerbe	€	.	2 847	2 494	x	x	x	2 614	x	x
Energieversorgung	€	.	2 478	2 251	x	x	x	2 168	x	x
Wasserversorgung ⁵⁾	€	.	4 152	3 505	x	x	x	3 723	x	x
Baugewerbe	€	.	2 366	2 219	x	x	x	2 246	x	x
Dienstleistungsbereich										
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	€	.	2 278	1 985	x	x	x	2 082	x	x
Verkehr und Lagerei	€	.	2 725	2 502	x	x	x	2 617	x	x
Gastgewerbe	€	.	2 336	2 137	x	x	x	2 171	x	x
Information und Kommunikation	€	.	2 327	2 154	x	x	x	2 200	x	x
Erbringung von Finanz- und Versicherungs-	€	.	1 566	1 550	x	x	x	1 534	x	x
dienstleistungen	€	.	3 410	3 054	x	x	x	3 184	x	x
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	.	3 869	3 220	x	x	x	3 337	x	x
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen	€	.	2 862	2 570	x	x	x	2 645	x	x
und technischen Dienstleistungen	€	.	3 330	2 990	x	x	x	3 068	x	x
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen	€	.	1 653	1 546	x	x	x	1 578	x	x
Dienstleistungen	€	.	2 967	2 711	x	x	x	2 900	x	x
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung;	€	.	3 705	3 435	x	x	x	3 547	x	x
Sozialversicherung	€	.	2 916	2 705	x	x	x	2 838	x	x
Erziehung und Unterricht	€	.	2 877	2 779	x	x	x	2 729	x	x
Gesundheits- und Sozialwesen	€	.	2 023	1 895	x	x	x	2 009	x	x
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	.								
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	.								

1) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk

2) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet.

3) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni, usw. ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen dagegen mit enthalten.

4) einschließlich Beamte

5) einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen

Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

**Herausgeber:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Druck:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Redaktionsschluss:

Oktober 2009

Preis dieser Ausgabe:

3,50 €

Diese Druckschrift kann bezogen werden bei:
Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen
Hausanschrift: Macherstraße 63, 01917 Kamenz
Postanschrift: Postfach 11 05, 01911 Kamenz
Telefon: +49 3578 33-1424
Fax: +49 3578 33-1598
E-Mail: vertrieb@statistik.sachsen.de
www.statistik.sachsen.de/shop

Copyright

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2009
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/ Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Titelbild:

Heike

ISSN 0494-4480